

Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

Es giebt eine Reflexion, welche die nicht ahnen, die Erziehungspläne f. das Volk geben; nämlich daß es keine gute geben kann, da wo das Volk Eigenthumslos ist; denn ohne Eigenthum hat es kein Vaterland, ohne Vaterland ist alles gegen es, u. seinerseits muß es bewaffnet sein gegen Alle... Da dieß das Loos v.  $\frac{3}{4}$  der bürgerlichen Gesellschaft ist, folgt daß diese  $\frac{3}{4}$  weder Religion, noch Moral, noch Anhänglichkeit an die Regierung u. das Gouvernement haben können; es folgt daher, daß jeder Erziehungsplan unvereinbar mit dieser Administrationsform ist; es folgt daß ehe daran zu denken dem Volk Erziehung zu geben, man daran denken mußte ihm ein Eigenthum zu sichern. Aber durch die Gewaltkraft des Mißbrauchs selbst ist dieß Heilmittel unmöglich; man muß entweder *ganz die Maschine zerbrechen*, wenn man dem Volk seine Rechte wieder erstatten will, od. wenn man sie conservirt, muß man fortfahren das Volk auszuplündern."

Karl Marx (1846/7), Kommentarloses Zitat aus: Jacques-Pierre Brissot de Warvilles, Observations d' un républicain sur les différents systèmes d' administrations provinciales..., Lausanne 1787, MEGA IV/3, Berlin 1998, S. 427



Nr. 37, März 1999

Hundt - **MEGA Bd. IV/3**

### **Arbeit und Politik I**

Strutynski - **Arbeitspolitik/Röttger - Konfliktformationen und Unternehmenskulturen**

Bierbaum - **Modernisierungsstrategien**

Urban - **Reform der Arbeitsgesellschaft**

Bischoff - **Gesellschaftliche Arbeit im 21.**

**Jahrhundert/Werner - Öffentlich geförderter**

**Beschäftigungssektor/Hund - Entwicklung durch Entfremdung**

**Und:** Hahn - **Ideologien am Ende eines**

**Jahrzehnts/Badia/Becker - Pluralistische**

**Linke in Frankreich/Meissner - Kriminalisierung**

**Jugendlicher in den USA/Jafroodi -**

**Globalisierung - EU - Nationalstaat**

Eichhorn - **Revolution: Begriff und Realität**

**Sowie: Berichte, Zuschriften, Rezensionen**

Militarismus-Analysen (Horst Schneider)  
Gegen den Zeitgeist (Fritz Krause)

---

4 Impressum  
225 Autoren

---



---

#### Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heining, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

#### Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz, Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt DM 60,-. Bei Bezug aus dem Ausland DM 70,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.1.1999

## Editorial

Wir eröffnen das vorliegende Heft mit einem Beitrag von *Martin Hundt* zur Veröffentlichung von Band IV/3 der Marx-Engels-Gesamtausgabe. Nach sechsjähriger Pause ist damit zum ersten Mal wieder ein Band der MEGA<sup>2</sup> erschienen, und es ist davon auszugehen, daß weitere Bände in rascherer Folge herauskommen werden. Der vorliegende Band enthält Exzerpte und Notizen des jungen Marx aus den Jahren 1845-1847, darunter auch die Feuerbach-Thesen, mit deren Aktualität sich Wolfgang Förster in einem gesonderten Beitrag in Z 38 (Juni 1999) auseinandersetzen wird.

\*\*\*

Der Schwerpunkt des vorliegenden Heftes thematisiert „Arbeit und Politik“. Es geht um Veränderungen und Klassenbeziehungen in der Arbeit und den betrieblichen Sozialbeziehungen wie um die Auseinandersetzung um die gesellschaftlichen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse (Beschäftigungssystem), d.h. Fragen, die auch unter dem Stichwort „Zukunft der Arbeit“ diskutiert werden.

Die für das Selbstbild der Bundesrepublik und für die Erfolgsstory des Wohlstandskapitalismus so wichtigen Zeiten relativer Vollbeschäftigung liegen lange zurück. Im historischen Rückblick erweisen sie sich als eine nur kurzfristige Episode in der Geschichte des bundesdeutschen Kapitalismus und als Ausdruck einer kaum wiederholbaren Sonderkonstellation der Nachkriegsperiode. Die IG Metall unterstreicht in einem Material zur laufenden Tarifrunde, daß die (registrierte) Arbeitslosigkeit Ende der neunziger Jahre auf ihrem Höchststand seit der Nachkriegszeit verharrt, während die Lohnquote - der Anteil der Löhne am Volkseinkommen - unter das Niveau der sechziger Jahre gefallen ist. Der von Marx als „allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ charakterisierte Zusammenhang von steigender Arbeitsproduktivität, „Überzähligmachung von Arbeitern“, industrieller Reservearmee, Überarbeit des beschäftigten und „erzwungenem Müßiggang“ des arbeitslosen Teils der Lohnabhängigen, von Lohndruck einerseits und Bereicherung der Kapitalisten andererseits schlägt auch in der vielgelobten modernen Zivilgesellschaft durch. Die Welt der Arbeit ist elementares Feld der Auseinandersetzung von Lohnarbeit und Kapital.

*Peter Strutynski* fragt nach Veränderungen der Arbeit in den Kernbereichen der materiellen Produktion in den letzten Jahrzehnten. Die Ansicht, die klassischen Produktionskonzepte à la Ford und Taylor würden durch neue, gestaltungsoffenerere und humanere Arbeitsverhältnisse (lean production; neue Produktionskonzepte; „Ende der Arbeitsteilung“; Postfordismus) abgelöst, ist nicht aufrechtzuerhalten. Strutynski sieht hier nicht nur ein reales Zurückfahren arbeitspolitischer Fortschritte, sondern auch theoretische Defizite der In-

dustriesoziologie selbst, die nicht gesehen habe, daß die „neuen“ Konzepte der Produktions- und Arbeitsorganisation durchaus kompatibel mit den klassischen Prinzipien des Fordismus-Taylorismus sind.

*Bernd Röttger* betrachtet die Ebene der betrieblichen Herrschaftsverhältnisse, der „Unternehmenskultur“ und Hegemonie. Er registriert den Anspruch der Unternehmer, ihre durch Eigentums- und Aneignungsverhältnisse gegebene Dominanz wieder uneingeschränkt zur Geltung zu bringen. Die beobachtbare Zunahme an Mitwirkungsmöglichkeiten und die steigende Bedeutung von Betriebsräten im Rahmen neuer Unternehmenskulturen geht dabei mit einer Abnahme ihrer interessenpolitischen Wirksamkeit einher. Mitbestimmung soll zukünftig nur noch als Element der betrieblichen Leitungs- und Entscheidungsstruktur, nicht aber im Sinne überbetrieblicher Demokratisierung verstanden werden: Einschwörung auf eine „neue Friedensformel“ des Klassenkonflikts, die Verpflichtung von Belegschaften und Belegschaftsvertretungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit „ihres“ Unternehmens.

Bei der Modernisierung der Unternehmen rücken neben der technischen Rationalisierung die Strukturen, Abläufe und das Management selbst in den Mittelpunkt, was, so *Heinz Bierbaum*, mit einer relativen Aufwertung der menschlichen Arbeit im betrieblichen Leistungsprozeß verbunden ist. Gegenüber der direkten Kontrolle gewinnen dabei kulturelle Integrationsmomente (Unternehmenskultur) eine größere Bedeutung. Trotz der Dominanz unternehmerischer Zielsetzungen gilt es, so Bierbaum, in den neuen Modernisierungsstrategien enthaltene emanzipatorische Elemente auch im Interesse der Belegschaften selbst zu nutzen.

*Hans Jürgen Urban* ruft die Vielschichtigkeit der ehemaligen Debatte um die Zukunft der Arbeit in Erinnerung, um einige zentrale Bedeutungs- und Problemdimensionen von Arbeit zu benennen, ohne deren Berücksichtigung jegliche beschäftigungspolitische Offensive hinter den bereits erreichten Diskussionsstand zurückzufallen droht. Heute würde diese Debatte z.T. auch auf der Linken seltsam defensiv und konservativ, „emanzipatorisch erblindet“ geführt. Urban setzt sich mit den strategischen Zielen der Unternehmer im Zusammenhang mit dem Bündnis für Arbeit auseinander („Wettbewerbskoalition“) und entwickelt Umriss eines neuen Leitbildes von Erwerbsarbeit.

*Joachim Bischoff* („Gesellschaftliche Arbeit im 21. Jahrhundert“) konstatiert eine neue Qualität sozialer Spaltung, Folge des tiefgreifenden Transformationsprozesses der kapitalistischen Hauptländer seit den 70er Jahren, der die „Aufkündigung des asymmetrischen Klassenkompromisses der fordistischen Entwicklungsetappe“ einschließt. Bischoff sieht keine Aussichten für eine neue „Prosperitätskonstellation“. Insofern sei ein Ende der chronischen Krise der fordistischen Entwicklungsperiode und der Übergang zu einem neuen Entwicklungsstadium nicht in Sicht. Ein Rückgang der chronischen, gegenwärtig bei etwa sieben Millionen Erwerbspersonen liegenden Unterbeschäftigung sei - und dies aus demographischen Gründen - erst etwa in zehn Jahren zu erwarten, die verschärfte internationale Konkurrenz werde auch in den

nächsten Jahren zu hohem Rationalisierungsdruck und beschleunigtem Strukturwandel führen. Die Haupttrends - Rückgang der Vollzeitwerbstätigkeit, Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses, Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung und Niedriglohnssektor - würden weiter anhalten. Zu den Grundtrends, die Bischoff in diesem Kontext diskutiert, gehören die Erosion der traditionellen Familienstruktur; die Destabilisierung der sozialen Sicherungssysteme durch die Massenarbeitslosigkeit; die Flexibilisierung und die Tendenz zur Verlängerung von Arbeitszeiten; die wachsende Bedeutung des tertiären Sektors und des Gewichts von allen Formen der Nicht-Erwerbsarbeit.

Die klassischen Konzepte der Beschäftigungspolitik - Kaufkraftstärkung, Arbeitszeitverkürzung - werden, so *Harald Werner*, die Beschäftigungskrise bestenfalls dämpfen, aber nicht beseitigen können. Eine Rückkehr zur alten Vollbeschäftigung ist angesichts steigender Arbeitsproduktivität und begrenzter Wachstumsmöglichkeiten ausgeschlossen. Werner sieht die eigentliche Krise der Arbeitsgesellschaft nicht darin, daß die Arbeit ausgeht, sondern in der Beschränktheit der kapitalistischen Ökonomie, die eine Umschichtung der überschüssigen Arbeit auf gesellschaftlich nützliche (aber nicht unmittelbar produktive und profitable) Felder verhindert. Folge sei eine Krise nicht nur der natürlichen, sondern auch der sozialen Reproduktionsgrundlagen der Gesellschaft. Als politisches Projekt wird die Konzentration des gesellschaftlichen Arbeitspotentials auf einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) der sozialen und ökologischen Modernisierung vorgeschlagen.

Die Schwerpunktbeiträge dieses Heftes beschließt *Wulf D. Hund* mit einer Darstellung zur Geschichte des philosophischen Arbeitsbegriffs im europäischen Denken, bei der die Verknüpfung von Selbstentwicklung, Entfremdung und Herrschaft im Begriff der Arbeit in den Mittelpunkt gerückt wird.

Unter den weiteren Beiträgen machen wir besonders aufmerksam auf *Erich Hahns* Diagnose zu Ursachen, Formen und Bedingungen der anhaltenden Hegemonie des Neoliberalismus und Neokonservatismus, und auf *Wolfgang Eichhorns* Untersuchung zur Historizität des begrifflichen Inhalts von „Revolution“ im 20. Jahrhundert. Weitere Aufsätze befassen sich mit der Linken in Frankreich (*Badia/Becker*), mit Jugendlichen in den USA (*Sebastian Meissner* in Fortsetzung von Z 35) und mit der Frage, ob der sich globalisierende Kapitalismus auf den Nationalstaat angewiesen ist (*Maziar Jafroodi*).

\*\*\*

In Z 38 (Juni 1999) werden wir den mit diesem Heft begonnenen Schwerpunkt „Arbeit und Politik“ fortsetzen. Im Mittelpunkt des darauffolgenden Heftes (Z 39, September 1999) sollen Ursachen und Implikationen der aktuellen Konzentrations- und Fusionsprozesse in der Konzernwirtschaft stehen.

Martin Hundt

## Die MEGA geht weiter

### Band IV/3 mit Exzerpten des jungen Marx erschienen<sup>1</sup>

Das ist die eigentlich wichtige Nachricht: Die historisch-kritische Marx-Engels-Gesamtausgabe geht weiter, ungeachtet der schwerwiegenden und vielfältigen Turbulenzen, in die sie im zurückliegenden Jahrzehnt geraten war. Mitte Dezember 1998 wurde in Berlin nicht nur einfach ein neuer Band vorgestellt, sondern historisch gerechtfertigt sind damit in gewisser Weise zugleich all jene, die sich seit der Jahreswende 1989/90 darum bemüht hatten, daß mit dem Ende der DDR und dann auch der Sowjetunion kein zweites Ende der MEGA verbunden sei. Eine schon lange notwendige und von der internationalen Forschung geforderte akademische, historisch-kritische Edition des gesamten literarischen Nachlasses von Marx und Engels sollte nicht wieder an politischen Umständen scheitern, nachdem die erste MEGA (1927-1941) an Stalinismus und Faschismus zugrunde gegangen und der Start zur zweiten bis 1964 verzögert worden war.

Die Freude über einen neuen Band ist nach einer sechsjährigen Pause sicher größer als früher, da in den Jahren 1975 bis 1992 nicht weniger als 47 Bände in großer Regelmäßigkeit erschienen.<sup>2</sup> Später einmal wird von dieser Pause nicht mehr viel die Rede sein, wie sich schon jetzt der neue Band im Regal von seinen Vorgängern kaum abhebt, aber wenn nun endlich wieder die „normale Produktion“ von zwei oder vielleicht auch mal drei Bänden pro Jahr angelaufen ist, sollte der Chronist doch festhalten, daß diese Zwischenzeit kein „schwarzes Loch“ war, sondern ausgefüllt mit vielen Anstrengungen und notwendigen Renovierungsarbeiten am Fundament:

Die von einem Kern der alten Mitarbeiter und von den neu hinzutretenden Herausgebern übereinstimmend vertretene Linie einer überzeugenden Akademisierung und Internationalisierung der Ausgabe, die Schaffung eines neuen Herausgebergremiums (der Internationalen Marx-Engels-Stiftung IMES in Amsterdam, die bereits für die vier Bände verantwortlich zeichnete, die 1991 und 1992 erschienen), die Evaluierung der Ausgabe durch ein vom Wissenschaftsrat bestelltes internationales Gutachtergremium, der Beitritt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) zur IMES, die

Revidierung der Editionsrichtlinien und deren Veröffentlichung (Dietz Verlag, Berlin 1993), eine „Redimensionierung“ des Umfangs der Ausgabe ohne Verletzung des Vollständigkeitsprinzips, die Herausgabe einer neuen editionsbegleitenden Zeitschrift, den *MEGA-Studien*, der Übergang zu einer neuen, zweckmäßigen elektronischen Bearbeitung aller Manuskripte, die Übernahme der Ausgabe durch einen leistungsfähigeren Verlag – dies und mehr waren notwendige, arbeits- und nervenaufwendige, oft mit retardierenden Momenten versetzte Aufgaben, die erledigt sein mußten, ehe wieder zur gewöhnlichen Tagesordnung eines akademischen und zudem internationalen Langzeitprojekts übergegangen werden konnte. Was nicht heißt, es sei in diesen Jahren nicht auch in der Stille in Moskau, Berlin, Trier und anderen Orten an zahlreichen Bänden weitergearbeitet worden, mit deren Erscheinen eben nun Ende 1998 begonnen werden konnte. (In diesem Jahre folgen wahrscheinlich die Bände IV/31 mit chemischen Exzerpten des alten Marx und III/9 mit dem Briefwechsel von 1858/59.)

Der neue Band, dessen Manuskript 1989 bereits weit gediehen war, ist vorwiegend in Moskau erarbeitet worden, durchlief die Gutachtergremien der IMES (hierbei ist Jacques Grandjont weit über das übliche Maß eines Gutachters hinaus wirksam gewesen) und die sprachliche und satztechnische Bearbeitung bei der MEGA-Arbeitsstelle der BBAW in Berlin. Das ist der normale Arbeitsgang unter den neuen Bedingungen, wobei viele Erfahrungen aus den 70er und 80er Jahren übernommen werden konnten. Das damit unvermeidlich verbundene Abarbeiten politischer, organisatorischer und technischer Schwierigkeiten gehörte ebenfalls zum Schaffen der Voraussetzungen für einen zügigen Fortgang der Ausgabe in der Zukunft. Am Band IV/3 ist manches Lehrgeld gezahlt worden, das den folgenden Bänden zugute kommen wird.

Die IV. Abteilung der MEGA, deren Aufgabe in erster Linie die Erschließung der zahlreichen Exzerpte von Marx (und der wenigen von Engels) ist, hat eine Reihe Besonderheiten aufzuweisen:

1. Man kann mit ihr auf besonders instruktive Weise in die Gedankenwerkstatt von Marx blicken, da er sich sein ganzes Leben lang eine Unmenge von Notizen aus Büchern machte, die er später in der vielfältigsten Weise verwendete.
2. Fast alle Texte in den Bänden der IV. Abteilung bieten bisher unveröffentlichtes Material.
3. Es ist nicht einfach, mit diesen Texten zu arbeiten, da sie nicht zur Veröffentlichung, sondern zum Privatgebrauch eines Gelehrten geschrieben wurden. Meist sind Marx eigene Kommentare äußerst sparsam oder lakonisch, so daß der Sinn bestimmter Passagen, die er mehr oder weniger ausführlich, mehr oder weniger umformuliert oder umgestellt von anderen Autoren exzerpierte, bei weitem nicht immer eindeutig entschlüsselt werden kann, jedenfalls dem ersten Blick sich oft verschließt.
4. Nur ein Teil der Marxschen Exzerpte läßt sich zweifelsfrei als Vorarbeit bestimmten eigenen Texten zuordnen, für den größeren Teil ist ihre Funktion

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels. Gesamtausgabe (MEGA). Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung. Bd. IV/3: Karl Marx: Exzerpte und Notizen Sommer 1844 bis Anfang 1847. Bearbeitet von Georgij Bagaturija, Lev Eurbanov, Ol'ga Koroleva und Ljudmila Vasina unter Mitwirkung von Jürgen Rojahn. Akademie Verlag GmbH Berlin 1998. Text. Apparat. 866 S.

<sup>2</sup> Die MEGA gliedert sich in die Abteilungen I (Werke, Artikel, Entwürfe - 32 Bände), II („Das Kapital“ und Vorarbeiten - 15 Bände), III (Briefwechsel - 35 Bände) und IV (Exzerpte, Notizen, Marginalien - 32 Bände). Nachdem nun mit Bd. IV/3 insgesamt 48 Bände vorliegen, fehlen also noch 66.

und Stelle im (sich wandelnden) Forschungsprogramm von Marx mühsam und behutsam zu suchen.

Gerade diese Besonderheiten, die meist zugleich Schwierigkeiten sowohl für die Bearbeiter wie für die Nutzer sind, machen die IV. Abteilung aber auch in spezieller Weise interessant.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen aber zum neuen Band. Er fehlte lange zwischen den ihn umgebenden Bänden IV/1, IV/2 und IV/4, die z.T. schon seit 1976 vorliegen und die zusammen den Komplex der frühen Exzerpte in Kreuznach, Paris und Brüssel umfassen. In dieser Zeit, bis etwa Mitte 1845, konzentrierte sich Marx in einem hochinteressanten Forschungsprozeß, der nun anhand von vier inhaltlich-chronologisch zusammenhängenden Exzerptbänden bis ins Detail nachvollziehbar ist, immer mehr auf die Probleme der politischen Ökonomie – ohne jedoch schon der Mann des „Kapitals“ zu sein. Jetzt fehlt zur Komplettierung aller Exzerpte, die vor dem *Manifest* und vor der Revolution von 1848/49 entstanden, nur noch Band IV/5, der die Ergebnisse der gemeinsamen Archivreise mit Engels nach Manchester vom Juli/August 1845 und jene Brüsseler Hefte enthalten wird, die unmittelbar nach der ersten Englandreise entstanden (wobei allerdings das 6. Heft des vorliegenden Bandes am Ende auch schon in diese Zeit greift.)

Man sollte sich durch die Chronologie des Titels (Sommer 1844 bis Anfang 1847) nicht täuschen lassen. Sie kam nur dadurch zustande, daß der Band auch Marx' Notizbuch aus den Jahren 1844-1847 enthält, das natürlich nicht chronologisch aufgeteilt, sondern im Ganzen ediert wird. Die eigentlichen Exzerpte des Bandes IV/3 aber entstanden zwischen Sommer (oder vielleicht doch erst Herbst?) 1844 und Herbst 1845, wobei Datierungsschwierigkeiten zu beachten sind; den Kern bilden eindeutig die „Brüsseler Hefte“ 1-5 von Anfang Februar bis Anfang Juli 1845.

Die Exzerpte des vorliegenden Bandes schrieb Marx - er war damals 27 Jahre alt - etwa zur selben Zeit wie seine *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte*, die *Feuerbach-Thesen* und die *Heilige Familie*. Bei den berühmten Thesen wird der Entstehungszusammenhang handgreiflich deutlich: Sie sind ja nur dadurch überliefert, daß Marx sie unter der Überschrift 1) *ad Feuerbach* in sein Notizbuch kritzelte (S. 19-21 des vorliegenden Bandes), das sonst vor allem Buchtitel und sogar Haushaltsfragen in Jenny Marx' Handschrift enthält.

Die Namen der Autoren, mit denen Marx sich so intensiv befaßte, sind heute weithin unbekannt: Boisguillebert, Lauderdale, Buret, Villegardelle usw. Aber 1845 standen sie an der vordersten Front der sozialwissenschaftlichen Literatur. Namen wie John Law, Senior, Babbage, Ure und andere finden wir in den 1860er Jahren wieder in Marx' *Theorien über den Mehrwert* (MEGA II/3.2-4, Berlin 1977-1979). Und wie wichtig die Schriften von Sismondi für Marx' Erkenntnisprozeß gerade im Frühjahr 1845 waren, kann man erst aus dem neuen MEGA-Bande richtig erkennen.

Er enthält Auszüge von Marx aus 37 Werken von 31 verschiedenen Autoren.

Den Vorwurf der Einseitigkeit kann man also kaum aufrechterhalten. Viele der Exzerpte schrieb Marx in französisch, der Sprache seiner Vorlagen, denn auch die englische Literatur zur politischen Ökonomie las er zunächst in französischen Übersetzungen.

An den Exzerpten des Bandes ist nachvollbar, wie Marx sich in die politische Ökonomie einlas, wie er sich den theoretischen Kategorien dieser Wissenschaft näherte, wie er Schritt für Schritt auch ihre sozialen, technologischen und historischen Aspekte einbezog. Hier, in diesen Exzerpten, zu dieser Zeit liegen schon die Wurzeln des späteren Plans für die vier Bücher des „Kapitals“. Das aber bedeutet, daß hier das wissenschaftliche Arbeitsfeld seines Lebens erstmals in Umrissen abgesteckt wurde. Die Texte dieses Bandes können daher nicht nur das Interesse einiger weniger Spezialisten beanspruchen, denn sie hatten Ausstrahlungen auf die gesamte Biographie und jedenfalls die gesamte biographie intellektuelle von Marx.

Damals wurden Probleme der politischen Ökonomie, der Technologie („Maschinenfrage“) und der sozialen Zustände der Gesellschaft noch sehr komplex angegangen. Bereits in den Exzerpten aus den 1843 in Paris erschienenen verschiedenen kleinen Arbeiten von Pierre de Boisguillebert, mit denen die Exzerpte dieses Bandes beginnen, ist ersichtlich, wie aus theoretischen Fragen der Ökonomie die ungelösten Fragen sozialer Gerechtigkeit herauswachsen. Die folgenden Exzerpte von Marx, aus Antoine Cherbuliez' *Riche ou pauvre*, Paris 1840, sind leider nicht überliefert, weil eines der Hefte verlorenging – und auch darüber informiert natürlich eine historisch-kritische Edition. Schon in Sismondis Werken, ganz deutlich aber dann in den Schriften des Sozialisten François Villegardelle tritt die Befassung mit Einzelheiten der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen hervor, die unmenschliche Zustände schaffen. Marx' Kritik daran, die Ausbildung der Entfremdungs- u.a. Kategorien, die schon im hegelschen und junghegelianischen Umfeld seiner Studenten- und Journalistenjahre 1837-1843 begann, setzte sich in Paris mit atemberaubendem Tempo fort.

Die Exzerpte aus diesen Monaten sind sprechende Zeugnisse für diesen Erkenntnisprozeß. Wie Band IV/3 in gebührender Ausführlichkeit zeigt, orientierte sich Marx in dem für ihn noch recht neuen Forschungsfeld vorwiegend nach dem reich bibliographierten Werk des französischen Ökonomen Adolphe Blanqui *Histoire de l'economie politique en Europe ...*, Paris 1842 (eine andere Ausgabe Brüssel 1843.) Was aber auch die beste akademische Edition nicht zeigen kann: Ein jüngerer Bruder dieses Akademikers war der kommunistische Revolutionär Auguste Blanqui, der zwar seit dem Pariser Mai-Aufstand von 1839 zu lebenslanger Haft verurteilt war, dessen Ideen aber weiterhin in den französischen Arbeiterorganisationen umgingen und auch im Bund der Gerechten nicht unbekannt waren, mit dessen führenden Mitgliedern Marx seit seiner Ankunft in Paris und auch nach der Ausweisung von dort in lebhafter Verbindung stand. Marx' nächtelange Studien, deren Ergebnisse, soweit sie zu Papier gebracht wurden und soweit sie überliefert sind, nun vollständig vorlie-

gen, fanden in einer spezifischen Atmosphäre statt, die bei der Rezeption dieser Texte hinzuzudenken ist, wenn man sie im vollen Maße erfassen will.

An einer Stelle, an der sich Marx von der Vorlage löste und sie kommentierte, heißt es: „Boisguillebert bezeichnet die Depreciation der edlen Metalle, des Geldes, als Retablissement der Waaren in ihrem gerechten Werth [...]. Er konnte noch nicht sehn, daß der *Tausch* selbst, auf der Grundlage des Privateigenthums, daß überhaupt der *Werth* der Natur wie dem Menschen ihre 'juste valeur' raubt. [...] Bedeutend ist es immer, daß die erste entschiedne Polemik [...] gegen das Geld die *Entwerthung* des Menschen u. der Natur der menschlichen *Producte* als eine *Consequenz* desselben angreifen. Dieser *ideale*, scholastische Werth vernichtet ihren *wirklichen* Werth.“ (S. 53-54). Die Einführung (S. 462) kommentiert diese Stelle unter Marx' Interesse für „die verschiedenen Aspekte des Geldes“. So kann man es natürlich auch sehen, aber Boisguillebert schrieb um 1700, und Marx ging es darum, zu zeigen, daß bei den vorrevolutionären Ökonomen die „Lehre noch etwas *Menschliches*“ hatte, daß sie bedeutend war „als erster Versuch, das bürgerliche Leben zu emancipiren.“ Es ist die historische Dimension, die Marx hier hereinbringt, wenn er fortfuhr: „Es mußte aber emancipirt werden, um zu zeigen, *was es ist.*“

Dieses durchgehende historische Interesse für den Gesamtprozeß, für sämtliche geschichtlichen und geographischen Einzelheiten bewahrte Marx vor dogmatischer Enge, vor kurzschlüssigen Forderungen nach sozialen Verbesserungen aus ersten ökonomischen Beobachtungen heraus. Ihm deswegen ein Herz für die arbeitenden Klassen abzusprechen, heißt ihn grundlegend zu verkennen. Er ahnte, daß nicht Agitation, sondern wirkliche Einsicht in die „Gesetze des Marktes“ weiterhelfen werde. Und diese Ahnung, die – wie auch an den Texten des Bandes IV/3 ablesbar – mehr und mehr zur Gewißheit wurde, die eine zerstörende und schöpferische Dialektik von kühlem Kopf und heißem Herzen erforderte, macht die Bedeutung von Marx aus.

So mancher Satz der *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte* findet sich angedacht, vorgeformt, variiert in den vorliegenden Manuskripten. Einige Kleingeister werden hier wieder etwas Munition für ihre Versuche finden, Marx des Ideenraubs zu zeihen. Wichtig ist natürlich etwas anderes: Durch den nun möglichen Nachvollzug des Herausarbeitens wesentlicher Gedanken werden diese selbst viel besser verständlich, erscheinen in ihrer ganzen Dimension.

Das wirkungsmächtigste Beispiel für solche Gedanken mit historischer Fernwirkung ist eine kurze Notiz aus Jacques-Pierre Brissot de Warvilles Schrift *Observations d'un républicain sur les différens systèmes d'administrations provinciales...*, Lausanne 1787, die Marx jedoch zunächst nur aus Villegardelles Buch *Histoire des idées sociales ...* kannte, das im Dezember 1845 erschien. Bei Brissot war erstmals vom Zerbrennen der alten Staatsmaschine die Rede, eine Ansicht, die in der Form, die ihr Marx nach dem Staatsstreich des Louis Napoleon von 1851 und dann angesichts der Kommune von Paris 1871 gab, Weltgeschichte machen sollte. Zunächst notierte Marx (zugleich aus dem

Französischen übersetzend) nur, und dies ganz kommentarlos: „Es giebt eine Reflexion, welche die nicht ahnen, die Erziehungspläne f. das Volk geben; nämlich daß es keine gute geben kann, da wo das Volk Eigenthumslos ist; denn ohne Eigenthum hat es kein Vaterland, ohne Vaterland ist alles gegen es, u. seinerseits muß es bewaffnet sein gegen Alle ... Da dieß das Loos v.  $\frac{3}{4}$  der bürgerlichen Gesellschaft ist, folgt daß diese  $\frac{3}{4}$  weder Religion, noch Moral, noch Anhänglichkeit an die Regierung u. das Gouvernement haben können; es folgt daher, daß jeder Erziehungsplan unvereinbar mit dieser Administrationsform ist; es folgt daß ehe daran zu denken dem Volk Erziehung zu geben, man daran denken müßte ihm ein Eigenthum zu sichern. Aber durch die Gewalt/Kraft des Mißbrauchs selbst ist dieß Heilmittel unmöglich; man muß entweder *ganz die Maschine zerbrennen*, wenn man dem Volk seine Rechte wieder erstatten will, od. wenn man sie conservirt, muß man fortfahren das Volk auszuplündern.“ (S. 427).

Marx muß sich in den Monaten danach mit dem Jakobiner Brissot beschäftigt haben, denn in der *Deutschen Ideologie* taucht sein Name einmal auf (MEW, Bd. 5, S. 181), in einer Form, die zeigt, daß er bereits mehr über ihn wußte, als das obenstehende Zitat. Im 18. *Brumaire des Louis Bonaparte* und im *Bürgerkrieg in Frankreich*, wo Marx die Idee von 1787 auf einer neuen Grundlage weiterentwickelte, wird der Name Brissot nicht mehr genannt.

Erstmals wird in der MEGA ein Tagebuch von Marx vollständig publiziert, da es das erste von 20 überlieferten ist. Zu dessen Erschließung hat Bagaturija das Menschenmögliche geleistet. Zu den ca. 25 Seiten Text lieferte er die fünf-fache Anzahl Seiten wissenschaftlichen Apparat. Zu jedem der hunderte Titel erfährt man, wann Marx sie erworben oder benutzt hat und vor allem, in welchen seiner späteren Arbeiten diese Exzerpte verwendet wurden.

Der überwiegende Teil der Texte des Bandes IV/3 wird erstmals veröffentlicht, und es ist das legitime Bestreben eines jeden Editors, dies zu betonen. Wenn es gleich im zweiten Satz der Einführung (S. 449) heißt: „Sowohl das Notizbuch als auch die acht Hefte werden erstmals vollständig veröffentlicht“, so ist das absolut richtig, verbirgt aber vor dem weniger aufmerksamen Leser die dann in den Textgeschichten zu den einzelnen Heften natürlich angeführten Nachweise der mehr oder minder vollständigen Teil-Erstveröffentlichungen in der ersten MEGA. Die Exzerpte aus Boisguilleberts Büchern sind dort sogar vollständig schon 1932 erschienen (MEGA<sup>1</sup> I/3, S. 563-583), und das Notizbuch wurde in Bd. I/5 dieser Ausgabe (Moskau/Leningrad 1933, S. 547-550) sehr informativ beschrieben und zitiert. Der Wert des neuen Bandes liegt, neben den durchaus vielen wirklichen Erstveröffentlichungen, auf der nunmehr erreichten Vollständigkeit, der genaueren Entzifferung und Datierung der Texte und der ausführlichen Erläuterung.

Die 1990 verbliebenen Bearbeiter der MEGA meinten, es solle fortan auf alle Einleitungen, also auf alle Kommentare der Herausgeber zum Inhalt der veröffentlichten Texte verzichtet werden. Auf der internationalen Konferenz der IMES im März 1992 in Aix-en-Provence zur Revidierung der Editions-

richtlinien der MEGA war man sich einig, daß knappe Einführungen, „soweit erforderlich“(!), lediglich die editorischen Entscheidungen des betreffenden Bandes zu begründen hätten und daher auch nicht mehr vor dem edierten Text, sondern am Anfang des Apparatabandes zu drucken sind. Demgegenüber kommt Bd. IV/3 nun doch mit einer Einführung von 34 Druckseiten, die durchaus inhaltliche Elemente enthält. Das ist wohl auch als ein Angebot an die Nutzer der Ausgabe zu verstehen, als ein Kompromiß zwischen Verzicht auf Beeinflussung und der Pflicht zur Hilfestellung für die Benutzung einer schwierigen Textüberlieferung. Angesichts der besonderen Verhältnisse in der IV. Abteilung möchte man eigentlich nicht auf diese Einführung verzichten, jedoch wären einige Kürzungen durchaus möglich gewesen, so S. 473-477, wo mehr vom Briefwechsel als den Exzerpten die Rede ist, oder die unnötige Inhaltsangabe der Feuerbach-Thesen auf S. 479.

Problematisch scheint es auch, Marx' kurze, unkommentierte Notiz aus einem Zeitschriftenartikel eines Schweizer Ökonomen – daß die Veränderung der gesellschaftlichen Reichtumsverteilung nicht auf freiheitliche Weise geschehen könne, sondern „il devra nécessairement s'exécuter par la contrainte et par la force“ (S. 231) – mit der „Konzeption der 'Diktatur des Proletariats'“ in Verbindung zu bringen und die Zeit um 1845 als diejenige zu charakterisieren, in der sich diese Konzeption bei Marx herausgebildet habe (S. 472). Zum einen gibt es nirgends in seinem Werk ein direktes Aufgreifen dieser Stelle, zweitens verwendet er den Begriff „Diktatur des Proletariats“ erst in den *Klassenkämpfen in Frankreich*, also fünf Jahre später, drittens und vor allem ist dieser Begriff viel zu komplex und von der Geschichte des 20. Jahrhunderts viel zu belastet, um irgendwo sans phrase untergeschoben zu werden.

Die Bearbeiter der MEGA würden Meinungen über die Einführung sicher gern entgegennehmen, denn es ist durchaus noch nicht abzusehen, wie nach dem Angebot des Bandes IV/3 nun Einführungen in Bänden der anderen drei Abteilungen aussehen könnten.

Wie man auch immer zu der großen Leistung der Bearbeiter, die den Band IV/3 der Öffentlichkeit übergaben, ja wie man überhaupt zu Marx' theoretischem Entwicklungsgang anhand seiner Exzerpte stehen mag, notwendig ist nach dem Vorliegen dieses Bandes auf jeden Fall die Änderung oder Konkretisierung einer Menge einzelner und auch allgemeiner Einschätzungen in der nahezu unübersehbaren Literatur über den jungen Marx. Eine Vielzahl kontrovers diskutierter Gedankenschritte sind nun, jenseits aller Spekulation, eindeutig und konkret belegt, aber es gibt auch Ansätze genug für neue Überlegungen. Die großen Anstrengungen, die mit jeder historisch-kritischen Ausgabe verbunden sind, „lohnen“ sich nur, wenn ihre Texte tatsächlich in die wissenschaftliche Zirkulation eingehen.

Peter Strutynski

## Arbeitspolitik am Ende des fordistischen Jahrhunderts

Selten ist in der sozialwissenschaftlichen Diskussion so viel von Umbrüchen, Paradigmenwechseln und Revolutionen die Rede gewesen wie in den neunziger Jahren des zu Ende gehenden Jahrhunderts. Während die „Weltgesellschaft“ auf der Makroebene offenbar im freien Fall von einem Aggregatzustand in den anderen taumelt (von der „Risikogesellschaft“ in die „Erlebnisgesellschaft“, von der „postindustriellen“ Gesellschaft in die „Informationsgesellschaft“ oder vom sozialdemokratischen „Wohlfahrtsstaat“ in den globalisierten „nationalen Wettbewerbsstaat“), erleben wir in Bezug auf die Mikroebene des Betriebs oder Unternehmens einen ähnlichen Wahrnehmungswandel: Dem „Ende der Arbeitsteilung“ und der „Massenproduktion“ – beides schon Mitte der achtziger Jahre proklamiert – folgte im Zuge der „Lean-production“-Welle in der Industrie die Abkehr vom Taylorismus, der „Postfordismus“, die „Reprofessionalisierung“ oder „Requalifizierung“ von Arbeit und die Entdeckung der „Produktionsintelligenz“ des manuellen Arbeiters sowie die „Autonomie“ oder „Selbstorganisation“ der Arbeitsgruppe in der Fertigung. Manche Beschreibung der Realität großindustrieller „schlanker“ Arbeitsverhältnisse geriet derart zu einem Hohelied selbstbestimmter, partizipativer und abwechslungsreicher Arbeitsvollzüge v.a. in der mechanischen Fertigung, dass ich mir unwillkürlich die Frage stelle, wie sich das denn mit einer grundsätzlich auf Fremdbestimmung und Ausbeutung der Ware Arbeitskraft beruhenden Ökonomie vereinbaren lässt. Oder ist es nur ein weiteres Beispiel für die – scheinbar – unbegrenzten Möglichkeiten des Kapitalismus, den abhängigen Arbeiter durch die Gewährung ungeahnter Freiheitsgrade und Gratifikationen – d.h. mit den bekannten Marx'schen „goldenen Ketten“ – noch fester an das System zu binden?

Der Mainstream der deutschen Industriesoziologie und Arbeitspolitik-Wissenschaft hat sich in den letzten Jahren jedenfalls in eine prekäre Lage hineinmanövriert, indem in für sozialwissenschaftliche Theoriebildung ungewöhnlich kurzen zeitlichen Abständen ein „Paradigmenwechsel“ konstatiert und dessen Zurücknahme bzw. Ablösung durch ein neues „Paradigma“ für möglich gehalten wurde. Übereinstimmend diagnostizierten die führenden Forschungsinstitute in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, dass in deutschen Industrieunternehmen ein grundlegender Umbruch betrieblicher Rationalisierung stattgefunden habe, der sich v.a. dadurch auszeichnete, dass die „Totalsubstitution herkömmlicher Produktionsarbeit“ durch forcierten Technikeinsatz mit der Vision von der „menschenerleeren, CIM-gesteuerten Fabrik“ als erstrebenswertes Ziel aufgegeben wurde – nachdem es von der realen Entwicklung desavouiert worden war – und durch eine grundsätzliche Neubewertung der menschlichen Arbeitskraft (der „Produktionsintelligenz“, des „Human-

faktors") ersetzt wurde. (Schumann u.a. 1994, S. 643; vgl. auch Sauer 1993) Einigkeit bestand auch darin, dass die neuen Rationalisierungsansätze „als ganzheitliche, d.h. Arbeit, Betrieb und Unternehmen als Einheit fassende Konzepte auftreten“ würden (Schumann u.a. 1994, S. 21). Damit wurde im wesentlichen bestätigt, was schon in den 80er Jahren vom Münchener Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) unter dem Begriff „systemische Rationalisierung“ als „neuer Rationalisierungstyp“ beschrieben worden war (Altmann u.a. 1986): Rationalisierung zielt intentional auf alle Teilprozesse industrieller Produktion, sowohl innerbetrieblich als auch überbetrieblich „entlang“ der Wertschöpfungskette.<sup>1</sup> Doch was in der ersten Hälfte der neunziger Jahre noch galt und als „state of the art“ von den vier maßgeblichen Instituten festgeschrieben wurde,<sup>2</sup> ist heute kaum noch aufrecht zu erhalten und wird von den Protagonisten des damaligen Trendumbruchs neuerdings radikal in Frage gestellt. Schon die Titel einiger einschlägiger Aufsätze und Zeitungsartikel von Horst Kern und Michael Schumann signalisieren den Beginn des Abschieds von einer großen Illusion: „Vorwärts in die Vergangenheit? - Zustand der Arbeit - Zukunft der Arbeit“ (Kern/Schumann 1996), „Die deutsche Automobilindustrie im Umbruch“ (Schumann 1997), „Frißt die Shareholder-Value-Ökonomie die moderne Arbeit? Von der menschengerechten Arbeitsgestaltung zurück zum Einminutentakt am Band“ (M. Schumann, in: Frankfurter Rundschau, 18.11.1997), „Kontinuität oder Pfadwechsel? Das deutsche Produktionsmodell am Scheideweg“ (Kern/Schumann 1998). Im Jahrbuch Technikberichterstattung 1996 kamen M. Schumann und D. Gerst zwar noch zum Ergebnis, dass der Trend der neunziger Jahre in Richtung Reprofessionalisierung und Selbstorganisation zumindest in der technisierten Fertigung andauere, sie machten sich aber schon ernsthafte Sorgen um die Stabilität und Dauerhaftigkeit dieses Trends. „Zumindest Teile der deutschen Industrie schwenken auf Strategien um, die ihre Stärken nicht mehr entlang des bis heute bewährten Produktionsmodells suchen, sondern konträr dazu.“ (Schumann/Gerst 1997, S. 160) Würden sie - auch gesellschaftspolitisch - die Oberhand gewinnen, stünde eine Re-Taylorisierung „in modernisiertem Gewand“ ins Haus. Zwei Jahre später wird die Skepsis fast zur Gewissheit. „Die neue Rationalisierungspolitik

<sup>1</sup> Dabei ist unerheblich, dass die Münchener Industriesoziologen damals noch die Dimension der „technisch vermittelten Beherrschung“ betrieblicher Produktionsprozesse in den Vordergrund gerückt hatten, womit sie sich von der Einschränkung ihrer Göttinger Kollegen vom SOFI-Soziologisches Forschungsinstitut abgrenzten, deren „Neue Produktionskonzepte“ (Kern/Schumann 1984) bereits auf den Faktor der menschlichen Arbeitskraft setzten. „Auf lange Sicht“ gingen demgegenüber die Münchener Forscher von einem „Bedeutungsverlust menschlicher Arbeit im Rahmen betrieblicher Rationalisierungsstrategien“ aus. (Sauer/Altmann 1989, S. 8) Wir werden noch sehen, dass diese Position in den neunziger Jahren vorübergehend stark an Einfluss verloren hat, heute aber wieder eine große Plausibilität beansprucht.

<sup>2</sup> Neben den genannten Instituten aus Göttingen und München beteiligen sich noch das Internationale Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES), Stadtbergen, und das Institut für Sozialforschung (IFS), Frankfurt an der Herausgabe des einflussreichen „Jahrbuch sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung“.

kontrastiert mit dem 'Geist' der innovativen Arbeitspolitik: Eigeninitiative, Partizipation, Verantwortlichkeit und diskursive Zielfindung werden obsolet, Produktivitätszugewinn wird über die Wiedereinführung von Hierarchie, Kontrolle und Exklusion gesucht.“ (Schumann 1998, S. 25) Nun könnte es durchaus sein, dass der befürchtete neuerliche Trendumbruch nur deshalb so scharf konturiert erscheint, weil die realen Erfolge antitayloristischer Restrukturierungsmaßnahmen in den frühen neunziger Jahren überbewertet wurden. Möglicherweise haben sich aber auch bestimmte Elemente der „neuen Produktionskonzepte“ oder von „lean production“ als mit den leitenden Prinzipien des Fordismus-Taylorismus so kompatibel erwiesen, dass ihre Implementierung in den Arbeitsprozess weder einen Paradigmenwechsel voraussetzte noch eine Trendumkehr nach sich zog. Diesen Überlegungen soll im Folgenden nachgegangen werden.

### Ende des "golden age" - Ende des Fordismus?

Die Durchsetzung fordistisch-tayloristischer Prinzipien in der Produktion<sup>3</sup> begann bekanntlich schon vor Ford und Taylor: im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in den USA nicht nur in den gut dokumentierten Schlachthöfen Chicagos oder in der Waffen- und Munitionsindustrie, sondern auch in den Verbrauchsgüter produzierenden Branchen der „Neuen“ und zunehmend auch der „Alten Welt“. Beispiele hierfür sind die Nahrungsmittelindustrie, die Fahrradherstellung oder die Produktion von Glühlampen und anderer elektrischer Massenartikel.<sup>4</sup> Das „goldene Zeitalter“, das von hohen Wachstumsraten, annähernder Vollbeschäftigung und einem bescheidenen Massenwohlstand geprägt war, hielt in Europa und in der Bundesrepublik erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Einzug. Diese in sozialer Hinsicht segensreiche „Prosperitätskonstellation“ (Burkart Lutz) beruhte einerseits auf einer Reihe Sonderbedingungen, von denen der große kriegs- und nachkriegsbedingte Nachholbedarf an langlebigen Massenverbrauchsgütern, Konsumartikeln und Wohnungsbauinvestitionen sowie die regulierende staatliche Wirtschaftspolitik zur Stimulierung zusätzlicher Nachfrage eine wesentliche Rolle spielten (Hobsbawn 1995, S. 338 ff). Sie fand andererseits ihre Unterstützung in einer beispiellosen Beschleunigung des Produktivitätswachstums, der Ausweitung der Produktionskapazitäten und der Verallgemeinerung tayloristischer Prinzipien der Industriearbeit. Die europäische Industrie profitierte dabei von einem zweifachen Nachahmungseffekt: Sie konnte nicht nur an Produkte und Produktionstechnologien anknüpfen, die in den USA teilweise schon in den drei-

<sup>3</sup> Auf deren Darstellung muß hier aus Platzgründen verzichtet werden. Vgl. dazu Ford 1923; Taylor 1977; Vahrenkamp 1977; Hinrichs/Peter 1976; Hinrichs 1981.

<sup>4</sup> Gut dokumentiert ist neuerdings der Weg der deutschen Elektroindustrie von ihren Anfängen bis zur „Entfaltung des Fordismus“ (Wittke 1996). Danach setzten sich tayloristische Produktions- und Arbeitskonzepte in den Konsumgüterbereichen der Branche bereits in den beiden Jahrzehnten vor dem 1. Weltkrieg durch, also lange vor der deutschen Rezeption des „Taylorismus“.

ziger Jahren erfunden waren und sich nun relativ problemlos in die Massenfertigung umsetzen ließen (z.B. synthetische Produkte, elektrische Haushaltsgeräte und -techniken), sie kopierte auch - und zwar im wörtlichen Sinn - das in den USA der Zwischenkriegszeit hochentwickelte Modell der fordistischen Massenproduktion.

Übersicht 1: Das Original und die Kopie

| Jahr    | Ford 1911 - 1920            |                          | Jahr | VW 1953 - 1962              |                   |
|---------|-----------------------------|--------------------------|------|-----------------------------|-------------------|
|         | Produktion Wagen in Tausend | Preis je Wagen US Dollar |      | Produktion Wagen in Tausend | Preis je Wagen DM |
| 1910/11 | 35                          | 780                      | 1953 | 136 <sup>2</sup>            | 5.150             |
| 1911/12 | 78                          | 690                      | 1954 | 242                         | 4.850             |
| 1912/13 | 168                         | 600                      | 1955 |                             | 4.600             |
| 1913/14 | 248                         | 550                      | 1956 | 396                         | 4.600             |
| 1914/15 | 308                         | 490                      | 1957 |                             | 4.600             |
| 1915/16 | 534                         | 440                      | 1958 | 557                         | 4.600             |
| 1916/17 | 785                         | 360                      | 1959 |                             | 4.600             |
| 1917/18 | 707                         | 450                      | 1960 | 891                         | 4.600             |
| 1918/19 | 534                         | 525                      | 1961 |                             | 4.742             |
| 1919/20 | 997                         | 508 <sup>1</sup>         | 1962 | 1.185                       | 4.980             |

<sup>1</sup>Die Preise schwankten je nach Ausstattung zwischen 575 und 440 Dollar. Die 508 Dollar stellen einen Mittelwert dar.

<sup>2</sup>1952.

Quellen: Ford 1923, S. 170; Wellhöner 1996, S. 128, 132

Sehr gut lässt sich diese Nachahmung in der Automobilindustrie zeigen. VW legte beispielsweise in den fünfziger und frühen sechziger Jahren einen ähnlichen Weg zurück, wie ihn Henry Ford 40 Jahre früher vorexerziert hatte: eine enorme Produktionsausweitung auf der Grundlage eines einzigen Fahrzeugmodells (des VW Käfer, bei Ford war es das T-Modell) und sinkender Verkaufspreise (vgl. Übersicht 1). Dieser Erfolg von VW - er ließe sich ähnlich auch für Opel nachzeichnen - beruhte u.a. auf der Übernahme „amerikanischer“ Produktionsmethoden, Technologien und Maschinen. Volker Wellhöner hat in einer überaus informativen Arbeit minutiös dargelegt, mit welchem Eifer Repräsentanten und Techniker von VW Anfang der fünfziger Jahre die USA bereisten und zahlreiche Produktions- und Forschungseinrichtungen besuchten. Dabei wurden die fortgeschrittensten Prozesstechnologien,

Maschinen und Arbeitsstraßen und Arbeitsweisen in verschiedenen Automobilfabriken studiert und entsprechende Reformvorschläge für die deutschen Werke entwickelt (Wellhöner 1996, S. 109 ff). Deren Umsetzung in der Ära Heinrich Nordhoff garantierte schließlich eine fast kontinuierliche Steigerung der Produktivität, die teils über die sinkenden Stückpreise an die Kunden weitergegeben wurden, teils als Orientierung für das Maß der Lohnsteigerungen dienten („fordistischer Lohnkompromiss“).

Die Verallgemeinerung fordistisch-tayloristischer Produktionsmethoden darf allerdings nicht dahingehend (miss)verstanden werden, als wären überall dieselben Produktionstechniken zum Einsatz gekommen und der Arbeitsprozess von gleichförmiger Restriktivität bestimmt gewesen. Natürlich drückte der damals herrschende Rationalisierungstyp allen mit den Kernbereichen der Massenproduktion verbundenen direkten und indirekten Produktionsstufen den gleichen Stempel auf: Die extreme Arbeitsergliederung, kurze Taktzeiten und das Vorherrschen einfacher, repetitiver Tätigkeiten in den Montageprozessen zum Beispiel wirkte sich auch auf die gesamte Fabrikorganisation aus. Diese war relativ starr, wies eine klare, vertikal und horizontal gegliederte Aufgaben- und Verantwortungssegmentation auf und übertrug das allgemein hohe Arbeitstempo der nach dem Flussprinzip organisierten Produktion auch auf die vor- und nachgelagerten Tätigkeiten sowie auf den Büro- und Verwaltungsbereich. Auf der anderen Seite war auch die fordistische Massenproduktion ein sehr differenziertes und keinesfalls gefestigtes Gebilde. Der Ausschluss der Arbeitenden von allen planenden und dispositiven Tätigkeiten konnte nicht verhindern, dass sich informelle Strukturen herausbildeten, in denen die - unerwünschten - kreativen Fähigkeiten der Arbeitenden auf zweierlei Weise zum Tragen kamen: sowohl zur Organisation antikapitalistischen Widerstands als auch zum „Funktionieren der Produktion unter bürokratisch-kapitalistischen Bedingungen“. (Wolf 1998, S. 119)<sup>5</sup>

In ihrer ersten großen Bestandsaufnahme der technisch vermittelten industriellen Arbeit haben Horst Kern und Michael Schumann (1977) auf die Widersprüchlichkeit, Differenziertheit und die Dynamik des fordistisch-tayloristischen Typus von Arbeit und Rationalisierung aufmerksam gemacht. Gerade der dem Kapitalismus innewohnende Drang nach einer Erhöhung der Kapital- und Arbeitsproduktivität begünstigt einen permanenten technischen Wandel, der - schon allein aufgrund der kapitalistischen Konkurrenzsituation - „von einer starken Differenzierung der industriellen Produktionsapparatur begleitet“

<sup>5</sup> Wolf geht noch einen Schritt weiter: „Die Aufrechterhaltung der Produktion und die Ausschöpfung der produktiven und kreativen Potentiale der Arbeitskraft ist (sic!) auch in der tayloristischen Organisation allein durch die virtuelle Ausschaltung ihres Ausschlusses möglich, ihren informellen Einschluss.“ (Ebd., S. 118) Dies ändert nichts daran, dass dem Taylorismus, aber auch allen anderen Formen ökonomischer Herrschaft ausschließlich an der Aneignung und Nutzung fremder Arbeit gelegen ist. Zu diesem Zweck kann man - allerdings kontrolliert und an der kurzen Leine - mitunter auch an die im Verborgenen gehaltenen kreativen Fähigkeiten der Arbeitenden appellieren, wie es in der Lean-production-Diskussion ja gang und gäbe war.

wird (Kern/Schumann 1977, S. 19). Beispielsweise könne die Einführung neuer Produkte spezifische neue Produktionsverfahren verlangen, die bei herkömmlichen Produkten nicht üblich sind. Aber auch in den schon bestehenden Bereichen der Produktion „variiert“ der „technische Wandel“, wofür z.B. die materiellen Gegebenheiten der Produktionsprozesse entscheidende Bedeutung haben. Ökonomische Faktoren (Marktsituation oder Finanzkraft eines Unternehmens) tun ein Übriges, um höchst unterschiedlich technisierte und mechanisierte Betriebe agieren zu lassen. (Ebd.) Kern/Schumann identifizieren nicht weniger als neun Mechanisierungsgrade (von der reinen Handarbeit bis zur vollautomatisierten Fertigung), die in unterschiedlicher Weise in stoffumwandelnden Prozessen, stoffverformenden Prozessen und in montierenden Prozessen zum Einsatz kommen (ebd., S. 156 ff). Die beiden erstgenannten Prozesse weisen im allgemeinen eine höhere Affinität zu einer stärkeren Mechanisierung und Automatisierung auf, während sich die Montageprozesse diesbezüglich als sperrig erweisen. Sie sind demnach auch die Felder, in denen die Taylor'schen Prinzipien rationeller Arbeitsorganisation am breitesten verankert sind (vgl. ebd., S. 177).

Nachdem mit dem Auftreten der ersten großen Nachkriegskrise Anfang/Mitte der siebziger Jahre der „kurze Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1989) ausgeträumt war, schien nicht nur ein außergewöhnlicher Konjunkturzyklus zu Ende gegangen zu sein. Der „Erdrutsch“ (Eric Hobsbawm) erfasste sowohl die jahrzehntelang boomende Ökonomie der führenden kapitalistischen Staaten und - wie sich allerdings erst viel später in seinem ganzen Ausmaß zeigen sollte - der sozialistischen Staaten Osteuropas, als auch das bis dato gängige verschwenderische Muster des Umwelt- und Ressourcenverbrauchs (1972 erschien der erste aufsehenerregende Bericht des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“!). Sozusagen auf der Mikroebene gerieten zudem die Art der Produktion und die Form der Arbeitsorganisation in den Blick - es ging um die fordistische Massenproduktion (1) und die tayloristischen Produktionsmethoden (2).

1. Die fordistische Massenproduktion wurde, einer in den siebziger und achtziger Jahren weitverbreiteten These zufolge, von zwei Entwicklungen zum Einsturz gebracht (vgl. hierzu Piore/Sabel 1985, S. 205 ff). Erstens war es in den entwickeltesten kapitalistischen Industriestaaten zu einer allmählichen Marktsättigung mit industriellen Standardgütern gekommen. Insbesondere die privaten Haushalte hatten ihren Bedarf an Autos, Kühlschränken, Farbfernsehern u.ä. weitgehend gedeckt. Die Rentabilität von Massenproduktion konnte durch die Expansion der Binnenmärkte allein nicht mehr entscheidend gesteigert werden, so dass die führenden Staaten bzw. ihre Konzerne einem verstärkten Drang auf ausländische Märkte, also zur Ausweitung des internationalen Handels nachgaben. Doch auch die gegenseitige Durchdringung der Märkte half nicht aus dem allgemeinen Nachfragedefizit, da die großen internationalen Produzenten sich mit im wesentlichen gleichartigen Waren Konkurrenz machten. Zweitens: Aus diesem Grund versuchten die Unternehmen, ihre

Marktposition über die Differenzierung und qualitative Verbesserung ihrer Produkte zu verbessern. Der Kampf um die Kunden habe sich auch deshalb verändern müssen, weil sich im Zuge der Einkommenssteigerungen im goldenen Zeitalter allmählich auch die Konsummuster veränderten. Nach Piore/Sabel kam es zu „gewaltigen Geschmacksdiversifikationen“ (ebd., S. 213), denen von der herkömmlichen Massenproduktion nicht mehr entsprochen werden konnte (vgl. auch Hirsch/Roth 1986, S. 60). Der daraus folgende „Paradigmenwechsel“ beinhaltete, dass an die Stelle der fordistischen Massenproduktion eine neue Form industrieller Organisation treten werde, die nach und nach alle Bereiche der ökonomischen Aktivitäten erfassen würde, einschließlich des Wesens des Marktes, die Beziehungen zwischen den Unternehmen und das Verhältnis von Industrie und Staat. Die standardisierte Massenproduktion werde von der „flexiblen Spezialisierung“ abgelöst.

2. Damit waren auch die tayloristischen Produktionsprinzipien obsolet geworden. Piore und Sabel waren von der Notwendigkeit einer „Requalifizierung“ industrieller Arbeit überzeugt, weil nur sie die Voraussetzung zur Bewältigung einer flexibilisierten Qualitätsproduktion kleinerer Losgrößen schaffen würde. Mit Blick auf einige europäische industrielle Vorzeigeregionen schwärmten sie sogar vom Wiederaufbau des „handwerklichen Paradigmas“ (Piore/Sabel 1989, S. 239 ff).<sup>6</sup> Ganz ähnlich argumentierten Mitte der achtziger Jahre die Wortführer der deutschen Industriosozologie. In einer breit angelegten empirischen Arbeit über Formen der Rationalisierung und Automatisierung, die trotz Fragezeichen den programmatischen Titel trug: „Das Ende der Arbeitsteilung?“ meinten Horst Kern und Michael Schumann (1984) deutliche Ansätze zu einem Umbruch in der Arbeitsorganisation zu erkennen, darunter insbesondere die Rücknahme der tayloristischen Arbeitsteilung und die Rückkehr der qualifizierten Facharbeit in die industrielle Produktion. Solche Veränderungen seien vor allem technisch bedingt gewesen: Die Ende der siebziger Jahre einsetzende, auf dem umfassenden Einsatz computergesteuerter Maschinen (bis hin zu Industrierobotern) beruhende Modernisierungs- und Rationalisierungswelle habe nicht nur flexiblere Produktionsstrukturen, sondern auch die Ausbreitung neuer Arbeitsorganisationsformen begünstigt, nämlich kooperative Arbeitsstrukturen (z.B. Gruppenarbeit) und einen höheren Grad an Autonomie und Gestaltungsfreiheit. Die extreme tayloristische Arbeitszergliederung mit ihren kurzen Taktzeiten, repetitiven Teilarbeiten und - in der Summe - restriktiven Arbeitsbedingungen würden mehr und mehr in den Hintergrund treten.

So könnte das bereits in den fünfziger und sechziger Jahren von A. Touraine, R. Blauner, F. Fürstenberg und anderen Industriosozologen vertretene Drei-Phasen-Modell der Geschichte industrieller Arbeit seine Bestätigung finden

<sup>6</sup> Auf die im Anschluss an die Regulationstheorie formulierte These von einer grundlegenden Veränderung räumlicher Strukturen und des Allokationsverhaltens des Kapitals im Zuge des Übergangs zum „Postfordismus“ kann hier nicht eingegangen werden. (vgl. aber hierzu meine Kritik in Strutynski 1997 sowie die in Kürze erscheinende Arbeit von Krumbein 1999).

(vgl. zum Folgenden Kern/Schumann 1977, S. 25 f): In der ersten Phase dominiert die handwerkliche, auf solider fachlicher Qualifikation und Erfahrung beruhende Bearbeitung von Produkten, unterstützt von Werkzeugen oder universellen Einzelmaschinen. Der Arbeiter hatte einen relativ großen Spielraum bei der Gestaltung seiner Arbeit. Die zweite Phase wird bestimmt durch die Verwendung spezialisierter Einzelmaschinen und der Fließproduktion; vom Typ her haben wir es also mit der industriellen Massenproduktion zu tun. Die Arbeit geschieht unter äußerst restriktiven Bedingungen, ist in kleinste Teileroperationen zerlegt und erfordert keine besonderen Qualifikationen. Der Arbeiter fungiert oftmals nur als „Lückenbüßer“ der noch nicht vollautomatisierten Fertigung, als „Anhängsel“ der Maschine. In der dritten Phase schließlich wird der Weg in die Ära der automatisierten Produktion beschritten. Der Arbeiter legt nicht mehr unmittelbar Hand an, sondern tritt neben die Produktion: Er überwacht, regelt und steuert Prozesse, die weitgehend automatisch ablaufen. Diese Tätigkeiten erfordern die Requalifizierung der Industriearbeit und heben tendenziell sogar die „Fremdbestimmung“ der Arbeit auf.

### Lean Production - kein Paradigmenwechsel

Die Veröffentlichung der MIT-Studie über die „zweite Revolution in der Autoindustrie“ (Womack u.a. 1991) und die sich daran entzündende internationale Diskussion über „lean production“ war natürlich Wasser auf die Mühlen der deutschen Protagonisten der „Neuen Produktionskonzepte“, schien doch jetzt die Zeit reif für den Abschluss eines „Basiskompromisses“ (Michael Schumann) zwischen Unternehmen und Beschäftigten zur einvernehmlichen Förderung betrieblicher Rationalisierungsprozesse! Genau dieses Konzept war in den siebziger und achtziger Jahren, trotz Unterstützung mittels des staatlichen Programms „Humanisierung der Arbeit“, nicht aufgegangen. Alle wesentlichen Projekte, in denen der Versuch gemacht wurde, tayloristische Arbeitsmethoden etwa durch Aufgabenintegration, Enttaktung, Erhöhung des Dispositionsspielraums oder Gruppenarbeit zurückzudrängen, scheiterten letztlich am Widerstand der Unternehmer, die sich eine derartige Humanisierung nur mit einer Verringerung der Produktivität mit Kostensteigerung und damit Profitschmälerung vorstellen konnten.<sup>7</sup>

Warum sollten zu Beginn der neunziger Jahre Humanisierungsabsichten der Beschäftigten und das Rentabilitätskalkül der Unternehmen besser zusammenpassen? Wieviel Humanisierung steckte in der Lean-production-Konzeption?

Die Schlankheits-Rezeptur des Massachusetts-Instituts war von Beginn an

<sup>7</sup> Der Vollständigkeit halber muss erwähnt werden, dass etliche innovative Projekte auch auf gehörige Skepsis bei den betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretungen stießen, so dass häufig das Engagement und die Interessiertheit an der Durchsetzung neuer Arbeitsmethoden fehlten. Erfolgreich war das Humanisierungsprogramm bei der technischen Bekämpfung traditioneller Belastungen aus der Arbeitsumwelt (z.B. Gefahrstoffe, dem Arbeitsvollzug (z.B. Heben und Tragen von schweren Lasten) sowie bei der Normierung von Arbeitssicherheitsstandards in einschlägigen Gesetzen und Vorschriften.

darauf angelegt, den amerikanischen und europäischen Automobilherstellern Tips zu geben, wie sie ihre Kosten senken und damit ihre Wettbewerbsposition gegenüber den japanischen Konkurrenten verbessern könnten. Lean production war in meinen Augen in erster Linie ein Beschleunigungs-, Verdichtungs- und Flexibilisierungsprogramm.

Beschleunigt werden sollten der Materialdurchfluss, die Produktionsprozesse, die Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionszeiten sowie die Auftragsabwicklung und die Warenauslieferung. Dies sollte gewährleistet werden durch die Effektivierung der inner- und zwischenbetrieblichen Logistik (KANBAN-System, „just in time“), die Etablierung eines permanenten Verbesserungs- und Rationalisierungsauftrags (KAIZEN bzw. KVP - kontinuierlicher Verbesserungsprozess) und die Synchronisierung der Produktentwicklung auf den verschiedenen Zuständigkeitsebenen („simultaneous engineering“).

Unter Verdichtung verstehe ich nicht nur die Intensivierung der menschlichen Arbeit infolge der Beschleunigung der Fertigungsprozesse, der Vermeidung von Fehlern und der Vermeidung jeglichen Leerlaufs, sondern auch die räumlich-zeitliche Komprimierung von Maschinen und Menschen in einer nach Beschleunigungs- und Flexibilisierungsgesichtspunkten restrukturierten „schlanken“ Fabrik. Das Fehlen jeglichen „Puffers“ (an Material und Zeit) sowie das „Null-Fehler-Prinzip“ sind die Hauptcharakteristiken eines solchen Betriebs.

Die Forderung nach Flexibilisierung bezieht sich im Grunde genommen auf alle Stufen des betrieblichen und überbetrieblichen Wertschöpfungsprozesses, sie schließt das materielle Substrat der Produktion ebenso ein wie das menschliche Arbeitsvermögen, die überbetrieblichen Material- und Güterströme sowie die Kommunikations- und Transportwege einschließlich ihrer räumlichen Dimensionen. (Vgl. Strutynski 1994, S. 43 ff) Die in der Lean-production-Konzeption zum obersten Leitbild erhobene „Kundenorientierung“, d.h. die Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit aller betrieblichen Funktionen zur Befriedigung von (Markt-)Kundenwünschen, ist der Hintergrund für den vermeintlichen Zwang zur Flexibilisierung. Die Auswirkungen sind u.a. zu beobachten in verlängerten Betriebs- und Maschinenlaufzeiten, Nacht- und Wochenendarbeit sowie in den vielfältigen Formen individueller Flexi-Arbeitszeiten.

Im Lichte dieser Interpretation der wesentlichen Elemente schlanker Produktion gewinnt die viel zitierte und maßlos übertrieben anmutende Selbstdefinition der MIT-Studie an Überzeugungskraft, wonach lean production deshalb „schlank“ ist, „weil sie von allem weniger einsetzt als die Massenfertigung - die Hälfte des Personals in der Fabrik, die Hälfte der Produktionsfläche, die Hälfte der Investition in Werkzeuge, die Hälfte der Zeit für die Entwicklung eines neuen Produktes. Sie erfordert auch weit weniger als die Hälfte des notwendigen Lagerbestands, führt zu viel weniger Fehlern und produziert eine größere und noch wachsende Vielfalt von Produkten.“ (Womack u.a. 1991, S. 19) Natürlich mussten solche Verheißungen die Gewerkschaften und kritische

Sozialwissenschaftler hellhörig machen. Tatsächlich meldeten sich zahlreiche Stimmen zu Wort, die auf die arbeitspolitischen Fußangeln von lean production hinwiesen, indem sie insbesondere die fortgeschrittene Realität des japanischen Vorbilds (vor allem Toyota) vorführten und die gesamtgesellschaftlichen Folgen dieses Produktionstyps abzuschätzen versuchten (vgl. z.B. Strutyński 1993).

Die japanische Erfahrung beruhte nicht nur auf einer anderen industriellen Tradition und Kultur (z.B. stark segmentierter betrieblicher Arbeitsmarkt, duale Struktur der Industrie, rigide Zulieferintegration), sondern auch auf einem anderen Verständnis von Gruppenarbeit, Partizipation und Gestaltungsspielraum bei der Arbeit. Sieht man sich Theorie und Praxis des Toyotismus genauer an, so fallen die Parallelen und Übereinstimmungen mit dem Ford'schen Produktionssystem ins Auge. Taiichi Ohno, langjähriger Chairman bei Toyota, legendärer Erfinder des „Just-in-time-Systems“ und als „Begründer“ der schlanken Produktion apostrophiert, legt großen Wert darauf, die Nähe seines Systems zum Fordismus zu betonen. (Ohno 1993) An Gemeinsamkeiten werden hervorgehoben: das Fließ(band)prinzip, das von Ford erfunden worden sei, das Prinzip, jegliche Verschwendung zu vermeiden, die zutiefst amerikanische Methode des „trial and error“ und Fords ständige Suche nach dem best practice, der besten (und nicht der zweitbesten) Methode, um ans Ziel zu kommen. (Ebd., S. 121 ff) Der einzige wesentliche Unterschied zwischen dem Ford- und dem Toyota-Produktionssystem liege darin, dass ersteres das auf Massenproduktion zielende Fließprinzip in allen Stufen des Produktionsprozesses einführt, was zur Folge hatte, dass Überschuss produziert und Lagerhaltung notwendig wurde, während bei Toyota das Fließprinzip nur in der Endmontage angewandt wurde; alle vorgelagerten Produktionsstufen mussten ihren Arbeitsfluss an den Bedarf der Endmontage anpassen.<sup>8</sup> Auf diese Weise entstand eine „wahre“ Fließfertigung, deren Flexibilität durch das KANBAN-System hergestellt wurde. (Ebd., S. 54 ff)

Dennoch enthielt das Toyota- bzw. Lean-production-Konzept Elemente, an die auch kritische, humanisierungsorientierte Industriosozologen und Arbeitswissenschaftler anknüpfen konnten. Da war zum einen das Versprechen der MIT-Studie, das „schlanke Unternehmen“ würde die Vorteile der handwerklichen Arbeit - die im Fordismus aus der Mode gekommen sei - mit den Vorteilen der Massenproduktion „kombinieren“, indem es „die hohen Kosten der ersteren und die Starrheit der letzteren vermeidet“: „Zu diesem Zweck beschäftigen schlanke Unternehmen auf allen Ebenen der Organisation Teams vielseitig ausgebildeter Arbeitskräfte und setzen hochflexible, zunehmend automatisierte Maschinen ein, um große Produktmengen in enormer Vielfalt herzustellen.“

<sup>8</sup> Ohno erwähnt noch einen zweiten Unterschied, der seiner Meinung nach „wesentlich“ sei: das Prinzip der „autonomen Automation“. Damit sind Maschinen gemeint, die technische Fehler, in deren Folge zahlreiche defekte Teile hergestellt würden, selbsttätig („autonom“) erkennen. Im Gegensatz zum KANBAN-System hat die „Automation“ aber nur einen geringen Einfluss auf das Prinzip der Fließfertigung; es trägt lediglich zu deren störungsfreiem Lauf bei.

(Womack u.a. 1991, S. 19) Mit der „Team“-Organisation ist das andere Element benannt, das im Diskurs um die neuen Produktionskonzepte positive Assoziationen hervorrief. Obwohl allen Beteiligten klar war, dass sich die japanische Gruppenarbeit ganz fundamental vom skandinavischen oder deutschen Modell unterschied (siehe z.B. Heidenreich/Schmidt 1993), wurde die flächenhafte Durchsetzung von Gruppenarbeit beispielsweise in der Automobilindustrie zu Beginn der neunziger Jahre häufig als Indikator für die Ausbreitung der „neuen Produktionskonzepte“ verwendet. Manchmal hatte es den Anschein, als schwimme die aufgeklärte Industriosozologie auf der Lean-production-Welle der Restrukturierung und forcierten Rationalisierung umso fröhlicher mit, als es zum Teil ja ihre eigenen Stichworte und Begriffe waren, mit denen das Management zur Werke ging. Spätestens beim zweiten Gruppenarbeits-Kongress des Projektträgers „Arbeit, Umwelt, Gesundheit“ (vormals „Humanisierung des Arbeitslebens“) im Juni 1994 in Rostock (RKW 1995)<sup>9</sup> hätte es allen dämmern müssen, dass die neue Praxis der Gruppenarbeit mit der Gruppenarbeitsidee aus der Humanisierungsdiskussion der siebziger Jahre nur noch den Namen gemein hatte.

### Die Reichweite der Verschlankeungsprozesse

Doch lassen wir einmal die theoretische Frage beiseite, ob und unter welchen Voraussetzungen lean production auch zur Humanisierung der Arbeit taugt, und fragen nach der praktischen Relevanz und Reichweite der Verschlankeungsprozesse in den neunziger Jahren. Inwieweit hat sich die Begeisterung der Unternehmer und des höheren Managements über die neue „Bibel“ der Betriebs- und Arbeitsorganisation in entsprechende Reorganisationsmaßnahmen umgesetzt?

Seit 1995 liegt hierzu eine umfassende Analyse vor, die das ISI (Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung) zwischen 1993 und 1995 durchgeführt hat. (Dreher u.a. 1995) Die Studie beruht auf einer Sekundäranalyse breitenempirischer Erhebungen und enthält eine Bestandsaufnahme der Verbreitung und der verbleibenden Potentiale der verschiedenen Elemente neuer Produktionskonzepte. Herausgefunden werden sollten u.a.:

- der Anteil der Betriebe, welche die Gestaltungselemente von lean production umgesetzt haben,
- der Anteil der Betriebe, denen die objektiven Voraussetzungen für den Einsatz solcher Konzepte fehlen, sowie
- die Gründe für die Nichtausschöpfung der Umgestaltungspotentiale.

Die Studie verfolgt weder theoretische noch „ideologische“ Ziele, noch re-

<sup>9</sup> Der erste Kongress fand im Frühjahr 1993 in Mannheim statt. Die darauf beruhende Dokumentation bietet noch einen Überblick über die unterschiedlichen Methoden, Ziele, Strategien und Umsetzungsarten von Gruppenarbeit in Deutschland, wobei der Rückbezug auf den Humanisierungsansatz deutlich zu spüren ist (Binkelman u.a. 1993).

flektiert sie die konzeptionelle Differenz zwischen „lean production“ und den „Neuen Produktionskonzepten“. Für die Autoren steht lediglich fest, dass die „klassischen Produktionskonzepte“ à la Ford und Taylor ein Auslaufmodell seien, das vom „Postfordismus“ oder eben von lean production abgelöst werde. (Ebd., S. 6) Als die wichtigsten Prinzipien des neuen Produktionsparadigmas werden genannt (ebd., S. 9 ff):

- „Komplexitätsreduktion“ (beim Produkt: Konzentration auf einen entscheidenden Kundennutzen, bei der Produktion: Konzentration auf besonders leistungsstarke Segmente der Wertschöpfungskette),
- Externe und interne „Kundenorientierung“,
- Konzentration auf die „Wertkette“ (z.B. Beschränkung auf Kernaktivitäten des Unternehmens, Vermeidung von Ineffizienzen und von kostspieligen Aktivitäten, die den Kundennutzen nicht erhöhen),
- „Kommunikation und Transparenz“ (zur besseren Abstimmung der betrieblichen Akteure, zur Information über Kundenwünsche und Zielvorgaben des Unternehmens),
- „Der Mensch steht im Mittelpunkt“ (Mensch wird nicht als Kostenfaktor betrachtet, sondern als „Leistungsträger“, als „Ressource“, zumal er „flexibler als jede Maschine“ ist),
- Ganzheitliches Denken (Produkt und Produktionsverfahren werden integriert betrachtet),
- Vorausdenken und Vorausplanen („Agieren statt reagieren“, längerfristige strategische Unternehmensplanung, mögliche Störungen kalkulierenden und eingrenzen usw.),
- KAIZEN, kontinuierliche Verbesserung (das Unternehmen wird zu einem „lernenden System“).

Diese Prinzipien, die häufig leerformelhaften Werbeslogans gleichen, lassen sich betrieblich erst umsetzen und empirisch erfassen, wenn sie - wie das in der MIT-Studie auch geschehen ist - operationalisiert werden. Zu diesem Zweck wurden sie in vier „Grundkomponenten“ aufgeteilt, die ihrerseits wieder verschiedene „Gestaltungselemente“ umfassen (ebd., S. 15 ff):

1. Die erste Grundkomponente ist die Neustrukturierung und Steuerung der logistischen oder „Wertschöpfungs“-Kette. Dies beinhaltet die Restrukturierung der Fabrik nach dem Gesichtspunkt einer produktorientierten Anordnung der Betriebsmittel („Fertigungssegmentierung“), die Verringerung der Fertigungstiefe (out sourcing und Integration der Zulieferkette), die Gestaltung des Produktionsflusses nach dem „Nullpufferprinzip“ (z.B. durch KANBAN-Steuerung) und die Realisierung produktionsynchroner Beschaffung (just in time).
2. Die zweite Grundkomponente besteht aus der Arbeitsorganisation und Personalführung. Ziel ist das möglichst effektive Zusammenwirken der technischen Komponenten der logistischen Kette durch eine moderne Form der Ar-

beitsorganisation. Hierzu gehört die Aufgabenintegration, d.h. die Übernahme von Tätigkeiten des einzelnen Werkers, die über das einfache Einlegen oder Herausnehmen von Teilen in Maschinen hinausgehen. Damit hängt sowohl die Erweiterung der fachlichen und sozialen Kompetenzen der Werker durch deren Qualifizierung ab, als auch die Organisation in Gruppen oder Teams, die über eine gewisse innere Autonomie verfügen sollen. Außerdem sollen von Entscheidungen der Unternehmensleitung betroffene Meister oder Gruppen vor einer Entscheidung gehört und beteiligt werden („Partizipation“).

3. Die Qualitätssicherung wird als dritte Grundkomponente geführt. Ein den Ansprüchen von lean production genügendes Qualitätsmanagement sollte einen oder mehrere „Qualitätszirkel“ im Betrieb installieren (abteilungsübergreifend und verschiedene Hierarchieebenen umfassend) oder zumindest über eine produktions-synchrone Qualitätskontrolle verfügen (visuelle Selbstkontrolle und/oder automatische Mess- und Prüfverfahren sind möglich).

4. Die vierte Grundkomponente bezieht sich auf die Produktentwicklung und wird in drei messbare Elemente unterteilt: Einmal muss der Betrieb in der Lage sein, sowohl eine große Variantenvielfalt des Produkts bzw. der Produkte herzustellen, als auch die Teile und Baugruppen des Produkts weitgehend zu standardisieren und zu normieren. Dies ist, wie wir seit Taiichi Ohno, Pierre/Sabel und dem MIT wissen, die Voraussetzung dafür, kleine Lose quasi zu Massenproduktionsbedingungen herzustellen. Zum zweiten können abteilungsübergreifende Projektgruppen gebildet werden, die sich Gedanken über Produkt- und Prozessinnovationen machen („Produktentwicklungsteams“). Und drittens ist eine zeitgemäße Produktentwicklung abhängig von einer frühzeitigen und partnerschaftlichen Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit (FuE-Kooperation) mit den Zulieferern bzw. Abnehmern.

Wie weit ist nun die Verschlankeung der Industrie in der Bundesrepublik gelaufen? Das Fraunhofer-Institut kommt in Bezug auf das verarbeitende Gewerbe (das u.a. den Maschinenbau und die Automobilindustrie einschließt) zu folgenden Ergebnissen:

1. Der Verbreitungsgrad neuer Produktionskonzepte ist, verglichen mit der lang anhaltenden Debatte und der Lean-production-Euphorie Anfang der neunziger Jahre, insgesamt sehr bescheiden geblieben. Ein einziges von den o.g. 13 Gestaltungselementen aus den vier Grundkomponenten von lean production hat gerade einmal bei knapp der Hälfte der Unternehmen (49 %) Verbreitung gefunden. Alle anderen Elemente werden jeweils nur von Minderheiten in die betriebliche Praxis umgesetzt. (Vgl. Übersicht 2)
2. Am ehesten werden offenbar die Komponenten neuer Produktionsformen im Bereich der Wertschöpfungskette eingeführt. Das Nullpufferprinzip z.B. wird in 49 Prozent der Unternehmen praktiziert, etwa 35 Prozent nutzen die produktionsorientierte Fertigungssegmentierung und ein knappes Drittel wendet das Just-in-time-Prinzip im Verkehr mit Zulieferern an. Von geringer Bedeutung ist dagegen der Wunsch die eigene Fertigungstiefe zu verringern. (Ebd., S. 31 ff)

3. Deutlich niedrigere Verbreitungsgrade haben die anderen Komponenten. Die beiden Methoden zur Optimierung des Qualitätsmanagements werden von 15 bis 25 Prozent der Unternehmen angewandt. (Ebd., S. 46 ff) Die Anteile der Nutzer neuer Konzepte im Bereich Produktentwicklung reichen von 15 bis 18 Prozent. (Ebd., S. 53)

**Übersicht 2: Verbreitungsgrad, Verbreitungspotential und Ausschluss von neuen Produktionskonzepten**

| Gestaltungs-Komponenten                           | Anteile der Unternehmen (in %), die die neuen Produktionskonzepte |              |                     |
|---|---|--------------|---------------------|
|   | nutzen  | nicht nutzen | nicht nutzen können |
| <b>I Wertschöpfungskette</b>                      |   |              |                     |
| - Fertigungs-segmentierung                        | 35  | 33           | 32                  |
| - Fertigungstiefen-<br>verringering               | 18  | 62           | 20                  |
| - Nullpufferprinzip                               | 49  | 26           | 25                  |
| - Just in time                                    | 30  | 35           | 35                  |
| <b>II Arbeitsorgansation/<br/>Personalführung</b> |   |              |                     |
| - Aufgabenintegration                             | 8   | 67           | 25                  |
| - Gruppenarbeit                                   | 14  | 61           | 25                  |
| - Qualifizierung                                  | 30  | 57           | 13                  |
| - Partizipation                                   | 6   | 61           | 33                  |
| <b>III Qualitätssicherung</b>                     |   |              |                     |
| - Qualitätszirkel                                 | 15  | 60           | 25                  |
| - Prozesssynchrone<br>Qualitätssicherung          | 25  | 66           | 9                   |
| <b>IV Produktenwicklung</b>                       |   |              |                     |
| - Standardisierung/<br>Vielfalt                   | 15  | 43           | 42                  |
| - Entwicklungsteams                               | 16  | 54           | 30                  |
| - FuE-Kooperation                                 | 18  | 49           | 33                  |

Quelle: Dreher u.a. 1995; zum Teil eig. Berechnungen

5. Am wenigsten zum Zuge kommen die neuen Konzepte der Arbeitsorganisation und Personalführung. Drei wesentliche Elemente, die gemeinhin für die humanorientierten Produktionskonzepte stehen, nämlich Partizipation, Aufgabenintegration und Gruppenarbeit, erreichen gerade einmal Verbreitungsgrade zwischen sechs, acht und 14 Prozent. Die Bereitschaft der Betriebe, die Beschäftigten an Qualifizierungsmaßnahmen zu beteiligen, ist da mit 41 Prozent (im Maschinenbau) schon mehr verbreitet. Allerdings handelt es sich nach Einschätzung von ISI vielfach um eine traditionelle, d. h. stark fachlich orientierte Weiterbildung. Qualifizierung im Sinne von lean production, also funktionenübergreifende, fachliche und sozial-kommunikative Weiterbildung wird von rund 30 Prozent der Betriebe durchgeführt. (Ebd., S. 42)

Diese Ergebnisse sind so aufschlussreich, dass es schon verwundert, warum sie in der Fachwelt, insbesondere in der Industriesoziologie, bislang kaum rezipiert wurden. Das Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung '96, das sich in verschiedenen Beiträgen mit Aspekten betrieblicher Reorganisation befasst, lässt die ISI-Analyse gänzlich unerwähnt. Dabei hätte sie schon zu einem Zeitpunkt auf die Brüchigkeit und Differenziertheit der neuen Organisationsstrukturen aufmerksam machen können, als alle Welt noch vom Elan und der Sogwirkung der Lean-production-Welle überzeugt war. Die neuen Produktionskonzepte sind längst nicht in dem Umfang implementiert worden, wie man nach der Vehemenz der Propaganda hätte vermuten können. Hinzu kommt, dass offenbar ein beträchtlicher Prozentsatz von Unternehmen gar nicht in der Lage ist, seine Betriebsweise zu reorganisieren, wofür es viele Gründe geben kann (z.B. mangelnde Betriebsgröße, einfach strukturiertes Produkt, Produktion in Lohnfertigung; vgl. ebd., S. 65 ff)

### Arbeitspolitik und „Shareholder-Value-Ökonomie“

Die ganze Tragweite der verhinderten Restrukturierung der Industrie wird aber erst deutlich, wenn wir sie unter dem Aspekt der jeweiligen Arbeitsbeziehungen und -belastungen betrachten und wenn wir in Rechnung stellen, dass das Wenige, was bis Anfang der neunziger Jahre erreicht wurde, heute wieder in Frage gestellt wird. Dieses arbeitspolitische „roll back“ ist inzwischen gut belegt nicht nur für die Automobilmontage (vgl. z.B. Frieling 1997), sondern auch für andere Branchen und Wirtschaftsbereiche (vgl. Sperling 1997) und bestätigt im Großen und Ganzen die skeptischen Stimmen, die im Lean-production-Prozess in erster Linie den Rationalisierungs- und Effektivierungsprozess und erst in zweiter Linie eine Humanisierungsstrategie der Unternehmen gesehen haben. (vgl. z.B. Wompe 1997, Strutynski 1997) Genau genommen ist es nicht einmal ein roll back, was sich vor unseren Augen vollzieht, sondern ein Zurückschrauben arbeitspolitischer Fortschritte auf das dem schlanken Produktionskonzept entsprechende Maß. Als Beispiele hierfür mögen die drei wesentlichen „Veränderungen“ genügen, die nach Michael Schumann neuerdings eine „grundlegende Gegentendenz“ zu den innovativen Produktionskonzepten indizieren (Schumann 1998a, S. 24f): die Rücknahme

technologisch und ergonomisch fortgeschrittener Technikkonzepte (1), das Verschieben von "Zumutbarkeitsgrenzen" in den Arbeitsbedingungen „nach unten" (2) und die „Renaissance des fordistischen Fließbandes" (3).

1. Technische Arbeitererleichterungen (z.B. Vorrichtungen zur Vermeidung oder Verminderung von Überkopfarbeit oder andere Montagevorrichtungen) sind keine exklusive Begleiterscheinung der „neuen Produktionskonzepte", sondern ein klassischer Dauerbrenner bei der Gestaltung industrieller Arbeitsplätze seit Fords und Taylors Zeiten. Die Fortschritte, die in Bezug auf den Abbau schwerer körperlicher Arbeit und einseitiger Belastungen des Bewegungsapparats in den siebziger Jahren erzielt wurden - begünstigt durch starken betrieblichen und gewerkschaftlichen Druck -, dürften in der Summe weitreichender gewesen sein als die „ergonomischen Fortschrittsmomente" der späten achtziger und frühen neunziger Jahre. Dagegen, dass auch das „Flexibilitätsniveau automatischer Fertigungstechnik" zurückgefahren, technologisch also „abgespeckt" wird, sprechen zum einen die immensen Investitionsaufwendungen und -planungen der Unternehmen (vgl. für die Automobilindustrie Düe u.a. 1997, S. 18 ff), zum anderen der ökonomische Zwang zur Verkürzung der Entwicklungszeiten und der Produktlebenszyklen. Die durch bessere Materialflusssteuerung und just in time bewirkte Beschleunigung war doch gerade zentrales Moment der schlanken Produktion!

2. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen stand nicht im Vordergrund bei der Verschlinkung der Unternehmen, sie konnte aber als Ergebnis des betrieblichen Aushandlungsprozesses bei Einführung neuer Produktionsmethoden durchaus herauspringen. Die von Schumann ins Feld geführten Beispiele für eine aktuelle Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind allerdings schlecht gewählt. Die Rücknahme „gewährter Erholzeiten" ist nicht erst jetzt zu beobachten, sondern war z.B. Bestandteil einer wegweisenden Betriebsvereinbarung im Mercedes-Werk Untertürkheim, als 1993 flexible Arbeitsformen und Gruppenarbeit eingeführt wurden: Damals entfiel für die Gruppenmitglieder die 1973 erkämpfte fünf-minütige Erholzeit pro Stunde (die sog. „Steinkühler-Pause"). Auch die verstärkte Ausdehnung von Schicht- und Nachtarbeit ist keine neue Strategie, sondern logische Folge flexibler Fertigungsmethoden und hat bereits mit dem Restrukturierungsprozess zu Beginn der neunziger Jahre begonnen (vgl. Lehndorff/Bosch 1993). Wenn VW in Wolfsburg sich erst im Februar 1999 zum Drei-Schicht-Betrieb durchgerungen hat (und nebenbei auch die offenbar nicht mehr überschaubare Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeiten zurücknimmt, Frankfurter Rundschau, 26.01.1999), so hat das eher mit dem anhaltenden Widerstand eines einflussreichen Betriebsrats zu tun. Andere Werke und andere Autohersteller haben hier schon viel früher den Boden bereitet

3. Von einer „Renaissance" des fordistischen Fließbandes kann deshalb nicht die Rede sein, weil es nie aufgehört hatte, sich zu bewegen. Allerdings waren - in Zusammenhang mit Gruppenarbeitskonzepten - zahlreiche Versuche zur Enttaktung der Produktion (z.B. Boxenfertigung) und zur Entschärfung noch

bestehender taktgebundener repetitiver Arbeit gemacht worden. Die Gruppenkonzepte selbst werden auch nicht erst heute neu zugeschnitten, sondern hatten schon immer einen ambivalenten Charakter (das SOFI unterschied selbst zwischen "strukturinnovativen" und „strukturkonservativen" Konzepten). Eine kritische Auswertung empirischer Erhebungen zur Gruppenarbeit, Aufgabenerweiterung und der Ausweitung des Dispositionsspielraums<sup>10</sup> der Arbeitenden müsste schon für die Lean-production-Phase ein ernüchterndes Bild zeichnen. Vor allem: Es waren immer Minderheiten unter den direkten Produktionsarbeitern, die aus den neuen Arbeitsorganisationsformen Nutzen ziehen konnten, während sich die Arbeitsrestriktivität für die Mehrzahl der Beschäftigten nicht vermindert hat.

Wenn als Ursachen für die Verschärfung des Klimas in den Betrieben externe Einflüsse wie die hohe Arbeitslosigkeit, die „Globalisierung" und die zunehmende Weltmarktkonkurrenz, der Siegeszug neoliberalen Denkens und die in den Rang eines hohen Gutes gerückte Shareholder-Value-Orientierung verantwortlich gemacht werden (Schumann 1998a,b), dann wird man dem nicht widersprechen müssen. Es sollte aber daran erinnert werden, dass das Lean-production-Modell, in dem angeblich so viele Elemente der „neuen Produktionskonzepte" aufgehoben sein sollen, ausdrücklich als strategische Antwort der amerikanischen und europäischen Industrie auf solche Herausforderungen entwickelt und von den Unternehmen auch verstanden und eingesetzt worden war. Wenn bei der Implementation solcher Konzepte vorübergehend und partiell humanisierungsorientierte ergonomische und arbeitsorganisatorische Fortschritte erzielt werden konnten, so war das der Durchsetzungsmacht betrieblicher und gewerkschaftlicher Vertretungsorgane zuzuschreiben. Diese Fortschritte galten aber nie „pro toto".

Vielleicht sollte man auch nicht länger der Lebenslüge anhängen, es gäbe ein „deutsches Produktionsmodell", das sich von anderen Standorten vor allem durch seine High-Tech-Beschaffenheit, die Facharbeitertradition und die Konsensorientierung der Tarifparteien auszeichne. Offenbar lassen sich die Unternehmer nicht davon überzeugen, dass der Verbesserung ihrer Wettbewerbsvorteile und Verwertungsinteressen am besten dadurch gedient sei, dass sie die Humanisierung des Arbeitslebens vorantreiben - zumal es, wie die Erfahrung zeigt, ja auch anders geht. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen bleibt eine von konjunkturellen Bewegungen und Unternehmensstrategien zwar beeinflusste, aber nicht abhängige Größe.

Schließlich ist es Zeit sich einzugestehen, dass die arbeitspolitische Realität den Pfad des Fordismus-Taylorismus nie verlassen hat. Scheinbar alternative

<sup>10</sup> Harald Wolf hat kritisch angemerkt, dass im Humanisierungskonzept des SOFI lange Zeit auf die Erweiterung des "Dispositionsspielraums" des einzelnen Arbeiters höchster Wert gelegt wurde, wogegen in den neueren Arbeiten nur noch von der "Selbstorganisation" der Gruppe die Rede ist (Wolf 1997, S. 177). Letztere kann - im Rahmen fremdgesetzter Ziele, versteht sich - tatsächlich an Gewicht zunehmen, ohne automatisch auch jedem Gruppenmitglied ein Mehr an Handlungsspielraum zu bieten.

Entwicklungsstrategien oder gar „Revolutionen“ wie die schlanken Produktionskonzepte haben sich teils als Umwege herausgestellt, die nach einiger Zeit auf die Hauptstraße zurückführten, teils haben sie ganz unmittelbar geholfen, die dem Fordismus zugrunde liegenden Prinzipien und Ziele (v.a. die Herstellung eines störungsfreien Produktionsflusses) zu realisieren. Neben der Erhöhung der Kapitalproduktivität ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität mittels „Intensifikation der Arbeit“ (K. Marx) das wichtigste Mittel hierzu. Diesbezüglich war das fordistische Jahrhundert eine einzige Erfolgsgeschichte. Auch deshalb sind wir von einem arbeitspolitischen Paradigmenwechsel, der diesen Namen auch verdient, weit entfernt.

## Literatur

- Norbert Altmann, Manfred Deiß, Volker Döhl, Dieter Sauer (1986): Ein „Neuer Rationalisierungstyp“- neue Anforderungen an die Industriosozologie. In: Soziale Welt, Heft 2/3, S. 191-206
- Peter Binkelman, Hans-Joachim Braczyk, Rüdiger Seltz (Hg.) (1993): Entwicklung der Gruppenarbeit in Deutschland. Stand und Perspektiven, Frankfurt/New York
- Harry Braverman (1977): Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/New York
- Carsten Dreher, Jürgen Fleig, Monika Harnischfeger, Matthias Klimmer (1995): Neue Produktionskonzepte in der deutschen Industrie. Bestandsaufnahme, Analyse und wirtschaftspolitische Implikationen, Heidelberg
- Dietmar Düe, Ulrich Schneider, Peter Strutynski (1997): Zur regionalen Innovationsfähigkeit deutscher Automobilstandorte, Eschborn (RKW-Forschungsbericht)
- Henry Ford (1923): Mein Leben und Werk, Leipzig
- Ekkehart Frieling (Hg.) (1997): Automobilmontage in Europa, Frankfurt/New York
- M. Heidenreich, G. Schmidt (1993): Gruppenarbeit im internationalen Vergleich. In: P. Binkelman, H.J. Braczyk, R. Seltz (Hg.), Entwicklung der Gruppenarbeit in Deutschland. Stand und Perspektiven, Frankfurt/New York, S. 105-146
- Peter Hinrichs (1981): Um die Seele des Arbeiters. Arbeitspsychologie, Industrie- und Betriebssoziologie in Deutschland 1871-1945, Köln
- Peter Hinrichs, Lothar Peter (1976): Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft und Rationalisierung in der Weimarer Republik, Köln
- Joachim Hirsch, Roland Roth (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg
- Eric Hobsbawm (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München
- Horst Kern, Michael Schumann (1977): Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein. Studienausgabe, Frankfurt am Main
- Horst Kern, Michael Schumann (1984): Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München
- Horst Kern, Michael Schumann (1996): Vorwärts in die Vergangenheit? - Zustand der Arbeit. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 11/12, S. 715-724
- Horst Kern, Michael Schumann (1998): Kontinuität oder Pfadwechsel? Das deutsche Produktionsmodell am Scheideweg. In: SOFI-Mitteilungen Nr. 26

- Wolfgang Krumbein (1999): Mythos Netzwerk. Regionale Innovationsprozesse zwischen Kontinuität und Wandel, Berlin (im Erscheinen)
- Steffen Lehndorff, Gerhard Bosch (1993): Autos bauen zu jeder Zeit? Arbeits- und Betriebszeiten in der europäischen und japanischen Automobilindustrie, Berlin
- Burkart Lutz (1989): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/New York
- Karl Marx (1962): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (1867), Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin
- Taiichi Ohno (1993): Das Toyota-Produktionssystem, Frankfurt/New York
- Michael J. Piore, Charles F. Sabel (1989): Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Frankfurt a.M. (Deutsche Erstaussgabe: Berlin 1985)
- RKW-Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft e.V. (Hg.) (1995): Gruppenarbeit. Chancen und Probleme, Eschborn
- Dieter Sauer (1993): Entwicklungstrends industrieller Rationalisierung. In: Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München u.a., Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung, 1993. Schwerpunkt: Produktionsarbeit, Berlin, S. 13-26
- Dieter Sauer, Norbert Altmann (1989): Zwischenbetriebliche Arbeitsteilung als Thema der Industriosozologie. In: N. Altmann, D. Sauer (Hg.), Systemische Rationalisierung und Zulieferindustrie. Sozialwissenschaftliche Aspekte zwischen betrieblicher Arbeitsteilung, Frankfurt/New York, S. 5-2
- Michael Schumann (1997): Die deutsche Automobilindustrie im Umbruch. In: WSI-Mitteilungen, Heft 4, S. 217-227
- Michael Schumann (1998a): Frißt die Shareholder-Value-Ökonomie die Modernisierung der Arbeit? In: H. Hirsch-Kreinsen, H. Wolf (Hg.); Arbeit, Gesellschaft, Kritik. Orientierungen wider den Zeitgeist, Berlin, S. 19-30
- Michael Schumann (1998b): Rücknahme der Entwarnung. Neue Gefährdungen der Industriearbeit. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 6, S. 457-460
- Michael Schumann, Volker Baethge-Kinsky, Martin Kuhlmann, Constanze Kurz, Uwe Neumann (1994): Trendreport Rationalisierung. Automobilindustrie, Werkzeugmaschinenbau, Chemische Industrie, Berlin
- Michael Schumann, Detlef Gerst (1997): Produktionsarbeit - Bleiben die Entwicklungstrends stabil? In: ISF München u.a. (Hg.), Jahrbuch sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1996. Schwerpunkt: Reorganisation, Berlin, S. 131-167
- Hans-Joachim Sperling (1997): Restrukturierung von Unternehmens- und Arbeitsorganisation - eine Zwischenbilanz. Trend-Report. Partizipation und Organisation II, Marburg
- Peter Strutynski (1994): Mit Gruppenarbeit ins Reich der Freiheit? Die neuen Produktionskonzepte zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Heft 17, März 1994, S. 43-55
- Peter Strutynski (1997): Was kommt nach Ford und Taylor? Ein Blick zurück in die Zukunft. In: J. Klages, P. Strutynski (Hg.), Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts, Hamburg, S. 82-98
- Peter Strutynski (1997): Atmende Fabriken und erstickende Arbeiter. Die neuen Produktionskonzepte auf dem Prüfstand. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Heft 31, Sep-

tember 1997, S. 99-109

Peter Strutynski (Hrsg.) (1993): *Schlanke Produktion, Regionalentwicklung und Industriepolitik. Auswirkungen neuer Produktionskonzepte auf Arbeit, Umwelt und Verkehr*, Düsseldorf

Frederick W. Taylor (1977, 1913): *Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung* (Nachdruck der autorisierten Ausgabe von 1913), hrsg. von Walter Volpert und Richard Vahrenkamp, Weinheim, Basel 1977

Richard Vahrenkamp (1977): *Frederick Winslow Taylor - Ein Denker zwischen Manufaktur und Großindustrie*. In: Taylor 1977, S. LII-IXC

Walter Volpert (1977): *Von der Aktualität des Taylorismus*. In: Taylor 1977, S. IX-LI

Volker Wittke (1976): *Wie entstand industrielle Massenproduktion? Die diskontinuierliche Entwicklung der deutschen Elektroindustrie von den Anfängen der "großen Industrie" bis zur Entfaltung des Fordismus (1880-1975)*, Berlin

Harald Wolf (1997): *Kommentar*. In: ISF München u.a. (Hg.), *Jahrbuch sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1996. Schwerpunkt: Reorganisation*, Berlin, S. 175-179

Harald Wolf (1998): *Die doppelte Institution der Arbeit und ihre Kritik*. In: H. Hirsch-Kreinsen, H. Wolf (Hg.), *Arbeit, Gesellschaft, Kritik. Orientierungen wider den Zeitgeist*, Berlin, S. 101-132

James T. Womack, Daniel T. Jones, Daniel Roos (1991): *Die zweite Revolution in der Autoindustrie. Konsequenzen aus der weltweiten Studie aus dem Massachusetts Institute of Technology*, Frankfurt/New York

Margarete Wompel (1997): *Gruppenarbeit zwischen Wirtschaftlichkeit und Humanisierung*. In: E. Frieling, H. Martin, F. Tikal (Hg.), *Neue Ansätze für innovative Produktionsprozesse*, Kassel, S. 459-465

Bernd Röttger

## Konfliktformationen der Arbeitspolitik und Unternehmenskulturen

Zur politischen Durchsetzung der Beziehungen von Kapital und Arbeit

Die Unterdrückung hat zugenommen

Der Kampf dagegen

Gilt als veraltet.

Bertolt Brecht, GW, Suppl. bd. IV, 296

### Neue Unternehmenskulturen?

Es ist inzwischen fast zu einem Gemeinplatz geworden, in jeder Diskussion über „Arbeit“ zunächst infolge der Durchsetzung neuer Unternehmenskulturen auf eine allgemeine Erschöpfung historischer Konzepte überbetrieblicher Wirtschaftsdemokratie hinzuweisen. Nicht nur die Auflösung antagonistischer Gesellschaftsprojekte von Kapital und Arbeit gilt als gewiß, auch der betriebliche Interessengegensatz werde „durch sozialintegrative Konzepte der direkten Beteiligung... tendenziell verwischt“. Eine solche Diagnose läßt keinen anderen Schluß mehr zu: „Am Ende der neunziger Jahre ist Mitbestimmung in keiner denkbaren Zukunft mehr etwas anderes als ein Element der einzelwirtschaftlichen Leitungs- und Entscheidungsstruktur („corporate governance“) von am Markt operierenden, dem Wettbewerb ausgesetzten und gegeneinander um die beste Position konkurrierenden Unternehmen, deren strategische Positionierung sie im Interesse der von ihr vertretenen Belegschaften *von innen* und innerhalb eines marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens zu beeinflussen versucht.“<sup>1</sup> In dieser Verbetrieblichung der Beziehungen von Kapital und Arbeit wird sogar die Quelle gesehen, durch die die neue „Friedensformel“ des Klassenkonflikts sprudeln kann. Während die Konfliktpartnerschaft der fordistischen Formation des historischen Kapitalismus noch auf sozialstaatlichen Ausgleichsmechanismen der strukturellen Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit und auf erkämpften Klassenkompromissen basierte, gewinnt die neue „europäische Friedensformel“ zwischen Kapital und Arbeit durch die Verpflichtung auf das Ziel gemeinsamer Wettbewerbsfähigkeit Konturen.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Bertelsmann Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), *Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen - Bilanz und Perspektiven*. Bericht der Kommission Mitbestimmung, Gütersloh 1998, 31.

<sup>2</sup> Vgl. für die fordistische Formation: C. Offe, *Zu einigen Widersprüchen des modernen Sozialstaates*, in: ders., *„Arbeitsgesellschaft“*. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt/M. 1984, 323-339; zur „neuen europäischen Friedensformel“: W. Streeck, *The Internationalization of Industrial Relations in Europe: Prospects and Problems*. MPIfG Discussion Paper 98/2.

Auf der Strecke derartiger Neuvermessungen der Beziehungen von Kapital und Arbeit bleiben sämtliche Fragen der nur im sozialen Konflikt immer wieder veränderbaren Handlungsvoraussetzungen von betrieblicher und staatlicher Politik. Mehr noch: In der These von der Auflösung der Klassen(gegensätze) in den betrieblichen Sozialkonfigurationen und der historischen Überlebtheit überbetrieblicher Formen der Wirtschaftsdemokratie wird Abschied genommen von dem, was kritische Analyse (vormals) auszeichnete. Im folgenden soll daher eine analytische Kategorie rückgefordert werden, die zur Kritik der Prozesse von Transformation und Reproduktion der Beziehungen von Kapital und Arbeit wirklich taugt.<sup>3</sup> Gerade die Kategorie der Arbeitspolitik eröffnet dabei eine kritische Analyse der gesamten Konfliktformation aus sozialen Macht- und politischen Herrschaftsverhältnissen, die in der gängigen These von der Durchsetzung neuer Unternehmenskulturen systematisch ausgeblendet bleibt und doch entscheidend für die konkreten Durchsetzungsformen innerbetrieblicher Herrschaft ist: eine Analyse von historisch variierenden Konfliktformationen der Arbeitspolitik, in der unterscheidbare prozessierende Verbindungslinien zwischen den Machtpositionen des Kapitals im Produktionsprozeß (Primärmacht) und den Machtbeziehungen in den sozialen und politischen Regulationsverhältnissen (Sekundärmacht) ausgebildet werden.<sup>4</sup> Im Gegensatz zu den einschlägig gewordenen Versuchen, den für kapitalistische Gesellschaften konstitutiven Zusammenhang zwischen der Herrschaft, die das Kapital im ökonomischen Reproduktionsprozeß ausübt, und den Herrschaftsformen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene aufzusprengen, um auf diesem Weg eine strategische Entpolitisierung der Arbeit auf dem Weg zu bringen und nicht zu kaschierende Mängel und Defekte der Produktionsorganisation als dem System „äußerlich“ zu verhandeln, schärft das Konzept der Arbeitspolitik den Blick auf den inneren Konstitutionszusammenhang von Arbeit und Politik in kapitalistischen Gesellschaften.

<sup>3</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang auch meine Ausführungen zur Aktualität der gramscianischen Theorie des Transformismus: B. Röttger, Gramsci und die Kritik des hegemonialen Neoliberalismus. Politische Re-Konstitution des Marktes und neoliberale Erweiterung des Staates, in: U. Hirschfeld (Hg.), Gramsci-Perspektiven, Hamburg 1998, 134-155.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Entwicklung eines analytischen Rahmens für das Ineinandergreifen von Primär- und Sekundärmacht bei: U. Jürgens, Die Entwicklung von Macht, Herrschaft und Kontrolle im Betrieb als politischer Prozeß - Eine Problemskizze zur Arbeitspolitik, in: ders., F. Naschold (Hg.), Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit, Opladen 1984, 58-91. Primärmacht erwächst aus der strukturellen Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit, die im kapitalistischen Produktionsprozeß zunächst unabhängig von der politischen Konstitution des Marktes aus den gesellschaftlichen Eigentums-, Besitz- und Aneignungsverhältnissen entsteht; Sekundärmacht basiert auf den kollektiv erkämpften und staatlich gesetzten Regelungen und Institutionen; die konkrete Durchsetzung kapitalistischer Kontrollverhältnisse ergibt sich im Wechselspiel beider Machtpositionen.

## Vergessene Traditionslinien

Kritische Gesellschaftstheorie zeichnete sich lange Zeit dadurch aus, daß sie kapitalistische Formen sozialer Ungleichheit und politischer Unterdrückung nicht als naturbedingt verhandelte, sondern als Quelle gesellschaftlicher Konflikte begriff. Aus dieser Konflikthaftigkeit gesellschaftlicher Beziehungen erwachsen Gewißheiten darüber, daß Ausbeutungs- und Unterwerfungsverhältnisse historisch veränderbar waren. Diese Gewißheiten erwachsen aus der Analyse des widersprüchlichen Charakters des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses, der als ein über abstrakte Arbeit vermittelter begriffen wurde. Im Marxismus wurde diese aus den Produktions- und Klassenverhältnissen resultierende Konflikthaftigkeit der bürgerlichen Gesellschaften auf den Begriff der notwendig antagonistischen Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsweise zugespitzt.

Mit dem Begriff der „gesellschaftlichen Arbeit“ gelang nicht nur die systematische Entschlüsselung der Strukturierung des Arbeitsprozesses durch die gesellschaftlichen Verhältnisse; der für die kapitalistische Produktionsweise konkretisierte Arbeitsbegriff stellte gleichzeitig den Schlüssel für die Entwicklung einer Gesellschaftstheorie dar: das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln wurde als klassenbildend, gesellschaftsstrukturierend und herrschaftskonstituierend analysiert.<sup>5</sup> Marx ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß Eigentumsverhältnisse nur als gesellschaftliche Verhältnisse funktionieren: „In jeder historischen Epoche hat sich das Eigentum anders und unter ganz verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt. Das bürgerliche Eigentum definieren heißt somit nichts anders, als alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion darzustellen.“<sup>6</sup> Das Verhältnis von Kapital und Arbeit, das zunächst ein ökonomisches Verhältnis ist, mußte als gesellschaftliches Verhältnis begriffen werden. Die Marxsche Ökonomiekritik erwies sich so immer zugleich als Analyse und Kritik der politischen und ideologischen Formen des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses.

Auf dieser Grundlage konnte die kritische Sozialwissenschaft auf eine lange Forschungstradition zurückblicken, in der das wechselseitige Konstitutionsverhältnis von Arbeit und Politik untersucht wurde (ohne sich explizit auf die Marxsche Theorie beziehen zu müssen). Sehr eindringlich konnte gezeigt werden, daß die formale Trennung von Produzenten und Produktionsmitteln in der „sog. ursprünglichen Akkumulation“ (Karl Marx) die „Arbeit sans phrase“ praktisch wahr werden ließ, d.h. Arbeit aus ihren feudalen Bindungen und herrschaftlichen Sanktionierungen herausprengte und in warenförmige Beziehungsmuster verwandelte, keinen Weg in eine unpolitische, d.h. *reine Ökonomie* markierte. An die Stelle einer politischen Organisation der Ökonomie, in

<sup>5</sup> Vgl. dazu aus theoretisch-vergleichender Perspektive: V.M. Bader et al., Einführung in die Gesellschaftstheorie. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat bei Marx und Weber, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1983, 308ff.

<sup>6</sup> K. Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, 165.

der der Surplus durch außerökonomischen Zwang, also politische und rechtliche Zwangsbeziehungen, abgeschöpft wurde, trat eine alle Ebenen der sozialen Macht- und politischen Herrschaftsverhältnisse umfassende *Konfliktformation der Arbeitspolitik*, die sich um die „Hungerpeitsche“ strukturellen Erwerbszwangs (Max Weber) gruppierte. Letztlich lassen sich drei Ebenen dieser Konfliktformation unterscheiden:

- Konflikte um die Transformation/Reproduktion der betrieblichen Arbeitsorganisation und damit um die Gestalt der strukturellen Machtasymmetrien zwischen Kapital und Arbeit und der Durchsetzungsformen kapitalistischer Kontrolle;
- Konflikte um die Transformation/Reproduktion der Kräfteverhältnisse von Kapital und Arbeit als der entscheidenden Vermittlungsebene zwischen Ökonomie und Politik;
- und schließlich hegemoniale Konflikte um die Durchsetzung von Staatsprojekten, durch die die antagonistischen Gesellschaftsprojekte von Kapital und Arbeit in Konfliktpartnerschaften transformiert werden.

In diesen historisch auch innerhalb der kapitalistischen Formationsgeschichte durchaus unterscheidbaren Konfliktformationen der Arbeitspolitik gelang es einem historisch konstruierten Bürgertum immer wieder, „die Herausforderung der permanenten Umwälzung seiner Existenzgrundlagen (anzunehmen), sich selbst (zu) transformieren und zu einem neuen Kompromiß- und Regulationsmodus seiner Herrschaft zu finden“<sup>7</sup>.

## Integrale Ökonomie des Kapitalismus

Im krassen Gegensatz zur verbreiteten Genügsamkeit eingängiger Analysen des aktuellen Transformationsprozesses, diesen entweder allein aus dem Wandel betrieblicher Rationalisierungsmuster oder als bloße Verschiebung von Staats- und Marktmacht zu erschließen, legt die skizzierte Forschungstradition kritischer Gesellschaftstheorie und Sozialwissenschaft vielmehr nahe, die Verschiebungen im inneren Vermittlungszusammenhang von Arbeit und Politik und die Veränderung von Kräftepositionen von Kapital und Arbeit auf allen Ebenen der Konfliktformation der Arbeitspolitik in den Mittelpunkt der Analyse zu rücken.

Wesentliche Impulse erhält eine solche Analyse durch die Ökonomiekritik Antonio Gramscis, die erstmals systematisch das Problem von Transformations- und Reproduktion in den Konfliktbeziehungen von Kapital und Arbeit aufgeworfen hat und die hegemonial bewirkten wechselseitigen Konstituti-

<sup>7</sup> A. Demirovic, Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster 1997, 141. Diese sich historisch ausbildende „Versteinerung einer Hoffnung“ (Heiner Müller) bedeutet keineswegs vom Begriff der antagonistischen Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsweise abzurücken; es bedeutet aber - im Unterschied zu ökonomistischen und kapitallogischen Interpretationsmustern - die Formen hegemonialer Widerspruchsbearbeitung auf allen Ebenen der Konfliktformation ungleich stärker zu berücksichtigen.

onsverhältnisse von Arbeit und Politik in den Mittelpunkt der politökonomischen Kritik des Kapitalismus stellte. Damit gelang es nicht nur, die entscheidende Frage nach den Handlungsvoraussetzungen von Politik theoretisch anspruchsvoller zu stellen, sondern auch die eigentümlichen Formen der Reproduktion des Kapitalverhältnisses durch Transformation von gesellschaftlicher Arbeit und Kapital-Arbeits-Beziehungen in emanzipatorischer Perspektive zu analysieren. Der kapitalistische Markt erscheint bei Gramsci im Gegensatz zu ökonomistischen Traditionslinien der Kritik der Politischen Ökonomie nicht mehr als eine mit Grundstrukturen und Lösungsformen für Konflikte ausgestattete „Produktionsweise“, sondern als ein „bestimmter Markt“. In Gramscis Konzept wird Ökonomie als „Ensemble der konkreten ökonomischen Aktivitäten einer bestimmten gesellschaftlichen Form“ verhandelt, als ein hegemonial strukturiertes soziales Verhältnis, „das von einer bestimmten politischen, moralischen, juristischen Superstruktur garantiert (und das heißt dauerhaft) gemacht wird“. Politik wird zum „Element des bestimmten Marktes“<sup>8</sup>. Das „Kontinuum der Geschichte“ (Walter Benjamin), in dem es dem historisch konstruierten Bürgertum immer wieder gelingt, seine Herrschaft neu herzustellen, realisiert sich über die Veränderung der *sozialen und politischen Formen*, in denen die tradierten Grundformen kapitalistischer Herrschaft, die ökonomischen Aneignungsgesetze, durchgesetzt werden.

In dieser analytischen Kritik gesellschaftlicher Stabilitätsursachen in krisentheoretischer Absicht gründet auch das Verdienst der französischen Theorie der Regulation. Sie wendete sich entschieden gegen tradierte Auffassungen von der Existenz allgemeingültiger Gesetze kapitalistischer Ökonomie und immergleicher Strukturen seiner Reproduktion und fragte nach den Prozessen des sozialen Wandels und der Transformation des kapitalistischen Lohnverhältnisses, letztlich so nach der „Art und Weise, in der sich dieses Verhältnis trotz und wegen seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters reproduziert“<sup>9</sup>. Regulationsverhältnisse wurden dabei als historische Fundstelle („trouvaile“) verhandelt, d.h. als Resultat prozessierender Widersprüche auf allen Ebenen der sozialen und politischen Konfliktformation.<sup>10</sup>

Systematisch lassen sich diese auf die Erfassung bürgerlicher Hegemonie zielenden Analysen als Theorien „integraler Ökonomie“<sup>11</sup> fassen, da sie nicht

<sup>8</sup> Alle Zitate entnommen: A. Gramsci, Gefängnishefte, Hamburg 1991ff.

<sup>9</sup> So die berühmte Formulierung von A. Lipietz, Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“, in: Prokla, H. 58 (1985), 109-137.

<sup>10</sup> Vgl. zur Abgrenzung des *Regulations*-Begriffs, der auf die analytische Erfassung der Vermittlung/Artikulation von Ökonomie und Politik zielt, vom Begriff der *Regulierung*, der nahezu ausschließlich auf staatliche Interventionen bezogen ist: J. Hirsch, Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: J. Esser et al., Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg 1994, 157-211; und K. Hübner, Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie, Berlin/W. 1989.

<sup>11</sup> Das Konzept der *integralen Ökonomie* als ein „Ensemble von sozial eingebetteten, sozial regulierten und strategisch selektiven Institutionen, Organisationen, sozialen Kräften und Akti-

versuchen, die Ökonomie zu isolieren, um aus ihr entweder einen dialektischen Prozeß sozialen Wandels oder aber „Sachzwänge“ ableiten zu können, sondern auf die Analyse der wechselseitigen Konstitutionsverhältnisse von Ökonomie und Politik und der Beziehungen von Kapital und Arbeit als ihrer entscheidenden Vermittlungsebene zielen. In diesen Zusammenhang greift das Konzept der Arbeitspolitik<sup>12</sup> unmittelbar ein: Es erlaubt, die Prozesse der Verschränkung von betrieblichen Herrschaftsformen (*politics in production*) und Regulationsprozessen des Lohnverhältnisses (*politics of production*) in ihrem historisch variablen Zusammenwirken zu analysieren und „Fabrikregimes“ zu unterscheiden, in denen die Fragen von Produktion, Aneignung und Verteilung des gesellschaftlichen Surplus je spezifischen Lösungen zugeführt werden.<sup>13</sup> Damit gelangt im Konzept der Arbeitspolitik der Betrieb „als soziale Konfiguration für die Aufrechterhaltung resp. Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse“<sup>14</sup> zwar ins Zentrum der kritischen Analyse; das erkenntnisleitende Interesse liegt aber in hegemonietheoretischer Perspektive auf der der Umwandlungen der „umkämpften Felder“ (*contested terrains*) der Beziehungen von Kapital und Arbeit in „Kampffelder“ (*terrains of contest*)<sup>15</sup> und auf den sozialen Macht- und politischen Herrschaftsverhältnissen, durch die Unternehmen auf bestimmte „Kulturen“ der Bearbeitung des Klassenkonflikts „festgelegt“ werden.

### Globalisierung als arbeitspolitische Arena

Wiederum im Gegensatz zur eingängigen deskriptiven Perspektive des Wandels kapitalistischer Gesellschaften „unter dem Druck der Globalisierung“ gelingt es in einer arbeitspolitischen Analyseperspektive, den Formationswechsel

vitäten, die um die erweiterte Reproduktion des Kapitals als soziales Verhältnis herum angeordnet (oder wenigstens darin involviert) sind“ ist entwickelt worden von B. Jessop, Die Zukunft des Nationalstaats: Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa, in: S. Becker et al. (Hg.), *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Hamburg 1997, 50-95, hier 51.

<sup>12</sup> Vgl. dazu vor allem den Sammelband von U. Jürgens, F. Naschold (Hg.), *Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit*, Opladen 1984.

<sup>13</sup> Vgl. dazu grundlegend: M. Burawoy, *Fabrik und Staat in Kapitalismus und Sozialismus*, in: *Das Argument*, H. 140 (1983), 508-524 und ders., *The Politics of Production. Factory Regimes under Capitalism and Socialism*, London 1985.

<sup>14</sup> Vgl. zur arbeitspolitischen Kritik an der Theorie der Regulation: B. Mahnkopf, *Hegemonie und Konsens. Regulationsmuster betrieblicher Sozialbeziehungen und ihre Legitimationseffekte*, in: H. Abromeit, B. Blanke (Hg.), *Arbeitsmarkt, Arbeitsbeziehungen und Politik in den 80er Jahren*, Opladen 1987, 253-269.

<sup>15</sup> Vgl. dazu den Disput innerhalb der sog. „Labour-Process-Debate“ zwischen R. Edwards, *Contested Terrain*, London 1979 und M. Burawoy, *Manufacturing Consent: Changes in the Labour Process under Monopoly Capitalism*, Chicago 1979, der in seinen hegemonialtheoretischen Untersuchungen zur Arbeitspolitik auf die Transformation antagonistischer Konfliktlinien zwischen Lohnarbeit und Kapital zu bürgerlich-hegemonial vermittelten „Terrains of Contest“ aufmerksam gemacht hat.

des historischen Kapitalismus „von innen“ zu ergründen und auf seinen sozialen Kern zurückzuführen: die strategische Re-Konstitution von Arbeitspolitik, in deren Mittelpunkt die Restrukturierung der Kapital-Arbeits-Beziehungen steht.<sup>16</sup>

Indem die Frage der globalisierungsvermittelten Restrukturierung von Arbeit und Politik eng mit der Frage der im Rahmen postfordistischer Betriebsweisen und neoliberaler Politikstrategien zur Ökonomisierung der Arbeitskraft veränderten Beziehungsmuster von Kapital und Arbeit verschränkt wird, gelingt ein wesentlich präziserer Zugriff auf die Realitäten des Transformationsprozesses, als in den zahlreichen Deskriptionen der Verschiebung von Markt- und Staatsmacht, wie sie für die eingängige Globalisierungsdebatte charakteristisch sind. Globalisierung bezeichnet so einen genuin sozialen und politischen Prozeß, durch den die arbeitspolitische Konfliktformation neu konstituiert wird. D.h., diesen Prozeß in drei Dimensionen der Restrukturierung zu analysieren:

- einer relationalen Dimension auf der Ebene der betrieblichen Arbeitsorganisation, in deren Mittelpunkt die Beziehungen der gesellschaftlichen Klassen stehen (müssen)<sup>17</sup>;

- einer sozialen und politischen Konfliktdimension auf gesamtgesellschaftlicher Ebene („Aushandlungskonfiguration“ zwischen Kapital und Arbeit bzw. Staat) als der eigentlichen Arena, in der Globalisierung *geschieht*<sup>18</sup>;

- einer hegemonialen Dimension, indem die zentrale Frage nach dem Wandel der Definitionsmacht im Regelproduktionsprozeß aufgeworfen wird, d.h. nach den hegemonialen Formen, in denen Regelveränderungen im „game-of-profit-making“ durchgesetzt und politische Räume der Arbeit konstituiert werden, in denen wiederum bestimmte „Lösungsformen“ aufgrund von sozialen Macht-

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Analyse der Erosion des Kollektivvertragssystems zwischen Kapital und Arbeit als doppelten politischen Prozeß: der „inneren Erosion“ des Klassenkompromisses auf der Ebene der Primärmacht und der „äußeren Erosion“, d.h. der Aushöhlung des fordistischen Regulationsgefüges auf kollektivvertraglicher Ebene, bei: R. Bispinck, Th. Schulten, *Globalisierung und das deutsche Kollektivvertragssystem*, in: *WSI-Mitteilungen*, H. 4/1998, 241-248. Vgl. auch W. Streeck, *Globale Wirtschaft, nationale Regulierung*, in: B. Cattero (Hg.), *Modell Deutschland - Modell Europa. Probleme, Perspektiven*, Opladen 1998, 13-32.

<sup>17</sup> Vgl. dazu auch die neueren Untersuchungen aus industriesoziologischer Sicht, in denen eine Erschöpfung euphemistischer Bilder „neuer Produktionskonzepte“ (zunehmende Partizipation der Beschäftigten am betrieblichen Entscheidungsprozeß, zunehmende Intellektualisierung der Erwerbsstruktur) feststellbar ist, und die (wieder) verstärkt von der Formierung der „Interessengegensätze entlang der alten Gegnerschaft“ zwischen Lohnarbeit und Kapital sprechen (beispielsweise bei: H. Kern, M. Schumann, *Vorwärts in die Vergangenheit? Zustand der Arbeit - Zukunft der Arbeit*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 11-12/1996, 715-724; dies., *Kontinuität oder Pfadwechsel? Das deutsche Produktionsmodell am Scheideweg*, in: B. Cattero (Hg.), *Modell Deutschland - Modell Europa. Probleme, Perspektiven*, Opladen 1998, 85-97).

<sup>18</sup> Vgl. dazu die wegweisende Studie von W. Ruigrok, R. van Tulder, *The Logic of International Restructuring*, London 1995.

und politischen Herrschaftsverhältnissen strukturell präferiert, andere jedoch in den Rang von „non-decisions“ gesetzt werden<sup>19</sup>.

Im politischen Zentrum dieses Prozesses und Projektes kapitalistischer Globalisierung steht der Angriff auf die von den (europäischen) Gewerkschaften angestrebte Egalisierung und Kollektivierung von Lohnverhältnissen, samt ihrer politischen Flankierungen im und durch den Sozial- und Wohlfahrtsstaat. Als strategisches Ziel fungiert die Veränderung sowohl in den sozialen Machtbeziehungen wie in den materiellen Verteilungsrelationen zwischen Kapital und Arbeit. An die Stelle der für die fordistische Formation charakteristischen Generalisierbarkeit von Regeln über Betriebs- und Branchenebenen infolge eines „politischen Ökonomismus“ der Gewerkschaften, auf deren Grundlage es gelang, kollektive Mobilisierung der Lohnarbeit gleichzeitig als Verhandlungsmacht gegen das Kapital einzubringen und zu kontrollieren, tritt eine grundlegende Restrukturierung von Arbeit und Politik, deren zentraler Ansatzpunkt nun die *Verbetriebs(wirtschaft)lichung* sozialer Beziehungen ist. Die Vermittlungen der Kapital-Arbeits-Beziehungen durch das politische Institutionensystem des nationalen Sozialstaats werden aufgebrochen; sozialrechtliche Konzeptionen des Arbeitsverhältnisses werden (wieder) zunehmend zugunsten von privatrechtlichen Konzeptionen verdrängt. Letztlich wird so ein Erosionsprozeß jener Bedingungen festgezurr, unter denen die ökonomisch herrschenden Klassen zu klassenübergreifenden, gesamtgesellschaftlichen Kompromissen gezwungen werden konnten.<sup>20</sup>

### „Hegemonie entspringt in der Fabrik“<sup>21</sup>

Daß Hegemonie von der Fabrik ausgeht, ist eine von Antonio Gramsci für die fordistische Konfliktformation formulierte Erkenntnis. Sie geht jedoch in ihrem theoretischen Kern weit über die historisch-spezifischen Bedingungen hinaus, für die sie entworfen wurde. Sie verweist allgemein-theoretisch darauf, daß bürgerliche Hegemonie nicht allein diskursiv herstellbar ist - Gramsci bezeichnete solche Versuche als „individuelle Schrullen“ -, sondern stets nur als „instabiles Kompromißgleichgewicht“ der gesellschaftlichen Klassen erreicht werden kann und somit zwangsläufig über ein „materielles Substrat“ verfügen muß. Die Kategorie der Hegemonie bleibt somit als Form der Herstellung ei-

<sup>19</sup> Vgl. dazu auch: B. Röttger, Strukturen politischer Nicht-Entscheidung. Zur Theorie und Ideologie des europäischen Transformismus, in: Forum Wissenschaft, H. 1 (1997), 34-37; ders., Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster 1997.

<sup>20</sup> Vgl. dazu am Beispiel der BRD eindringlich: J. Esser, Das Modell Deutschland in den 90er Jahren - Wie stabil ist der soziale Konsens?, in: G. Simonis (Hg.), Deutschland nach der Wende. Neue Politikstrukturen, Opladen 1998, 119-140. Zur Krise der europäischen Gewerkschaftsstrategien u.a.: R. Hyman, Die Identität der europäischen Gewerkschaften im Wandel, in: U. Mückenberger et al. (Hg.), Die Modernisierung der Gewerkschaften in Europa, Münster 1996, 30-53.

<sup>21</sup> A. Gramsci, Gefängnishefte, Bd.1 (H.1, § 61), Hamburg 1991, 132.

nes bürgerlichen „Kontinuums der Geschichte“ auf die kapitalistische Produktionsweise und die ihr eigenen Widersprüche bezogen. Hegemonie geht aber, weil sie nur über Mechanismen von Transformation und Reproduktion der gesamten arbeitspolitischen Konfliktformation durchgesetzt werden kann, immer auch über die Fabrikssysteme hinaus. Die Analyse von Hegemonie muß analytisch das historisch durchaus variierende Zusammenspiel der verschiedenen „Instanzen“ - Ökonomie, Politik, Ideologie - einbinden.

Diese hegemonietheoretische Perspektive eröffnet zwar eine Relativierung ökonomischer Determinationsmacht; sie bedeutet aber keinesweg, daß - wie von verschiedenen Seiten post-kritischer Sozialwissenschaften postuliert - die Möglichkeit bestünde, Gesellschaftstheorie nun „jenseits der Arbeit“ formulieren zu können<sup>22</sup>, um Unterdrückungsverhältnisse „jenseits“ der Lohn- und Arbeitsbeziehungen in den Mittelpunkt des spätbürgerlichen Vergesellschaftungszusammenhangs zu stellen. Im krassen Gegensatz zur „Globalisierungs-Individualisierungs-Pluralisierungs“-Rhetorik zeigt der arbeitspolitische Kern des kapitalistischen Restrukturierungsprozesses vielmehr, daß infolge strategischer Verbetriebs(wirtschaft)lichungen sozialer Beziehungen die durch Eigentums- und Aneignungsverhältnisse vorgegebenen strukturellen Machtasymmetrien zwischen Kapital und Arbeit (wieder) tendenziell uneingeschränkt in den Rang einer strukturbildenden Kraft gesetzt werden: Das „Primat der Ökonomie“ und damit der „stumme Zwang ökonomischer Verhältnisse“ kann wieder souveräner herrschen...<sup>23</sup> Dagegen basiert die These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ nicht nur auf dem Individualisierungs-/Pluralisierungstheorem der Lebensstile, sondern vor allem auf der Annahme einer (wohlfahrtsstaatlichen) Tendenz zur Entdramatisierung der Imperative des Lohnverhältnisses<sup>24</sup>.

Es genügt an dieser Stelle der Hinweis, daß solche Hirngespinnste in neueren Untersuchungen der Praxisformen postfordistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik gründlich demontiert werden konnten. Infolge durchgesetzter Erhöhungen der „Kosten des Arbeitsplatzverlustes“ waltet vielmehr eine Kraft der Dramatisierung der Imperative des Lohnverhältnisses - auch und gerade als grundlegendes Vergesellschaftungsprinzip für diejenigen, die aus der Produk-

<sup>22</sup> Ganz abgesehen davon, daß die neuen Formen der Arbeit infolge von neuen privatkapitalistischen Produktions- und staatlichen Steuerungs- und Privatisierungskonzepten durchaus im Rahmen auch einer ökonomistisch interpretierten Werttheorie trefflich erfaßt werden können: als Tätigkeiten nämlich, die sich über abstrakt allgemeine gesellschaftliche Arbeit realisieren.

<sup>23</sup> Bekanntlich sah Marx in diesem „stummen Zwang ökonomischer Verhältnisse“ eine Kraft, durch die „die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter“ besiegelt wird (MEW 23, 765). Vgl. dazu auch die Notiz von Marx über die Notwendigkeit der Lohnabhängigen, „ein Staatsgesetz zu erwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen“ (MEW 23, 320).

<sup>24</sup> Vgl. dazu exemplarisch die Ausführungen von U. Beck, Jenseits von Klasse und Schicht, in: ders., Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, 121-160.

tionssphäre als Arbeitslose ausgeschlossen sind.<sup>25</sup> Daß dies nicht antagonistische Gesellschaftsprojekte von Kapital und Arbeit a priori generiert, versteht sich in hegemonietheoretischer Perspektive von selbst. Die Restrukturierung von Arbeit und Politik erfordert so aber keine Abkehr vom „Produktionsparadigma“, sondern „nur“ die Einbindung hegemonietheoretischer Fragestellungen. Diese Ergründungen von Hegemonie- und erst recht gegenhegemoniale Entwürfe - lassen sich nicht aus theoretisch-systematischen Kategorien entwickeln, letztlich aus zugewiesenen Vergesellschaftungsmechanismen kapitalistischer Organisation der Arbeit; sie müssen aus der Analyse und Kritik der konkreten sozialen Macht- und politischen Herrschaftsverhältnisse der arbeitspolitischen Konfliktformation immer neu erforscht werden.

### Verbetrieb(swirtschaft)lichung als Demokratisierung?

Eine erneuerte kritische Sozialwissenschaft kommt nicht umhin, infolge der zentralen Rolle der Verbetrieb(swirtschaft)lichung sozialer Beziehungen in der Restrukturierung der Gesellschaftsformationen eine neue Theorie des Zusammenhangs von Betrieb und Gesellschaft zu entwickeln<sup>26</sup>, d.h. den Betrieb als *gesellschaftliche Institution* wahrzunehmen und zu analysieren. In dieser Perspektive ist der Betrieb zentraler Ort der Reproduktion und Transformation gesellschaftlicher Machtverhältnisse, eben eine gesellschaftliche Institution, die nur über die permanente Verwandlung der antagonistischen Gesellschaftsprojekte von Lohnarbeit und Kapital und damit der Konflikte um die *Produktionsverhältnisse* in Konflikte um die *Produktionsbeziehungen* funktionieren kann, der zentrale Ort also, auf dem antagonistische Vergesellschaftung von Arbeit und Kapital in hegemonialen Projekten gebrochen wird.<sup>27</sup>

Auch das wieder hemmungsloser waltende „Primat der Ökonomie“ bewirkt augenscheinlich nicht ein Revival antagonistischer Gesellschaftsprojekte. Die strukturierenden Ausbeutungsverhältnisse werden im Rahmen neuer Leitbilder managerieller Kontrolle nicht nur zur Durchsetzung rigider werdender Regeln für die Abpressung von Mehrarbeit genutzt und generieren aus sich heraus Antagonismen; sie werden vor allem gleichzeitig als betriebs-integrationistische Kultur „inszeniert“.<sup>28</sup> Das ist der Kern der Rede von den neuen Unter-

<sup>25</sup> Vgl. dazu u.a.: H. Ganßmann, M. Haas, Lohn und Beschäftigung. Zum Zusammenhang von Lohn, Lohnabstandsgebot und Arbeitslosigkeit, Marburg 1996; L. Wacquant, Vom wohltätigen zum strafenden Staat: Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika, in: *Leviathan*, H. 1/1997, 50-66.

<sup>26</sup> Vgl. dazu: H.-D. Köhler, Der Betrieb, die Sozialwissenschaft und die deutsche Linke, in: Ch. Görg, R. Roth (Hg.), *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*, Münster 1998, 404-426.

<sup>27</sup> Vgl. dazu: M. Burawoy, *The Politics of Production*, a.a.O., 38.

<sup>28</sup> Vgl. dazu vor allem: Ch. Deutschmann, *Reflexive Verwissenschaftlichung und kultureller Imperialismus des Managements*, in: *Soziale Welt*, H. 3 (1989), 374-396; M. Revelli, Vom „Fordismus“ zum „Toyotismus“. Das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialmodell im Übergang. Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, H. 4 (1997). Mit Th.W. Adorno, *Reflexionen zur Klassentheorie*, in: ders., *Soziologische Schriften I*, Frankfurt/M. 1979, 386 ist man ange-

nehmenskulturen. In der Diskussion des Wandels innerbetrieblicher Herrschaftsverhältnisse konnte inzwischen gezeigt werden, daß der Übergang zu neuen, partizipatorischen Formen der Unternehmenskultur keineswegs mit der historischen Auflösung der Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit und der durch die Eigentums- und Aneignungsverhältnisse vorgegebenen strukturellen Machtasymmetrien einhergeht.<sup>29</sup> Dies ist jedoch nur eine allgemeine Bestimmung: Erst die Bandbreite an Sozialformen, die sich innerhalb dieser Klassenverhältnisse in arbeitspolitischen Konfliktformationen ausbildet, ermöglicht es, Betriebe als gesellschaftliche Institutionen zu unterscheiden und historische Formationen zu vergleichen.

Die Sozialform des postfordistischen Betriebs ist durch ein grundlegendes Paradoxon gekennzeichnet, das auf der zunehmenden Schwierigkeit vereinheitlichender Interessenorganisation der Lohnarbeit auf der einen und erschwelterer Mediatisierung kollektiver Interessen auf der anderen Seite aufbaut und das so letztlich für den Konstitutionswandel der arbeitspolitischen Konfliktformation entscheidend ist: Die tendenzielle Zunahme an Mitwirkungsmöglichkeiten und die steigende Bedeutung des Betriebsrats im Rahmen neuer Unternehmenskulturen geht mit der Abnahme interessenpolitischer Wirksamkeit der Arbeitnehmervertretungen einher, die sich in der Geschichte als die entscheidende Kraft erwiesen haben, überhaupt betriebliche Konsens- und Kooperationsbeziehungen sowie betriebliche Mitbestimmung mit Leben zu erfüllen. Die Einschränkung kapitalistischer Definitionsmacht und die Demokratisierung innerbetrieblicher Entscheidungs- und Prozeßabläufe waren immer das „Resultat eines erbitterten Kampfes gegen den Unternehmer“.<sup>30</sup> Erst durch ein gesellschaftspolitisches Mandat der Gewerkschaften konnte eine für die Demokratisierung der betrieblichen Sozialkonfiguration notwendige Verknüpfung mit der überbetrieblichen Ebene und des politisch-regulativen Gefüges hergestellt werden.<sup>31</sup> Diese Verknüpfungen erwiesen sich als grundlegende Bedingung, unter der das Kapital zu historischen Kompromissen gezwungen werden kann. „Vor die Demokratie im Betrieb hat das bürgerliche Recht das Eigentum, das Arbeitsrecht die Kündigung gesetzt. Demokratisierung der betrieblichen Sphäre setzt daher ... Konfliktualität im Sinne erhöhter Konflikt-

sichts dieses Formwandels der Hegemonieproduktion fast genötigt zu notieren: „Die Prognose von Marx ist auf ungeahnte Weise verifiziert: die herrschende Klasse wird so gründlich von fremder Arbeit ernährt, daß sie ihr Schicksal, die Arbeiter ernähren zu müssen, entschlossen zur eigenen Sache macht.“

<sup>29</sup> Vgl. dazu die Übersicht bei H. Lengfeld, Kollektive Interessen, Politik und symbolische Interaktion im Betrieb. Zur Kritik der Theorie innerbetrieblicher Verhandlungsbeziehungen, in: *Industrielle Beziehungen*, H. 4 (1998), 438-456.

<sup>30</sup> Vgl. H. Kotthoff, Mitbestimmung in Zeiten interessenpolitischer Rückschritte. Betriebsräte zwischen Beteiligungsofferten und „gandenlosem Kostensenkungsdiktat“, in: *Industrielle Beziehungen*, H. 1 (1998), 76-100.

<sup>31</sup> Vgl. dazu: F. Deppe, Von der Wirtschaftsdemokratie zur Standortpflege. Der Preis der neuen Sozialpartnerschaft, in: R. Dreßler et al. (Hg.), *Jenseits falscher Sachzwänge. Streiten für eine zukunftsfähige Politik*. Detlef Hensche zum 60. Geburtstag, Hamburg 1998, 75-98.

und Risikobereitschaft einerseits, erhöhter institutionell und rechtlich gesicherter Konfliktfähigkeit andererseits voraus.<sup>32</sup> Alles andere erweist sich als bloße „Demokratie-im-Betriebs-Rhetorik“<sup>33</sup>.

Gewerkschaftliche Konfliktfähigkeit aber kann nur als Prozeßresultat eines Regelwerks gesellschaftlicher Arbeit verstanden werden, das die über das politische Institutionensystem organisierten Regulierungen einschließen muß.<sup>34</sup> Tatsächlich bringen nämlich „Betriebsrat und Management ... schon vorgängig in den betrieblichen Konfliktablauf außerbetrieblich generierte, den konkreten Konflikt transzendierende Deutungsmuster mit ein“<sup>35</sup> - definitionsmächtige Regelsetzungen, in denen die Lohnarbeit in der gegenwärtigen Konstitution der arbeitspolitischen Konfliktformation nur noch subaltern, d.h. innerhalb der von der Unternehmenslogik festgelegten Koordinaten agieren kann. Unter den Bedingungen eines sich verallgemeinernden concession bargaining, das als Ausdruck einer neuen hegemonialen Konstitution der arbeitspolitischen Konfliktformation verstanden werden muß, stellt sich die Frage sozialer Demokratie vorrangig als Frage, ob es den Gewerkschaften gelingt, im Konflikt auf allen Ebenen der arbeitspolitischen Formation den Komplex gesellschaftlicher Vorbedingungen von Arbeit und Politik nachhaltig zu verändern.

Im Kern verweist die „demokratiethoretische Leerstelle“<sup>36</sup> im herrschenden Diskurs über „Demokratie im Betrieb“ auf eine unzureichende Klärung der wechselseitigen Konstitutionsbedingungen zwischen den Ebenen der arbeitspolitischen Konfliktformation. Spätestens dann, wenn die Lösung des Problems steigender Massenarbeitslosigkeit nur noch darin erblickt wird, den marginalisierten Teil der Bevölkerung in Dienstboten für die Klasse der Rentiers zu verwandeln, wird nicht nur das Manko einer den realen Verhältnissen äußerlich bleibenden Kritik offensichtlich; auch der prekäre Zusammenhang, ja der Gegensatz von Kapitalismus und Demokratie, tritt (wieder) ans Licht der Öffentlichkeit. Eine Anlehnung an die hegemoniethoretischen Traditionslinien der Kritik der Politischen Ökonomie scheint dabei bestens gerüstet, nicht nur zu zeigen, daß das Projekt gesellschaftlicher Demokratisierung seinen Ausgangspunkt in der Arbeitsorganisation neu finden muß, sondern auch verständlich zu machen, daß Sozialismus und Demokratie keine Gegensätze markieren, sondern sich wechselseitig bedingen. Erst auf der Grundlage re-

<sup>32</sup> Th. Blanke, 75 Jahre Betriebsverfassung: der Siegeszug eines historischen Kompromisses, in: Kritische Justiz, H. 1 (1995), 12-25, hier 25.

<sup>33</sup> Vgl. zur Kritik: B. Zeuner, „Probleme des Klassenkampfes“ im Betrieb, in: Prokla, H. 100 (1995), 341-379.

<sup>34</sup> Vgl. dazu die jüngst von Teilen der Gewerkschaften wieder eingeforderte Re-Novellierung des § 116 AFG.

<sup>35</sup> H. Kotthoff, Betriebsräte und Bürgerstatus. Wandel und Kontinuität betrieblicher Mitbestimmung, München u. Mehring 1994, 176.

<sup>36</sup> Vgl. K. Dörre, Die „demokratische Frage“ im Betrieb. Zu den Auswirkungen partizipatorischer Managementkonzepte auf die Arbeitsbeziehungen in deutschen Industrieunternehmen, in: SOFI-Mitteilungen, Nr. 23 (1996), 7-23.

konstruierter Konfliktualität und Konfliktfähigkeit der subalternen Klassen, erst auf der Grundlage einer transnational-demokratischen Kontrolle ökonomischer Aneignungs- und Definitionsverhältnisse wird die aktuelle Konstellation der Arbeitspolitik, deren Durchsetzungshebel die Verbetrieblichung industrieller Beziehungen und die Transnationalisierung von Unternehmensstrukturen waren, durch eine wirkliche Kultur der Demokratisierung abgelöst werden können. Die Alternativen sind eng gesteckt: entweder Erneuerung des sozialistischen Projekts auf der Grundlage des kollektiven Gedächtnisses der Arbeiterbewegung oder Untergang in der Subalternität!



Am 1.1.1999 werden die Wechselkurse der Währungen von elf Mitgliedstaaten der EU unwiderruflich fixiert und damit die Europäische Währungsunion (EWU) errichtet. Von Teilen der Linken kommt der Einwand, die EWU sei ein Sprengsatz für die Europäische Integration, weil sie zur Vertiefung der gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Disparitäten beitrage und eben keine Mittel zu deren Bewältigung beisteuere. Der vorliegende Diskussionsbeitrag des ISPW betrachtet die EWU im Kontext der historischen Entwicklung der Europäischen Union wie der aktuellen Umbrüche kapitalistischer Gesellschaften. Vor diesem Hintergrund werden Ansatzpunkte für eine europäische Beschäftigungspolitik ausgelotet.

Paperback, 76 Seiten  
Preis 10,- DM + 3,- DM Versandkosten

Bestellungen an:  
spw-Verlag, Fresienstr. 26, 44289 Dortmund  
Ruf 02 31 - 40 24 10 • Fax 02 31 - 40 24 16  
E-Mail: spw-verlag@gmx.de

Heinz Bierbaum

## Zur Kritik unternehmerischer Modernisierungsstrategien

Die jüngste Produktionsinnovationserhebung des Fraunhofer-Institutes für Systemtechnik und Innovation zeigt, daß organisatorische Maßnahmen bei der Modernisierung von Unternehmen und Betrieben an erster Stelle stehen. Damit bestätigt sich ein seit nunmehr einigen Jahren anhaltender Trend, wonach die lange prägende Technikzentrierung durch umfassende organisatorische Lösungen abgelöst wird. Auch wenn Technik und Technologie nach wie vor eine bedeutende Rollen spielen, rücken die Strukturen, Abläufe und das Management selbst in das Zentrum unternehmerischer Modernisierung. In der genannten Erhebung, die sich auf das Jahr 1997 bezieht und kürzlich veröffentlicht wurde, wird dieses Umfrageergebnis als Ausdruck einer andauernden Popularität neuer Produktionskonzepte vor dem Hintergrund sich verändernder Märkte gesehen. Dabei geht es freilich nicht nur um Konzepte, die lediglich die Produktion betreffen, sondern um umfassende Managementstrategien, die unter den verschiedensten Bezeichnungen wie „Business Reengineering“, „Change Management“, „Intelligente Organisation“ usw. propagiert werden. Es gibt kaum ein Unternehmen, das nicht versucht, seine Strukturen und Abläufe zu überdenken und effizienter zu gestalten.

### Neue Konzepte: Kundenorientierung, Prozeßorientierung, Personalentwicklung

In der Neugestaltung der Organisation und vor allen Dingen auch in der Führungskonzeption werden Potentiale gesehen, die es erlauben, zum einen auf den sich verschärfenden Wettbewerbsdruck schneller zu reagieren und andererseits zugleich aber auch Produktivität und Profitabilität deutlich zu erhöhen. Ihren Ausgangspunkt haben diese Konzepte in der Übernahme japanischer Managementmethoden, wie sie vor allem durch die weltweite Studie des MIT zur Entwicklung der Automobilindustrie Anfang der 90er Jahre bekanntgemacht wurden. Diese unter dem Titel „Lean Production“ zusammengefaßten Methoden setzen sich von den herkömmlichen, tayloristisch geprägten Organisations- und Managementprinzipien dadurch ab, daß sie an Stelle hoch arbeitsteiliger Strukturen verstärkt auf Gruppen- und Teamstrukturen aufbauen, mehr Verantwortung in die Arbeitsabläufe selbst verlagern und damit auch die betriebliche Hierarchie verflachen. Damit in enger Verbindung - praktisch als Kern - steht die Strategie des Kaizen, d.h. die ständige Verbesserung der betrieblichen Strukturen und Abläufe. Diese Strategie hebt sich von technologieorientierten Innovationskonzepten ab und zielt auf die Nutzung der Potentiale der Beschäftigten im Rahmen eines vorgegebenen unternehmerischen Zielsystems. Die Unternehmensziele werden auf die Ebene der einzelnen Abteilungen und Gruppen heruntergebrochen, wobei aber nicht nur die Zielerreichung

selbst im Blickpunkt steht, sondern vor allen Dingen der Prozeß, wie die jeweils vorgegebenen Ziele erreicht werden. Oberstes Ziel ist die Kundenzufriedenheit, von der sich alle anderen Ziele ableiten. Unter diesem Gesichtspunkt wird Kaizen auch als eine Strategie des Kampfes gegen die „Verschwendung“ (japanisch: „Muda“) bezeichnet, ist also eine Methode, die darauf gerichtet ist, nur so viel zu produzieren, wie unbedingt notwendig ist, die Bestände möglichst klein zu halten, Bewegungsabläufe in der Arbeit zu optimieren und möglichst keine Fehler zu machen (Null-Fehler-Konzept). Bestandteil dieses Konzeptes ist auch eine umfassende Qualitätskontrolle, wobei die Qualitätssicherung in die Produktionsprozesse selbst integriert wird. Das Konzept ist verknüpft mit neuartigen Logistikstrategien, die unter den Namen „Just in Time“ und „Kanban“ bekannt geworden sind und damit einerseits bedeuten, daß die Lagerhaltung auf den Lieferanten verlagert wird, andererseits aber die Verantwortung für die Beschaffung auf die verbrauchende Stelle übertragen wird, womit erhebliche Effizienzsteigerungen verbunden sind. Insgesamt zielt das Konzept auf eine möglichst optimale Ausnutzung der menschlichen Ressourcen, indem Verhaltensweisen und Wertvorstellungen verändert und auf die Unternehmenszielsetzung bezogen werden.

Kaizen-Strategien sind inzwischen weit verbreitet. Nahezu überall existieren sog. KVP (kontinuierlicher Verbesserungsprozeß)-Gruppen, womit die alten Qualitätszirkel abgelöst wurden. Diese Strategie ist aber nicht nur eine Methode, die sich auf die operative Ebene bezieht, sondern versteht sich insgesamt als umfassende Unternehmensphilosophie, die auch durch entsprechende Führungsstrukturen und Unternehmenskultur unterstützt werden muß. Sehr plastisch kommt diese Strategie auch in den Prinzipien des „Lean Thinking“ zum Ausdruck, wie sie von den Autoren der erwähnten MIT-Studie zur Automobilindustrie als grundlegende neue Managementprinzipien aufgestellt wurden. Sie bestehen darin, daß man den Kundennutzen als Ausgangspunkt und oberstes Ziel unternehmerischer Prozesse bestimmt, diese Prozesse entsprechend der Wertschöpfungsgrundkette ordnet, Prozesse und nicht einzelne Arbeitsvorgänge in das Zentrum stellt, in der Logistik das Push- durch das Pull-Prinzip ersetzt und damit die Logistik über den Kundenabruf steuert und die Prozesse insgesamt ständig optimiert werden. Auch andere Managementkonzepte, wie sie etwa unter dem Namen des Business Reengineering bekannt geworden sind, zielen in die gleiche Richtung. Immer geht es darum, nicht einzelne Arbeitsvorgänge effizienter zu machen, sondern die Prozesse umfassend zu verändern. Propagiert wird ein Denken in Prozessen in zum Teil bewußter Absetzung von bestehenden Hierarchien und Funktionen, eine radikale Abkehr vom tayloristischen Denken, gekennzeichnet durch Spezialisierung und Hierarchisierung. Die Urheber des „Business Reengineering“ erheben gar den sicherlich übersteigerten Anspruch, die industrielle Revolution umkehren zu wollen. Gleiches gilt im Grunde genommen für Strategien wie die des Total Quality Management (TQM), bei denen ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Kundenzufriedenheit die Qualität in den Mittelpunkt gestellt wird und im Rahmen einer prozessorientierten Organisation alle Mitglieder des Unterneh-

mens einbezogen werden sollen. Faßt man die Charakteristika dieser Modernisierungskonzepte zusammen, so lassen sich folgende Eckpunkte feststellen: Kundenorientierung, Prozessorientierung, Personalentwicklung. In eher traditionellen Konzepten zielt Modernisierung und Rationalisierung vor allen Dingen auf Effizienzsteigerung, wobei allerdings auch dort zunehmend weniger die Optimierung einzelner Arbeitsvorgänge als vielmehr die Optimierung ganzer Prozesse im Vordergrund steht. Die Weiterentwicklung unternehmerischer Modernisierungsstrategien besteht darin, daß zur prozeßorientierten Effizienzsteigerung die Ausrichtung auf den Kunden und die Nutzung der menschlichen Arbeitskraft hinzukommen. „Customer Satisfaction“, „Employee Development“ oder auch „People Empowerment“ lauten die Schlagworte.

Gerade die Kundenorientierung ist zum überragenden Bezugspunkt unternehmerischer und betrieblicher Strategien geworden. Wertschöpfung wird mit der Schaffung von Kundennutzen gleichgesetzt. Der Prozeß der Wertschöpfung wird unter dem Gesichtspunkt des Kundennutzens durchleuchtet und entsprechend ausgerichtet. Festzustellen ist mithin eine starke Marktorientierung bereits in den betrieblichen Prozessen, die noch dadurch verstärkt wird, daß die Kundenorientierung nicht nur extern, sondern auch intern gilt, die verschiedenen Stufen im Wertschöpfungsprozeß selbst als Kundenbeziehungen und damit marktmäßig organisiert werden. In der marktmäßigen Ausrichtung der Unternehmensorganisationen und der betrieblichen Prozesse reflektiert sich die Tatsache, daß unter den strukturbestimmenden kapitalistischen Bedingungen Wert nur hat, was auch entsprechend abgesetzt werden kann.

Die Organisation betrieblicher Abläufe in Prozessen erlaubt nicht nur ein schnelleres Reagieren auf die sich verändernden Marktbedingungen und steht damit in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Kundenorientierung, sondern erlaubt auch Produktivitätssteigerungen, wie sie im Rahmen traditioneller, tayloristisch geprägter Organisationskonzepte nicht möglich waren. Enorme Produktivitätsgewinne werden versprochen, wenn - wie im Falle des Business Reengineering - nicht nur bestehende Strukturen und Abläufe verbessert, sondern ganz neu gedacht und insofern auch radikal verändert werden.

Die Tatsache, daß in vielen Unternehmen über grundlegende Veränderungen sowohl der Unternehmensstruktur, der betrieblichen Abläufe als auch über Führungskonzeptionen nachgedacht wird, hängt zusammen mit den Veränderungen in den Produktionsstrukturen selbst - bekannt unter der Bezeichnung des „Postfordismus“ -, vor allem aber auch mit dem international verschärften Wettbewerbsdruck zusammen. Dies zwingt die Unternehmen, nach neuen Wegen der Kostensenkung bzw. Produktivitätssteigerung zu suchen, die eben nicht mehr in der Rationalisierung einzelner Abläufe zu finden sind. Vielmehr müssen der Gesamtprozeß der betrieblichen Abläufe und die Unternehmensstrukturen selbst überdacht werden. Diese Notwendigkeit drückt sich im propagierten „Change Management“ aus, wozu ausdrücklich gerade auch kulturelle Veränderungen gehören. Die Abkehr von tayloristischen Organisationsprinzipien - in der Realität freilich sehr viel weniger fortgeschritten, als

dies die Propagierung dieser neuen Rationalisierungs- und Modernisierungskonzepte vermuten läßt - bringt eine relative Aufwertung der menschlichen Arbeit im betrieblichen Leistungsprozeß mit sich. Denn prozeßartige Strukturen sind ohne Gruppen- bzw. Teamarbeit und ohne Beteiligung der Beschäftigten selbst kaum organisierbar. Der Mensch gilt nicht mehr nur wie in traditionellen Automatisierungskonzepten als Störfaktor, den es möglichst zu eliminieren gilt. Stattdessen setzt sich die Erkenntnis durch, daß das Wissen und die Fähigkeiten der Beschäftigten zur Verbesserung des betrieblichen Leistungsprozesses selbst in hohem Maße beitragen und genutzt werden können. So hat sich gerade in den Produktionsprozessen herausgestellt, daß die mit der menschlichen Arbeitskraft verbundene Koordinationsfähigkeit für die Organisation betrieblicher Abläufe von hohem Nutzen ist. Von daher erhalten Delegation und Partizipation und deren systematische Förderung im Rahmen von Personalentwicklungskonzepten eine neue, für die Unternehmensentwicklung wichtige Bedeutung. Es ist daher nur folgerichtig, daß sich dies in einer Managementstrategie niedergeschlagen hat, dem „Human Resource Management“. Freilich ist Voraussetzung, daß die Beschäftigten sich selbst mit den unternehmerischen Zielsetzungen identifizieren.

Beteiligung und Eigenverantwortung finden dort ihre Grenze, wo sie mit den Unternehmenszielen in Konflikt geraten. Auf der anderen Seite kann davon ausgegangen werden, daß Beschäftigte, die sich mit den Unternehmenszielen identifizieren, mehr Motivation und Leistungsbereitschaft mitbringen. Daß die Beschäftigten sich letztlich in ihrem Handeln mit den Unternehmenszielen identifizieren, ist Inhalt der Strategien der Corporate Identity oder umfassender der Unternehmenskultur, deren Bedeutung erheblich zugenommen hat. Gerade weil Integration der Beschäftigten in den unternehmerischen Leistungsprozessen im Rahmen der skizzierten neuen Modernisierungskonzepte nicht mehr durch direkte Kontrolle im Rahmen eines stark hierarchischen, arbeitsteiligen Prozesses erfolgt, bedarf es anderer Integrationsmechanismen. Dies ist wesentlich Funktion und Wirkungsweise der Unternehmenskultur, die die Beschäftigten viel wirkungsvoller in die Unternehmen einbindet, als dies mit traditionellen Konzepten der unmittelbaren Kontrolle möglich ist.

### Innere Widersprüche

Die skizzierten unternehmerischen Modernisierungsstrategien sind allerdings durchaus widersprüchlich. Dies bezieht sich zum einen auf die Konzepte selbst, zum anderen vor allen Dingen aber auch auf die Konsequenzen für die Beschäftigten und die Gesellschaft. Was die Konzepte selbst angeht, so versetzen sie zwar die Unternehmen in die Lage, auf Veränderungen ihrer Umwelt, insbesondere der Märkte, schneller und flexibler reagieren zu können und die Produktivität erheblich zu erhöhen, auf der anderen Seite scheitern sie jedoch auch oft an ihren inneren Widersprüchen. Dies hängt vor allen Dingen damit zusammen, daß zwar die Abkehr von hierarchischen Strukturen und die Beteiligung der Beschäftigten propagiert werden, dies jedoch nicht wirklich

umgesetzt wird und es an einer entsprechenden Unternehmens- und Führungskultur fehlt. Widerstände in solchen Konzepten gibt es dabei auch oft weniger von Seiten der Beschäftigten als vielmehr vom Mittelmanagement, das um seine Stellung fürchtet. Der verlangte „Cultural Change“ gelingt in vielen Fällen nicht. Immer wieder kommt es zu Rückfällen in traditionelle, autoritär durchgeführte Kostensenkungsstrategien, nicht nur weil die notwendige Kulturveränderung nicht gelungen ist, sondern auch unter dem Druck kurzfristiger Renditeerwartungen der Kapitaleigner. Auf konzeptioneller Ebene werden diese auf Beteiligung und durch Kooperation geprägte Unternehmenskultur ausgerichteten Unternehmenskonzepte zunehmend auch durch das Konzept des „Shareholder Value“ in Frage gestellt. Mit der sogenannten wertorientierten Unternehmensführung werden die Interessen der Anteilseigner und die Kapitalrendite in das Zentrum der Unternehmenspolitik gestellt.

Natürlich zielen auch die neuen Managementkonzepte, die auf Nutzung der personellen Ressourcen und die Einbeziehung der Beschäftigten in die Unternehmensprozesse setzen, wesentlich auf die Steigerung der Unternehmensgewinne. Hinter den Ansätzen verbergen sich jedoch unterschiedliche Auffassungen von Unternehmenskultur. So ist der Shareholder Value-Ansatz vorwiegend kurzfristig ausgerichtet, stark von Finanzmarkt-Interessen bestimmt, und es werden die Leistungsbeiträge der anderen am Unternehmen beteiligten Gruppen, insbesondere der Beschäftigten, vernachlässigt. Auch in unternehmenspolitischer, also in betriebswirtschaftliche Hinsicht ist der Erfolg dieses Ansatzes umstritten, kann doch diese Orientierung auf den kurzfristigen Erfolg durchaus auch zur Gefährdung langfristiger Unternehmenssicherung führen. Deswegen ist dieser Ansatz auch im Unternehmerlager selbst nicht unumstritten. Auf der anderen Seite drückt sich in diesem Shareholder Value-Konzept deutlich die Zielsetzung aus, die Kapitalrendite zu steigern - eben auch für alle anderen Konzepte das oberste Anliegen. Insofern gibt es eher Widersprüche in der strategischen Ausrichtung und unternehmenspolitischen Umsetzung und nicht in deren grundsätzlicher Zielsetzung. Vor allen Dingen aber sind die Konsequenzen für die Beschäftigten problematisch. So bieten beteiligungsorientierte Unternehmenskonzepte wie das Total Quality Management oder gar die propagierten Human Resources Managements durchaus auch Entwicklungs- und Gestaltungschancen für die Beschäftigten selbst. Freilich bleibt deren Lage widersprüchlich. Zwar setzen diese Unternehmensstrategien auf stärkere Beteiligung und Verantwortung der Arbeitnehmer, auf der anderen Seite jedoch verringert sich in Folge der schlanken Strukturen und der Produktivitätsgewinne das Arbeitsvolumen und macht die Lage der Beschäftigten unsicher. Erhöhten Chancen auf Mitgestaltung, mehr Eigenverantwortung und Beteiligung stehen Arbeitsplatzverlust, aber auch Leistungsdruck und erhebliche Verunsicherung gegenüber. Von vielen Arbeitnehmern werden die neuen Unternehmensstrategien und Organisationsformen weniger als Chance zur eigenen Weiterentwicklung als vielmehr als Bedrohung empfunden.

### Mitbestimmung als Wettbewerbsvorteil?

Auf der anderen Seite ist freilich unstrittig, daß den Menschen in den Unternehmen im Rahmen dieser Strategien erheblich mehr Aufmerksamkeit zuteil wird, mithin auch erhöhte Anforderungen an Unternehmensführung und Personalwirtschaft gestellt werden. Strategisches Personalmanagement, Qualifizierung, Motivation, Arbeitsumfeld und Unternehmenskultur erhalten einen höheren Stellenwert. Die Entwicklung und Vermittlung von Unternehmensleitbildern und Visionen, mit deren Hilfe sich die Arbeitnehmer mit dem Unternehmen identifizieren sollen, werden als vorrangige Führungsaufgaben gesehen. Kritisch muß freilich hinterfragt werden, ob im Rahmen dieser Strategien die Beteiligung bloß propagiert oder auch tatsächlich ernstgenommen wird. Letztlich bedeutet dies auch, daß den Beschäftigten mehr Entscheidungsrechte und Einflußmöglichkeiten eingeräumt werden müßten, ohne die echte Beteiligung kaum möglich sein wird.

Es liegt nahe, in diesem Zusammenhang auch die gewerkschaftlichen Konzepte der Mitbestimmung aufzugreifen und zu untersuchen, inwieweit diese Konzepte mit den Überlegungen einer stark auf Beteiligung aufbauenden Unternehmenskultur verbunden werden können. Und in der Tat spielt die gewerkschaftliche Mitbestimmung bei diesen Konzepten eine zunehmende Rolle, wobei sich auch die Haltung der Kapitaleise dahingehend verändert hat, daß die Ablehnung der Mitbestimmung einer Nutzung für die Unternehmensentwicklung selbst gewichen ist. Dies zeigt sich beispielsweise auch in den Empfehlungen der von der Hans-Böckler-Stiftung und der Bertelsmann-Stiftung gemeinsam eingesetzten Kommission zur Mitbestimmung, wo die Mitbestimmung inzwischen sogar als Wettbewerbsvorteil deutscher Unternehmen angesehen wird. Auf der anderen Seite müssen sich gerade gewerkschaftliche Vertreter kritisch fragen lassen, ob in einer solchen Konzeption der Mitbestimmung, die nahezu ausschließlich in den Dienst der Unternehmensentwicklung selbst gestellt wird, auch noch die Vorstellungen einer echten Beteiligung der Beschäftigten an der Unternehmenspolitik und die Unternehmenszielsetzung selbst überschreitende Ansprüche noch verfolgt werden können. Jedenfalls ist auch angesichts der Mitbestimmungspraxis die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß die Mitbestimmung auf Beteiligung im Rahmen vorgegebener, letztlich von den Kapitaleignern und dem Management bestimmten Zielsetzungen reduziert wird. Was nun den betrieblichen Leistungsprozeß angeht, so sind in der Abkehr von tayloristischen Strukturen und in Verbindung mit der Neubewertung der Rolle der menschlichen Arbeitskraft im betrieblichen Leistungsprozeß ebenfalls Chancen für eine Gestaltung der Arbeit auch im Interesse der Beschäftigten vorhanden, Arbeit qualitativ anspruchsvoller und auch attraktiver zu machen. Daran setzen ja auch die gewerkschaftlichen Gestaltungskonzepte an, wie z.B. bei der Gruppenarbeit, der Arbeitsgestaltung und auch der Entlohnung. Die in den prozeß- und teamorientierten Strukturen liegenden Möglichkeiten sollen zielgerichtet im Interesse der Arbeitnehmer für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der An-

reicherung der Arbeitsinhalte selbst genutzt werden. In der betrieblichen Praxis freilich stoßen derartige Gestaltungsinitiativen im Interesse der Lohnabhängigen immer wieder an die Grenze unternehmerischer Zielsetzungen und führen damit zu Konflikten. Hinzu kommt, daß der Leistungsdruck selbst zunimmt, weniger leistungsfähige Beschäftigte ausgegrenzt und die Zahl der Arbeitsplätze selbst infolge der starken Produktivitätssteigerungen reduziert wird. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist die eher positive, auf neue Gestaltungsmöglichkeiten setzende Haltung der Gewerkschaften, wie dies insbesondere zu Beginn der Einführung der neuen Produktionskonzepte im Zuge der „Lean Production“ kennzeichnend war, einer eher skeptischen Haltung gewichen. Die neuen Produktions- und Managementkonzepte bieten mit ihrer stärkeren Betonung der Leistungspotentiale der Beschäftigten durchaus Möglichkeiten einer Gestaltung des betrieblichen Leistungsprozesses auch im Interesse der Arbeitnehmer. Auf der anderen Seite finden sie immer wieder ihre strukturelle Grenze in der zentralen unternehmerischen Zielsetzung der Verbesserung der Kapitalrendite, was nicht nur für den Shareholder Value Ansatz selbst gilt, wo dies direkt propagiert wird, sondern wodurch auch alle anderen Unternehmenskonzepte letztlich dominiert werden. Und in der betrieblichen Praxis zeigt sich, daß dieser an sich widersprüchliche Prozeß selbst eher zugunsten der Unternehmenszielsetzungen aufgelöst wird.

### „Sub-Management“ und Gestaltungsmöglichkeiten

Es dominieren die Unternehmenserfordernisse, wie sich dies insbesondere in der Arbeitszeitgestaltung erweist, wo etwa in der Frage der Flexibilisierung sich ziemlich eindeutig die Unternehmensinteressen durchgesetzt haben und damit gestalterische und gesellschaftliche Zielsetzungen, wie sie durch die Gewerkschaften propagiert werden, stark in den Hintergrund gerückt wurden. Insofern kann auch kaum von „Co-Management“ oder gar kritischem Co-Management“ gesprochen werden, sondern eher von „Sub-Management“, also eine Mitgestaltung unter der Dominanz unternehmerischer Zielsetzungen. Sollen die Gestaltungsmöglichkeiten gerade auch im Arbeitnehmerinteresse genutzt werden, so müssen gewerkschaftliche Eckpunkte in der Betriebspolitik verankert werden, die letztlich wohl nur dann durchgehalten werden können, wenn sie überbetriebliche Geltung haben, also tarifvertraglich abgesichert sind. Vor allem aber müssen sie auch mit überbetrieblichen Strategien verbunden werden. Anders lassen sich die negativen gesellschaftlichen Effekte dieser unternehmerischen Modernisierungsstrategien, die sich vor allen Dingen in einer Reduzierung des Arbeitsvolumens äußern, kaum auffangen. Zwar ist es bezogen auf das einzelne Unternehmen in den einzelnen Betrieben durchaus möglich, dem Dilemma, daß Arbeitsplätze sowohl durch mangelnde Produktivität infolge des Wettbewerbsverlustes als auch durch steigende Produktivität infolge der Verringerung des Arbeitsvolumens auf der Strecke bleiben, dadurch zu entgehen, daß die betriebliche und unternehmerische Restrukturierung mit Expansionsstrategien im Hinblick auf Märkte, insbesondere durch Produktinnovation, verbunden wird. Eine solche Strategie wird jedoch dann

immer auch zu Lasten der anderen Betriebe und Unternehmen gehen, wenn dies nicht mit einer überbetrieblichen wirtschaftspolitischen Strategie verbunden wird, die die wirtschaftlichen Möglichkeiten dadurch ausweitet, daß neue Felder für Produktion und Beschäftigung erschlossen werden. Solche Möglichkeiten ergeben sich wesentlich im Hinblick auf den gesellschaftlichen Bedarf, d.h. der ökologischen, sozialen und kulturellen Erfordernisse. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die neuen unternehmerischen Modernisierungsstrategien, die hier nur kurz in ihren Eckpunkten umrissen wurden, in sich widerstreitende Elemente enthalten. Ausgerichtet auf Effizienzsteigerung unter der Zielsetzung der Renditesteigerung des eingesetzten Kapitals und damit auch verbunden mit Leistungsdruck, Intensivierung der Arbeit und Verringerung des Arbeitsvolumens selbst, enthalten sie mit ihrer Ausrichtung auf prozeßorientierte Organisation, Rückverlagerung von Verantwortung in die Prozesse selbst und kooperativen Führungsstil auch emanzipatorische Elemente, die zur Gestaltung der Arbeitsprozesse und der Strukturen im Unternehmen gerade auch im Interesse der Beschäftigten selbst genutzt werden können. Zusammengehalten werden diese widerstreitenden Elemente über die Unternehmenskultur, über die Vermittlung von Visionen und Leitbildern, mit Hilfe derer die unternehmerischen Zielsetzungen gerade auch bei den Beschäftigten selbst verankert werden sollen. Und wie die Praxis zeigt, gelingt dies in einem hohen Ausmaß. Auf der anderen Seite kommt es auch immer wieder zu Konflikten, insbesondere in Krisensituationen, wenn die vorhandenen Widersprüche nicht im Rahmen einer Wachstumsstrategie überdeckt werden können.

Es muß Aufgabe gewerkschaftlicher Betriebspolitik sein, diese Konfliktlinie deutlich zu machen, aber auch die Gestaltungsmöglichkeiten offensiver aufzugreifen und diese dann nicht nur betrieblich, sondern auch überbetrieblich abzusichern – eingebettet in ein Konzept gesellschaftlicher Alternativen. An die Stelle der herrschenden einzelwirtschaftlichen Logik, die diese Modernisierungskonzepte auf gesellschaftliche Gestaltung insgesamt zu übertragen sucht, muß eine gesellschaftlich ausgerichtete Politik treten, die einen Rahmen gerade auch für die Unternehmensentwicklung abgibt, bei gleichzeitiger Nutzung der Gestaltungsspielräume auf betrieblicher und Unternehmensebene.

## Reform der Arbeitsgesellschaft als Gegenwartsaufgabe

Für ein neues Leitbild der Erwerbsarbeit

### I. Arbeit zwischen Vergessen und Bündniseuphorie

Es kann wohl mit guten Argumenten behauptet werden, dass noch vor geraumer Zeit die Debatte um die Zukunft der Arbeit einen, wenn nicht gar den zentralen Diskurs der Linken darstellte. Dabei wurde unter Arbeit in der Regel jene Form von Erwerbsarbeit verstanden, wie sie sich im „Goldenen Zeitalter“ der fordistischen Periode des Kapitalismus herausgebildet hatte; und zugleich ging man davon aus, sich mit dem Thema Arbeit im gesellschaftlichen Zentrum zu befinden, da der zentrale Stellenwert der Erwerbsarbeit nicht nur für die materielle, sondern zugleich für die kulturelle Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft kaum zu bestreiten war. Diese Debatte um die Zukunft der Arbeit ist, wo sie überhaupt noch geführt wird, eigentümlich blass geworden. Themen wie Globalisierung und Individualisierung haben die Erwerbsarbeit aus dem Fokus der linken Aufmerksamkeit verdrängt. Zwar wird viel über fehlende Arbeit in Gestalt von andauernder Massenarbeitslosigkeit geredet, und hin und wieder wird durchaus auch gefragt, welche Auswirkungen die transnationale Verknüpfung der Wirtschaft und andere aktuelle Entwicklungen auf die Arbeitsmärkte haben. Aber dass diese Fragen die Schlüsselthemen zukünftiger Gesellschaftsentwicklung benennen würden, behauptet, zumal in der Linken, kaum noch jemand.

Die aktuelle Diskussion um ein „Bündnis für Arbeit“ hat diesem Trend entgegengewirkt. Zumindest rückte der gewerkschaftliche Vorstoß das Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erneut in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Insbesondere die neugewählte rosa-grüne Bundesregierung hat das Bündnis für Arbeit zum Kristallisationspunkt ihrer beschäftigungspolitischen Anstrengungen gemacht. „Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist das oberste Ziel der neuen Bundesregierung. Hierin liegt der Schlüssel zur Lösung der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die neue Bundesregierung alle gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren und in einem Bündnis für Arbeit und Ausbildung konkrete Maßnahmen vereinbaren.“<sup>1</sup>

Auf dem Bündnis für Arbeit ruhen große Hoffnungen. Das gilt nicht nur für die politische Arena und mit Blick auf die Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit. Verschiedentlich wird die Bedeutung des Bündnisses für Arbeit noch

<sup>1</sup> Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90 / Die Grünen vom 20. Oktober 1998, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1998, S. 1521 ff., hier S. 1521.

weit höher eingeschätzt und ihm gar die Chance zugeschrieben, zum Zentrum eines neuen gesamtgesellschaftlichen Regulierungsmodells zu avancieren. „Mit dem rot-grünen Sieg besteht zumindest prinzipiell die Chance, ein reformerisches Gesellschaftsprojekt zu entwickeln, welches dem 'Rheinischen Kapitalismus' nicht nur neues Leben einhauchen, sondern ihn sogar in ein europäisches Projekt demokratischer und sozialer Regulierung transformieren könnte. Das 'Bündnis für Arbeit' ... könnte die zentrale institutionelle Arena werden, in der die wichtigen sozialen und politischen Akteure diesen neuen Gesellschaftsvertrag auszuhandeln in der Lage wären.“<sup>2</sup>

Es wäre zweifelsohne eine spannende Angelegenheit, diese Sicht der Dinge etwas genauer zu betrachten und der Frage nachzugehen, warum insbesondere im sozialliberalen Spektrum Modelle eines (modifizierten) Korporatismus erneut an Ausstrahlungsgewinn gewinnen. Gerade das Bündnis für Arbeit erscheint aus diesem Blickwinkel nicht selten als Vehikel zur Etablierung eines neuen Regulationsmodells, dass (erneut) in einer staatlich moderierten Verbände-Kooperation die Grundstruktur einer zukünftigen gesellschaftlichen Architektur vermutet. Dabei erscheint diese Vorstellung mit Blick auf das europäische Ausland durchaus realistisch. Freilich mit einer anderen als der von der Linken erhofften Ausrichtung. Der in den sozialliberalen Modernisierungsstrategien sichtbar werdende Korporatismus ist nicht ohne weiteres mit dem der 70er Jahre zu vergleichen. Während das traditionelle sozialdemokratische Regulierungsmodell staatliche Interventionen vor allem in der Binnenökonomie, zur Stabilisierung der volkswirtschaftlichen Nachfrage und mittels verbindlicher „harter“ Regulierungen vorsah, setzt der neue sozialliberale „Angebots-Korporatismus“ auf eine weltmarktfixierte Wettbewerbsorientierung, die sozial moderierte Stärkung der Angebotsbedingungen sowie auf lockende „weiche“ Regulierungen.<sup>3</sup> Es zeichnet sich ab, dass das in Europa immer öfter anzutreffende Modell des tripartistischen Sozialpaktes weniger auf die Überwindung als vielmehr auf die institutionelle „Einbettung“ („embedded neoliberalism“, wie Rhodes/van Apeldoorn dies nennen<sup>4</sup>) des Neoliberalismus abzielt. Im Kern geht es darum, die mittlerweile die systemische Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes in Frage stellenden ökonomischen, sozialen und politischen Folgeprobleme der als gescheitert angesehenen neoliberalen Modernisierungsstrategie zu minimieren, ohne auf die weltmarktfixierte

<sup>2</sup> J. Esser / W. Schröder, Neues Leben für den Rheinischen Kapitalismus. Vom Bündnis für Arbeit zum dritten Weg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1999, S. 51 ff., hier S. 51.

<sup>3</sup> Vgl. dazu H.-J. Urban, Globalisierung, Staat und Gewerkschaften, in: R. Stötzel (Hrsg.), Ungleichheit als Projekt. Globalisierung-Standort-Neoliberalismus. Marburg 1998, S. 433 ff., hier S. 438 ff.

<sup>4</sup> M. Rhodes/B. van Apeldoorn, The Transformation of West European Capitalism?, zit. nach T. Schulten, Perspektiven nationaler Kollektivvertragsbeziehungen im integrierten Europa, in: B. Kohler-Koch (Hrsg.), Regieren in entgrenzten Räumen. Opladen/Wiesbaden 1998 (i.E.), S. 145-168, hier S. 151.

Wirtschaftspolitik und einen wettbewerbskompatiblen Umbau des Sozialstaates verzichten zu müssen.

Ob, und wenn ja, warum, das Bündnis für Arbeit eine deutsche Ausnahme von dieser europäischen Regel darstellt, soll an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden. Hier steht das Anliegen im Vordergrund, die Vielschichtigkeit der ehemaligen Debatte um die Zukunft der Arbeit in Erinnerung zu rufen und einige zentrale Bedeutungs- und Problemdimensionen von Arbeit zu benennen, ohne deren Berücksichtigung jegliche beschäftigungspolitische Offensive hinter den bereits erreichten Diskussionsstand zurückzufallen droht; eine Gefahr, der auch das Bündnis für Arbeit ausgesetzt ist. Das ist in dem Maße der Fall, in dem dieses Bündnis in eine neokorporatistische Standort- und Wettbewerbskoalition umschlägt.<sup>5</sup>

## II. Zur Erinnerung: Kritik an Erwerbs-Arbeit als gesellschaftlicher Schlüsselkategorie

Gerade in der Linken war die Diskussion um die Zukunft der Arbeit in weiten Passagen identisch mit der Debatte um die Krise der Arbeitsgesellschaft.<sup>6</sup> Im Zentrum standen dabei zunehmende Zweifel an dem Diktum, dass die Erwerbsarbeit auch zukünftig und mit Recht den Anspruch auf eine analytische und politische Schlüsselkategorie erheben könne. Arbeit, insbesondere in Form sozial regulierter, industrieller Erwerbsarbeit wurde als Zentrum eines historisch spezifischen Modells gesellschaftlicher Entwicklung aufgefasst, das zunehmend an seine Entwicklungsschranken stößt. Der sich daraus ergebende Bedeutungsverlust von Arbeit wurde in unterschiedliche Analysen- und Theoriezusammenhängen eingebettet. Zum einen wurde er im Kontext des säkularen Trends der Produktivitätssteigerung diskutiert, der das zur gesellschaftlichen Reproduktion notwendig Quantum an Arbeit tendenziell verringere. Die auf diesem Grundgedanken beruhende Vorstellung, dass der „Gesellschaft die Arbeit ausgeht“, wurde in den unterschiedlichsten Varianten formuliert. Von besonderer Bedeutung waren dabei sicherlich jene Vorstellungen, die im Sinne einer gesellschaftlichen Stadientheorie von der Herausbildung einer neuen Dienstleistungsgesellschaft ausgingen, in der insbesondere die manuelle Fertigungsarbeit gegenüber der formellen und informellen Dienstleistungsarbeit an

<sup>5</sup> Unnötig zu betonen, dass es sich an dieser Stelle lediglich um einige Facetten dieses hochverschachtelten Problemkomplexes handelt, die ohne Anspruch auf Vollständigkeit benannt und kurz erläutert werden sollen.

<sup>6</sup> Die Literatur zu diesem Thema ist kaum noch zu überblicken. Es wird an dieser Stelle erst gar nicht der ohnehin zum Scheitern verurteilte Versuch unternommen, die für den jeweiligen Diskussionsstrang maßgeblichen Literaturbelege anzuführen. Vielmehr soll der Hinweis auf drei Sammelbände aus den 90er Jahren genügen, in denen die unterschiedlichsten VertreterInnen und mit ihnen die unterschiedlichsten Positionen zu Worte kommen: D. Dathe (Hrsg.), Wege aus der Krise der Arbeitsgesellschaft, Berlin 1995; W. Fricke (Hrsg.), 1993 Jahrbuch Arbeit und Technik. Schwerpunktthema Zukunft der Arbeit - Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften, Bonn 1993; Gewerkschaftliche Monatshefte 6-7/1998, Schwerpunktheft „Wo bleibt die Arbeit?“.

Bedeutung verliere. Die zunehmende Tertiärisierung der Arbeitsgesellschaft galt dabei vielfach als Indiz für die Überwindung der historischen Epoche der Industriegesellschaft.

Teilweise aus dieser Vorstellung des objektiven Bedeutungsverlustes von Arbeit abgeleitet, teilweise in Ergänzung zu dieser wurde die These vom subjektiven Wertverlust von Erwerbsarbeit formuliert. Das mit zunehmender Produktivkraft zurückgehende Quantum an gesellschaftlich notwendiger Arbeit werde, so der Grundgedanke, nicht ohne Auswirkungen auf die subjektive Wertschätzung von Arbeit bleiben. Dem Bedeutungsverlust von Arbeit für die gesellschaftliche Reproduktion entsprach demnach der subjektive Wertverlust von Arbeit in den Lebenssinnezusammenhängen der Individuen. In diesen Gedankenmodellen eines Bedeutungs- und Wertverlustes von Arbeit kamen die unterschiedlichsten Perspektiven zum Ausdruck.

- Von besonderer Bedeutung war sicherlich die *feministische Dimension* der Debatte. Sie machte sich insbesondere an dem konkreten Modell der an männlichen Lebensentwürfen orientierten Erwerbsarbeit in Gestalt des sog. Normalarbeitsverhältnisses fest. Dieses Erwerbsarbeitsmodell, dass das Versprechen auf materielle Sicherheit und gesellschaftliche Integration nur dann einlösen konnte, wenn es auf kontinuierlicher, ausreichend entlohnter und standardisierter Arbeit beruhte, kollidierte nicht nur mit den gesellschaftlich aufgezwungenen Sozialbiografien von Frauen, sondern zugleich mit ihren subjektiv präferierten Lebensentwürfen. Gleichzeitig weigerte sich die traditionelle Arbeitsverfassung, so ein weiterer Strang der feministischen Kritik, den Wert nicht erwerbsförmig organisierter und im Reproduktionsbereich angesiedelter Eigenarbeit anzuerkennen. Dies gelte insbesondere für die Familien- und Erziehungsarbeit. Da aufgrund der nach wie vor dominierenden Rollenverteilung diese Arbeit vorwiegend von Frauen geleistet würde, sei die normative sowie die gesellschafts- und sozialpolitische Diskriminierung dieser Arbeit gleichbedeutend mit der Unterprivilegierung von Frauen in den sozialen und kulturellen Zusammenhängen.

- Ebenfalls an der Frage des Beitrags der Erwerbsarbeit zur individuellen und gesellschaftlichen Emanzipation setzte eine stärker *soziolethisch orientierte Kritik* an der Arbeit an. Sie rekurrierte vor allem auf die in der marxistisch orientierten Debatte breit verankerte Kritik der zunehmenden Entfremdung der kapitalistischen Lohnarbeit. In dem Maße, in dem der gesellschaftliche Produktionsprozess immer arbeitsteiliger, komplexer und undurchsichtiger werde, habe sich der Arbeitsprozess immer weiter von den eigentlichen Bedürfnissen der Menschen entfernt. Der Verkauf der Arbeitskraft diene nur noch dazu, in einem fremdbestimmten und sinnentleerten Arbeitsprozess das zur Bestreitung des Lebensunterhaltes notwendige Geld zu verdienen. Ab einem bestimmten Zeitpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung hätten die „verschiedenen Arbeiten und deren unmittelbare Ergebnisse ... nur noch Tauschwert, nicht aber

Gebrauchs- oder Eigenwert".<sup>7</sup> Dieser Form der enteigneten Arbeit müsse das politische Programm der Wiederaneignung von Arbeit entgegengestellt werden. Betrachte man Arbeit in einem umfassenderen, die Dimension der menschlichen Selbstentfaltung einschließenden Sinne, so sei Arbeit von ihrer Natur her unbegrenzt. Insofern wurde aus dieser Sicht der Dinge die These von der Gesellschaft, der die Arbeit ausgehe, zurückgewiesen. „An Arbeit kann es nie fehlen, solange man sie im ursprünglichen Sinne der Moderne befreit: Als eine geistige und/oder körperliche Kraftentfaltung, durch die die Menschen sich selbst, ihre Umwelt und ihre gesellschaftlichen Verhältnisse gemäß ihren aufgeklärten Bedürfnissen gestalten“.<sup>8</sup>

- Die Betonung der Gebrauchswertseite von Arbeit verband diese Position mit einer dritten, *ökologisch orientierten Kritik* der Erwerbsarbeit. Die traditionelle Arbeit, wie die fordistische Arbeitsgesellschaft insgesamt, stehe für ein sozial-ökonomisches Entwicklungsmodell, das am Leitbild quantitativen und unbegrenzten Wachstums orientiert sei und die ökologische Regenerationsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen zunehmend überfordere. Hier war die Kritik der Erwerbsarbeit der Schlüssel zur Kritik der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft. Gleichzeitig ging es um die Ablehnung eines ökonomistisch verkürzten Mensch-Natur-Verhältnisses. Vor allem die letztlich bis in die Aufklärung zurückreichende Perspektive der „Herrschaft über Natur“ habe einen Entwicklungspfad hervorgebracht, in dem die beherrschende Veränderung der natürlichen Lebensgrundlagen zu einer nachhaltigen Störung des ökologischen Gleichgewichtes führen müssen. Der Abschied vom Wachstumsfetischismus und von einer auf Beherrschung beruhenden Naturperspektive wurde somit unverzichtbarer Bestandteil einer naturbewahrenden und dadurch zukunftsfähigen Politik.

Ungeachtet der Schattierungen, die diese Debatte aufwies, lag eine Gemeinsamkeit der unterschiedlichen Positionen in einem gewissen utopischen Überschuss, der über den Status quo der kapitalistischen Erwerbsarbeitsgesellschaft hinauswies und ein sicher unterschiedlich konkretisiertes, individuelles und kollektives Emanzipationsziel formulierte. Gerade diese utopisch-emanzipatorische Dimension ging der Debatte allmählich verloren, wie ihr Ausläufer in den 90er Jahren, die Kontroverse um Vollbeschäftigung als Ziel linker Reformpolitik, deutlich werden ließ. Stand zuvor der Versuch der Neuformulierung eines Arbeitsbegriffs als einem Essential emanzipierter Lebensformen der Kritik der traditionellen Arbeitsgesellschaft zumindest gleichberechtigt gegenüber, so konzentriert sich ein wesentlicher Teil des linken Diskurses seit geraumer Zeit auf die Diskreditierung des Vollbeschäftigungsziels. Der vorläufige Befund dieser Debatte ist widersprüchlich. Einerseits blitzen in ihr jene feministischen, sozialetischen und ökologischen Einwände gegen die fordisti-

<sup>7</sup> A. Gorz, Enteignung und Wiederaneignung der Arbeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6-7/1998, S. 349.

<sup>8</sup> Ebenda

sche Erwerbsarbeitsgesellschaft auf, ohne die sich ein zukunftsfähiges Politikprojekt kaum wird formulieren lassen. Doch gleichzeitig kommt sie seltsam defensiv und konservativ daher und ist, gewollt oder ungewollt, anschlussfähig zu jenen neoliberalen Diskursen, die etwa in der These von der „natürlichen“ oder der „produktiven Arbeitslosigkeit“ die massenhafte Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Arbeitssystem für unausweichlich halten und Interessenpolitisch rechtfertigen. Jedenfalls kommt in diesen Debatten kaum noch eine über den Status quo hinausweisende Ambitionen zum Ausdruck, *scheint die Debatte emanzipatorisch gänzlich erblindet*. An Bedeutung gewinnt hingegen das Ziel einer sozialtechnischen Moderation prekärer gesellschaftlicher Zustände. „Arbeitslosigkeit ist kein Problem, weil Vollbeschäftigung keine realistische, deshalb auch nicht verantwortlich in Aussicht zu stellende Lösung ist ... Wir werden uns auf den Zustand dauerhaft einrichten müssen, dass ein großer Teil der erwachsenen Bürger beiderlei Geschlechts in 'normalen' Arbeitsverhältnissen kein Unter- und Einkommen findet. Die Preisfrage ist nur noch, ob und wie es uns gelingt, diesen Zustand in einer Weise auszugestalten, die sozial und politisch einigermaßen unschädlich bleibt.“<sup>9</sup> Prägnanter kann der Übergang von einer Politik der Realisierung sozialer Utopien hin zu einer Strategie der gesellschaftspolitischen Schadensbegrenzung wohl kaum zum Ausdruck gebracht werden.

### III. Bündnis für Arbeit - Zwischen Wettbewerbskoalition und neuem Regulierungsmodell

Es ist zweifellos ein Verdienst der gewerkschaftlichen Initiative für ein Bündnis für Arbeit, die allmählich sich ausbreitende Apathie gegenüber der Persistenz der Beschäftigungskrise gestört zu haben. Sicherlich unterstützt von aufwärts weisenden Konjunkturdaten gelang es, die ideologisch deformierte Standort-Kontroverse und die Debatte um den angeblich unausweichlichen Umbau des Sozialstaates zu konterkarieren und Fragen der Förderung und Umverteilung von Arbeit in der medialen Öffentlichkeit wieder stärkere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht ließe sich das Bündnis für Arbeit als eine vermutlich befristete und zweckgerichtete Institutionalisierung eines korporatistischen Verhandlungssystems definieren, in dem sich die klassischen Akteure des traditionellen Wohlfahrtsstaates: Staat (Regierung), Kapital (Arbeitgeberverbände) und Arbeit (Gewerkschaften) in einem interessenpolitisch fundierten Aushandlungsprozess auf Prozessregeln und Politikinhalt einigen, denen die optimale Kombination aus der Wahrung eigener sozialer und wirtschaftlicher Teilinteressen und einen möglichst hohen Beitrag zur Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit zugetraut wird.<sup>10</sup> Dabei stützt sich die deut-

<sup>9</sup> C. Offe, Vollbeschäftigung? Zur Kritik einer falschgestellten Frage, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/1994, S. 796 ff., hier: S. 796.

<sup>10</sup> Vgl. dazu ausführlicher H.-J. Urban, Ein neues „Bündnis für Arbeit“? Über Interessenlagen

sche Initiative auf entsprechende Erfahrungen in europäischen Nachbarländern.<sup>11</sup> Die Analyse der Themen und Schwerpunkte der sozialen Pakte in Europa zeigt, dass insbesondere folgende Politikfelder die dominierenden Verhandlungsbereiche darstellen: Fragen der Lohnentwicklung, des Tarifsystems, der Arbeitszeitverkürzung, der Arbeitsbeschaffung, der Steuersysteme, der sozialen Sicherung sowie Fragen von Ausbildung und Aus- und Weiterbildung. Auch für die deutsche Variante des Sozialpaktes sind bereits die Kernbereiche definiert und zwischen den Akteuren vereinbart worden, die im Rahmen von Arbeits- bzw. Expertengruppen bearbeitet werden sollen. Zu ihnen gehören: Fragen der Aus- und Weiterbildung bzw. der Umsetzung eines Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, Fragen der Steuerpolitik, der Lebensarbeitszeit bzw. des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsleben, Fragen der Reform der Sozialversicherungssysteme, der Arbeitszeitpolitik, des 'Aufbau Ost', der Entlassungsabfindungen und schließlich Fragen eines gesellschaftspolitischen Bench-markings.<sup>12</sup>

Bereits sehr früh wurde deutlich, dass die Frage, inwieweit die Tarifautonomie bzw. die für die Laufzeit des Bündnisses zu erwartenden Tarifverhandlungen in die gemeinsamen Gespräche miteinzubeziehen seien, kontrovers blieb. Während von Seiten der Gewerkschaften keinerlei Bereitschaft dazu besteht, wird von Seiten der Wirtschaft die Ergänzung der Bündnisverhandlungen durch eine moderate und flexible Lohnpolitik der Gewerkschaften gefordert. Insbesondere aus dem Bereich des Finanzkapitals waren die weitestgehenden Forderungen nach einer Einbindung der Tarifautonomie in die staatliche Moderation der Kapital-Arbeitsbeziehungen zu vernehmen. So forderte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Breuer, unter Verweis auf das holländische Vorbild die Institutionalisierung eines Souveränitätsverzichts der Tarifparteien und damit die grundlegende Einschränkung der in Deutschland verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie. Ziel sei u.a. die Vereinbarung von Lohnleitlinien sowie eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten.<sup>13</sup>

Zunächst kann die Kapitalseite bei dieser Forderung auf die europäischen Vorbilder verweisen. Nicht nur, dass in den Nachbarstaaten Fragen der tariflichen Einkommenspolitik wie der unterschiedlichen Tarifsysteme insgesamt überall eine zentrale Rolle spielen; in nahezu allen Fällen standen Vereinbarungen über eine moderate Lohnpolitik an erster Stelle.<sup>14</sup> Die Empirie der eu-

und Verhandlungsstrategien in einem neo-korporatistischen Beschäftigungspakt, in: Zeitschrift für Sozialreform 9/1998, S. 613 ff., hier: S. 619 ff.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Einzelbeiträge in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1998, dabei insbesondere die Überblicksdarstellung von A. Hassel, Soziale Pakte in Europa, S. 626 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit - Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Bundesregierung, in: Sozialpolitische Umschau Nr. 423, vom 14. Dezember 1998, S. 3 - 6

<sup>13</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 3. Januar 1999.

<sup>14</sup> So das Ergebnis der vergleichenden Analyse von Hassel, Soziale Pakte in Europa, a.a.O., S. 629.

ropaweiten etablierten Sozialpakte zeigt, dass sie „im wesentlichen darauf abzielen, die nationale Kollektivvertragspolitik dem Ziel der nationale(n) Wettbewerbsfähigkeit unterzuordnen.“<sup>15</sup> Dies ist kein Zufall, vielmehr besteht die genuine Handlungslogik nationaler, tripartistischer Arbeitsmarktbindnisse gerade darin, „gegenseitige Abstimmungen über drei mögliche Konfliktlinien hinweg zu gewährleisten:

- zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, also im Bereich der Tarifautonomie bzw. der industriellen Beziehungen im engeren Sinne;
- zwischen Tarifautonomie und Regierungspolitik, also zwischen den organisierten gesellschaftlichen Gruppen einerseits und dem Staat andererseits;
- zwischen den für Arbeitsmarkt und Beschäftigung wichtigen Politikbereichen, also insbesondere der Sozial-, Steuer-, Tarif- und Arbeitsmarktpolitik, an denen jeweils wiederum Staat und Tarifparteien in unterschiedlichem Maße beteiligt sind, sowie unter Einbeziehung der Wirtschafts- und Finanzpolitik.“<sup>16</sup>

Der Integrationssoj auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik und die Tarifautonomie insgesamt ist also nicht nur auf die wirtschafts- und sozialpolitische Interessenlage der Wirtschaftsverbände zurückzuführen, sondern entspricht durchaus auch der Logik des angestrebten korporatistischen Verhandlungssystems. Ob es ausgerechnet in Deutschland mit seiner ausgeprägten Kultur der Sozialpartnerschaft auf Dauer gelingt, diesem Soj zu widerstehen und trotzdem die Funktionsfähigkeit des Bündnisses zu erhalten, wird sich zeigen.

Gleichwohl tun die deutschen Gewerkschaften gerade in der Tarifpolitik gut daran, sich dem Versuch einer wettbewerbspolitischen Einbindung zu widersetzen. Die Logik kollektiver Aushandlungssysteme mag das eine sein, die Voraussetzungen für den Erhalt autonomer Gegenmachtfähigkeit sind das andere. Und diese müsste zweifelsohne großen Schaden nehmen, würden die Gewerkschaften ausgerechnet jenes Politikfeld, in dem sie in der jüngeren Vergangenheit trotz aller Schwierigkeiten das höchste Maß an organisationspolitischer Mobilisierungsfähigkeit aufwiesen, durch eine noch weitergehende Integrationsbereitschaft entwerten. Gerade in diesem Einzelaspekt der Einbeziehung der autonomen Regelungskompetenz der Tarifvertragsparteien wird die generelle Gratwanderung des Bündnisses zwischen erhofften Beschäftigungserfolgen und dem Umkippen in eine Wettbewerbskoalition deutlich, in der die Förderung von Beschäftigung maximal noch eines von mehreren Zielen darstellen und früher oder später durch den Primat der dann gemeinsamen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft abgelöst würde. Das bei den Wirtschaftsverbänden, aber auch in der politischen Kalkulation der Bundesregierung diese wettbewerbspolitische Funktio-

<sup>15</sup> T. Schulten, Perspektiven... a.a.O., S. 151 (Hervorheb. H.-J.U.).

<sup>16</sup> W. Streeck, Bündnis für Arbeit: Bedingungen und Ziele, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/1998, S. 533 ff., hier S. 534

nalisierung des Bündnisses von Beginn an eine hohe Relevanz hatte, wird an verschiedenen Stellen der gemeinsam verabschiedeten „Bündnis-Erklärung“ vom 7. Dezember 1998 deutlich. Zwar wird die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit als größte Herausforderung für Politik und Gesellschaft am Übergang ins nächste Jahrhundert definiert; doch werden gleichzeitig zur Erreichung dieses Ziels insbesondere die weitere dauerhafte Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten, eine strukturelle Reform der Sozialversicherung sowie ein Inkraftsetzen der Unternehmenssteuerreform insbesondere zur Entlastung der mittelständischen Wirtschaft gefordert. Ließe sich das Ziel der Beseitigung der Arbeitslosigkeit noch als eine Abkehr von der gescheiterten wirtschaftsliberalen Politik der Vorgängerregierung interpretieren, so lässt die Benennung des Instrumentariums zur Erreichung dieses Ziels ausgeprägte Kontinuitäten deutlich werden.

Eine wettbewerbspolitische Inkorporierung der Gewerkschaften würde jedoch nicht nur die bereits erwähnten Restriktionen für eine autonome Tarifpolitik hervorrufen. Sie dürfte zugleich, und dies ist hier von besonderer Bedeutung, als Hindernis einer Reformpolitik nach innen wirken, die über die quantitative Ausdehnung des Arbeitsplatzvolumens hinaus die notwendigen qualitativen Aspekte eines zukunftsfähigen Erwerbsarbeitsmodells berücksichtigt. Ohnehin scheint die Persistenz der Massenarbeitslosigkeit etwa ökologische Aspekte in den Hintergrund gedrückt zu haben, werden traditionelle, auf quantitatives Wirtschaftswachstum setzende Beschäftigungsstrategien in der öffentlichen Debatte kaum noch dem ökologischen Verträglichkeitstest unterzogen. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, dass diese traditionelle Beschäftigungspolitik gegenüber dem beschäftigungspolitischen Attentismus der letzten Jahre bereits als Fortschritt gilt. Sicherlich darf in Zeiten, in denen die Massenarbeitslosigkeit sich als Hauptproblem von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik festgesetzt hat, die Reduzierung der Arbeitsplatzlücke als eigenständiger reformpolitischer Wert nicht unterschätzt werden. Gleichwohl vermag eine solche Sichtweise ihren Defensivcharakter kaum zu kaschieren. Will der Sozialreformismus hingegen dem erlahmten Projekt der Reform der Arbeitsgesellschaft neues Leben einhauchen, so bleiben die aus der feministischen, sozialethischen und ökologischen Kritik der Erwerbsarbeit abgeleiteten Qualitätsstandards unverzichtbar, ja gewinnen angesichts der objektiven Verschärfung der ökologischen Krise zukünftig weiterhin an Bedeutung.

#### IV. Facetten einer Reform der Arbeitsgesellschaft

Im Gegensatz zur Grundorientierung einer korporatistischen Wettbewerbskoalition zwischen Kapital, Arbeit und Staat müsste eine wirklich problemadäquate Reformpolitik eine grundsätzlich andere Richtung einschlagen. Im Mittelpunkt einer Reform der Arbeitsgesellschaft muss ein neuer Typ von Vollbeschäftigungspolitik stehen. Es geht um die politische Rehabilitierung des Vollbeschäftigungszieles, freilich unter Berücksichtigung der berechtigten Einwände aus der Debatte um die Krise der traditionellen Arbeitsgesellschaft.

Eine solche Politik muss zum einen auf eine *neue Quantität* von Erwerbsarbeit, also auf ein höheres Arbeitsplatzangebot inklusive einer neuen Verteilung von Arbeit abzielen; sie muss aber zugleich auf eine *neue Qualität* von Erwerbsarbeit, also auf die Steigerung individuellen und gesellschaftlichen Nutzens von Erwerbsarbeit im Sinne einer allgemeinen Wohlfahrtssteigerung orientiert sein. Dass für eine solche Politik der nationalstaatliche Rahmen zu eng ist, sollte trotz der ideologischen Überlast in der Globalisierungsdebatte anerkannt werden. Jegliche Reformpolitik hat sich heute den Herausforderungen eines politischen Mehrebenensystems zu stellen.<sup>17</sup>

#### 1. Die quantitative Seite: Aktive Beschäftigungspolitik als Kern einer neuen Sozialverfassung in Europa

In den Kernstaaten der europäischen Union wie Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland konnten sich Mitte-Links-Regierungen durchsetzen. Auch wenn die Kontinuität wirtschaftsliberaler Kernelemente in den Strategien der „neuen Sozialdemokratie“ kaum zu übersehen ist und somit Vorsicht gegenüber der These vom „Tod des Neoliberalismus“<sup>18</sup> angebracht ist, dürfen die Chancen für die Durchsetzung eines europaweiten Reformprojektes nicht vorschnell abgetan und verspielt werden. Gerade sozialdemokratisch-sozialistisch geführte Regierungen unterliegen mit Blick auf die Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsentwicklung einem besonderen Legitimationsdruck. Bereits dadurch haben sich die Chancen für eine neue Reformpolitik verbessert, auch wenn letztlich ihre Realisierung vom Zustande-Kommen und der Durchsetzungskraft einer gesellschaftlichen Reformbewegung abhängen wird.

An konzeptionellen Vorüberlegungen mangelt es jedenfalls nicht. So hat eine Gruppe von europäischen Ökonominen und Ökonomen unter dem Titel „Vollbeschäftigung, Solidarität und nachhaltige Entwicklung in Europa“ ein Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik vorgelegt, das Eckpunkte eines möglichen Reformkonzeptes formuliert.<sup>19</sup> Die Vorschläge gliedern sich in Sofortmaßnahmen für mehr Beschäftigung, finanzielle Stabilität und nachhaltiges Wachstum in Europa und zugleich in ein wirtschaftspolitisches Grundkonzept für eine umfassende und langfristige Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

<sup>17</sup> Analytisch lassen sich vier Handlungsebenen bzw. Politikarenen unterscheiden, in denen Politik greifen muss: die globale, die makro-regionale, die nationale sowie die mikro-regionale Arena. Selbstredend kann der vorliegende Beitrag nicht alle Handlungsebenen gemäß ihrer objektiven Bedeutung berücksichtigen, vgl. dazu ausführlicher Urban, Globalisierung, Staat und Gewerkschaften, a.a.O., S. 440 ff.

<sup>18</sup> Vgl. dazu S. Hall u.a., Tod des Neoliberalismus - Es lebe die Sozialdemokratie? (Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/99), Hamburg 1999.

<sup>19</sup> Europäische Ökonominen und Ökonomen für eine alternative Wirtschaftspolitik, Vollbeschäftigung, Solidarität und nachhaltige Entwicklung in Europa. Alte Herausforderungen, neue Chancen für Wirtschaftspolitik, in: MEMO-FORUM Nr. 26, Dez. 1998, S. 1 ff. (Vgl. auch den Beitrag von H. Glawe in diesem Heft; Anm. d. Red.)

Im Kern des Sofortprogramms steht der Vorschlag, durch den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin) eindeutige quantitative beschäftigungspolitische Ziele festzusetzen, die zu ihrer Durchführung betriebenen nationale Politiken zu beobachten und Ländern mit besonderen Schwierigkeiten zu helfen. Als ein allgemeines Ziel wird die Verminderung der Arbeitslosigkeit um 50 % in drei Jahren oder um 20 % pro Jahr in den nächsten drei Jahren vorgeschlagen. Der aufgezeigte Weg führt über eine Koordinierung nationaler Beschäftigungspolitiken, die sich jeweils in ihren Staaten auf die Belebung der Binnennachfrage konzentrieren. Durch die Koordinierung auf europäischer Ebene soll der Wirkungsgrad der nationalen Politiken erheblich erhöht werden, weil verhindert wird, dass die Multiplikatorenwirkungen einer expansiven Politik zu einem hohen Grad von den internationalen Märkten absorbiert werden und sich im Falle widersprüchlicher Politiken gegenseitig neutralisieren. Vorgeschlagen werden die Kombination unterschiedlicher beschäftigungspolitischer Instrumente. Zu ihnen gehören etwa

- öffentliche Investitionsprogramme in Bereichen besonderer gesellschaftlicher und ökologischer Bedarfe;
- die Ausdehnung der öffentlichen Dienstleistungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen, öffentlich finanzierten Beschäftigungsbereichen;
- zielgenaue und quantifizierte Arbeits- und Beschäftigungsprogramme für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen wie Jugendliche, Ältere und Langzeitarbeitslose;
- verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung,
- sowie besondere Programme zur Verbesserung von Grund-, Berufs- und Weiterbildung.<sup>20</sup>

Die Finanzierung solcher Maßnahmen würde freilich die Aufgabe der bisher noch dominierenden restriktiven Haushalts- und Geldpolitik voraussetzen. Konkret vorgeschlagen werden

- eine Kreditaufnahme der europäischen Investmentbank;
- die beschäftigungspolitische Verwendung der Überschussreserven der nationalen Zentralbanken, die mit der Entstehung der europäischen Zentralbank freigesetzt werden,
- sowie die Einführung einer Devisentransaktions- und einer Öko- bzw. Energiesteuer auf europäischer Ebene.

Begleitet werden müsste eine solche expansive staatliche Wirtschaftspolitik von einer europäischen Geldpolitik, die sich von der disfunktionalen abschließlichen Fixierung auf einer Antiinflationpolitik löst und für die Unter-

<sup>20</sup> Es wird davon ausgegangen, dass insbesondere die Beschränkungen im Vertrag von „Maastricht“ und im „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ eine solche Politik verhindern würden. Vorgeschlagen wird daher, diese kurzfristig in gegenseitiger Übereinstimmung der einzelnen betroffenen Staaten auszusetzen und sie langfristig abzuschaffen.

stützung der Förderung eines ökologisch verträglichen Wachstums von Wirtschaft und Beschäftigung öffnet. Dies liefe nicht auf eine Aufgabe, wohl aber einer Relativierung des Ziels der Geldwertstabilität durch seine Einordnung in eine Strategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit hinaus.

Gleichzeitig werden finanzpolitische Maßnahmen zum unverzichtbaren Schutz des europäischen Finanzsystems und zur Koordinierung der Währungs- und Kreditpolitiken zwischen den führenden Staaten der westlichen Welt, also den USA, der Europäischen Union und Japan vorgeschlagen. Als erste Maßnahme wird die Einführung einer Steuer von 1 % auf alle (Kassa- und Termin-)Devisentransaktionen empfohlen, um insbesondere kurzfristige Kapitalflüsse abzuschrecken, die auf kleine Änderungen der Wechselkurse innerhalb einer kurzen Zeit spekulativ reagieren. Dies könnte zu einer generellen Beruhigung der Devisenmärkte und zu erheblichen Einnahmen für die EU beitragen. Stabilitätsgewinne könnten ebenfalls durch gemeinsame europäische und (so schnell wie möglich) globale Regeln für die Hinterlegung von Sicherheiten bei Währungsderivaten aller Art erreicht werden. Gleichzeitig dürfen auch administrative Beschränkungen für Kapitalimporte und -exporte für eine gewisse Frist nicht ausgeschlossen werden. Weiterhin werden Bestimmungen für die Geschäftstätigkeit von „off shore“-Zweigstellen und -Tochtergesellschaften europäischer Finanzinstitute vorgeschlagen um Strategien der Kapitalflucht an Attraktivität zu nehmen.

Diese Maßnahmen werden als Zwischenschritte in einem Prozess vollständiger Veränderung der Wirtschaftspolitik in Richtung auf *einen neuen Typ der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung* aufgefasst. In der Nachfolge zum gescheiterten Neo-Liberalismus geht es um die Entwicklung und Durchsetzung eines neuen Paradigmas, das individuelle und kollektive Wohlfahrtsziele ebenso wie die übergreifenden Werte der Solidarität, Gerechtigkeit und ökologischen Nachhaltigkeit umfasst.<sup>21</sup>

## 2. Die qualitative Seite: Ökologisierung, Sozialisierung und Tertiärisierung der Erwerbsarbeit

Soll dieses weitreichende Projekt gelingen, so ist es unverzichtbar, die Arbeit an einem *neuen Leitbild von Erwerbsarbeit* als Kern einer neuen Vollbeschäftigungspolitik fortzusetzen. Auf der Grundlage des erreichten Standes der Debatte um die Kritik des traditionellen Arbeitsmodells wären hier drei Strategiedimensionen von besonderer Bedeutung.

*Ökologisierung der Erwerbsarbeit:* Bei der Ökologisierung der Erwerbsarbeit geht es im Grundsatz darum, die Einzelstrategien zur Erhöhung des gesellschaftlichen Arbeitsplatzangebots in ein Gesamtkonzept nachhaltiger Ent-

<sup>21</sup> Die Vorschläge der europäischen Ökonominen und Ökonomen für eine alternative Wirtschaftspolitik sehen darüber hinaus eine verstärkte Unterstützung für den Erweiterungsprozess der EU in Richtung Osteuropa und institutionelle Reformen zur Stärkung der demokratischen Beteiligung in Europa vor.

wicklung einzuordnen. Dies ist leichter gesagt als getan. Bisher setzen die meisten beschäftigungspolitischen Strategien mehr oder weniger stark auf Produktivitätsfortschritte und quantitatives Wirtschaftswachstum. Das nicht ohne Grund, denn in einer kapitalistischen Marktökonomie sind Phasen stagnierender Akkumulation stets Perioden rückläufiger Beschäftigung gewesen. Mit anderen Worten: Der Kapitalismus wächst, oder er ist in der Krise. Aus dieser Perspektive werden auch sehr schnell die Grenzen marktwirtschaftlicher Instrumente einer ökologischen Ressourcensteuerung (z.B. Öko-Steuer) oder der Steigerung der Ressourceneffizienz sichtbar, die zumeist nach wie vor in traditionelle Wachstumsstrategien eingeordnet sind. Das Projekt der Ökologisierung der Erwerbsarbeit wird in weiten Teilen identisch sein müssen mit der stofflichen und energetischen Überwindung der „fossilistischen Produktions- und Konsumtionsweise“ (Altwater), die Ressourcenbestand und Absorptionsfähigkeit der natürlichen Ökosysteme zunehmend gefährdet. Hier stehen die potentiellen Akteure dieses Projektes wie Staat und Gewerkschaften entweder konzeptionell noch am Anfang, oder haben, wie die Ökologiebewegung der 80er Jahre gänzlich an Durchsetzungskraft verloren.

*Sozialisierung der Erwerbsarbeit:* Nicht nur die ökologische Verträglichkeit, sondern zugleich der individuelle und gesellschaftliche Wert von Arbeit muss im Rahmen einer neuen Vollbeschäftigungspolitik einen zentralen Stellenwert erhalten. Der Begriff der Sozialisierung meint hier zwei unterschiedliche Varianten sozialer Verträglichkeit: Zum einen geht es um den individuellen und gesellschaftlichen Gebrauchswert von Erwerbsarbeit. Ziel einer aktiven Beschäftigungspolitik sollte es vor allem sein, Felder des individuellen und gesellschaftlichen Bedarfs als neue Beschäftigungssektoren zu erschließen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung wird dabei der gezielte Aufbau eines Sektors öffentlich geförderter, organisierter und finanzierter Beschäftigung sein. Dabei geht es nicht um die Einrichtung eines diskriminierenden „zweiten Arbeitsmarktes“ mit untertariflichen, rechtlosen und dequalifizierenden Tätigkeiten, sondern um einen Bereich gesellschaftlich notwendiger, sozial geschützter und qualifizierender Arbeit. Dort könnten und sollten zugleich Bedarfe aufgegriffen werden, die im engen betriebswirtschaftlichen Sinne nicht unbedingt profitabel sind und daher kaum auf das Interesse privatwirtschaftlicher Akteure stoßen.

Zugleich bedeutet eine höhere Sozialverträglichkeit von Erwerbsarbeit, Modelle anzubieten, in denen sich sozial geschützte Arbeit besser als bisher mit den sich individuell wandelnden Biografie-Entwürfen vereinbaren lassen. Hier ist die Arbeitszeitpolitik als Schnittstellenfeld zwischen quantitativer und qualitativer Beschäftigungspolitik von zentraler Bedeutung. Da sowohl Machbarkeit (siehe die in den letzten Dekaden tendenziell rückläufigen Wachstumsraten) als auch Wünschbarkeit (siehe die ökologischen Folgeschäden) eines zur Schließung der aktuellen Arbeitsplatzlücke ausreichenden Wirtschaftswachstums ernsthaft in Frage gestellt werden müssen, erhält die Beschleunigung der in den 80er Jahren erlahmten allgemeinen Arbeitszeitverkürzung eine Schlüs-

selstellung in der Beschäftigungspolitik. „Wenn ... Wachstum nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes nicht mehr herstellbar ist, somit unter bestehenden Arbeitszeitverhältnissen kein zur Vollbeschäftigung notwendiges Arbeitsvolumen mehr geschaffen werden kann, bleibt nur die tendenzielle Anpassung der individuellen Arbeitszeiten an das vorhandene Arbeitsvolumen.“<sup>22</sup> Doch neben der generellen Verkürzung der Arbeitszeit geht es darum, unterschiedliche Modelle kollektiv, gruppenspezifisch oder individuell verkürzter Arbeitszeit zu sozial akzeptablen Bedingungen bereitzustellen. Gefordert sind tarif- und arbeitsrechtliche Optionsregelungen der Gestaltung von Unterbrechung, Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeit, die das Monopol der Normalitätsannahmen des männlichen Erwerbsarbeitsmodells überwinden und Gefährdungen bei der sozialen Absicherung vermeiden. Dabei wird nicht die generelle Abschaffung des für weite Bevölkerungsteile nach wie vor attraktiven „Normalarbeitsverhältnisses“, wohl seine Ergänzung durch sozialregulierte Alternativen die Zukunft einer wohlstandssteigernden „regulierten Flexibilität“ darstellen. Die Gestaltung solcher optionaler Arbeitsbedingungen zielt auf die Schnittstelle zwischen Arbeits- und Sozialverfassung. Unter den gegebenen Bedingungen sind vom Normalarbeitsverhältnis hinsichtlich Einkommen, Beschäftigungsstabilität, sozialer Sicherheit und Interessenvertretung abweichende Formen der Beschäftigung diskriminierte Beschäftigungsverhältnisse. Insofern müssen die Reformen im Arbeitssystem ihre Entsprechung im System sozialer Sicherungen haben. Hier wäre die Relativierung der Beitrags- und Äquivalenzdominanz in den Sozialversicherungen durch die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung eine sinnvolle Reformoption. Vom Grundsatz her ginge es dabei um die steuerfinanzierte Aufstockung von aus der Erwerbsarbeit abgeleiteten Anwartschaften, die ein gesellschaftlich festzulegendes Mindestniveau unterschreiten. Ebenfalls ein Moment der Relativierung der bisher dominanten Erwerbsarbeit für die Erlangung sozialer Sicherheit wäre die Etablierung von nichterwerbsförmigen Tätigkeiten als anspruchs- und leistungsbegründende Tatbestände in den Sozialversicherungen. Hier wäre insbesondere wohl an Tätigkeiten im Bereich der Kindererziehung, Pflegeleistungen oder anderer gesellschaftlicher Reproduktionstätigkeiten zu denken.

*Tertiärisierung der Erwerbsarbeit:* Strategien der Ökologisierung und Sozialisierung von Arbeit fördern fast zwangsläufig den Prozess der Tertiärisierung der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Bisher vollzieht sich der Bedeutungszuwachs des tertiären Sektors an der gesellschaftlichen Wertschöpfung und der Dienstleistungstätigkeiten im gesellschaftlichen Arbeitssystem weitgehend unreguliert. Dabei haben sich die Hoffnungen, dass der Dienstleistungsbereich den Beschäftigungsabbau im industriellen Bereich zu kompensieren in der Lage wäre, weitgehend verflüchtigt. Eine Politik der positiven Tertiärisierung der Erwerbsarbeit müsste vor allem in zwei Richtungen zielen.

<sup>22</sup> Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, MEMORANDUM '98. Bewegung in Europa - Blockade in Deutschland - Kurswechsel für Beschäftigung, Köln 1998, S. 156.

Zum einen ginge es darum, nicht dienstleistende Tätigkeiten an sich, sondern solche, die den zuvor skizzierten qualitativen Ansprüchen genügen, gezielt zu fördern. Dabei ist die Erhaltung einer „produktiven“, industriellen Wertschöpfungsbasis unverzichtbar. Gleichzeitig geht es aber auch darum, diesen zukunftssträchtigen Beschäftigungssektor hinsichtlich sozialer Standards und Arbeitnehmerrechte zu regulieren. Gerade bei den Dienstleistungstätigkeiten breiten sich zunehmend sozialdiskriminierte und unterprivilegierte Beschäftigungsverhältnisse aus, die sich schnell als Sektor diskriminierter Beschäftigung einer sozialen Unterklasse verfestigen können. Die Warnung vor der „Dienstboten-Gesellschaft“ ist nicht unberechtigt. Wenn auf Einkommensniveau, Beschäftigungssicherheit sowie individuelle und kollektive Beteiligungsrechte geschaut wird, verlieren so schillernde Konzepte wie „Bürgerarbeit“ oftmals schnell an Glanz und erweisen sich gerade unter Berücksichtigung ihres Beitrages zur Steigerung individueller und gesellschaftlicher Wohlfahrt als Scheinlösung.

\*\*\*

Bereits diese sicherlich viel zu grobe und gänzlich unvollständige Skizze eines Reformkonzepts der Arbeitsgesellschaft lässt die Dimension der Aufgabe deutlich werden. Doch damit nicht genug. Nach der Erarbeitung der konzeptionellen Eckpunkte eines Reformmodells wartet die nicht weniger schwierige Aufgabe der gesellschaftlichen Umsetzung. Der soziale Akteur, der diese Herkules-Aufgabe zu vollbringen vermag, muss noch gefunden werden.

Joachim Bischoff

## Gesellschaftliche Arbeit im 21. Jahrhundert

Die politische Formel vom Ende der Arbeitsgesellschaft prägt nach wie vor die Debatte um Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung.<sup>1</sup> So antwortet z.B. die Sozialwissenschaftlerin Ingrid Kurz-Scherf auf eine Zukunftsumfrage der IG Metall: „Schreibt man die Trends der letzten Jahrzehnte fort, dann werden Arbeiter in 20 Jahren etwa so selten sein wie heute die Bauern. Sicher gehört auch der Facharbeiter zu einer aussterbenden Art. Das ist kein Naturgesetz, aber es liegt in der Logik der weiteren technischen Entwicklung.“<sup>2</sup> Unterstellt, einfache Arbeit verschwindet ebenso wie die hochqualifizierte Facharbeit in der Industrie, dann schließt die These vom Auslaufmodell der Gewerkschaftsbewegung nahtlos an diese Argumentation an. Auch Gewerkschaften sind Dinosaurier und - so die Prognose von Kurz-Scherf - „von der IG Metall wird in 20 Jahren nicht viel übrigbleiben.“<sup>3</sup>

In der Gegenposition zu dieser pessimistischen Zukunftssicht wird allerdings die Existenz des Problems weitgehend bestritten. So argumentiert etwa Berthold Huber, Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg, in der gleichen Umfrage. „Der Mythos, daß Maschinen den Menschen überall wegrationalisieren können, wird sich technologisch und betriebswirtschaftlich schon bald als Sackgasse erweisen. Ich bin sicher, daß den hochqualifizierten Facharbeitern und Angestellten die Zukunft gehört und nicht dem amerikanischen Arbeitsmodell der Mc-Jobs.“<sup>4</sup> In der Konsequenz dieser Einschätzung wird die These vom Verschwinden der Gewerkschaften zurückgewiesen. Gewerkschaften - so Huber - „vertreten Werte, die dauerhaften Bestand haben. ... In 20 Jahren wird es noch immer Flächenverträge geben. Nicht nur, weil wir es wollen. Auch die Unternehmer haben kein Interesse, die Konkurrenz in einer Branche bis aufs Messer zuzuspitzen.“<sup>5</sup>

Daß beide Positionen gleichermaßen beanspruchen, die wirkliche Entwicklung zu antizipieren, hängt damit zusammen, daß in der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft angesichts des aktuellen Krisen- und Widerspruchspotentials keine zuverlässigen und akzeptablen Zukunftsszenarien entwickelt werden können und insofern längerfristige Prognosen höchst umstritten sind.

<sup>1</sup> Zum gesamten Spektrum der Themen und der gesellschaftspolitischen Positionen vgl.: K.E. Becker und H.P. Schreiner (Hrsg.), *Geht uns die Arbeit aus? Beschäftigungsperspektiven in der Gesellschaft von morgen*, Frankfurt 1998.

<sup>2</sup> I. Kurz-Scherf, *Arbeiter werden so selten wie Bauern sein*, in: *Metall*, Nr. 1, Jg. 1999, S. 16f.

<sup>3</sup> Ebd. S. 16. Zu diesem Gesamtkomplex siehe auch die Beiträge in: Gisbert Schlemmer/Horst Schmitthener/Eckart Spoo (Hrsg.), *Kapitalismus ohne Gewerkschaften? Eine Jahrhundertbilanz*, Hamburg 1999.

<sup>4</sup> B. Huber, *Facharbeit steht vor einer Renaissance*, in: *Metall*, Nr. 1, Jg. 1999, S. 16.

<sup>5</sup> Ebd.

Eine weiterführende Diskussion über die Zukunft der Lohnarbeit und damit der Gewerkschaften muß daher mit einer Verständigung über die Ausgangslage beginnen.

### Grundkonstellation

Massenarbeitslosigkeit, Ausfächerung der Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie wachsende Defizite in den öffentlichen und Sozialkassen hinterlassen seit Ende der 70er Jahre deutliche Spuren im Sozialgefüge der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Auch in den USA, die im Unterschied zu den anderen kapitalistischen Hauptländern selbst bei einem gewachsenen Arbeitsvolumen ein beeindruckendes Beschäftigungswachstum und niedrige Arbeitslosenquoten aufweisen, zeigt sich eine Ausdehnung und Verfestigung verschiedener Formen sozialer Ausgrenzung. Von einem Verschwinden der Lohnarbeit kann überhaupt keine Rede sein.

Mit Blick auf das Jahr 1997 läßt sich hinsichtlich der chronischen Massenarbeitslosigkeit für Deutschland festhalten: Im Jahresdurchschnitt waren 4,38 Millionen Arbeitslose registriert, die gesamtfiskalischen Kosten dieser Unterbeschäftigung beliefen sich auf ca. 170 Milliarden DM; berücksichtigt man die wichtigsten Formen der verdeckten Arbeitslosigkeit, dann kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in einer Schätzung auf eine Zahl von Beschäftigungssuchenden in Höhe von 7,38 Millionen und beim Produktionsausfall auf 530 Milliarden DM, was immerhin 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Die seit Jahrzehnten andauernde Arbeitslosigkeit hat den Trend zur Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse verstärkt. Die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse liegt in Deutschland in einer Größenordnung von 7 - 8 Millionen Menschen.<sup>6</sup> Diese Herausbildung eines sogenannten Niedriglohnsektors hat die Reichweite der Tarifverträge und der gewerkschaftlichen Interessenvertretung deutlich eingeschränkt. Über die durch die Massenarbeitslosigkeit ausgelöste Erosion der finanziellen Fundamente des sozialen Sicherungssystems wird die gesamte Gesellschaftsstruktur verändert. Unbestritten ist daher, daß wir es in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern im Verlauf der 80er Jahre mit einer neuen Qualität sozialer Spaltung zu tun haben.

Die sozialstaatlich befriedete Industriegesellschaft der Nachkriegsjahrzehnte ist mit der politisch durchgesetzten Deregulierung wiederum dem Regime weltweiter Märkte ausgesetzt worden. Selbst überzeugte Systemanhänger wie der Finanzmanager Soros konstatieren, daß die Veränderung der konkreten Form der Profitmaximierung (shareholder value-Orientierung) des globalen Kapitalismus einen weitreichenden Umbau ausgelöst hat. "Die ökonomischen Funktionen, das Leben der Menschen beherrschend, dringen zusehends in Be-

<sup>6</sup> Vgl. dazu: E. Kistler und D. Sing: Mangelnde Integration von Arbeitsangebot und -nachfrage, Marginalisierung und Humankapitalentwicklung, in: Beobachtungsfeld Arbeit, Berlin 1998, S. 129 ff.

reiche ein, die früher als von der wirtschaftlichen Sphäre getrennt galten: Kultur, Politik und freie Berufe."<sup>7</sup> Die neue Dynamik der globalen Ökonomie müßte einer entwickelten Regulationsweise unterworfen werden, soll die Öffnung oder Liberalisierung nicht sozialpathologisch entgleisen. Der politisch gewollte Umbau des sozialstaatlich modifizierten Kapitalismus ist unübersehbar. Die bisherige gemischte Struktur, die auf einem regulierten privatkapitalistischen Unternehmens- und Marktbereich, einem wirtschafts- und sozialpolitisch steuernden Staat und einem ausgebauten Sozialsektor beruhte, der die private Lebensführung durch öffentliche und soziale Dienstleistungen ergänzte, wird in Richtung einer Dominanz marktwirtschaftlicher Steuerung aufgelöst. Ausbildung, Gesundheitsvorsorge und Alterssicherung sollen in Zukunft durch Marktmechanismen organisiert werden.

Der Sozialwissenschaftler Kaufmann resümiert zu Recht, daß das sozialstaatliche Arrangement in Westeuropa keineswegs eine Aufhebung des kapitalistischen Ordnungsrahmens bedeutete: "In der Produktionssphäre bleiben das Privateigentum und die unternehmerische Dispositionsfreiheit grundsätzlich gewahrt; beide werden allerdings einschränkenden Bedingungen unterworfen. ... In der Verteilungssphäre wird die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ausschließlich am Entgelt für Produktionsfaktoren orientierte primäre Einkommensverteilung durch eine sekundäre Einkommensverteilung korrigiert, welche auch den nichterwerbstätigen und unermögenden Bevölkerungsgruppen (Alte, Behinderte, Kinder, Arbeitslose) ein Einkommen sichert. In der Reproduktionssphäre werden die Leistungen der privaten Haushalte durch öffentlich subventionierte oder voll finanzierte Dienstleistungen des Bildungs-, Gesundheits- und des Sozialwesens ergänzt und unterstützt."<sup>8</sup>

Mit Blick auf die gesellschaftliche Arbeit lassen sich also für die kapitalistischen Metropolen zwei Entwicklungstendenzen festhalten: Zum einen ist die jährliche Arbeitszeit deutlich verringert worden: "1870 mußten die Beschäftigten in den meisten der heutigen Industrieländer zwischen 2.900 und 3.000 Stunden im Durchschnitt pro Jahr arbeiten. Seitdem ist die durchschnittliche Arbeitszeit um bis zu 50% zurückgegangen."<sup>9</sup> Zum anderen ist die Verkürzung der Arbeitszeit von einer Differenzierung der gesellschaftlichen Arbeit und massiven Änderungen in der Arbeitsorganisation begleitet, was sich auch in einer veränderten Qualifikationsstruktur niederschlägt.

Im zurückliegenden 'goldenen Zeitalter' der beschleunigten Kapitalakkumulation<sup>10</sup> konnte mit dem sozialstaatlichen Arrangement in Westeuropa ein starker Bereich von öffentlich finanzierter oder zumindest subventionierter Arbeit durchgesetzt werden, was aber keineswegs dahingehend mißverstanden wer-

<sup>7</sup> G. Soros, Die Krise des globalen Kapitalismus, Berlin 1998, S. 142.

<sup>8</sup> Franz-Xaver Kaufmann, Globalisierung und Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/98, S. 7.

<sup>9</sup> G. Bosch, Das Ende von Arbeitszeitverkürzung? in: WSI-Mitteilungen, 6/1998, S. 346.

<sup>10</sup> Vgl. dazu E. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, München 1994.

den darf, daß es keinerlei Schattenseiten der fordistischen Entwicklungsetappe gegeben hätte. Die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise stand so wenig zur Debatte wie eine relevante Umverteilung des Reichtums. Die sozialstaatliche Regulierung zielte bei Fortschreibung vorhandener sozialer Spaltungen auf die Herstellung von Chancengleichheit der Subjekte.

Die fordistisch-sozialstaatliche Nachkriegsperiode ist gekennzeichnet durch eine strukturell entpolitisierte Öffentlichkeit und eine erfolgreiche Gestaltung der Massenloyalität. Der staatsbürgerliche Privatismus, d.h. politische Enthaltensamkeit in Verbindung mit Karriere-, Freizeit- und Konsumorientierung, basierte auf der Erwartung nach systemkonformen Entschädigungen, denen durch eine sozialstaatliche Programmatik in Form von stabilen Einkommen, arbeitsfreier Zeit und sozialer Sicherheit praktisch Rechnung getragen wurde.<sup>11</sup> Jürgen Habermas hat den Transformationsprozeß zum Sozialstaat der Nachkriegsperiode folgendermaßen zusammengefaßt: "In den Jahrzehnten seit dem zweiten Weltkrieg ist es in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern gelungen, den Klassenkonflikt ... in seinen Kernbereichen latent zu halten; den Konjunkturzyklus zeitlich zu strecken und die periodischen Schübe der Kapitalwertung in eine inflationäre Dauerkrise mit milderer konjunkturellen Schwankungen umzuwandeln, schließlich die dysfunktionalen Nebenfolgen der abgefangenen Krise breit zu filtern und über Quasigruppen (wie Verbraucher, Schüler und Schülerelemente, Verkehrsteilnehmer, Kranke, Alte usw.) oder über natürliche Gruppen mit geringem Organisationsgrad zu streuen. Dadurch ist die soziale Identität der Klassen aufgelöst und das Klassenbewußtsein fragmentiert worden. Der in die Struktur des Spätkapitalismus aufgenommene Klassenkompromiß macht (fast) alle zu Beteiligten und Betroffenen in einer Person."<sup>12</sup>

In der Konfrontation mit den charakteristischen Merkmalen des Spätkapitalismus wird deutlich, daß wir seit den 70er Jahren erneut mit einem tiefgreifenden Transformationsprozeß der kapitalistischen Hauptländer konfrontiert sind, der nicht nur den zyklischen Verlauf der Akkumulationsprozesse betrifft, sondern eben auch auf die Aufkündigung des asymmetrischen Klassenkompromisses der fordistischen Entwicklungsetappe und eine politisch gewollte Attacke der Legitimationsbasis der politischen Demokratie einschließt.

## Entwicklungstendenzen

Seit der Krise der beschleunigten Kapitalakkumulation und der sich ausbreitenden Hegemonie des Neoliberalismus hält sich die Illusion der kurz bevorstehenden Rückkehr zu einer neuen Prosperitätskonstellation. In Anlehnung an die Theorie der langen Wellen wird der Übergang zu einer neuen Basistechnologie erwartet. Auf der Jahrestagung des Unternehmerverbandes BDI zum Thema Informationsgesellschaft artikulierte beispielsweise Bundespräsident

<sup>11</sup> J. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973, S. 55.

<sup>12</sup> Ebd., S. 58.

Herzog diese Hoffnung: "Daß sich in der Weltwirtschaft ein fundamentaler Wandel vollzieht, war bereits seit Mitte der 70er Jahre zu ahnen. Das sicherste Zeichen war, daß konjunkturelle Aufschwünge nicht mehr in der Lage waren, die Sockelarbeitslosigkeit zu senken. Die kurzfristigen Konjunkturzyklen wurden von etwas ganz anderem überlagert, was man zuletzt vor einem halben Jahrhundert erlebt hatte; nämlich dem Ende einer sogenannten langen Welle und dem Beginn einer neuen... Das Ende einer langen Welle ist typischerweise mit institutioneller Sklerose verbunden, der Beginn einer neuen mit technologisch bedingten Preiseinbrüchen und Arbeitslosigkeit. Das Gute an den Kondratieff-Wellen aber ist die lange Boomphase danach. Was zur Zeit in den USA zu beobachten ist, scheint den Beginn der Boomphase der Informationstechnik anzudeuten."<sup>13</sup>

Es bestehen keine Aussichten dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland in dem sich abzeichnenden Übergang zu einem neuen Wirtschaftszyklus (1999/2000) durch Konkurrenzvorteile den Übergang zu einer neuen Prosperitätskonstellation schaffen könnte. Die Unternehmen am Wirtschaftsstandort Deutschland können bestenfalls mit geringeren Blessuren über die rezessive Schwächeperiode hinwegkommen, wenn die in den letzten Jahren verbesserte Gewinnsituation verteidigt und ausgebaut werden kann. Die Kosteneinsparungen durch Rationalisierungen und Beschäftigungsabbau signalisieren eine deutliche Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Aber ein Ende der chronischen Krise der fordistischen Entwicklungsperiode und der Übergang zu einem neuen Entwicklungsstadium ist nicht in Sicht. Zum einen müssen die Überkapazitäten in Teilen der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems zerstört werden, ohne daß es auf den internationalen Finanzmärkten zu einer Verstärkung der Umschichtung von liquiden Mitteln in Richtung der kapitalistischen Zentren kommt.<sup>14</sup> Ein Wiederaufleben der Turbulenzen auf den Wertpapier- und Devisenmärkten würde die globale Rezession in einem Umfang verstärken, daß auch der Wirtschaftsstandort Deutschland oder andere Metropolen sich der Krisentendenz nicht entziehen könnten. Zum anderen müssen die Angebotsbedingungen des deutschen Kapitals so entwickelt werden, daß die erwartete Profitabilität der realwirtschaftlichen Investitionen gewährleistet und ausgebaut wird.

Diese Konstellation erlaubt m.E. keine bloße Verlängerung der Entwicklungstrends in der Technologie- und Arbeitmarktentwicklung, wie dies in vielen Zukunftsszenarien erfolgt. Mehr als je zuvor in der Nachkriegsentwicklung hängt eine Überwindung der gegenwärtigen Überakkumulationskrise an einer abgestimmten Konzeption von internationalen und nationalen Gegenmaßnahmen. Daraus folgt, daß die rot-grüne Bundesregierung nur mit erheblichen wirtschaftspolitischen Anstrengungen, die zudem international abgestimmt

<sup>13</sup> R. Herzog, Ansprache bei der BDI-Jahrestagung im Juli 1996.

<sup>14</sup> Beispielsweise wird allein in der Leitindustrie des fordistischen Zeitalters, der Automobilproduktion, von einer Überkapazität von einigen Millionen Fahrzeugen ausgegangen.

sein müssen, einen langfristigen Wachstumspfad sichern kann. Für einen neuen Konjunkturzyklus ab dem Jahre 2000 sind folglich auch die Startbedingungen nicht schlecht. Aber eine Erhöhung der Investitionsquote und des Wirtschaftswachstums sind wenig wahrscheinlich.

Ein langjähriges BIP-Wachstum von maximal ca. zwei Prozent bedeutet, daß erst ab 2010 aus demographischen Gründen mit einem Absinken der Arbeitslosigkeit unter 4 Millionen - d.h. unter 7 Millionen Unterbeschäftigte - zu rechnen ist. Zur Zeit liegt die Beschäftigungsschwelle, ab der mit positiven Effekten auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen ist, bei ca. zwei Prozent des BIP-Wachstums. Die Konsequenzen dieses Zusammenhanges von Produktivitäts- und Wachstumsentwicklung sind:

1. Die Arbeitslosigkeit wird trotz wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Anstrengungen bis zum Jahr 2010 nicht massiv zurückgehen. Erst für die Phase bis 2020 ist aus demographischen Gründen mit einer deutlichen Reduktion der registrierten Arbeitslosigkeit zu rechnen.
2. Die verschärfte Konkurrenz wird weiterhin vor allem in der Industrie für einen hohen Rationalisierungsdruck und beschleunigten Strukturwandel sorgen. Zu Recht geht das Prognos-Institut in seiner Langfristprognose von einem Verlust jedes fünften Arbeitsplatzes im industriellen Bereich aus. Selbstverständlich behält die hochqualifizierte Facharbeit ihren Stellenwert und auch die einfache Arbeit wird mit Sicherheit nicht auf den verschwindenden Prozentsatz von Lohnarbeit im Bereich der Agrikultur heruntergedrückt werden.
3. Auch wenn man verstärkte Anstrengungen der Gewerkschaften unterstellt und von einer wachsenden Akzeptanz gesellschaftlicher Regulierungen ausgeht - was keineswegs selbstverständliche Annahmen sind -, dürfte die Vollzeitbeschäftigung (Normalarbeitsverhältnis) weiter zurückgehen, während das Gewicht von Teilzeitbeschäftigung und prekären Beschäftigungsverhältnissen (Niedriglohnssektor) zunimmt. In der Konsequenz werden die Verteilungskonflikte noch mehr eskalieren und die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen sozialer Spaltung und Ausgrenzung wird zu einem Dauerthema. Vier wichtige Momente dieser gesellschaftlichen Widersprüche sollen näher betrachtet werden.

## Familie

Ein wesentlicher Faktor für die Stabilität der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Nachkriegszeit war die patriarchalisch strukturierte Familie. "Die steigenden Löhne der männlichen 'Normalarbeiter', der qualifizierten vollbeschäftigten Facharbeiter und Angestellten, und die immer großzügigere wohlfahrtsstaatliche Absicherung gegen die typischen Wechselfälle des Arbeitnehmerlebens trugen zur Massenkaufkraft der Haushalte ... bei. Es war die Blütezeit des männlichen Ernährermodells, des männlichen Alleinverdieners und

der Hausfrauenehe."<sup>15</sup> Diese charakteristische Lebensform eines Großteiles der Lohnabhängigen wird durch systemimmanente Entwicklungstendenzen zerstört: Vor einem Vierteljahrhundert arbeitete die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung als einfache Lohnarbeiter zumeist in Unternehmen des produzierenden Sektors. Die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Automatisierung der Produktion und überbetriebliche Vernetzung haben die Qualifikationsstruktur des Gesamtarbeitskörpers massiv verändert. Als Konsequenz setzt sich eine wachsende Individualisierung und Pluralisierung der Lebensverhältnisse durch.

Dieser Prozeß wird durch die Förderung von Bildung und Qualifikation verstärkt. In den 60er und 70er Jahren haben alle kapitalistischen Metropolen "durch das Ausschöpfen der Bildungsreserven" einen Vorteil im internationalen Wettbewerb herauschlagen wollen<sup>16</sup> und daher enorme Ressourcen zur Entwicklung des Qualifikationsniveaus eingesetzt. Schließlich hat die durch die moderne Informationstechnologie ermöglichte Steuerung und Koordination eine enorme Flexibilisierung der Produktionsorganisation und des Arbeitskräfteinsatzes ermöglicht, mit der Konsequenz der Auflösung des Normalarbeits- oder Vollzeitbeschäftigungsverhältnisses. "Wenn die bayrisch-sächsische Zukunftscommission eine Zahl von zukünftig etwa 50% gegenüber heute 75% unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse als realistisch schätzt, liegt sie immer noch über der gegenwärtigen amerikanischen Realität von etwa 35%."<sup>17</sup> Der mit dieser Entwicklung programmierte "Wandel von der industriezentrierten zur dienstleistungsorientierten Beschäftigung war nur durch die Integration der Frauen und Mütter in das Erwerbsleben möglich."<sup>18</sup>

Den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften geht keineswegs die Arbeit aus. Faktisch hat sich die Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren auf mehr Subjekte - bei Arbeitszeitverkürzung - verteilt. Zugleich löst sich das Normalarbeitsverhältnis auf und es findet - bei wachsender Qualifikation - eine Expansion schlechtbezahlter und ungeschützter Arbeitsverhältnisse statt. Mit dem Übergang zur "Zweiverdienerfamilie" als dominanter Lebensform werden die patriarchalischen Strukturen aufgebrochen, wenn auch nicht aufgehoben. Zudem ist dieser Transformationsprozeß mit erheblichen Problemen der Organisation der Kindererziehung und einer Ausgrenzung und Verarmung von "unvollständigen" und kinderreichen Familien verbunden.

Diese wachsende Armut für alleinerziehende Mütter oder kinderreiche Familien erfordert einen zusätzlichen Einsatz gesellschaftlicher Mittel, zu deren Aufbringung die beschäftigten Lohnabhängigen nicht unter allen Umständen

<sup>15</sup> I. Ostner, Das Ende der Familie wie wir sie kannten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1-1999, S. 69.

<sup>16</sup> H. Bertram, Familie, Ökonomie und Fürsorge, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/1998, S. 29.

<sup>17</sup> Ebd., S. 29.

<sup>18</sup> Ebd.

bereit sind. Eine Entwicklung, bei der immer mehr Menschen aus dem Produktions- und Verteilungsprozeß ausgegliedert und damit auf Unterstützung angewiesen sind, ließe sich nur finanzieren, wenn die Grundlage der Aufbringung der Mittel vom Lohnbezug auf alle Revenueformen erweitert oder an die gesellschaftliche Wertschöpfung gekoppelt würde.<sup>19</sup> Soziale Unterstützungszahlungen lösen aber das Problem sozialer Ausgrenzung nicht und jede Form der Sparpolitik in diesen Bereichen läuft auf die Förderung der bereits überfüllten Niedriglohnsektoren hinaus.

### Soziale Sicherung

Die Massenarbeitslosigkeit und die - teils gewollte, teils geduldete - Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses gefährdet das in Europa überlieferte System sozialer Sicherheit - den Sozial- oder Wohlfahrtsstaat. Seine Verteidiger fordern daher die Wiederherstellung eines neuen Typus von Vollbeschäftigung. Ohne einen spürbaren Rückgang der Massenarbeitslosigkeit, der nur mit einer aktiven Struktur- und Arbeitsmarktpolitik zu erreichen ist, werde keines unserer Systeme der sozialen Sicherung langfristig zu halten sein. Wir brauchen Beitragszahler zur Finanzierung der Systeme anstelle von Subventionen oder gar Zertrümmerung.

Die Neoliberalen hatten eine Generalinventur und Revitalisierung der Gesellschaft durch eine radikale Verbesserung der Angebotsbedingungen versprochen. Die Begünstigung der Vermögens- und Kapitaleigentümer hat allerdings keine Besserung gebracht. Die Hauptlast tragen nach wie vor die beschäftigten Lohnabhängigen. Die "neue Sozialdemokratie" hat gestützt auf diese Schichten den politischen Wechsel durchgesetzt. Ihre Botschaft lautet: Solange an der Steuer- und Abgabenbelastung für mittlere Einkommen nichts durchgreifend geändert wird, sind alle Pläne für stärkere Eigenverantwortung bei der sozialen Sicherung und auch für eine Beteiligung am Produktivvermögen Makulatur. Entscheidend ist die Entlastung der beschäftigten Lohnabhängigen, was freilich nicht durch die Organisation einer Neuverteilung der Arbeit oder durch die Entwicklung eines Sektors öffentlicher Beschäftigung erfolgt, sondern in Form einer möglichst sozialen Gestaltung des Niedriglohnbereiches.

Gesellschaftliche Steuerung der Wertschöpfung ist möglich und über verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung kann eine Umverteilung des Arbeitsvolumens organisiert werden. Auf längere Sicht muß angesichts der Produktivitätsentwicklung aber ein öffentlicher Beschäftigungssektor ausgebaut werden. Zur Finanzierung von gesellschaftlich sinnvoller Arbeit außerhalb der Kapitalverwertung ist ein drastischer Eingriff in die Verteilungsverhältnisse unverzichtbar. Zugleich muß die Finanzierung aller Formen sozialer Sicherheit der Tendenz nach von der Lohnarbeit abgekoppelt und als Abgabe auf die Wertschöpfung festgelegt werden.

<sup>19</sup> Zur aktuellen Situation des bundesdeutschen Sozialstaates: Joachim Weber, Der Deutsche Sozialstaat: Besser als sein Ruf, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12-1998, S. 773.

### Arbeitszeitverkürzung

Als ein wesentlicher Ausweg aus der Abwärtsspirale von Abschwächung des ökonomischen Wachstums, Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses, Zerstörung des Sozialstaates und wachsender sozialer Polarisierung wird eine radikale Umverteilung der Arbeit propagiert.<sup>20</sup> Fakt ist allerdings, daß gerade in Folge der Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse, der Schwächung der Gewerkschaften und der Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes der Prozeß weiterer Arbeitszeitverkürzung in der Bundesrepublik ins Stocken geraten ist. Wir konstatieren selbst in gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen eine rückläufige Tendenz, d.h. Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich. An die Einführung einer gesetzlichen Regelung ist in Deutschland zur Zeit nicht zu denken. Zu Recht verweist Arbeitsminister Riester darauf, daß die Erhöhung des Rentenzugangsalters faktisch die Arbeitszeitverkürzungen der letzten Jahre zunichte gemacht hat.

Die massiven Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte sind zudem verknüpft mit radikalen Veränderungen der Arbeitsorganisation. Der jetzt erreichte Intensitätsgrad - Verdichtung der Arbeit - erfordert in den industriellen Bereichen einen Arbeitsrhythmus mit begrenztem täglichen Arbeitseinsatz, wöchentlichen und jährlichen Regenerationszeiten, sowie eine Begrenzung der Lebensarbeitszeit. Zwischen 1929 und 1963 sind in den USA die Betriebszeiten jährlich um 0,46 Prozent verlängert worden. Diese Entwicklung hat sich bis heute fortgesetzt. Auch in der Bundesrepublik sind die Betriebszeiten von 60,6 Wochenstunden im Jahr 1984 auf 71,8 in 1996 angestiegen. Die Entkopplung von Betriebs- und Arbeitszeiten hat ein neues Mischungsverhältnis von Voll- und Teilzeitarbeitsverhältnissen möglich gemacht. Eine effektivere Maschinennutzung um 1,17 Prozent pro Jahr kann ohne Ausweitung der Betriebszeiten, allein durch die Verminderung von Stillständen und Pausen erzielt werden. In der Automobilindustrie werden heute weltweit effektive Laufzeiten der Fließbänder in Höhe von 98 Prozent der vorgegebenen Betriebszeiten gemeldet, und dies bei hohen Qualitätsstandards und Nullfehlerproduktion.<sup>21</sup> Daraus ergibt sich m.E. als Schlußfolgerung: Eine weitere Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit ist aus Leistungs- und Qualitätsgründen zwingend geboten. Selbstverständlich würde dadurch auch ein Beitrag zur Verminderung der Massenarbeitslosigkeit geleistet. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist kein Königsweg zur Herstellung des Normalarbeitsverhältnisses; sie muß begleitet sein von einer Umgestaltung der Verteilungsverhältnisse und einer effizienten gesellschaftlichen Steuerung des Reproduktionsprozesses, soll sie denn ein Beitrag zur Lösung der aufgestauten Probleme sein.

<sup>20</sup> Zuletzt D. Henschel, Geht der Gesellschaft die Arbeit aus?, in: Sozialismus, 1-1999, S. 36 ff.

<sup>21</sup> Vgl. dazu G. Bosch, a.a.O.

## Perspektive: Entwicklung des dritten Sektors

Es ist unstrittig, daß sich in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften der Absolutheitsanspruch der Lohnerwerbsarbeit auflöst. Die hochentwickelte Produktivität, die Verteilung der Arbeit, die Arbeitsregelung für Lohnarbeit, die Massenarbeitslosigkeit und die Ausbreitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse stellen die bisherige antagonistische gesellschaftliche Entwicklung in Frage. In ihr beruhte die Entwicklung des Reichtums und der frei verfügbaren Zeit - sei es zur Ausübung nicht unmittelbar produktiver Tätigkeiten, sei es zur Muße, sei es zur Entwicklung menschlicher Fähigkeit und gesellschaftlicher Potenzen, die keinen unmittelbar praktischen Zweck verfolgen (Kunst, Wissenschaft etc.) - auf der Überarbeit der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung.

Dies ist auch die Position des "Club of Rome" in seinem neuesten Bericht "The employment Dilemma and the Future of Work". Der Club sieht "diesen Bericht als einen wichtigen Beitrag zu der notwendigen öffentlichen Auseinandersetzung über eines der grundlegenden Themen der Gegenwart" an, "auch wenn nicht alle seine Mitglieder uneingeschränkt mit ihm übereinstimmen."<sup>22</sup>

Obleich sich die Berichterstatter einen Blick für die Unterentwicklung eines Großteils der Erde erhalten haben, rücken sie den gesellschaftlichen Wandel seit der Industriellen Revolution in den kapitalistischen Hauptländern ins Zentrum der Untersuchung. "Die Industrielle Revolution hatte enorme Auswirkungen auf die Gesellschaft und veränderte die Lebensweise und die Wahrnehmung der Arbeit von Grund auf. Heute stehen wir vor einem neuen, grundlegenden Wandel unserer Wirtschaft: dem Übergang von der industriellen zur Dienstleistungswirtschaft."<sup>23</sup> Es ist unter den Sozialwissenschaftlern und Wirtschaftsexperten unstrittig, daß die Mehrheit der Arbeitsplätze schon heute im tertiären Sektor angesiedelt ist. "Nur ein schrumpfender Teil der bezahlten Arbeit, gegenwärtig 20% in den weit entwickelten industrialisierten Ländern, steht noch im Zusammenhang mit Güterherstellung im engeren Sinne."<sup>24</sup>

Das gesellschaftliche Wissen und auch die ökonomische Wissenschaft hat diese Veränderung offenkundig noch nicht zur Kenntnis genommen. "Das Hauptproblem besteht darin, daß der Reichtum der Staaten heute noch immer so gemessen wird, wie es üblich war, als das rein produzierende System den Vorrang hatte und jeden anderen Aspekt der Wirtschaftsentwicklung beherrschte."<sup>25</sup> Mit der vom Kapital bewirkten permanenten Revolutionierung des Reproduktionsprozesses (industrielle Revolution) verändern sich weitere Strukturelemente: Die Lohnarbeit wird dominant, die gesamte materielle Produktion er-

<sup>22</sup> O. Giardini, P.M. Liedtke, *Wie wir arbeiten werden*, Hamburg 1997, S. 16.

<sup>23</sup> Ebd., S. 37.

<sup>24</sup> Ebd., S. 39.

<sup>25</sup> Ebd., S. 86.

scheint als Ergebnis kapitalistisch produzierter Waren und entsprechend setzt sich ein Begriff von Wohlstand und produktiver Arbeit durch. Die zentrale These des Club of Rome zielt auf diesen Sachverhalt: "In der vorindustriellen Wirtschaft wurden produktive Tätigkeiten, die das materielle Überleben ermöglichten, innerhalb von Systemen geleistet, die im wesentlichen solche der Eigenproduktion und des Eigenkonsums waren ... Auf dieser Stufe war es vor allem wichtig, das Produktionssystem innerhalb einer monetarisierten Gesellschaft zu entwickeln, in der die wichtigsten Produktionstätigkeiten entlohnt wurden. Seitdem werden Beschäftigung und Produktionstätigkeit, eben weil sie strategische Bedeutung hatten, fast ausnahmslos mit Beschäftigung im Sinne von bezahlter Tätigkeit gleichgesetzt. Natürlich gibt es auch weiterhin andere Arten von Tätigkeiten (Eigenproduktion und nicht bezahlte, auf Austausch gegründete Tätigkeiten), doch sie wurden in den Wachstumsberechnungen der Industriellen Produktion nie berücksichtigt."<sup>26</sup>

Mit dem erneuten Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft wird die Absolutheit der Lohnarbeit und ein darauf gründender Wohlstandsbegriff immer fragwürdiger. Anzustreben ist eine Kombination der drei Arten der Arbeit: Erwerbsarbeit (entlohnte Beschäftigung, monetisiert), gemeinnützige produktive Tätigkeiten (nichtmonetarisiert, aber nichtmonetisiert) und Tätigkeiten in Eigenleistung (nichtmonetarisiert). Damit diese neue Pluralität ihre Dynamik entfalten kann, muß im Bereich der Lohnarbeit eine Grundbeschäftigung oder zumindest ein Mindesteinkommen sichergestellt sein. "Deshalb sollten alle Finanzquellen, die gegenwärtig für zusätzliche Arbeitslosengelder, Einkommensunterstützung und Sozialhilfe vorgesehen sind, zusammenfließen, um die finanzielle Grundlage für solche Modelle zu bilden. Immerhin läßt sich bereits in vielen Ländern der wachsende Druck beobachten, diese finanziellen Zuwendungen allmählich in eine Form von Gehalt umzuwandeln, das die Menschen motiviert, zurück an die Arbeit zu gehen. Den Menschen sollte geholfen werden, tätig zu sein, anstatt sie dafür zu bezahlen, untätig zu bleiben."<sup>27</sup>

Logischerweise drängen die Berichterstatter darauf, "daß auch nichtmonetariserte Tätigkeiten ernsthaft erfaßt und bewertet werden, d.h. Tätigkeiten, die Menschen für sich selbst ausüben und die als solche keinem System des Austausch unterliegen. Anreize oder ein geeignetes Umfeld sollten auch als ein wirtschaftliches Mittel für einen höheren Wohlstand berücksichtigt werden, wenn dieser durch Tätigkeiten im Bereich der Selbstbildung, Selbstreparatur oder Selbstheilung erreicht wird. Darüber hinaus können viele gemeinnützige Tätigkeiten, die als Komplemente und in Substitution zu bezahlter Arbeit fungieren, durch die normale Entwicklung der Gesellschaft noch weiter gefördert werden."<sup>28</sup>

<sup>26</sup> Ebd., S. 144.

<sup>27</sup> Ebd., S. 238f.

<sup>28</sup> Ebd., S. 241.

Allerdings ist es eine gefährliche Illusion, davon auszugehen, die bisherige Grundlage der "produktiven Arbeit" würde sich gleichsam mit der Zeit von selbst auflösen. Die Begriffe "Wert" und "produktive Arbeit", die in dem Bericht fortgesetzt attackiert werden, sind nicht nur Ergebnis wissenschaftlicher Forschungsprozesse, sondern basieren auf einem gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnis. Produktive Arbeit ist ein abkürzender Ausdruck für sämtliche Verhältnisse, die in dem Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital eingeschlossen sind. Der Unterschied von Arbeit und Tätigkeit kann erst dann seinen Reichtum vollständig entfalten, wenn die Verteilungsverhältnisse einer radikalen Neuorganisation unterzogen werden. Solange die Verteilung der Kapital- und Vermögenseinkommen, wie in dem Bericht des Club of Rome geschehen, vollständig ausgeblendet bleibt, und solange von der Dynamik der Kapitalakkumulation abstrahiert wird, muß die Reorganisation der Gesellschaft auf eine Politik des Mindesteinkommens reduziert werden, das sich aus den erkämpften Sozialtransfers (Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe) speist.

Es ist zu begrüßen, daß die Wissenschaftler des Club of Rome sich für die Entwicklung eines neuen grundlegenden Wertbegriffes einsetzen. Aber es handelt sich hierbei nicht vorrangig um Aufklärung oder wissenschaftliche Einsichten. Lohnarbeit und Kapital - wenn wir schon über den Wertbegriff sprechen - markieren zugleich ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis. Bereits in den Berichten über die Grenzen des Wachstums ist dieser Seite zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Wer den Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur in einer ganz anderen Weise revolutionieren will, kann die permanente Umwälzung des technologisch-organisatorischen Produktionsprozesses durch die Steigerung der Selbstverwertung des Kapitals nicht ausblenden. Dies gilt um so mehr, wenn direkt über die gesellschaftliche Neuorganisation der Arbeit nachgedacht wird.

Harald Werner

## Mehr als ein Beschäftigungsprogramm

### Grundlegendes zum öffentlich geförderten Beschäftigungssektor

Jenseits der neoliberalen Versuche, das Beschäftigungsproblem durch Verleumdungskonkurrenz und Sozialabbau zu lösen, wird die beschäftigungspolitische Diskussion fast durchweg von zwei Extremen beherrscht, von kopflosen Modernisierern auf der einen und einfalllosen Traditionalisten auf der anderen Seite. Die einen suchen ihr Heil in immer neuen Flexibilisierungsmodellen, die anderen in der Nachfragetheorie. Nicht, daß es keinen Modernisierungsbedarf im Arbeitssystem gibt oder die traditionelle Einsicht über den Zusammenhang von Nachfrage und Beschäftigung obsolet geworden ist, aber die Probleme wurzeln nicht hauptsächlich in der Organisation von Arbeit oder der Verteilung von Kaufkraft, sondern im Arbeitssystem selbst. Das mit der kapitalistischen Ökonomie entstandene System der Bewertung und Verteilung von Erwerbsarbeit ist von einem Widerspruch geprägt, der unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus antagonistische Züge angenommen hat. Einerseits schrumpft die Nachfrage nach mehrwertschaffender Arbeit und es wächst die Bedeutung von Arbeiten, die sich auf die Pflege der Rahmenbedingungen der Mehrwertproduktion richten. Andererseits konzentriert sich die Ökonomie immer noch einseitig auf die Senkung der Arbeitskosten, ohne zu begreifen, daß „die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein.“<sup>1</sup> Selbst wenn die Überwindung der Shareholder-Value-Politik oder die Belebung der Binnennachfrage neue Arbeitsplätze bringen, werden es nicht genug sein, um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Auch Arbeitszeitverkürzung wird neue Beschäftigung schaffen, doch angesichts des tatsächlichen Bedarfs wird ihre Wirkung weit überschätzt. Schon heute übersteigt die unbefriedigte Arbeitsnachfrage die Zahl der Arbeitslosen bei weitem. Hinter den rund vier Millionen offiziell registrierten Erwerbslosen verbergen sich mindestens drei Millionen nicht registrierter Nachfrager und wenn man all die prekären Beschäftigungsverhältnisse hinzunimmt, die aus lauter Not angenommen werden aber keine eigenständige Existenz erlauben, kommt man insgesamt leicht auf 12 Millionen fehlende Arbeitsplätze. Darunter viele Beschäftigungsverhältnisse, die weit vom klassischen Normalarbeitsverhältnis entfernt sind.<sup>2</sup>

Angesichts solcher Zahlen verwundert der Optimismus, mit dem die klassischen Konzepte der Beschäftigungspolitik - Erhöhung der Kaufkraft auf der einen und Verringerung des Arbeitsangebots auf der anderen Seite - nach wie vor gehandelt werden. Selbst bei günstigster Entwicklung werden sie die Be-

<sup>1</sup> Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S.593

<sup>2</sup> Vergl. Christiane Ochs, Nur ein kleiner Zuverdienst?, In Gerd Pohl/Claus Schäfer, Niedriglöhne, Hamburg 1996, S.162

schäftigungskrise bestenfalls dämpfen aber nicht beseitigen können.

An diesem Punkt setzen die verschiedenen Konzepte zum Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) an. Nicht als Alternative zur Erhöhung der Binnennachfrage und auch nicht als Gegenentwurf zu den unterschiedlichen Formen der Arbeitszeitverkürzung, aber als Antwort auf die angebliche Krise der Arbeitsgesellschaft, die, wie noch zu zeigen sein wird, nur eine Krise des auf den Tauschwert der Arbeit fixierten Beschäftigungssystems ist. Der Gedanke des ÖBS taucht in ebenso unterschiedlichen Modelle auf, wie er unterschiedliche Mißverständnisse provoziert und deshalb leicht als zweiter Arbeitsmarkt oder neuer Niedriglohnsektor kritisierbar ist. Wichtiger als die konkreten Modelle scheint deshalb eine Diskussion der theoretischen Grundannahmen, weil die Analyse der konjunkturunabhängigen Beschäftigungskrise nicht nur zum ÖBS führt, sondern die Umrisse eines neuen sozialen Kompromisses abbildet.

### Unumkehrbare Ursachen der Massenarbeitslosigkeit

Selbst in der ständig von Massenarbeitslosigkeit geprägten Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus ist die gegenwärtige Situation neu. Erstens durch die Verbindung von hoher und gleichzeitig über Jahrzehnte anhaltender Massenarbeitslosigkeit und zweitens durch die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit in den Aufschwungsphasen nicht nur stockt, sondern sogar noch steigt.

Für diese Entwicklung gibt es mehrere Gründe, die bei aller Unterschiedlichkeit etwas Unumkehrbares haben und eine Rückkehr zur alten Vollbeschäftigung ausschließen. Die Arbeitsproduktivität wird auf lange Sicht noch wesentlich schneller steigen als die Inlandsproduktion, so daß nicht nur beschäftigungsloses, sondern sogar Beschäftigung vernichtendes Wachstum zur Regel werden dürfte. Was letztlich auch für den angeblichen Hoffnungsträger Dienstleistungssektor gilt, weil die Rationalisierungswelle jetzt erst die Büropläne und Schalterhallen erreicht.

Der wichtigste Grund für die Unumkehrbarkeit dieser Entwicklung ist jedoch nicht technischer, sondern ökonomischer Natur. Die Wirtschaftspolitik sieht sich mit einer Welt konfrontiert, die sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen, zumindest auf dem nördlichen Globus nie mehr solche Wachstumsraten wie im goldenen Zeitalter des Kapitalismus (Hobsbawm) hervorbringen wird. Die Sättigung der Märkte für Konsum- und Produktionsgüter ist eine schwer überschaubare Tatsache, die sich auch nicht durch die übermächtigen Bedarfe in anderen Teilen der Welt hinwegdiskutieren läßt.<sup>3</sup>

Vor diesem Hintergrund ist die Herausforderung an die Beschäftigungspolitik historisch einmalig. Nicht umsonst sprechen zahlreiche Ökonomen davon, daß der gegenwärtige Umbruch an die Übergänge von der Jäger- und Sammlergesellschaft zur Agrarwirtschaft und von dieser zur Industriegesellschaft erin-

ner. Nur mit dem entscheidenden Unterschied, daß diese Umbrüche jeweils mit dem Heranreifen einer neuen und zukunftssträchtigen Produktionsweise einhergingen. Die bisherigen Übergänge geschahen vor dem Hintergrund ausdehnbarer und okkupierbarer Räume, unbegrenzter Naturressourcen und massenhaft unbefriedigter Bedürfnisse nach lebenswichtigen Gütern. Der Kapitalismus aber ist an die räumliche Endlichkeit der Welt wie auch an die stofflichen Grenzen von Produktion und Konsumtion gestoßen, so daß auch die ökonomischen Schranken seiner Beschäftigungssicherung erreicht sind.

Die Neoliberalen scheinen die Problemlage des Beschäftigungssystems besser zu kennen. Wie ihre sogenannten Jobwunder beweisen, haben sie sich schon früh davon verabschiedet, der Masse der Arbeitslosen ein existenzsicherndes Beschäftigungsverhältnis zu versprechen. In Deutschland heißt das entsprechende Zauberwort für die Überwindung der Beschäftigungskrise seit dem CDU-Parteitag in Leipzig „Einfacharbeitsverhältnis“. Was nichts anderes als einen neuen Arbeitsmarkt für Dienstbotentätigkeiten oder Billigjobs meint, die sich in die Nischen des Beschäftigungssystems einbauen lassen. Inzwischen scheint sich jedoch auch die Sozialdemokratie mit dem Zustand des Beschäftigungssystems abzufinden und Auswege jenseits der existenzsichernden Erwerbsarbeit zu suchen. Bei ihr ist das Wort vom Ende des Normalarbeitsverhältnisses zu einer Art Kapitulationsformel geronnen, mit der sich die Erosion des Beschäftigungssystems durch Teilzeitjobs, Kombilöhne und Niedriglohngruppen als neue Normalität rechtfertigen läßt.

### Die eigentliche Krise der Arbeitsgesellschaft

Die Krise der sogenannten Arbeitsgesellschaft wird jedoch mit den gängigen Methoden zum Abbau der Arbeitslosigkeit nicht überwunden, sondern bestenfalls in andere gesellschaftliche Sphären verlagert. Zwar läßt sich die Arbeitslosigkeit dem Augenschein nach beseitigen, in dem nicht mehr Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit bezahlt wird, aber für den Einzelnen wie für die ganze Gesellschaft ist nicht nur entscheidend, Arbeit zu haben, es kommt auch auf den individuellen und gesellschaftlichen Stellenwert dieser Arbeit an. Alle momentan favorisierten Wege aus der Arbeitslosigkeit führen die Individuen und die Gesellschaft in eine fatale Situation. Die meisten abhängig Beschäftigten bezahlen den Abbau der Arbeitslosigkeit mit relativen Einkommensverlusten, müssen sich wachsenden Lebensrisiken stellen und unter schärferer Konkurrenz ständig mehr leisten. Die Gesellschaft aber verliert durch Billigjobs und prekäre Beschäftigungsformen wertvolle Qualifikationen, Motivation und Kreativität. Selbst wenn der letzte Arbeitslose seinen Job als Tüteneinpacker beim Supermarkt gefunden hat, wird die Gesellschaft ärmer und unproduktiver als in den meisten Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkrieges sein.

Man muß sich vor Augen halten, daß der Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft das zentrale Moment der kapitalistischen Formation ist, auf das sich der gesamte Produktions- und Reproduktionsprozeß der Gesellschaft gründet.

<sup>3</sup> Vgl.: Karl Georg Zinn, Die Wirtschaftskrise, Mannheim 1994, S.10.

Wenn dieses zentrale Moment an Gewicht verliert, weil mit immer weniger Arbeit immer größere Werte geschaffen werden, dann wird ein entscheidendes Regulativ der kapitalistischen Gesellschaft unscharf. Wobei die Entwicklung außerordentlich paradox verläuft. Einerseits schwindet die herausragende Bedeutung der unmittelbar mehrwertschaffenden Arbeit. Aber andererseits dreht sich nach wie vor die ganze Gesellschaft um den Kauf und Verkauf von Arbeit. Auf der einen Seite reden alle von der Wissens- oder Informationsgesellschaft, aber auf der anderen konzentriert sich die gesamte ökonomische Diskussion und gründen sich ganze Regierungsprogramme auf die Senkung der Arbeitskosten. Manchmal drängt sich der Eindruck auf, als würde der Streit um Zehntelprozente beim Feilschen um den Preis der Ware Arbeitskraft um so heftiger, desto weniger Arbeit benötigt wird. Sitzen wir vielleicht einer Gespensterdiskussion auf?

Tatsächlich sehen zahlreiche SozialwissenschaftlerInnen im sogenannten „Verschwinden der Arbeit“ in erster Linie ein sozialpsychologisches Problem, weil sich die vom protestantischen Arbeitsethos bestimmten Individuen nur schwer an das „postindustrielle“ Wertesystem gewöhnen können. Fast zwangsläufig folgt dann der Schluß, Arbeit neu zu bewerten oder einen neuen Arbeitsbegriff zu definieren. Ganz davon abgesehen, daß sie nur das Verschwinden der mehrwertschaffenden Arbeit im Auge haben und damit selber einen viel zu engen Arbeitsbegriff verwenden<sup>4</sup>, vernachlässigt diese Argumentation den zentralen Stellenwert der Arbeit für die kapitalistische Ökonomie. Der Tanz ums goldene Kalb der Erwerbsarbeit wird nicht von persönlichen Sinngebungen oder gar von veralteten Arbeitsbegriffen in Schwung gehalten, sondern von handfesten ökonomischen Tatsachen.

Dem Kapital gilt die verbrauchte Arbeit nach wie vor als Maß des Wertes und der Masse der Bevölkerung als Voraussetzung ihres Lebens. Sie ist aber auch die Bemessungsgrundlage des gesamten Sozialsystems und eine entscheidende Bezugsgröße für die meisten staatlichen Transferleistungen. Auch wenn die Menge der mehrwertschaffenden Arbeit abnimmt, bleibt sie das Zentrum aller gesellschaftlichen Regulation. Selbst so spekulative Sphären wie der Aktienmarkt bleiben an dieses Maß gebunden und reagieren äußerst positiv, wenn den Shareholders Massenentlassungen versprochen werden, während steigende Beschäftigung die Kurse purzeln läßt. Die Bedürfnisse des Kapitals nach Mehrarbeit regulieren die staatliche Einnahme- und Ausgabenpolitik, sie setzen die Maßstäbe für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und sie prägen die gesamte Lebensweise. Selbst dann noch, wenn sich alles um Freizeit,

<sup>4</sup> Das Problem eines auf die Erwerbsarbeit beschränkten Arbeitsbegriffs ist weniger Marx, als der mangelhaften Lektüre seiner Schriften anzulasten. Vor den Arbeiten zur Kritik der Politischen Ökonomie, aber selbst da noch, wird von Marx ein Arbeitsbegriff verwendet, der die Produktion von Lebensmitteln ebenso einschließt wie die von Beziehungen zwischen den Individuen, den Geschlechtern und den Generationen. Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Die Deutsche Ideologie. In: MEW 3, S.28ff; Wulf D. Hund, Verteidigung der Arbeit, in: Z, Heft 8, 1991, S.145ff; Harald Werner, Mythos und Realität der Erwerbsarbeit, Mainz 1992, S.13ff.

Information und Dienstleistung zu drehen scheint, verbirgt sich hinter all dem bunten Neuen das gewohnte Alte, die Verringerung der notwendigen Arbeit<sup>5</sup> zugunsten der kostenlosen.

Die eigentliche Krise der Arbeitsgesellschaft besteht deshalb auch weniger darin, daß ihr die Arbeit ausgeht, sondern in der Beschränkung der kapitalistischen Ökonomie auf den „Diebstahl an fremder Arbeitszeit“, den schon Marx als eine „miserable Grundlage“ des Reichtums erkannte, weil die moderne Industrie weniger auf die Mehrarbeit ihrer Beschäftigten angewiesen ist, als auf die sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen der Produktion. In der modernen Industrie, so schreibt Marx, „ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eigenen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper...“, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint.“<sup>6</sup> Die kapitalistische Ökonomie, erst recht aber die betriebswirtschaftlich verengte Sichtweise des Neoliberalismus, ist allerdings aus drei Gründen blind gegenüber diesen modernen, in der Gesellschaft verborgenen Reichtumsquellen. Erstens ist sie gewohnt, sich die gesellschaftlichen Potentiale wie die Natur als Gratiskräfte anzueignen und spart nur an dem, was sie auch bezahlt. Zweitens wird nach wie vor jede neue Technologie nur so weit entwickelt, wie sie die Ausbeutung der lebendigen Arbeit verbessert oder neue Konsumbedürfnisse schaffen kann. Und wenn drittens die Reproduktion der gesellschaftlichen Potentiale überhaupt als öffentliche Aufgabe akzeptiert wird, dann nach der Methode permanenter Zeitersparnis.

Allerdings muß eingestanden werden, daß diese Blindheit gegenüber den wahren gesellschaftlichen Reichtumsquellen, von denen Marx spricht, über weite Strecken auch den marxistischen Diskurs beherrscht hat. Durch die Fixierung auf die Kritik der unmittelbaren Wertschöpfung aus Mehrarbeit wurde die kostenlose Aneignung von Reproduktionsarbeit, wie sie überwiegend von Frauen geleistet wird, in die Abteilung Nebenwidersprüche verwiesen. Bei einer anderen Sichtweise hätte die orthodoxe Lesart des Marxismus aus den „Grundrissen“ herauslesen können, daß sie sich mit ihrer Kritik genau auf den Ausbeutungsprozeß beschränkte, den Marx „eine miserable Grundlage“ des Reichtums nannte, nämlich den „Diebstahl an fremder Arbeitszeit.“ Die heftige Debatte mit der feministischen Marxkritik hätte zu anderen Ergebnissen geführt, wenn man die kostenlose Aneignung weiblicher Reproduktionsarbeit als ein wesentliches Moment zur Ausplünderung der gesellschaftlichen Gratiskräfte anerkannt und nicht als bloßen Geschlechterwiderspruch abgetan hätte.

<sup>5</sup> Notwendige Arbeit wird hier im klassischen Sinne verstanden, nämlich als die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit, die in einem bestimmten Zeitabschnitt aufgewendet werden muß um den für diesen Zeitabschnitt gezahlten Lohn zu erwirtschaften. In der umgangssprachlichen Diskussion wird der Begriff häufig mit der gesellschaftlich nützlichen Arbeit verwechselt.

<sup>6</sup> Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 503.

Die Tertiärisierung des Arbeitssystems, von Fourastié schon vor 50 Jahren als die „große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts“<sup>7</sup> verkündet, wäre zwar eine konsequente Folge der wachsenden Bedeutung des Gesellschaftskörpers als wichtigste Reichtumsquelle, aber die kapitalistische Hülle des Arbeitssystems verhindert eine Umschichtung der überschüssigen Arbeit auf gesellschaftlich nützliche Felder. So kennzeichnen solche Begriffe wie Informations-, Kommunikations- oder Dienstleistungsgesellschaft hauptsächlich neue Momente in der gesellschaftlichen Existenz des Kapitals, nicht aber in der gesellschaftlichen Lebensweise. Die modernen Informationstechnologien und Kommunikationsmöglichkeiten verändern in erster Linie die Produktionsweise und passen das gesellschaftliche Zeitregiment sowie die Konsumgewohnheiten den Bedürfnissen des Kapitals an. Der Gesellschaft werden mehr Informationen verkauft, informierter ist sie aber nicht, und die Vielfältigkeit der neuen Kommunikationskanäle steht in einem erstaunlichen Gegensatz zur Verarmung der Alltagskommunikation. Dienstleistungsgesellschaft heißt zunächst einmal nur, daß die produktionsnahen Dienste zunehmen, während die unmittelbaren Produktionstätigkeiten in noch größerem Maße abgebaut werden. Wo es sich um neue kommerzielle Dienstleistungen handelt, sind sie weitgehend aus der Privatisierung öffentlicher Aufgaben oder aus der Kommerzialisierung privater Alltagstätigkeiten entstanden. Insgesamt ist das öffentliche Dienstleistungsangebot überwiegend schlechter oder teurer geworden, und wo es privatisiert wurde, blieben nicht nur hunderttausende von Arbeitsplätzen auf der Strecke, sondern auch die öffentliche Verantwortung für die gesellschaftlichen Basisstrukturen.

## Die Krise der sozialen Reproduktion

Die Krise der Arbeitsgesellschaft wurzelt also weniger im dramatischen Arbeitsplatzabbau des warenproduzierenden Gewerbes und der Unmöglichkeit, diesen Verlust durch neues Wachstum auszugleichen, als im Unvermögen der auf den Tauschwert gegründeten Ökonomie, ihr Mehrprodukt in die gesellschaftliche Entwicklung zu investieren und auf diese Weise sowohl neue Arbeit als auch neue Wohlstandspotentiale zu schaffen. Die Folge ist nicht nur dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, sondern auch ein paradoxes Nebeneinander von überflüssigen Arbeitskräften und ungetanen öffentlichen Arbeiten. Auf der einen Seite schwinden mit der Massenarbeitslosigkeit die Einnahmen des Staates sowie der sozialen Sicherungssysteme, und auf der anderen wachsen die sozialen Kosten. Und als wäre dieser Widerspruch nicht schon genug, steigt gleichzeitig die Notwendigkeit, mehr Ressourcen für die Innovation des Gesellschaftskörpers abzuzweigen, weil er zur entscheidenden Quelle des Reichtums geworden ist.

Auf der Linken hat sich zwar die Einsicht durchgesetzt, daß die kapitalistische

<sup>7</sup> Jan Fourastié, *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*, Köln-Deutz 1954 (franz. Erstausgabe 1948).

Ökonomie die Gratiskräfte der Natur bis zur Gefährdung des menschlichen Daseins ausbeutet. Doch die Probleme der Reproduktion des Sozialen genießen weitaus weniger Beachtung. Dabei haben wir es gegenwärtig nicht nur mit einer natürlichen, sondern auch mit einer sozialen Reproduktionskrise zu tun.<sup>8</sup> So bedrohlich Klimaerwärmung und Ozonloch auch sein mögen, die Schädigung der sozialen Lebensbedingungen, wie etwa das Nachlassen der gesellschaftlichen Bindungskraft, die Ausbreitung sozialer Wüsten, in denen nur noch Gewalt, jede erdenkbare Form von Barbarei und nichts mehr gedeiht, was an Zivilgesellschaft oder Aufklärung erinnert, kann der menschlichen Zivilisation schneller und größeren Schaden zufügen, als gemeinhin angenommen wird. Die gesellschaftlichen Entwicklungen in den USA belegen, daß die Erosion des Beschäftigungssystems unmittelbar in Kriminalität und eine nachhaltige Deformation des öffentlichen Lebens mündet.<sup>9</sup> Während die Einkommen für amerikanische Berufseinsteiger ohne abgeschlossene schulische und berufliche Ausbildung in den vergangenen 20 Jahren um 20 bis 30 Prozent gesunken sind, blieben die Verdienste in der Kleinkriminalität konstant oder stiegen sogar leicht an.<sup>10</sup> Die Folge ist, daß sich sieben Prozent der männlichen Erwerbsbevölkerung der USA ständig in irgendeiner Form des Justizsystems bewegen. „Die Zahl der Gefängnisinsassen stieg in Kalifornien zwischen 1980 und 1995 von 23.500 auf 126.000, Daher gab Kalifornien 1995 erstmals mehr für Gefängnisse als für Higher Education aus. Die Ausgaben des Staates für Higher Education sanken von 12,6 vH 1980 auf 9,5 vH 1995, die Ausgaben für Gefängnisse stiegen von 2 auf 9,6 vH.“<sup>11</sup>

Es geht aber nicht nur um die Folgekosten der Arbeitslosigkeit, sondern auch der ganz „normalen“ sozialen Risiken. Zunehmende Mobilität, Flexibilität und Individualisierung erhöhen die Anforderungen an die Menschen wie auch an die Gesellschaft. Sie muß Leistungen zur Verfügung stellen, die früher Familie und Nachbarschaft kostenfrei erbrachten. Das gilt im besonderen Maße für die Sozialisation der nachwachsenden Generation, die zwar freier als frühere aufwächst, aber gleichzeitig von allen nur denkbaren Sicherheiten befreit wurde und zur individuellen Bewältigung der größer werdenden Lebensrisiken verdammt ist. Der Funktionswandel der Familie und die Auflösung der familiären Generationensolidarität sind zwar keine neuen Erscheinungen, aber mit der sprunghaften Individualisierung der Lebensstile in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten hat dieser Wandel eine neue Qualität gewonnen. Früher selbstverständliche Sozialisationsleistungen können immer weniger erwartet werden, weil die Eltern neben Konsum- und Medienwelt zu Zweit- oder Dritt-erziehern werden. Auch der nachbarschaftliche Verbund und die alltägliche

<sup>8</sup> Vgl. Karl-Hermann Tjaden, *Mensch-Gesellschaft-Biosphäre*, Marburg 1990, S.165ff.

<sup>9</sup> Vgl. Gerhard Bosch, *Brauchen wir mehr Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt?*, WSI-Mitteilungen 1/1998, S.15.

<sup>10</sup> Ebd., S. 23.

<sup>11</sup> Ebd.

Lebenshilfe des sozialen Milieus gehören längst der Vergangenheit an.

Den Erwachsenen geht es nicht anders. Hinter den scheinbar pluralen Lebensstilen und ihren Baukastenbiographien verbirgt sich alltägliche Vereinzelung und eine Individualisierung, die nicht von Individualität, sondern von sozialer Ausdifferenzierung und zunehmender Konkurrenz getragen wird. Diese Individualisierung ist keine sich selbst tragende kulturelle Erscheinung, sondern wird den Menschen als äußerliche Objektivität aufgezwungen. Sie ist ein Zwang, der aus der Beschleunigung des technischen und sozialen Wandels entspringt und zu immer schnellerer Entwertung von Qualifikationen und Lebenserfahrungen führt. Die Gesellschaft hat keine Strukturen entwickelt, die diese Dynamik sozial begleiten, aber sie hat unzählige soziale Strukturen zerrissen. Die Folge ist, daß immer mehr Menschen an den Rand gedrängt werden. Sie werden unfähig, das Tempo wechselnder und steigender Anforderungen mitzuhalten. Wo die Selbstorganisationsfähigkeit der sozialen Milieus nicht mehr vorausgesetzt werden kann, weil deren Basiseinheiten brüchig wurden, müssen neue zivilgesellschaftliche Strukturen geschaffen werden, in denen Menschen soziale Kontakte aufnehmen können, ihre Alltagsprobleme lösen, Freizeit organisieren und Beratung finden.

### Die Produktivität scheinbar unproduktiver Arbeit

Marx hat in den „Theorien über den Mehrwert“<sup>12</sup> selbst dazu beigetragen, ein seinem ursprünglichen Arbeitsbegriff zuwiderlaufendes Verständnis von produktiver und unproduktiver Arbeit in die Welt zu setzen. Seine Aussage: „Es ist das Charakteristische aller unproduktiven Arbeiten, daß sie nur in demselben Verhältnis zu Gebote stehen [...] in dem ich produktive Arbeiter exploitiere“<sup>13</sup>, steht im Widerspruch zu der in den „Grundrissen“ formulierten Position und vernachlässigt, daß die Gesellschaft nicht das Ergebnis, sondern zuerst einmal die Voraussetzung aller Produktion ist.

Daß die angeblich unproduktive Arbeit keinen Tauschwert für das Kapital hat, besagt noch lange nicht, daß sie keinen Gebrauchswert besitzt. Im Gegenteil, viele angeblich unproduktiven Arbeiten haben eine weitaus größere Bedeutung für die gesellschaftliche Produktivität als manche produktive Arbeit, deren Ergebnisse den gesellschaftlichen Reichtum verringern. Nach herkömmlicher Auffassung leisten WissenschaftlerInnen an den Universitäten, LehrerInnen oder SozialarbeiterInnen keine produktive Arbeit, sondern werden aus dem Mehrwert produktiver Arbeit, zum Beispiel der von Automobilarbeitern, bezahlt. Doch überwindet man diese bornierte Sichtweise des betriebswirtschaftlichen Kostendenkens zugunsten einer gesamtwirtschaftlichen Rechnung, dann sind die angeblich unproduktiven Arbeiten nicht nur eine unerläßliche Voraussetzung der Wertschöpfung, sie werden häufig genug auch nur gebraucht, um die zerstörerischen Folgen der deformierten Wertschöpfung zu

<sup>12</sup> Karl Marx, Theorien über den Mehrwert (Vierter Band des „Kapitals“), MEW 26.1.

<sup>13</sup> Ebd., S. 381.

beheben. Das Spektrum der Arbeitsplätze, auf denen die Beschäftigten weder den Wert ihres Einkommens noch Mehrwert produzieren, hat sich bereits ungeheuer ausgeweitet und wird sich weiter ausweiten müssen, wenn nicht nur die soziale Reproduktionskrise überwunden, sondern die gesellschaftliche Produktivität erhöht werden soll.

Die wachsende Produktivität einer modernen Volkswirtschaft ist aber nicht nur auf die Ausweitung von Bildung und Wissenschaft angewiesen, was weniger bestritten wird, sondern auch auf die Intensivierung all jener Reproduktionsarbeiten, die das soziale Ganze erhalten: Soziale Daseinsvorsorge, Bereitstellung von Beratung und Information für die Bewältigung von Alltagsproblemen, Serviceleistungen für die Selbstorganisationsstrukturen in Kultur und Freizeitgestaltung sowie unterstützende Dienste für Familien und Menschen in besonderen Notlagen sind für die gesellschaftliche Produktivität nicht weniger wichtig, als die Sorge um das materielle Produktionspotential. Nichts belegt das besser als die Schönwetterperiode der bundesdeutschen Wirtschaft, in der steigende Sozialtransfers und kräftige Investitionen in die soziokulturelle Infrastruktur auffällig mit der zunehmenden Arbeitsproduktivität korrelieren. Gerade der erste große Modernisierungsschub ab Mitte der sechziger Jahre wäre kaum zu bewältigen gewesen, ohne eine erhebliche Ausweitung der angeblich nichtproduktiven Arbeiten. Produktivitätspakte zwischen Arbeit und Kapital setzen nicht nur betriebliche Gratifikationen und Sicherheiten voraus, sondern auch gesellschaftliche Leistungen und Garantien.

### Ein Sektor zwischen Markt und Staat

Auch ohne Massenarbeitslosigkeit entstünde die Notwendigkeit, das gesellschaftliche Arbeitspotential auf all die Aufgaben zu konzentrieren, welche die veränderte Produktions- und Lebensweise erzwingt. Je mehr sich die gesellschaftliche Produktivität auf die Produktivität der Köpfe und die Innovationsfähigkeit der sozialen Strukturen stützt, desto größer die Notwendigkeit, permanente Lernprozesse zu organisieren und die gesellschaftliche Kreativität zu entfalten. Wobei nicht nur an die Erschließung ungenutzter persönlicher Anlagen und Begabungen oder an gezielte Weiterbildung zu denken ist, die präzise staatliche Förderung voraussetzen. Wichtiger ist die ungezielte, sich scheinbar selbst genügende Investition in soziale und kulturelle Dienstleistungen, die für die Innovation der Gesellschaft ebenso wichtig sind, wie die sich scheinbar selbst genügende Grundlagenforschung für die permanente Weiterentwicklung des materiellen Produktionsapparates.

Das ist auch ein maßgeblicher Grund für die Ansiedlung des ÖBS in einer Sphäre zwischen Markt und Staat. Die Sphäre des Marktes scheidet aus, weil sein binäres Signalsystem nur solche Arbeiten hervorbringt, die in erster Linie einen Tauschwert besitzen, während die staatliche Sphäre zwar hauptsächlich gebrauchswertorientiert handelt, aber dabei von selbst erzeugten Prinzipien oder Nützlichkeitsabwägungen ausgeht, die nicht in jedem Fall mit den Bedürfnissen der Alltagswelt und den langfristigen gesellschaftlichen Erforder-

nissen übereinstimmen. Obwohl der Umbau des Arbeitssystems in erster Linie auch den Öffentlichen Dienst stärken muß, gibt es gewichtige Gründe, den Staat nicht alles machen zu lassen, wofür der Staat die Verantwortung trägt.

Die Vorstellung des ÖBS verbindet sich deshalb mit Vorstellungen von einer Ausweitung zivilgesellschaftlicher, sich selbst organisierender Strukturen, wie sie z.B. von Vereinen, Bürgerinitiativen, Genossenschaften oder anderen gemeinnützigen Trägern geschaffen werden.<sup>14</sup> Diese längst schon bestehenden Strukturen haben ihren eigenen sozialen Sinn, drücken die Selbstorganisationsfähigkeit der Gesellschaft aus und sind die eigentlichen Nachfolgeinstitutionen von Familie und Nachbarschaftsverband. Je schneller die Individualisierung und Flexibilisierung der modernen Gesellschaften voranschreitet, desto wichtiger wird die Professionalisierung dieser Strukturen, jenseits aller kommerziellen oder administrativen Dienste, weil es demokratieoffene und alltagsnahe Vergesellschaftungsformen sind, in denen all das stattfindet, was Familien und Nachbarschaft nicht mehr und Staat oder Markt noch nie leisten konnten, nämlich Sozialbeziehungen zu knüpfen.

In diesen Netzwerken werden, unabhängig vom konkreten Gründungszweck, Wertesysteme und Sinngelungen entwickelt, Alltagsprobleme gelöst und solidarische Beziehungen geschaffen, die die Bindungskraft der Gesellschaft erhöhen. Die ehrenamtliche Arbeit, die in dieser gesellschaftlichen Sphäre geleistet wird, wenn man nur die Arbeiten herausgreift, die an anderer Stelle als Erwerbsarbeit geleistet werden, summiert sich auf eine Größenordnung von knapp einer Million Vollzeit Arbeitsplätzen.<sup>15</sup> Um einem weit verbreiteten Mißverständnis entgegenzutreten; es geht beim ÖBS keinesfalls um eine Umwandlung ehrenamtlicher in bezahlte Arbeit. Es geht viel mehr um die Einbettung des ehrenamtlichen gesellschaftlichen Engagements in eine professionelle Struktur, die die spontane Selbstorganisation der Individuen fördert, ihr Engagement qualifiziert sowie verstetigt und zu diesem Zweck Dienstleistungen bereithält, die nur durch Vollzeit Arbeitsplätze gesichert werden können. Dazu gehören zum Beispiel Agenturen, die den freien Trägern administrative Aufgaben abnehmen und technische Unterstützung leisten, Wissenschaftsprojekte mit Beratungs- und Qualifizierungsaufgaben und Kommunikationszentren mit gastronomischem Angebot. Gleichzeitig können sich aus der ehrenamtlichen Praxis von Bürgerinitiativen oder Vereinen Projekte entwickeln, deren Realisierung Vollzeit Arbeitsplätze erfordert. Das können Freizeit- oder Kulturprojekte, zeitlich beschränkte Sanierungsvorhaben und ökologische Modernisierungsmaßnahmen sein. Typisch für all diese Vollzeit Arbeitsplätze des ÖBS wären drei Momente: Erstens sollten sie in ehrenamtliches Engagement und in demokratische Strukturen eingebunden sein. Zweitens müssen sie

<sup>14</sup> Eine umfassende Analyse dieser Sphäre liefert die Studie von Wolfgang Seibel, *Funktionaler Dilettantismus – Erfolgreich scheidende Organisationen im Dritten Sektor zwischen Markt und Staat*, Baden-Baden 1992.

<sup>15</sup> Vgl. Harald Werner, *Uns geht die Arbeit aus und wird doch immer mehr*, Veröffentlichung der PDS im Bundestag – Bereich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Bonn 1997, S. 29f.

den tariflichen und arbeitsrechtlichen Standards des Öffentlichen Dienstes oder anderer Tarifbereiche entsprechen, und drittens müßte eine gesellschaftliche Finanzierung gefunden werden, die die Gebrechen des zweiten Arbeitsmarktes überwindet.

## Ein neuer Sektor in alten Strukturen

Öffentlich geförderte Beschäftigung findet schon heute so weitläufig und in so unterschiedlichen Sektoren statt, daß der Begriff prinzipiell unscharf ist. Bezieht man die öffentlich geförderte Beschäftigung im Bergbau und in der Landwirtschaft mit ein und berücksichtigt alle anderen nichtstaatlichen Beschäftigungsverhältnisse, die auf öffentliche Mittel angewiesen sind, dann summieren sich leicht rund drei Millionen Vollzeit Arbeitsplätze. Der Begriff wird auch nicht präziser, wenn er auf gemeinwirtschaftliche Beschäftigung eingeeengt oder stattdessen vom Nonprofit-Sektor gesprochen wird. Die unscharfe Definition läßt sich nur überwinden, wenn man nicht vom Faktor öffentlicher Förderung ausgeht, sondern von der gesellschaftlichen Zielstellung, einen neuen Sektor zur Lösung von sozialen und ökologischen Reproduktionsproblemen zu schaffen. Beispielhaft dafür ist die Herangehensweise der französischen Links-Regierung, als erstes von gesellschaftlichen Bedarfen auszugehen, zum Beispiel die sozial verwüsteten Trabantenstädte zu reurbanisieren, dann neue Berufsbilder und Ausbildungsgänge zu konzipieren und erst dann, gestützt auf diese wissenschaftliche Vorarbeit, Hunderttausende von Arbeitsplätzen für arbeitslose Jugendliche zu schaffen. Von einem neuen Sektor kann erst gesprochen werden, wenn nicht hauptsächlich nach Nischen für neue Arbeitsplätze, sondern nach gesellschaftlichen Bedarfen geforscht wird.

Der neue Sektor wird sich aus alten Strukturen herausbilden müssen, aber er macht einen neuen gesellschaftlichen Verteilungskompromiß notwendig. In diese Richtung geht zum Beispiel der Vorschlag der PDS im Bundestag, einen Fonds für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben zu schaffen.<sup>16</sup> Ein solcher Fonds müßte sich auf ähnliche Umverteilungseffekte gründen können, wie sie in den Gründerjahren der BRD z.B. durch die Investitionshilfeabgabe für die Montanindustrie, die Kreditanstalt für den Wiederaufbau oder den Lastenausgleich eingeleitet wurden. Die Beispiele solcher „marktfernen“ Instrumente, mit denen das westdeutsche Wirtschaftswunder organisiert und in den 70er Jahren erfolgreich modernisiert wurde, belegen eindrucksvoll die Rolle staatlicher Politik bei der Bewältigung sozial-ökonomischer Umbrüche. Sie machen aber auch die Unterschiede sichtbar. Damals ging es um staatliche Vorleistungen für die Modernisierung des materiellen Produktionspotentials, auf die im Nachhinein soziale Innovationen folgten. Heute geht es um Vorleistungen für die soziale und ökologische Modernisierung, aus denen sich letztlich auch eine Erhöhung der materiellen Wertschöpfung ergeben wird.

<sup>16</sup> Harald Werner, *Uns geht die Arbeit aus...*, a.o.O.

## Entwicklung durch Entfremdung

### Zum philosophischen Arbeitsbegriff

Erst jüngst wieder hat eine kulinarische Ausstellung dem verbreiteten Irrtum, im Paradies würde nicht gearbeitet, bildreich nachgeholfen. In den ebenso verlorenen wie verlogenen Paradiesen des Paul Gauguin leben die Menschen ohne Arbeit. Bestenfalls streckt jemand seine Hand nach einer Baumfrucht aus. Über nahezu allen Motiven liegt wie ein Schleier aus Trägheit der Ausspruch „eiaha ohipa“, „arbeite nicht“, der einem der Bilder Gauguins als Titel dient. Freilich ist der sich solcher Botschaft schon bewußt, ehe er überhaupt in die Südsee aufbricht. „Tahiti ist ein Paradies“, glaubt er zu wissen. Der Mensch lebe dort „auf einer Erde von wunderbarer Fruchtbarkeit“. Er müsse „mal gerade den Arm heben, um für seine Ernährung zu sorgen“. Daher „arbeitet er niemals“.<sup>a</sup>

Diese Vorstellung nährt sich aus dem Elend entfremdeter Arbeit. An die Stelle seiner Kritik setzt sie als falsche Projektion die Vorstellung glücklicher Indolenz. Ihr gegenüber haben die frühen Modelle des Paradieses durchaus auf Arbeit bestanden. Nicht erst Jahwe setzte den Menschen in den Garten Eden, „damit er ihn bebaue und hüte“.<sup>b</sup>

Auch schon im Totenreich der alten Ägypter wurde gearbeitet. Darstellungen der Toten bei der Arbeit im Jenseits finden sich zahlreich als Teil der Grabsstattungen. Die Kopie des Totenbuches für den Schreiber Ani ziert ein Bild, das diesen bei der Landarbeit zeigt. Ihm beigegeben ist als Text: „Anfang der Sprüche [...] des Eintretens und Herausgehens im Totenreich, [...] zu pflügen dort und zu ernten dort, zu essen dort und zu trinken dort, geschlechtlich zu verkehren dort und alles zu tun, was auf Erden getan wird“.<sup>c</sup>

Doch tauchen nach dem Zerfall des alten Reiches auch Statuetten als Grabbeigaben auf, die der Entlastung von Arbeit dienen sollen. Diese Uschebtis genannten Figuren dienen als Stellvertreter der Toten. Zu ihren Aufgaben heißt es im Totenbuch: „O Uschebti, wenn ich verpflichtet werde, irgendeine Arbeit zu leisten, die dort im Totenreich geleistet wird - wenn nämlich ein Mann dort zu seiner (Arbeits)leistung verurteilt wird - dann verpflichte du dich (zu) dem, was dort getan wird, um die Felder zu bestellen und die Ufer zu bewässern [...]

<sup>a</sup> P. Gauguin, zit. n. G.-W. Költzsch: Das Paradies als Collage. In: Paul Gauguin - Das verlorene Paradies. (Katalog der Ausstellung im Museum Folkwang Essen und in der Neuen Nationalgalerie Berlin). Köln 1998, S. 57. Eine Abbildung von „Eiaha ohipa“ findet sich unter Nummer 38 im Katalogteil.

<sup>b</sup> Genesis 2 (15), zit. n. Neue Jerusalem Bibel. Einheitsübersetzung. Freiburg, Basel, Wien 1996, S. 16.

<sup>c</sup> Zit. n. T. G. H. James: Pharaos Volk. Leben im alten Ägypten. Zürich, München 1988, S. 105.

‘Ich will es tun, hier bin ich’ sollst du sagen“.<sup>d</sup>

Uschebti und Arbeitsbild schließen einander nicht aus. Das eine soll fremdem Anspruch auf die eigene Arbeitsleistung nachkommen und damit Zwangsarbeit abwenden. Das andere malt, wenn auch eingebettet in ein religiöses Programm, die Akzeptanz notwendiger Arbeit für ein auskömmliches Leben. Notwendigkeit und Zwang sind nicht identisch. Die eine liegt in den natürlichen Bedingungen der Reproduktion. Der andere entspringt sozialen Verhältnissen herrschaftlicher Fremdbestimmung der Arbeit.

Die abendländische Philosophie hat auf diesen Doppelcharakter der Arbeit nicht mit Kritik reagiert, sondern in sowohl durch innere wie äußere begriffliche Zwiespältigkeit als auch durch Denunziation des Paradieses legitimiert. Sozialer Zwang ist dadurch so sehr mit der Aura der Naturnotwendigkeit umgeben worden, daß er schließlich als innerer Trieb zur disziplinierten Selbstentwicklung dargestellt werden konnte. Immanuel Kant erklärt denn auch kurzerhand das Paradies zum Hirngespinnst und Tahiti für nutzlos. Denn der Mensch, behauptet er, habe „so einen Trieb sich zu perfectionieren, daß er [...] ein Volk, was [...] bloß genießt, vor überflüssig hält und glaubt, die Welt würde nichts verlieren, wenn auch otaheite unterginge“.<sup>e</sup>

Natürlich setzen die Reisebeschreibungen Bougainvilles, Cooks, Forsters und anderer auch romantische Phantasie frei. Einige besingen „Tayiti oder die glückliche Insel“, andere, die „von Otaheiten gehört haben“, vermuten dort „das zweyte Paradies“, wohin es aufzubrechen gelte, um die „falsche Europäische Welt zu verlassen“.<sup>f</sup>

Kant hält solcher Sehnsucht ungerührt den „zwecklose[n] Zustand der Wilden“<sup>g</sup> entgegen. Er entwickelt den Begriff der Wildheit von der Utopie zur Warnung vor allem Unbehagen an einer Kultur, die behauptet, Fortschritt durch entfremdete Arbeit zu bewirken. Sie ist an jene gerichtet, die den Zusammenhang von Arbeit und Zwang nicht für notwendig halten wollen. Ihnen wird damit gedroht, sich durch solche Haltung verdächtig zu machen und deswegen womöglich nicht mehr zu denen gerechnet zu werden, die allein zur Vollendung menschlicher Kultur berufen sind. Die Trennung der Zivilisierten von den Wilden bedient sich dabei ungeniert des Begriffs der Menschenrassen, die von Kant nach Farben und kultureller Leistungsfähigkeit geschieden werden.<sup>h</sup>

<sup>d</sup> Zit. n. H. Schlögl, M. Sguaitamatti: Arbeiter des Jenseits. Ägyptische Totenfiguren (Uschebti). Zürich 1977, S. 8.

<sup>e</sup> I. Kant: (Reflexionen zur Anthropologie). In: Kant's gesammelte Schriften. Hrsg. v. d. Königl. Preuß. Akademie der Wissenschaften. Bd. XV. Berlin, Leipzig 1923, S. 785.

<sup>f</sup> Vgl. J. Heermann: Mythos Tahiti. Südsee - Traum und Realität. Berlin 1987, S. 46.

<sup>g</sup> I. Kant: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. In: ders., Werke in zehn Bänden. Hrsg. v. W. Weischedel. Bd. 9. Darmstadt 1968, S. 44.

<sup>h</sup> Vgl. ausführlich W. D. Hund: Im Schatten des Glücks. Philosophischer Rassismus bei Aristoteles und Kant. In: ders., Rassismus. Die soziale Konstruktion natürlicher Ungleichheit. Er-

Die Geschichte des philosophischen Arbeitsverständnisses enthält weitreichende Einsichten in die Fähigkeit der Menschen zur Selbstentwicklung. Allerdings werden sie von einer Legitimation der Entfremdung begleitet, die den Begriff der Arbeit nicht nur korrumpiert, sondern auch logisch mit dem der Herrschaft verbindet. Die folgende Vergegenwärtigung der Entwicklung des philosophischen Arbeitsbegriffs setzt an diesem Punkt an.<sup>1</sup>

\*\*\*

ARBEIT - Der Begriff der Arbeit wird durch innere Äquivokation und äußere Verdoppelung bestimmt.<sup>1</sup> Semantische Mehrdeutigkeit und lexikalische Vielfalt bringen dabei die Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit zum Ausdruck, mit der die Menschen seit je den Versuch unternommen haben, den Prozeß der Aneignung und Entwicklung ihrer Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten kategorial zu erfassen.

Dessen herrschaftliche Prägung wird dabei zwar nicht verschwiegen. Allerdings findet sie sich bis in die Neuzeit regelmäßig einem Verständnis von Notwendigkeit zugeschrieben, das die Natur beschuldigt, den Menschen ihre Erhaltung als Mühe aufzuerlegen. Zunächst als Strafe der Götter umschrieben, gilt sie schließlich als Preis des Fortschritts. Obwohl er von den unteren Klassen bezahlt wird, findet diese Vorstellung auch bei ihnen Gehör. Sie äußert sich im Vexierbild vom Schlaraffenland, das sozialen Protest nur indirekt abzulesen erlaubt, weil es entfremdete Arbeit in völlige Untätigkeit und Kritik der Herrschaft in eine Phantasmagorie denaturierter Natur überführt.<sup>2</sup> Schließlich wird sie aber auch als Apotheose laut, die den Zusammenhang entfremdeter Arbeit mit verdinglichtem Reichtum akzeptiert und nurmehr für dessen gerechte Verteilung und entsprechende Relationen von Arbeit und Freizeit plädiert.<sup>3</sup>

Gilt hier Arbeit jeweils als notwendiges Übel, so wird sie doch auch schon früh als beglückendes Handeln beschrieben. Seine Vorstellungen variieren historisch und reichen von der Schau der Wahrheit bis zur Entfaltung von Individualität. Auch sie sind durch Herrschaft kontaminiert, die sie offen als Bedarf an Sklaven oder untergeordneten Arbeitskräften formulieren. Damit geben sie freilich zu erkennen, daß das in der Arbeit vermittelte Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit herrschaftlich bestimmt ist. Nicht natürliche Unbill, sondern sozialer Zwang liegt ihm zugrunde. Er ist in die Begriffsgeschichte der Arbeit von Anfang an eingeschrieben.

scheint Münster 1999.

<sup>i</sup> Der folgende Text ist ein Vorabdruck aus: Enzyklopädie der Philosophie. Hrsg. v. H. J. Sandkühler. 2 Bde. Erscheint Hamburg 1999.

<sup>1</sup> Vgl. Hund 1990, S. 24. (Im folgenden wird jeweils ohne eventuelle Hervorhebungen des Originals zitiert).

<sup>2</sup> Vgl. Langerbeck 1963, Richter 1989.

<sup>3</sup> Vgl. Asholt, Fährnders 1991.

Schon in der Morgendämmerung der abendländischen Philosophie läßt Hesiod anklingen, daß der zwiespältige Charakter der Arbeit ihrer durch Herrschaft geprägten Verfassung geschuldet ist. Er versucht, dem mit der Zweiteilung der Eris Ausdruck zu geben. In der Theogonie noch ganz Göttin des Zwistes und des Leids (Th 225 ff.), zerfällt sie in Werke und Tage in eine verderbliche Eris, die Hader und Krieg sät, und in eine lobenswerte Eris, die zu Fleiß und Eifer anspricht (E 11 ff.). Streit und Wettstreit aber rechnen beide zur Arbeit (ergon) der Menschen. Sie teilt sich in die gerechten Arbeiten der Demeter (E 230, 392) und die frevelhaften Arbeiten des Ares (E 237, 145 f.). Vor diesem Hintergrund entwirft Hesiod ein Vademecum tugendhaften Lebens, in dem der Arbeit zentraler Stellenwert zukommt. Sie ist den Menschen von den Göttern bestimmt (E 397) und begründet einen allseitigen Lebenszusammenhang, dessen Wortfeld neben Landarbeit, Krieg und Seefahrt auch die Liebe (Arbeit der Aphrodite) und selbst noch die Faulheit (aergia) umfaßt (E 520 u. 297 ff.). Mit Freude und zur rechten Zeit getan (E 305 u. 421, 693), vermittelt Arbeit materielles Auskommen und soziale Anerkennung (E 312).

Die fortschreitende Entfaltung der Klassengesellschaft führt zur sozialen Differenzierung des Arbeitsverständnisses der griechischen Antike.<sup>4</sup> Es wird nicht etwa dadurch geprägt, daß die herrschenden Klassen die Mühe gescheut hätten. Von den Philosophen als Leitern seiner idealen Stadt verlangt Platon geradezu, sie müßten müheliebig (philóponos) sein (P 535 c). Auch andere anstrengende Arbeit wird nicht rundweg abgetan. Xenophon läßt keinen Zweifel daran, daß es vernünftiger sei, in der Not zu arbeiten, als nichts zu tun (E 2.7). Auch rechnet er Mühe generell zu den Bedingungen gelungenen Handelns. Derjenige, „welcher freiwillig etwas auf sich nimmt“, freue sich „wegen der guten Hoffnung, welche die Anstrengungen hervorrufen“. Außerdem seien „[m]ühselige Arbeit und sofortige Genüsse [...] nicht imstande, dem Körper Wohlbefinden zu verschaffen“ (E 2.1, 18 u. 20).

Auch Aristoteles erlaubt, gelegentlich selbst Hand anzulegen. Die dafür erforderlichen Bedingungen fügt er allerdings nachdrücklich hinzu: „Denn manches kann man für sich selbst oder seine Freunde oder um der Tugend willen tun, ohne daß es für einen freien Mann unschicklich wäre; wenn man aber ganz dasselbe für andere tut, wird man häufig als jemand gelten, der Tagelöhner- und Sklavenarbeit verrichtet“ (P 1337 b, 15 ff.). Schon der klassischen griechischen Philosophie erscheint die vergesellschaftete Arbeit derart mit Herrschaft verknüpft, daß sie ihr gegenüber nicht nur auf eine autarke Lebensform sinnt, sondern jede äußere Zweckbestimmung als Einschränkung freien Handelns betrachtet. Sie gibt deswegen zwar den Begriff der Arbeit nicht preis. Er wird jedoch unterschiedlich konnotiert und dadurch inhaltlich widersprüchlich.

Auf der Suche nach dem Weg zur Glückseligkeit fragt Aristoteles nach der Arbeit (ergon) des Menschen (NE 1097 b 20 ff.). Die aber trennt er von allen

<sup>4</sup> Vgl. Meier 1983/84, Riedel 1973, Vernant 1973, Welskopf 1962.

Tätigkeiten, die auf ein Ziel außerhalb ihrer selbst gerichtet sind. Die Arbeit des Menschen bedürfe der Unabhängigkeit, der Selbstbestimmung und der Muße. Deswegen sei jede Form der Lohnarbeit banausisch, weil ihr Tun von anderen bestimmt werde - was nicht heißt, daß man etwas nicht „aus Not zum eigenen Gebrauch“ machen dürfe: „denn hier tritt der Fall nicht [...] ein, daß man bald Herr und bald Diener ist“ (P 1277 b 1 ff.). Doch auch die Arbeit der Politik kann nicht die höchste Stufe der Tugend erreichen. Denn in ihr sei man von der Zustimmung der Mitbürger abhängig (NE 1177 b 5 ff.). Somit könne, „wer [...] jenen Genuß sucht, den der Mensch rein aus sich selber schöpft, [...] das Mittel nirgends anders finden als in der Philosophie, denn alle anderen Genüsse bedürfen der Beihilfe anderer Menschen“ (P 1267 a 10 ff.).

Um dieser Differenz Ausdruck zu verleihen, verbindet Aristoteles den Begriff der Arbeit mit zwei bedeutsamen Unterscheidungen, die seine kategoriale Aufspaltung vorbereiten.<sup>5</sup> Arbeit kann ein Tun sein, welches äußeren Zwecken dient (poiesis) oder seinen Zweck im Vollzug des Handelns selbst hat (praxis) und sie kann mit Muße (scholē) oder Ruhelosigkeit (ascholia) getan werden. Philosophie als wahre Arbeit des Menschen liegt in den Bereichen der Praxis und der Muße. Es macht die Schmach dieser Begriffsbildung aus, daß sie solches Tun als Freiheit weniger faßt, die nur auf der Abhängigkeit vieler gedeihen könne. Bei Aristoteles mündet sie in die bis heute rezente herrschaftliche Aufteilung der Menschen nach Geschlecht, Klasse und Kultur. Frauen, Lohnabhängigen und Sklaven bleibe die Arbeit des Menschen verschlossen.

Die Überlieferung der antiken Arbeitsauffassung ins europäische Mittelalter in römischer und jüdisch-christlicher Prägung ist ambivalent. Sie enthält die Vorstellung machtvoller Arbeit, deren „labor omnia vicit“ (Vergil, G 1, 144) sich von der Landarbeit (labor rusticus) bis zur Kriegsarbeit (labor militaris) erstreckt und Arbeit geradezu als Grundlage imperialer Machtentfaltung versteht: „[c]ogitate quantis laboribus fundatum imperium“ (Cicero, C 4, 19). Sie transportiert aber auch den Bedeutungsverlust insbesondere der politischen Arbeit (labor publicus) nach dem Ende der Republik, der auf eigene Vervollkommung zielende Aktivitäten entgegengesetzt werden.<sup>6</sup>

Das Christentum verstärkt diese Zweispältigkeit.<sup>7</sup> Sein tätiger Gott, der den Menschen als Arbeiter in der Garten Eden setzt (Genesis 2, 15) und selbst als Sohn eines Handwerkers Fleisch wird (Markus 6, 3), vermittelt eine positive Wertung der Arbeit. Gleichzeitig wird diese aber durch die Verfluchung des Ackers (Genesis 3, 17) mit dem Odium von Strafe und Buße behaftet. In dieser Verquickung predigen sie die Kirchenväter und geht ihr Verständnis in die klösterlichen Lebensregeln ein.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Vgl. Ebert 1976, Gigon 1985, Roche 1988.

<sup>6</sup> Vgl. Lau 1975, S. 145 ff.

<sup>7</sup> Vgl. Bienert 1974.

<sup>8</sup> Vgl. Le Goff 1987

Das Mittelalter faßt den Begriff der Arbeit entsprechend ambivalent.<sup>9</sup> Im organischen Modell der drei Ordnungen ist sie als notwendig anerkannt, wird aber mit der Einteilung der gesellschaftlichen Individuen in oratores, bellatores und laboratores kategorial vervielfältigt. Mit der Entwicklung der Kirche zum ideologischen Zentrum des Feudalismus findet dieser Prozeß in der Aufteilung des Lebens in vita activa und vita contemplativa (Thomas von Aquin, Sth 2.2, q.179,2) theoretischen Ausdruck. In ihr wird Arbeit gleichzeitig positiv gewertet und unter Kuratel gestellt (Sth 2.2, q.187,3 u. q.182,1). Das darin enthaltene Moment der Herrschaft bringt das Väterbuch auch sprachlich zum Ausdruck: „mich duncket daz Maria | Marten ouch bedurfe wol, | ob man zu tugenden wahsen sol. | Maria die hât vriheit | so hât Martha a r b e i t. | Daz jene hât ein vri leben, | daz will ir Got durch diese geben“.<sup>10</sup>

Dieses Konzept gerät jedoch unter zunehmenden sozialen, politischen und ideologischen Druck. Das Städtebürgertum verbindet Arbeit mit Reichtum, Ansehen und Glück (Alberti, Fa, v.a. S. 165ff.). Die unteren Klassen behaupten, „de stât van den arbeiders“ sei der erste Stand, „borgerie und kôplude“, „de geistliken“ und „de vorsten“ verdankten ihm ihre Existenz (Reineke de Vos, S. IV f.). Am Ausgang des Mittelalters steht schließlich ein Arbeitsverständnis, das zwar begrifflich verallgemeinert, dabei aber in sich widersprüchlich ist. Weltlich wird die Arbeit zur Allmacht erhoben. Geistlich wird alle Arbeit zu bußfertiger Gottesdienst erklärt. In beiden Fällen erklingt ein Hohelied der Arbeit. Einerseits freilich lautet sein Refrain: „Dann nicht ist also schwer und scharff, | Das nicht die arbeit underwarff, | Nichts mag kaum sein so ungelegen | Welchs nicht die Arbeit bring zuwegen“ (Fischart, Sch 41 ff.). Andererseits erklingen moderatere Töne: „Erbeyten mus man, aber das ist umb sonst, wo die erbeyt alleyne ist und sich meynet selbst zu erneeren. Sie thuts nicht, Gott mus es thun [...] Erbeyten gepuert dyr, Aber erneeren und haus hallten gehoeret Gott alleyne zu“ (Luther, AF, S. 366 f.). In der Ambivalenz, mit der Arbeit zur schöpferischen Kraft erklärt und ihr Erfolg von ihrem Vollzug abgetrennt wird, ist der moderne Arbeitsbegriff vorbereitet.

In der bürgerlichen Gesellschaft wird Arbeit<sup>11</sup> als entfremdeter Prozeß der Selbstentwicklung verstanden. Die Ausprägung ihres Begriffes erfolgt in Etappen. Am Anfang steht die naive Konstitution des bürgerlichen Subjekts bei Locke. Rousseau und Smith problematisieren dessen Konzept und fassen Arbeit als dialektische Entwicklung, wobei sie je unterschiedlich deren Kosten oder Erträge betonen. Kant systematisiert diese Auffassung und versucht, das in ihr enthaltene Moment sozialer Herrschaft zu entschärfen und in das Modell der Selbstbeherrschung zu überführen. Hegel enthüllt die damit verbundene Camouflage als Kampf zwischen Herrn und Knecht, verzichtet aber auf die Kritik seiner herrschaftlichen Verfassung. In deren Kritik durch Marx wird ein

<sup>9</sup> Vgl. Gurjewitsch 1982, Stahleder 1972, DUBY 1986.

<sup>10</sup> Zit. n. Geist 1931, S. 95.

<sup>11</sup> Vgl. Conze 1979, S. 167 ff., Hund 1990, S. 45 ff.

Verständnis von Arbeit angedeutet, das herrschaftsfreie Vergesellschaftung und Entwicklung zu denken erlaubt. Spätere philosophische Versuche haben das in diesen Überlegungen entwickelte Thema im wesentlichen entweder verballhornt oder variiert.<sup>12</sup>

Locke, der sein Nachdenken im übrigen als *workmanship of the mind* und *labour of thought* (HU 3.5,14 u. 4.3,6) versteht, repräsentiert die heroische Phase der Entwicklung des modernen Begriffs der Arbeit. Das in ihm enthaltene Moment der Herrschaft wird daher gleich mehrfach offen angesprochen.<sup>13</sup>

Zunächst tritt es als Anthropologie der Faulheit auf. Die schon in der Antike aus dem Bereich sozialen Zwanges in die Sphäre naturbedingter äußerer Zwecke verschobene Notwendigkeit zur Arbeit, die im Mittelalter im Bild der Stände und der kategorialen Verbindung materieller Reproduktion und Arbeit fortgeschrieben wird, ist zu einem natürlichen Kennzeichen der Menschen geworden. Sie arbeiteten demnach lediglich, wenn ihnen Gegenstände des Genusses fehlten, so „daß das Unbehagen die wichtigste Triebfeder des menschlichen Fleißes und der menschlichen Arbeit ist“ (HU 2.20,6).

Ferner wird Arbeit als Besitzergreifung in unmittelbarer Verbindung mit Eigentum verstanden. Das Recht des Menschen an der eigenen Person interpretiert Locke so, daß es „[t]he Labour of his Body, and the Work of his Hands“ (G §27) einschließt. Arbeit bedeute Vermischung ihres Gegenstands mit eigener Energie und begründe damit das Recht auf ihre Produkte. In dieser Form entspringe sie ebenso der Natur des Menschen wie der Vorsehung und vermittele neben Eigentum auch Herrschaft: „Gottes Gebot und seine Bedürfnisse zwangen ihn, zu arbeiten. Worauf immer er seine Arbeit richtete, war sein Eigentum [...] So erkennen wir, daß die Unterwerfung oder Kultivierung der Erde und die Ausübung von Herrschaft [dominion] eng miteinander verbunden sind“ (G §35). Dominion ist dabei nicht nur ein juristischer Begriff, sondern schließt ein soziales Verhältnis ein. Es meint tatsächlich den „Master of a Family with all these subordinate Relations of Wife, Children, Servants and Slaves“ (G §86). Ungerührt kann Locke deswegen schlußfolgern: „Das Gras, das mein Pferd gefressen, der Torf, den mein Knecht gestochen, und das Erz, das ich [...] gegraben, [...] werden [...] mein Eigentum. Es war meine Arbeit, die [...] mein Eigentum an ihnen bestimmt hat“ (G §28). Die eigene Arbeit wird hier doppelt als Herrschaftsverhältnis begriffen: Sie ist Unterwerfung der Natur und Verfügung über fremde Arbeitskraft.

Schließlich schlägt sich das Moment der Herrschaft auch sprachlich nieder. Selbstverständlich sieht auch Locke einen großen Teil der Arbeit mit Mühen, *pain, toil and sweat* (G §43) verbunden, die eines gentleman unwürdig sind. Sein allgemeiner Begriff der Arbeit ist deswegen mit deren überkommenem Verständnis unterlegt. Naturaneignung verlange *labour art and thought* (ED, S.

<sup>12</sup> Vgl. u.a. Arendt 1981, Lukács 1973, Habermas 1981.

<sup>13</sup> Vgl. Brouck 1992, Macpherson 1967.

84), mühevoll Anstrengung, kunstvolle Fertigkeiten und planvolles Nachdenken. Diese Differenzierung ist Bestandteil des Arbeitsbegriffs. Sie macht ihn ebenso äquivok, wie sie seine sprachliche Vielfalt fortbestehen läßt.

Die kategoriale Spannung zwischen Aneignung und Ausbeutung, *labour value* und *labouring poor*, erzwingt die Analyse des im Begriff der Arbeit enthaltenen sozialen Widerspruchs. Sie mündet in die Kategorie der Entfremdung, die von Rousseau bis Marx in verschiedenen Etappen und mit unterschiedlichem Zungenschlag entfaltet wird.

Rousseau erscheint Entfremdung so elementar, daß er sie einerseits mit Vergesellschaftung überhaupt gleichsetzt. Ihre Abwesenheit läßt sich dann nur noch am Modell isolierter einzelner in einem hypothetischen Naturzustand denken (In, S. 47, S. 71). So sehr ihm aber auch Soziabilität und Herrschaft zusammenfallen (In, S. 93), nennt er andererseits doch die Bedingungen ihrer Verbindung. Sie lägen im Furor der Distinktion (In, S. 256), der sich auf den Erwerb äußerer Merkmale der Differenz richte: „Man tut alles, um sich zu bereichern, aber man will reich sein, um angesehen zu sein“ (PF, S. 232). Der Modus solchen Bestrebens ist entfremdete Arbeit, die Rousseau mit Sisyphus vergleicht (PF, S. 233) und als Arbeit zum Tode charakterisiert: „Der wilde Mensch und der zivilisierte Mensch sind im Grunde ihres Herzens und in ihren Neigungen derart verschieden, daß das, was das höchste Glück des einen ausmacht, den anderen zur Verzweiflung treiben würde. Der erstere atmet nur Ruhe und Freiheit; er will nur leben und müßig bleiben [...] Der Bürger dagegen, immer aktiv, schwitzt, hetzt und quält sich unablässig, um sich noch mühsamere [labourieuses] Beschäftigungen zu suchen; er arbeitet [travaille] bis zum Tode [...] Er macht den Großen, die er haßt, und den Reichen, die er verachtet, den Hof [...] Der Wilde lebt in sich selbst, der soziale Mensch weiß, immer außer sich, nur in der Meinung der anderen zu leben; und sozusagen aus ihrem Urteil allein bezieht er das Gefühl seiner eigenen Existenz“ (In, S. 267 ff.).

Gegenüber der entfremdeten Arbeit der Distinktion kennt Rousseau indessen auch die beglückende Arbeit der Genügsamkeit: „Solange die Menschen sich [...] nur Arbeiten [ouvrages] widmeten, die ein einzelner bewältigen konnte, [...] lebten sie [...] frei [...] und glücklich [...] und fuhren sie fort, untereinander die Süße eines unabhängigen Verkehrs zu genießen. Aber [...] sobald man bemerkte, daß es für einen einzelnen nützlich war, Vorräte für zwei zu haben, verschwand die Gleichheit, das Eigentum kam auf, die Arbeit [travail] wurde notwendig und die weiten Wälder verwandelten sich in lachende Felder, die mit dem Schweiß der Menschen getränkt werden mußten und in denen man bald die Sklaverei und das Elend sprießen und mit den Ernten wachsen sah“ (In, S. 195 ff.).

Mit der Unterscheidung zwischen *travail* und *ouvrage* wird ersichtlich nicht die Abhängigkeit der Menschen von der Natur, sondern die herrschaftliche Verfassung der Gesellschaft beklagt (E, S. 311). Doch denunziert Rousseau diese Kritik wieder, indem er die Frau zum geborenen moralischen Wesen er-

klärt, die naturgemäß dem Zwang der öffentlichen Meinung und der Arbeit für andere unterliege (E, S. 394, S. 399). Nur unter dem Vorzeichen selbstloser Frauenarbeit gelingt es ihm deswegen, Arbeit als Fest und die Lust zur Arbeit (NH, S. 633, S. 584) zu denken.

Smith teilt Rousseaus Diagnose der entfremdeten Arbeit. Allerdings beklagt er sie nicht, sondern hält sie für notwendig. Das gilt sowohl für ökonomische Ausbeutung wie für moralische Verdinglichung.

Im Unterschied zu Locke weiß Smith nicht nur, daß Eigentum aus fremder Arbeit entsteht. Er spricht diesen Umstand auch offen aus. Die Einkommen der Besitzer des Bodens wie des Kapitals gelten ihm als Abzug vom Ertrag der Arbeit (WN, S. 56 f.). Dabei erhielten die Reichen, die nicht oder kaum arbeiteten, am meisten, die armen Arbeiter hingegen am wenigsten (ED, S. 563 f.). Gleichwohl akzeptierten auch sie Reichtum als moralischen Maßstab (TMS, S. 87 f.) und orientierten sich wie die anderen gesellschaftlichen Schichten an ihm. Damit unterliegen die Menschen zwar einer Täuschung, denn dieser Bezugspunkt ist ebenso verdinglicht wie nichtig (TMS, S. 310 ff.). Doch setzt diese Täuschung gleichzeitig die Energien für den Prozeß der Zivilisation frei: „Die Freuden, welche Wohlstand und hoher Rang bieten, drängen sich [...] der Einbildungskraft als etwas Großes und Schönes und Edles auf, dessen Erlangung wohl aller Mühen und Ängste wert ist [...] Und es ist gut, daß die Natur uns in dieser Weise betrügt. Denn diese Täuschung ist es, was den Fleiß der Menschen erweckt und in beständiger Bewegung erhält. Sie ist es, was sie zuerst antreibt, Häuser zu bauen, Städte und staatliche Gemeinwesen zu gründen, alle die Wissenschaften und Künste zu erfinden und auszubilden, die das menschliche Leben veredeln und verschönern, die das Antlitz des Erdballs durchaus verändert haben, die die rauen Urwälder in angenehme und fruchtbare Ebenen verwandelt und das pfadlose, öde Weltmeer zu einer neuen Quelle von Einkommen und zu der großen Heerstraße des Verkehrs gemacht haben“ (TMS, S. 315).

Rousseaus lachende Felder und Smith fruchtbare Ebenen entspringen der Topographie der Aufklärung. Während Rousseau deren herrschaftlichen Charakter beklagt, akzeptiert ihn Smith als Bedingung des Fortschritts. Kant geht entschlossen einen Schritt weiter und erklärt entfremdete Arbeit zur *conditio humana*, denkt Arbeit und Zwang als Einheit (Päd, S. 729) und macht sie in dieser Form zur Pflicht des Menschen, „sich aus der Rohigkeit [...] empor zu arbeiten“ (MS, S. 516 f.). Als Motor dieser Entwicklung gilt Kant die „Vernunft“. Sie treibe den Menschen an, „die Mühe, die er haßt, dennoch geduldig über sich zu nehmen“ (M, S. 92), stieße ihn „aus dem Zeitabschnitte der Gemächlichkeit und des Friedens in den der Arbeit und Zwietracht“ (M, S. 95 f.) und ließe ihn die „leere Sehnsucht“ nach dem „goldenen Zeitalter[]“ überwinden, das doch nur „das Schattenbild [...] eines sorgenfreien in Faulheit verträumten oder mit kindischem Spiel vertändelten Lebens“ (M, S. 100 f.) wäre.

Kant ist sich aber selbst bei den Philosophen nicht sicher, daß sie „die herkuli-

sche Arbeit des Selbsterkenntnisses“ zu leisten bereit sind (Ph, S. 379). Vom „Volk“ meint er ohnehin zu wissen, es habe eine „Neigung zu genießen und Abneigung, sich darum zu bearbeiten“ (SdF, S. 293). Die Selbstbeherrschung des Menschen, d.h. „alle seine Vermögen und Neigungen unter seine (der Vernunft) Gewalt zu bringen“ (MS, S. 540), gilt ihm als durchaus schwieriges Unterfangen. Ja, er rechnet sogar mit einem „gewisse[n] Grad von Misologie, d.i. Haß der Vernunft“, durch die man sich „Mühseligkeit auf den Hals gezogen“ (GMS, S. 21) habe. Daher flankiert er sein Modell der durch Vernunft erzwungenen Arbeit der Selbstentwicklung mit der von ihm als durchaus vulgär betrachteten Arbeit der Distinktion, die den Menschen „dahin bringt, seinen Hang zur Faulheit zu überwinden, und, getrieben durch Ehrsucht, Herrschsucht oder Habsucht, sich einen Rang unter seinen Mitmenschen zu verschaffen“ (G, S. 38). Spätestens seine „mißgünstig wetteifernde Eitelkeit“ und „Begierde zum Haben“ und „zum Herrschen“ brächten ihn dazu, „sich in Arbeit und Mühseligkeit [zu] stürzen“ (G, S. 38 f.).

Hegel nennt Rousseaus Anklage, Smiths Legitimation und Kants Verinnerlichung der entfremdeten Arbeit beim Namen und bringt sie in der Legende von Herr und Knecht (Ph, B IV A) auf den Begriff. Auch wenn er den in der Konzeption der brav ihren unterschiedlichen Tätigkeiten nachgehenden Ständen (Rph §§ 201 ff.) wieder verrät, ist die Einsicht, daß die Arbeit des Knechtes „den Anfang der Weisheit“ (Enz § 435) mache und „das arbeitende Bewußtsein“ (Ph, S. 149) den Weg der Selbsterkenntnis beschreite, nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Arbeit wird, wenn auch in idealistischer Manier, als Konstitutionsprozeß der Menschheit beschrieben, der materielle Produktion, gesellschaftliche Beziehungen und intellektuelle Reflexion gleichzeitig vermittelt und differenziert.

Wo Marx anschließend Arbeit „das Fürsichwerden des Menschen innerhalb der Entäußerung“ (Ms, S. 574) nennt, besteht er nachdrücklich auf dem sozialen Charakter dieses Prozesses. Seine Entfremdung resultiere nicht aus seinem Gegenstandsbezug, welcher vielmehr als Ausdruck der produktiven „Lebenstätigkeit“ der Menschen im Stoffwechsel mit der Natur (Ms, S. 516) gilt, sondern sei seiner herrschaftlichen Verfassung geschuldet. Deren Kritik mündet in die These von der „Erzeugung des Menschen durch die menschliche Arbeit“ (Ms, S. 546), die als allseitige Vergegenständlichung, Herstellung „[p]hysisch[er]“ wie „geistige[r] Lebensmittel“ (Ms, S. 515) und allseitige Aneignung, sinnlich wie intellektuell (Ms, S. 539 ff.), gedacht wird.

Weil dieses Konzept sprachlich uneinheitlich vorgetragen und mit der Konzentration auf die Kritik der politischen Ökonomie nur eingeschränkt entfaltet und nicht immer klar formuliert wird,<sup>14</sup> hat es späteren ökonomistischen Verkürzungen Vorschub geleistet. Doch ist seine Vorstellung der „Arbeit“ als „Betätigung der Freiheit“ (Gr, S. 512) nicht aufgegeben worden. Zwar enthält sie auch herrschaftliche Elemente, die etwa im Begriff der Industrie (Ms, S.

<sup>14</sup> Vgl. Haug 1994, Hund 1992.

542 f.) oder dem stadialen Modell der Geschichte als „progressive“ Folge von „Gesellschaftsformation[en]“ (KPÖ, S. 9) Ausdruck finden. Allerdings wird der Bereich der Notwendigkeit hierbei nicht nur historisch gefaßt, sondern mit seiner Entzifferung als Klassenherrschaft auch der Möglichkeit radikaler Kritik überantwortet. Ihre sozialphilosophischen Ansatzpunkte liegen in der Analyse der Entfremdung als herrschaftlicher Verfassung und Differenzierung der Arbeit (Ms, S. 510 ff.), finden sich in der Entzifferung des Warenfetischismus und des Geldes als der verdinglichten Gewalt toter Arbeit über die lebendige (K 1, S. 85 ff.) und lassen sich der umfassenden Konzeption des Arbeitsverständnisses entnehmen, das die Produktion von Lebensmitteln ebenso umfaßt wie die von Bedürfnissen, sozialen Beziehungen, Bewußtsein und Sprache (DI, S. 28 ff.).

### Bibliographie

- Alberti, L. B., [Fa], Vom Hauswesen (Della Famiglia). München 1986.  
 Arendt, H., 1981, Vita activa oder Vom tätigen Leben. München / Zürich.  
 Aristoteles, [NE], Die Nikomachische Ethik (ed. O. Gigon). München 1972.  
 Aristoteles, [P], Politik (ed. W. Kullmann). Reinbek bei Hamburg 1994.  
 Asholt, W., Fähnders, W. (Hg.), 1991, Arbeit und Müßiggang 1789-1914, Frankfurt.  
 Bienert, W., 1954, Die Arbeit nach der Lehre der Bibel, Stuttgart.  
 Brocker, M., 1992, Arbeit und Eigentum. Darmstadt.  
 Cicero, [C], In Catilinam I - IV. In: Cicero in 28 Volumes (ed. L. E. Lord), Bd. 10, London / Cambridge (Mass.) 1937.  
 Conze, W., 1979, Arbeit. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. v. O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck, Bd. 1, Stuttgart.  
 Duby, G., 1986, Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus. Frankfurt.  
 Ebert, Th., 1976, Praxis und Poiesis. Zu einer handlungstheoretischen Unterscheidung des Aristoteles. In: Zeitschrift für philosophische Forschung, 30, 1.  
 Fischart, J., [Sch], Das glückhafte Schiff von Zürich (1577), hg. v. G. Baesecke, Halle 1901.  
 Geist, H., 1931, Arbeit. Die Entscheidung eines Wortwertes durch Luther. In: Luther-Jahrbuch, 13.  
 Genesis, Das Buch Genesis. In: Neue Jerusalem Bibel, Freiburg 1985.  
 Gigon, O., 1985, Die Eudaimonia im ersten Buch der Nikomachischen Ethik. In: J. Wiesner (Hg.), Aristoteles. Werk und Wirkung, Bd.1, Berlin / New York.  
 Gurjewitsch, A. J., 1982, Das Weltbild des mittelalterlichen Menschen, München.  
 Habermas, J., 1981, Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt.  
 Haug, F., 1994, Arbeit. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, hg. v. W. F. Haug, Bd. 1, Hamburg.  
 Hegel, G. W. F., [Enz], Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften (1830) (ed. F. Nicolini, O. Pöggeler), Hamburg 1975.  
 Hegel, G. W. F., [Ph], Phänomenologie des Geistes (ed. J. Hoffmeister), Hamburg 1952.  
 Hegel, G. W. F., [Rph], Grundlinien der Philosophie des Rechts (ed. K. Löwith, M. Riedel), Hegel Studienausgabe, Bd. 2, Frankfurt 1968.  
 Hesiod, [E], Werke und Tage (ed. O. Schönberger), Stuttgart 1996.

- Hesiod, [Th], Theogonie. In: ders., Werke (ed. L. u. K. Hallof), Berlin / Weimar 1994.  
 Hund, W. D., 1990, Stichwort: Arbeit, Heilbronn.  
 Hund, W. D., 1992, 'Arbeit sans phrase'. Anmerkungen zum Arbeitsbegriff der Kritik der politischen Ökonomie. In: Dialektik, 3.  
 Kant, I., [KW], Werke in zehn Bänden (ed. W. Weischedel), Darmstadt 1968.  
 Kant, I., [G], Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. In: KW 9.  
 Kant, I., [GMS], Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. In: KW 6.  
 Kant, I., [M], Mutmaßlicher Anfang der Menschengeschichte. In: KW 9.  
 Kant, I., [MS], Die Metaphysik der Sitten. In: KW 7.  
 Kant, I., [Päd], Über Pädagogik. In: KW 10.  
 Kant, I., [Ph], Von einem neuerdings erhobenen vornehmen Ton in der Philosophie. In: KW 5.  
 Kant, I., [SdF], Der Streit der Fakultäten. In: KW 9.  
 Langerbeck, H., 1963, Die Vorstellung vom Schlaraffenland in der alten attischen Komödie. In: Zeitschrift für Volkskunde, 59.  
 Lau, D., 1975, Der lateinische Begriff LABOR, München.  
 Le Goff, J., 1987, Für ein anderes Mittelalter. Weingarten.  
 Locke, J., [ED], An Early Draft of John Locke's Essay together with Excerpts from his Journals, hg. v. R. J. Aaron, J. Gibb, Oxford 1936.  
 Locke, J., [G], Two Treatises of Government (ed. P. Laslett), Cambridge 1970; Zwei Abhandlungen über die Regierung (ed. W. Euchner), Frankfurt 1977.  
 Locke, J., [HU], An Essay concerning Human Understanding (ed. P. H. Nidditch), Oxford 1975; Über den menschlichen Verstand, 2 Bde., Berlin 1962.  
 Lukács, G., 1973, Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die Arbeit. Darmstadt / Neuwied.  
 Luther, M., [AF], Martinus Luther Allen lieben freunden ynn christo zu Rigen und ynn Liffland. In: ders., Werke, Bd.15, Weimar 1899.  
 Macpherson, C. B., 1967, Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Frankfurt.  
 Markus, Das Evangelium nach Markus. In: Neue Jerusalem Bibel. Freiburg 1985.  
 Marx, K., [Gr], Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW 42.  
 Marx, K., [K 1], Das Kapital. In: MEW 23.  
 Marx, K., [KPÖ], Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW 13.  
 Marx, K., [MS], Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In: MEW 40.  
 Marx, K., F. Engels, [DI], Die deutsche Ideologie. In: MEW 3.  
 Marx, K., F. Engels, [MEW], Werke. Berlin 1956 ff.  
 Meier, Ch., 1983/84, Arbeit, Politik, Identität - Neue Fragen im alten Athen? In: Chronik der Ludwig-Maximilians-Universität. München.  
 Platon, [P], Politeia. In: ders., Sämtliche Werke (ed. W. F. Otto u.a.), Bd.3, Reinbek bei Hamburg 1958.  
 Reineke de Vos, nach der ältesten Ausgabe (Lübeck 1498), hg. v. A. Lübben, Oldenburg 1867.  
 Richter, D., 1989, Schlaraffenland, Frankfurt.  
 Riedel, M., 1973, Arbeit. In: H. Krings, H. M. Baumgartner, Ch. Wild (Hg.), Handbuch philosophischer Grundbegriffe, Bd.1, München.

- Roche, T.D., 1988, Ergon and Eudaimonia in Nicomachean Ethics 1: Reconsidering the Intellectualist Interpretation. In: *Journal of the History of Philosophy*, 26, 2.
- Rousseau, J.-J., [E], *Emil oder Über die Erziehung*. Paderborn 1981.
- Rousseau, J.-J., [In], *Diskurs über die Ungleichheit. Discours sur l'inégalité* (ed. H. Meier), Paderborn 1984.
- Rousseau, J.-J., [NH], *Julie oder Die neue Héloïse*, München 1978.
- Rousseau, J.-J., [PF], *Politische Fragmente*. In: ders., *Politische Schriften*, Bd. 1, Paderborn 1977.
- Smith, A., [ED], *Early Draft of Part of The Wealth of Nations*. In: ders., *Lectures on Jurisprudence* (ed. R. L. Meek, D. D. Raphael, P. G. Stein), Oxford 1978.
- Smith, A., [TMS], *Theorie der ethischen Gefühle* (ed. W. Eckstein), Hamburg 1977.
- Smith, A., [WN], *Der Wohlstand der Nationen* (ed. H. C. Recktenwald), München 1978.
- Stahleder, H., 1972, *Arbeit in der mittelalterlichen Gesellschaft*. München.
- Thomas von Aquin, [Sth], *Summa theologica*. Heidelberg u.a. und Graz u.a., Bde. 11, 1940; 20, 1943; 23, 1953; 24, 1952.
- Vergil, [G], *Georgicon*. In: *Vergil in 2 Volumes* (ed. H. Rushton Fairclough), Bd. 1, London / Cambridge (Mass.) 1935.
- Vernant, J.-P., 1973, *Arbeit und Natur in der griechischen Antike*. In: K. Eder (Hg.), *Seminar: Die Entstehung von Klassengesellschaften*. Frankfurt.
- Weiskopf, E. Ch., 1962, *Probleme der Muße im alten Hellas*. Berlin.
- Xenophon, [E], *Erinnerungen an Sokrates* (ed. R. Preiswerk), Stuttgart 1985.

Erich Hahn

## Ideologien am Ende eines Jahrzehnts

Heute reden alle vom „postideologischen Zeitalter“. Aber in den letzten 50 Jahren ... ist diese Parole viel zu oft ausgerufen und wieder dementiert worden, als daß sie noch wahr sein könnte.  
(Jürgen Habermas im Oktober 1998<sup>1</sup>)

Der Regierungswechsel im Herbst 1998 hat an der ideologischen Grundkonstellation nichts wesentliches geändert. Die ihn begleitenden ideologischen Auseinandersetzungen sowie das Verhalten der Wähler haben jedoch eine gewisse Bewegung im gesellschaftlichen Bewußtsein offenbart.

Umfassend registriert und kommentiert wurde ein Stimmungswandel in breiten Kreisen der Bevölkerung, in dem Unzufriedenheit mit der Kohlregierung, diffuse Erwartungen und Illusionen über Alternativen eine schwer aufzulösende Synthese eingingen. Mindestens die folgenden Differenzierungen dieser Einstellungen und Haltungen scheinen angebracht. Da war der Protest gegen die skandalösen Elemente der Sozialpolitik sowohl bei den Betroffenen selbst als auch bei breiteren Kreisen infolge der Einsicht in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge, besonders die zunehmende soziale Polarisierung. Da war – an dem entgegengesetzten Pol – die Unzufriedenheit mit der mangelhaften Konsequenz und dem unzureichenden Tempo bei der Durchsetzung der neoliberalen Politik. Seit Mitte der neunziger Jahre sei die Liberalisierungsoffensive ins Stocken geraten, beklagt Jan Ross<sup>2</sup>. Und da waren schließlich Sorgen um den Besitzstand bei „Mittelklassen und bei den besser gestellten Teilen der Lohnabhängigen“<sup>3</sup>, die sich der Differenz ihrer sozialen Position gegenüber den wirklich Reichen wie gegenüber den wirklich Armen wohl bewußt sind.

Daraus können sich gewichtige Konsequenzen für politische Sichtweisen und Entscheidungen ergeben. Wobei diese Sorge sowohl von der Ahnung einer bedrohlichen Störung des sozialen Friedens bei Fortsetzung des Sozialabbaus als auch aus dem Gefühl der Unsicherheit der eigenen sozialen Existenz, der Angst vor dem eigenen sozialen Abstieg geprägt sein kann.

Auch die politische Semantik signalisiert die Widersprüchlichkeit der in dem Regierungswechsel zusammenwirkenden Prozesse. Allenthalben wurde das Wahlergebnis als „Sieg der Linken“ apostrophiert. Nicht ohne Grund – wenn man einen sehr weiten und traditionell orientierten Begriff von „links“ zugrunde legt. Andererseits kann die bekannte Äußerung von Gerhard Schröder

<sup>1</sup> Es gibt doch Alternativen, in: *Die Zeit*, 8. Oktober 1998, S. 12.

<sup>2</sup> Jan Ross, *Die Rückkehr der Gleichheit*, in: *Die Zeit*, 14. Januar 1999, S. 3.

<sup>3</sup> Joachim Bischoff, Frank Deppe, Klaus Peter Kisker (Hrsg.), *Das Ende des Neoliberalismus?*, Hamburg 1998, S. 30 (im Folgenden: „Neoliberalismus“).

Zeitung für Linke

**ak**

analyse und kritik

www.akweb.de

garantiert  
regierungsunabhängig

Probeexemplar (3DM in Briefmarken)  
oder gleich ein Abo:

ak - Rombergstr. 10 - 20255 Hamburg  
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175  
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

im Juni 1998 durchaus als symptomatisch für tiefgreifende Veränderungen der sozialdemokratischen Linken angesehen werden: „Das veränderte Umfeld macht die Auseinandersetzung um Neoliberalismus oder Sozialismus, oder 'rechts gegen links' gegenstandslos. Es geht vielmehr darum, die alte Programmatik der Sozialdemokratie, Modernität und soziale Verantwortung, die Verknüpfung von Ökonomie und Gesellschaft neu zu definieren.“<sup>4</sup> Insofern hat Thomas Ebermann wohl recht, wenn er polemisch formuliert: „Was die Leute gedacht haben, als sie die alte Regierung ab- und die neue gewählt haben, das ist ein weites Feld. Das Tragende des Wahlkampfes war im Kern keine Links-Rechts-Konfrontation, sondern eine um den Standort.“<sup>5</sup> Und angesichts der in bürgerlichen Medien anhaltenden, nachgerade genußvollen und mit dem dezenten Hinweis auf zu erwartende Enttäuschungen verbundenen Verleihung des Prädikats „links“ an die neue Regierung wird man den Eindruck nicht los, daß da emsig am Aufbau eines imaginären „linken“ Sündenbocks für kommende Erschütterungen gearbeitet wird.

Einen Akzent im politisch-geistigen Klima hat die verstärkte parlamentarische Präsenz der PDS gesetzt. Deren Entwicklung von einem exotischen Fremdkörper zu einer mehr oder weniger normalen politischen Kraft hat deutliche Verunsicherungen in dem breiten Spektrum bornierter Abwehrhaltungen gegenüber dem Phänomen „Ostdeutschland“ bzw. „DDR“ hervorgerufen. Das Suchen der etablierten Parteien nach einer angemessenen Strategie und Taktik gegenüber der PDS nimmt konfliktreiche, teilweise groteske Formen an.

\*\*\*

Wie könnte die ideologische Grundstruktur am Ende dieser neunziger Jahre bestimmt werden?

Angesichts der weitgehenden theoretischen Verunsicherung auch hinsichtlich der begrifflichen Bestimmungen einer marxistischen Ideologietheorie sei darauf verwiesen, daß im Folgenden davon ausgegangen wird, daß Ideologien praktisch-geistige Formen darstellen, in denen die Menschen sich der Konflikte ihres materiellen Lebensprozesses bewußt werden und sie austragen.

Grundlegender methodischer Ausgangspunkt ist demzufolge das in den letzten Jahren empirisch begründete Verständnis der bundesrepublikanischen Gesellschaft als Klassengesellschaft, deren wesentliche Gliederungen um den Gegensatz von Kapital und Arbeit gruppiert sind.<sup>6</sup>

Allerdings handelt es sich dabei um eine historisch gewordene Grundstruktur,

<sup>4</sup> Zit. in: „Neoliberalismus“, S. 228f.

<sup>5</sup> Junge Welt, 11. 1. 1999, S. 3.

<sup>6</sup> Vgl. Sebastian Herkommer, Strukturwandel der Klassengesellschaft. Theoretische und empirische Befunde, in: Sozialismus, 1/1995, S. 36; Max Koch, Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft, Münster 1994; Beiträge zur Diskussion über „Klassen und Klassentheorie heute“ in Z, Hefte 24 - 27, Dezember 1995 - September 1996.

deren ökonomische, soziale und kulturelle Ausprägungen starken Modifizierungen unterworfen waren und deren ideologische Reflexe keinesfalls auf den abstrakten Gegensatz von bürgerlicher und sozialistischer Ideologie - beide Begriffe bedürfen einer aktuellen inhaltlichen Präzisierung, die über den hier abgesteckten Rahmen weit hinausgeht - reduziert werden können. Auch dürfen, dem oben angedeuteten Ideologieverständnis folgend, derartige ideologische Reflexe - und schon gar nicht ihre Verdichtung zu konkrethistorischen ideologischen Systemen - nicht als unveränderlicher geistiger Niederschlag einer gegebenen sozialen Struktureinheit angesehen werden. Ihre Formierung ist stets das Resultat von Wechselbeziehungen, ihr Auf und Ab ist Ausdruck des Kampfes zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen oder Klassen.

Andererseits wäre es verfehlt, die Wirksamkeit historisch entstandener und tradierter ideologischer Fronten von einer ungebrochenen Kontinuität der sozialstrukturellen Konstellationen abhängig zu machen, die ihrer ursprünglichen Genese zugrundegelegen haben. Die aus den Klassenauseinandersetzungen und politischen Formationen des neunzehnten Jahrhunderts heraus erzeugten, auf die kompromißlose Verteidigung der Ordnung des Kapitals zielenden Axiome der bürgerlichen Ideologie behalten - das bezeugt die Geschichte dieses Jahrhunderts - ihre grundlegende Substanz und Stoßrichtung auch dann bei, wenn die sozialen Strukturen und Subjekte erheblichen Metamorphosen unterliegen.

Die sozialistische Ideologie bzw. sozialistisches Denken befindet sich infolge tiefgreifender Wandlungen in ihren sozialstrukturellen Grundlagen sowie im Ergebnis der historischen Praxis dieses Jahrhunderts in einem nicht abgeschlossenen Prozeß der Rekonstruktion.

Kennzeichnend für die bürgerliche Ideologie in ihrer derzeitigen Gestalt ist eine überaus ambivalente Mischung von außerordentlicher Stabilität ihrer herrschaftssichernden Funktion einerseits bei einer anhaltend gravierenden Erosion ihrer ursprünglichen historisch orientierenden Funktion andererseits.

\*\*\*

Hervorzuheben ist als erstes die anhaltende Hegemonie des Neoliberalismus bzw. Neokonservatismus. Die Unterscheidung ist insofern relativ, als die gleiche soziale Funktion beim Neoliberalismus stärker direkt auf die ökonomisch-gesellschaftliche Programmatik, beim Neokonservatismus eher vermittelt auf den historischen Platz und die kulturelle Totalität des Kapitalismus bezogen wird.

Die strategische Renaissance dieser Strömungen ist um so bemerkenswerter, als

- die bürgerliche Ideologie sich im Resultat des Faschismus und des II. Weltkrieges in einer tiefen moralischen Krise befand,
- in den Nachkriegsjahren die Ersetzung des „macht- und nationalstaatlich“ angelegten Legitimationstypus durch eine „sozialstaatlich erzeugte und per-

petuierte Massenloyalität“, verbunden mit einer weitgehenden Entpolitisierung der Öffentlichkeit<sup>7</sup> zu absolvieren war,

- der Wirtschaftsliberalismus mit der Großen Depression der dreißiger Jahre gründlich gescheitert war
- und der Neoliberalismus der siebziger und achtziger Jahre sich als eine weitgehend aggressiv-reaktionäre Reaktion auf neue gesellschaftliche Krisenerscheinungen durchgesetzt hat.<sup>8</sup>

Ideologietheoretisch relevant ist vor allem die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung - obwohl diese Frage keinesfalls lediglich im Rahmen der Ideologietheorie, sondern nur bei Berücksichtigung der grundlegenden ökonomischen und politischen Beziehungen zu beantworten ist. So steht außer Zweifel, daß der Neoliberalismus seine gegenwärtige Rolle nicht zuletzt dem Umstand verdankt, daß er offensiv Positionen zu mindestens zwei ungelösten Kardinalproblemen der gegenwärtigen und perspektivischen Gesellschaftsentwicklung und -Gestaltung artikuliert: zu den Möglichkeiten und Grenzen der (politischen) Beeinflussung und Steuerbarkeit ökonomischer Prozesse und zur systemverträglichen Struktur der Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen Freiheit und Gerechtigkeit/Gleichheit. Die strategische Defensivposition linker, sozialistischer Ideen dem Neoliberalismus gegenüber besteht darin, nicht mit der gleichen Deutlichkeit und in den gleichen Diskursen aktuelle alternative Positionen zu diesen Grundfragen verfechten zu können.

Vier im engeren Sinne ideologietheoretische Fragestellungen sollen benannt werden. Zum einen: Die Wirksamkeit der neoliberalen Ideologie verdankt sich wesentlich der Tatsache, daß sie in klassischer Manier eine Hegemonialfunktion ausübt. Elemente eines ideologischen Systems wurden nicht schlechthin in das Massenbewußtsein verpflanzt, sondern haben sich in ständiger gezielt/organisierter und spontaner Weise mit Alltagserfahrungen zu einem von relevanten Schichten getragenen Konsens verdichtet.<sup>9</sup> Woraus sich freilich zwei Schlußfolgerungen ergeben:

*Erstens:* Eine Ideologie hat keine Chance zur Massenwirksamkeit, ohne ein derartiges Amalgam mit den spontanen Ebenen und Dimensionen des gesellschaftlichen Bewußtseins einzugehen. Ebenso steht jedoch fest, daß ein gesellschaftlicher Konsens nicht zustandekommt, wenn nicht auf der Basis einer bewußten Vorgabe, eines ideologischen „Angebotes“. Man kommt nicht umhin, die Dankesrede von Hans Magnus Enzensberger für den Heinepreis im

<sup>7</sup> „Neoliberalismus“, S. 63f.

<sup>8</sup> Vgl. „Neoliberalismus“, S. 11, 41ff., 55ff., 69, 75.

<sup>9</sup> Ebd., S. 17, 30ff., 71ff.

Dezember 1998, in der er Ideologeme des Neoliberalismus gleichermaßen wie rückständigste Vorurteile und Stammtischparolen bedient und kolportiert, als Musterbeispiel für genau diese Funktion eines Ideologen anzusehen. „Mit Enzensberger bekommt die Verwüstung der deutschen öffentlichen Sprache durch das neoliberale Kauderwelsch den literarischen Segen“ schrieb zu Recht Werner Rügemer.<sup>10</sup>

*Zweitens:* Der Neoliberalismus entfaltet seine ideologische Wirksamkeit wesentlich in den Bahnen jener Fetischisierungsprozesse und Verschleierungsmechanismen, die der kapitalistischen Produktionsweise objektiv anhaften. Nicht zuletzt über ein breit gefächertes politisches Vokabular werden auf massive Weise, gestützt auf die Macht der Medien, Wahrnehmungsprozesse verfremdet, Einsichten verhindert und Interessen kaschiert.

*Drittens:* bieten die aktuellen Erscheinungsformen von Neoliberalismus und Neokonservatismus ein beredtes Beispiel für die Fähigkeiten einer „Großideologie“, sich - unter der Voraussetzung der relativen Konstanz wesentlicher gesellschaftlicher Strukturen - historisch zu reproduzieren, Korrekturen und Anreicherungen zu bewerkstelligen, Widersprüche zu integrieren und sowohl im Vorder- als auch im Hintergrund des Schauspiels bürgerlicher Herrschaftssicherung zu agieren.<sup>11</sup> Womit ein weiteres Mal die Unhaltbarkeit des „Entideologisierungs“theorems wie der postmodernen Rede vom Verschwinden der Ideologie belegt wird.

*Viertens:* Und schließlich verdankt der Neoliberalismus seine Fortexistenz und Wirksamkeit keinesfalls einer abstrakt-isolierten Konfrontation des ideologischen Bewußtseins mit ökonomischen Realitäten bzw. einer ausschließlich direkt ökonomischen Argumentation, sondern der Kombination mit weiteren, jeweils aktuellen Dimensionen der bürgerlichen Ideologie als Ganzem. Herbert Schui hat gezeigt, in welcher Weise und in welchem starkem Maße der Neoliberalismus gewissermaßen aus seiner inneren Logik heraus auf weltanschaulich-moralische Muster angewiesen ist.<sup>12</sup> Sebastian Herkommer macht auf die enge Bindung politisch-ökonomischer und axiologischer Wirkungsrichtungen des Neokonservatismus aufmerksam - zeitlich ging die neokonservative Kulturkritik, das Bemühen um die Restauration traditioneller Werte und Tugenden sogar der Reaktion auf die Überakkumulationskrise voraus.<sup>13</sup>

<sup>10</sup> Hans Magnus Enzensberger, Über die Gutmütigkeit der Deutschen, in: Der Spiegel, Heft 51/1998, S. 218ff.; Werner Rügemer, Von der moralischen Überdüngung des Mobs, in: Junge Welt, 4. 1. 1999, S. 10.

<sup>11</sup> Vgl. Hans Heinz Holz, Neoliberalismus - Falschmünzerei im Begriff. In: Topos 9, 1997, S. 77ff.

<sup>12</sup> Herbert Schui, Neoliberalismus: Das moderne Projekt der Gegenaufklärung, in: Z, Heft 31, September 1997, S. 30ff.

<sup>13</sup> Vgl. „Neoliberalismus“, S. 19, 23, 27.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die ideologische Realisierung der politischen Herrschaftssicherung in diesen Jahren ist die Dreieinigkeit von Neoliberalismus, Nationalismus und Antikommunismus.

\*\*\*

Die generelle Funktion des Antikommunismus in den letzten 150 Jahren ist umfassend analysiert worden. Ich sehe auch keinen Grund, den Charakter des Antikommunismus nach 1989 anders zu bewerten als vor dieser Wende. Die Auseinandersetzung mit dieser Ideologie ist nicht nur wegen des wahrhaft übermächtigen Drucks des staatlich verordneten Antikommunismus schwieriger geworden. Vor allem scheint die Niederlage des Sozialismus der Oktoberrevolution in vieler Hinsicht die seit 1917 geübte Kritik an diesem Gesellschaftssystem zu bestätigen. Der geistige Kampf auf diesem Feld wird noch lange anhalten. Ich halte aus diesem Grunde Bemühungen für wichtig - und nur darum soll es jetzt gehen - Unterschiede zwischen einer gewissermaßen normalen Kritik an diesem Sozialismus und dem Antikommunismus herauszuarbeiten. Und sei es zur Selbstverständigung, denn hinsichtlich der Wirksamkeit derartiger Aktivitäten auf den realen politischen Kampf kann es keine Illusionen geben. Nebenbei bemerkt gehen die folgenden skizzenhaften Anregungen u.a. auf Debatten zurück, die zwischen Gesellschaftswissenschaftlern der SED und der Grundwertekommission der SPD Mitte der achtziger Jahre stattgefunden haben.

*Erstens* beginnt Antikommunismus in dieser heutigen Auseinandersetzung da, wo - um einen zeitgemäßen Ausdruck zu verwenden - die Wahrheit des Kommunismus oder Sozialismus nicht kritisiert sondern ignoriert, geleugnet wird, wo die realen Probleme verschwiegen werden, um deren Lösung willen der Kommunismus historisch angetreten ist. Nicht entschieden genug kann darauf verwiesen werden, daß Marx die Wahrheit der Bourgeoisie und des Kapitalismus nicht nur niemals geleugnet sondern ausführlich zu Worte hat kommen lassen: die historisch progressive, revolutionäre, emanzipatorische Rolle des Kapitalismus und der Bourgeoisie zu ihrer Zeit. *Zweitens* geht Sozialismuskritik in Antikommunismus über, wenn die Totalitarismus-Konzeption auf die Analyse der sozialistischen Praxis in dem Sinne angewendet wird, daß eine Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus herauskommt. Im Kontext der oben erwähnten Debatten schrieb Erhard Eppler: „Die Inhalte des Marxismus-Leninismus haben zu keiner Zeit ihre Herkunft aus dem Humanismus, aus dem Deutschen Idealismus ganz verleugnen können ... im humanistischen Ansatz von Marx (liegt) der fundamentale Unterschied zum Faschismus aller Spielarten... Und so blieb im Kommunismus - nicht im Nazismus - auch in den finstersten Zeiten ein Rest von Bewußtsein davon, daß hier etwas geschah, was Marx - und wohl auch Lenin - so nicht gewollt hatte, was der eigenen Lehre widersprach.“<sup>14</sup> *Drittens* folge ich Uwe-Jens Heuer, der unlängst einen Unter-

<sup>14</sup> Erhard Eppler, *Wie Feuer und Wasser*, Hamburg 1988, S. 61ff.

schied markierte zwischen der Ablehnung dieses sozialistischen Versuchs „wegen seiner Fehler, seines Unrechts, auch seiner Verbrechen“ und dieser Ablehnung, weil der Versuch „überhaupt unternommen wurde“ - getreu der Devise: das wirkliche Unrecht war die Existenz der DDR!<sup>15</sup>

\*\*\*

Der Nationalismus nimmt als zentrale, unverzichtbare Integrationsideologie (Kühnl) im Gesamtsystem besonders der deutschen bürgerlichen Ideologie traditionell einen bedeutsamen Platz ein. Ungeachtet seiner verhängnisvollen Rolle im zwanzigsten Jahrhundert wird er in Krisensituationen, wenn soziale Desintegration droht, immer wieder aktiviert und aktualisiert. Seine tragende Rolle im ideologischen Arsenal der konservativen Wende der siebziger und achtziger Jahre ist gründlich analysiert worden. Es ist auch mehr als aufschlußreich, daß Reinhard Kühnl in diesem Kontext bereits 1982 auf Ansätze zur bewußten Schürung von Ausländerfeindschaft aufmerksam macht und präzise jene Entwicklungen voraussagt, die seitdem stattgefunden haben.<sup>16</sup>

Durch die Wende 1989/91 hat diese ideologische Mobilisierung einen weiteren, kräftigen Schub erhalten. Die deutsche Vereinigung hat der Rechten im geistigen Leben deutliche Gewinne gebracht. Der Nationalismus verfügt über eine neue Basis. Sein rechtes Vorzeichen hat noch klarere Konturen angenommen. Was in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in der nationalistischen Argumentation noch mehr oder weniger verhaltenes Programm, Forderung, Klage oder Vision war - die Überwindung der Teilung - ist Realität. Und nicht nur das. Das Staatswesen befindet sich in einer Art Umbruch, einer Metamorphose - nicht selten als Aufbruch zu einer „Berliner Republik“ stilisiert. Eine Perspektive, die angesichts der Bedingungen, unter denen sie sich realisiert, von einer nationalistischen Rechten nachgerade als Einladung empfunden werden muß, sich einzumischen, Akzente zu setzen, wenn nicht, den Ton anzugeben. „Die selbstbewußte Nation“ war der Titel der „Geburtsurkunde“ der „Neuen Rechten“. Nach drei Jahren untermauert durch „Für eine Berliner Republik“.<sup>17</sup>

Sein ideologisches Profil wie seine Massenwirksamkeit bezieht dieser jüngste Nationalismus vor allem aus seinem Beitrag zur Relativierung des deutschen Faschismus. Der antisozialistische Triumph von 1989 verleiht den davor liegenden fünf Jahrzehnten oder auch der Geschichte seit 1917 den Anschein der

<sup>15</sup> Uwe-Jens Heuer, *Moralische Totalverurteilung der DDR ist das Ziel*, in: *Neues Deutschland*, 15. 1. 1999, S. 14.

<sup>16</sup> Reinhard Kühnl, *Wohin geht die Bundesrepublik? Politische und ideologische Perspektiven*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 9/1982, S. 1063ff.; vgl. ders., *Weltgesellschaft und Nationalismus*, in: Barbara Fried, Christina Kaindl, Morus Markard, Gerhard Wolf (Hrsg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit*, Hamburg 1998, S. 80ff.

<sup>17</sup> Heimo Schwilk, Ulrich Schacht (Hrsg.), *Die selbstbewußte Nation*, Frankfurt/M., Berlin 1994; Ulrich Schacht, *Für eine Berliner Republik*, München 1997.

Anomalie und stellt sich selbst als Rückkehr zur Normalität nationalgeschichtlicher Entwicklung dar. Nicht, daß die Verbrechen und die Schande des Faschismus damit verleugnet oder getilgt würden, aber - so wird behauptet - der Gesichtswinkel habe sich verändert, der Anspruch auf Normalität dürfe angesichts dieses Verlaufs der Geschichte „jetzt“ nicht länger verweigert werden, die Zeit sei gekommen, das Gewissen zu erleichtern!

Es wäre völlig verfehlt, Martin Walsers Rede vom Herbst 98 umstandslos in diese in den achtziger Jahren mit durchaus bewußter politischer Absicht artikulierten, seitdem vielfach reproduzierten (einschlägige Positionen im Historikerstreit und während der Goldhagen-Debatte) und besonders durch 1989 akzentuierte Strömung zu plazieren. Stellungnahmen des Autors seit Jahrzehnten führen das ad absurdum. Und seine Aufforderung zum öffentlichen und nicht-öffentlichen Nachdenken über den Umgang mit sich selbst, mit der deutschen Geschichte und Auschwitz mag zeitgemäß sein. Ein Problem sehe ich allerdings in der beinahe ausschließlichen Begründung dieser Forderung aus einer nicht hinterfragten Befindlichkeit, aus einem nicht näher bestimmten, aber „weit verbreiteten Bedürfnis“: etwas in mir wehrt sich gegen die „Dauerrepräsentation unserer Schande“, „das können die Leute nicht mehr hören“, man dürfe nicht mehr in Verdacht geraten, wenn man sage, „die Deutschen seien jetzt ein normales Volk“<sup>18</sup>. Verstellt wird der Blick auf den realen Gehalt solcher Abwehrhaltungen und Trotzreaktionen, darauf, was sich da empört und im Rahmen welcher gesellschaftlich-historischen Gesamtsituation des Gemeinwesens. Normalität wird eingefordert, ohne die Präsenz einer sich zunehmend selbstbewußt gebenden, über bedeutsame Positionen im geistigen Leben wie über eine zielgerichtete Strategie zum Ausbau ihres Einflusses verfügenden nationalistischen Rechten zu erörtern, ohne das objektive Zusammenspiel dieses Trends mit der gefährvollen Hinwendung der offiziellen Politik zu imperialer Großmachtpraxis und mit der ideologisch verheerenden regierungsamtlichen Inszenierung von Ausländerpolitik als angeblich nationalem Überlebenskampf, als Abwehr existentieller Bedrohungen einer „nationalen Substanz“ in die Reflexion einzubeziehen. Im Gegenteil, anstelle nüchterner Analyse einer „volksabstimmungshaften“ Stimmungslage, ihrer Determinanten und Funktionen werden Beschwichtigung und naive Verharmlosung („Bodensatz von Ewiggestrigen, die jede europäische Gesellschaft nun einmal hat“. „Wo ist der rechtsradikale Parlamentarier?“) demonstriert. Erstaunen und Unglaube waren die Reaktionen Walsers, als er sich in dem FAZ-Gespräch mit Ignatz Bubis über den realen Masseneinfluß der „Nationalzeitung“ belehren lassen mußte!

Nicht zu übersehen ist übrigens der schärfere Ton und das beinahe militante Selbstverständnis der intellektuellen „Neuen Rechten“ als Umfeld des Norma-

<sup>18</sup> Vgl. Martin Walser, Die Banalität des Guten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 10. 10. 1998, S. 15; Wir brauchen eine neue Sprache für die Erinnerung. Das Treffen von Ignatz Bubis und Martin Walser, in: FAZ, 14. 12. 1998, S. 39ff.

litätspostulats. Das Neue an der gegenwärtigen „demokratischen Rechten“, proklamiert Rainer Zitelmann, sei, daß sie die Spielregeln nicht mehr akzeptiere, die von den in die liberale Mitte integrierten „braven und angepaßten Nischenkonservativen“ eingehalten werden. Sie sei „offensiv, angriffslustig und selbstbewußt“<sup>19</sup>. Möglicherweise ein Reflex auf die Tatsache, daß in diesen neunziger Jahren nicht nur ökonomische und soziale Krisenprozesse die Hüter des Gegebenen sorgenvoll stimmen, sondern in zunehmendem Maße die Autorität herrschender Politik einem Vertrauensschwund unterliegt und Verfallerscheinungen aufweist.

\*\*\*

Ausgangspunkt war das Verständnis von Ideologien als geistige Formen der Konfliktaustragung sowie die Überzeugung, daß der Widerspruch zwischen bürgerlicher und sozialistischer Ideologie nach wie vor als ein grundlegendes Merkmal des geistigen Lebens dieser Zeit angesehen werden muß. Daran ändert auch die Einsicht nichts, daß dieser Widerspruch gegenwärtig eine eigenartige Verlaufsform nimmt. Eine wirkliche Auseinandersetzung, ein direkter Streit zwischen den Kontrahenten findet im Grunde genommen nicht statt. Die bürgerliche Ideologie reproduziert sich vehement und permanent als antisozialistische Meinungsmache. Vermöge ihrer Qualität als Reflex herrschender Praxis, ihrer dominierenden Stellung in den Institutionen und ihrer Medienmacht beeinflusst und formt sie strategisch und tagtäglich das gesellschaftliche Bewußtsein.

Die sozialistische Ideologie führt - unter diesem Gesichtswinkel - ein gesondertes Dasein. Die Kommunikations-Kluft zwischen dem „Diskurs der ‚Bourgeoisie‘“ bzw. dem „Mittelklassen“-Diskurs“ einerseits und den „Arbeiterklassen-Diskursen“ andererseits<sup>20</sup> ist unübersehbar. Linke Positionen sind „in der Öffentlichkeit und ihren Medien so gut wie nicht präsent“<sup>21</sup>. Obwohl linkes Denken und linke Kommunikation in einem sehr viel breiteren Ausmaß - hier ist ausschließlich von der deutschen Situation die Rede - vorhanden sind, als das in den Wendejahren 89/91 zu erwarten war. Das ist hier nicht auszuleuchten. Hier geht es lediglich um die Tatsache der weitgehenden Separiertheit.

Nicht zuletzt aus diesem Grund kommt einem anderen Widerspruch größte Bedeutung zu, dem zwischen konservativen und linksliberalen Positionen im geistigen Leben. Robert Leicht sprach vor einiger Zeit von einem „politisch-kulturellen Zweistrom der Bundesrepublik (hier der sozial-konservative Arm dort der links-liberale)“ als „Mainstream der Gesellschaft“, gegen den die

<sup>19</sup> Schwilk/Schacht, Die selbstbewußte Nation, a.a.O., S. 170f.

<sup>20</sup> Hans-Jürgen Bieling, An der Schwelle zur „autoritär-produktivistischen Demokratie“? In: Z, Heft 21, März 1995, S. 24f.

<sup>21</sup> Hansgeorg Conert, Die „konsequente Linke“. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 12/1995, S. 14.

„Neue Rechte“ einen „genuin rechten Felsen zu setzen“ bemüht sei.<sup>22</sup> Der Blick auf tatsächliche Frontlinien zeigt, daß es genauso legitim ist, von einem übergreifenden Widerspruch zwischen im weiteren Sinne konservativen (einschließlich solcher Erscheinungen wie der „Neuen Rechten“) Positionen insgesamt einerseits und dem Links-Liberalismus andererseits zu sprechen.

Abgesehen von der ständigen Präsenz eines Widerspruchs zwischen eher konservativen und eher liberalen Strömungen in bürgerlichen Gesellschaften handelt es sich bei dem hier interessierenden hinsichtlich der Inhalte wie der Träger um ein Produkt jener Konfliktfelder der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte, die Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre das geistige Leben geprägt haben. Und es ist dieser Widerspruch, der sich in allen zentralen Debatten - erinnert sei hier wiederum vor allem an den Historikerstreit und die Goldhagen-Diskussion - zur Geltung gebracht hat. Hauptgegner des Neokonservatismus wie der „Neuen Rechten“ sind selbstredend Sozialismus und Kommunismus. Unmittelbarer Bezugspunkt und Kontrahent aber sind die Repräsentanten der Frankfurter Schule! Und umgekehrt - wenn es denn im Bereich der Medien, der Hochschulen, des Erziehungswesens wirksame und einflußreiche Gegenpositionen gegen den Konservatismus gibt, dann sind es in entscheidendem Maße die in letzter Zeit geschmähten „Achtundsechziger“. Daß es Ausnahmen gibt, daß die Grenzen zwischen linksliberalen und linkssozialistischen Positionen oft fließend sind und daß die Stärke linksliberaler Positionen nicht zuletzt von der Aktivität konsequent sozialistischer Kräfte abhängt, steht außer Frage. Hier geht es um die für die Grundlinien ins Gewicht fallenden Potentiale.

Zwei Merkmale dieses Widerspruchs müssen hervorgehoben werden. Als erstes handelt es sich um einen Widerspruch innerhalb des Systems herrschender Institutionen. Das unterstreicht seine Bedeutung, markiert aber auch Grenzen. Der Kampf der Linken um kulturelle Hegemonie muß den Kampf „gegen die herrschenden Ideologien innerhalb der ideologischen Institutionen und Apparate (der Institutionen der *società civile*)“<sup>23</sup> einschließen. Die Ansiedlung im herrschenden ideologischen System ist die Bedingung für die Wirksamkeit von Diskursen und Kontroversen in den entscheidenden Bereichen der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Jeder Linke weiß, wie schwer es ist, allein die konzeptionellen und organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen bzw. zu behaupten - eigene Medien, eigene Kommunikationsformen und vor allem eine begründete geistige Alternative.

Die außerordentliche Bedeutung dieses Widerspruchs, der Verfechtung linksliberaler Positionen im politisch-geistigen, Leben resultiert jedoch nicht nur daraus. Deren Präsenz darf nicht nur als Kompensation für die Nichtpräsenz

<sup>22</sup> Robert Leicht, Vom Bockshorn und vom Bocksgesang, in: Die Zeit, 7. 10. 1994, S. 1.

<sup>23</sup> Thomas Metscher, Historizismus, Humanismus und konkrete Subjektivität. In: Hans Heinz Holz, Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.), Betr.: Gramsci. Philosophie und revolutionäre Politik, Köln 1980, S. 262f.

„konsequent linker“<sup>24</sup> Positionen angesehen werden. Sie widerspiegelt vielmehr sozialstrukturelle Basisveränderungen, die in hohem Maße stabil sind. Bei aller Fortexistenz der unterschiedlichsten Differenzierungen in dem im weitesten Sinne linken Spektrum der Gesellschaft führt kein Weg darum herum, daß die „konsequente“ oder sozialistische Linke sich der Substanz, den Überlegungen und Argumenten dieses Konfliktfeldes stellt und in ihnen wirksam wird.

Die aktuelle Bedeutung dieses Widerspruchs wird auch dadurch unterstrichen, daß - gemessen an den fünfziger und sechziger Jahren - intellektuelle Gegengewichte gegen konservative Positionen aus klassisch-liberaler oder sozialreformistischer Sicht stark an Einfluß verloren haben. In klassisch- oder politisch-liberalen Positionen werden gesellschaftskritische Akzente in starkem Maße von Annäherungen an oder Gemeinsamkeiten mit neoliberalen oder konservativen Konzepten überlagert. Das kritische Potential der Sozialdemokratie hat sich in den neunziger Jahren durch eine absolutistische Einpassung in Mechanismen des parlamentarischen Systems weitgehend entmannt. Wiederum bestätigen Ausnahmen die Regel - erwähnt sei beispielsweise Erhard Eplers Kritik am Neoliberalismus.<sup>25</sup>

Unübersehbar ist auf der anderen Seite eine gewisse Ausblendung ökonomischer Inhalte in den diesen Widerspruch kennzeichnenden Kontroversen, die beinahe vollständige Konzentration auf Probleme der Kultur bzw. Gesellschaft im allgemeinen. Bevorzugte Felder sind geisteswissenschaftliche Publizistik, Kunstkritik und Feuilleton - was nicht im mindesten politische Enthaltsamkeit bedeutet. Stichworte wie „Medienzeitalter“, „Ästhetisierung der Politik“, „Wertekrise“ oder „Postmoderne“ signalisieren Knotenpunkte zivilisatorischer Prozesse. Sebastian Herkommer verweist darauf, daß die Konservativen im Nachkriegsdeutschland die kulturelle Hegemonie vor der politischen errungen haben.<sup>26</sup> Und vielleicht hat Richard Herzinger recht, wenn er vermutet, daß die Auseinandersetzung um die Selbstdarstellung der Berliner Republik verstärkt über das Medium „Kultur“ ausgetragen werden wird.<sup>27</sup> Auf jeden Fall wäre es verhängnisvoll, die Begrenztheit derartiger Auseinandersetzungen in Ansehung ihrer relativen Trennung vom Diskurs der Ökonomie als Rechtfertigung einer ignoranten Haltung ihnen gegenüber anzusehen.

<sup>24</sup> Hansgeorg Conert, Die „konsequente Linke“, a.a.O., S. 3, 1.

<sup>25</sup> Erhard Eppler, Die Wiederkehr der Politik, Frankfurt/M., Leipzig 1998.

<sup>26</sup> „Neoliberalismus“, S. 23.

<sup>27</sup> Richard Herzinger, Im virtuellen Raum, in: Die Zeit, 30. 7. 1998, S. 29.

## Die pluralistische Linke in Frankreich als Politikmodell?

Gilbert Badia und Johannes M. Becker im Gespräch<sup>1</sup>

**J.M. Becker:** Nun regiert in Frankreich die Regierung der „pluralistischen Linken“ seit eineinhalb Jahren, und ich habe das Gefühl, daß sich außerhalb des Hexagons nur wenige Menschen für deren Arbeit interessieren. Das war völlig anders in den Jahren nach dem epochalen „programme commun“ von Kommunisten und Sozialisten von 1972, und das war auch anders nach dem Wahlsieg Mitterrands und der anschließenden Wahl einer Linksregierung unter Mauroy im Jahre 1981. Dabei ist doch die Bilanz Jospins und seines Kabinetts aus Vertreterinnen und Vertretern der Sozialisten (PS), der Kommunisten (PCF), der Grünen (VERTS), der sozialdemokratischen Radicaux de Gauche und Jean-Pierre Chevènement's Bürgerbewegung (MDC) auf den ersten Blick gar nicht schlecht! Und die Regierung ist, glaubt man den zahlreichen Meinungsumfragen, nach wie vor außerordentlich populär!

**G. Badia:** Du hast völlig recht. Wobei ich nicht glaube, daß es sich nur um Desinteresse der französischen Linksregierung gegenüber handelt. Hat nicht die Austeritätspolitik vor allem der 15 EU-Länder in den vergangenen Jahren große Teile der Linken und der sozialen Bewegungen in vielen Ländern einfach sprachlos gemacht, paralysiert? Vielleicht will man auch die Erfolge der Linken in Frankreich nicht allzu populär machen, um nicht von der heimischen Bevölkerung an die eigene Nase gefaßt zu werden - wir wollen hier nur einmal an die neue sozialdemokratisch-grüne Bundesregierung in Bonn denken.

In der Tat sind die Aktivitäten der Pariser Koalition vielfältig. Ich erwähne hier in erster Linie den Kampf gegen die Erwerbslosigkeit mit der Einführung der 35-Stunden-Woche sowie dem Versuch der Schaffung 350.000 weitgehend staatlich subventionierter Arbeitsplätze für Jugendliche, zunächst im öffentlichen Bereich. Die privaten Unternehmen sollen mit staatlicher Hilfe zur Schaffung ähnlicher Maßnahmen angeregt werden. Wir haben in Frankreich ein großes Problem mit der Jugendarbeitslosigkeit - mehr als 25 Prozent der Menschen unter 25 Jahren (und damit doppelt so viele wie in der Bundesrepublik) sind betroffen. Und erstmals seit langen Jahren sinkt diese Jugendarbeitslosigkeit nun - im Gegensatz leider zur Langzeitarbeitslosigkeit der Erwachsenen - deutlich! Bei den staatlichen EDF und GdF sind übrigens Anfang 1999 durch die Einführung der 32-Stundenwoche 20.000 Einstellungen junger Leute ermöglicht worden (hier sieht man auch einmal, welchen sozioökonomischen Wert große Staatsbetriebe haben können!). Auch die Arbeitslosigkeit insgesamt ist spürbar zurückgegangen. Mit der Justizreform will die Linke die

<sup>1</sup> Gilbert Badia ist emeritierter Professor für Germanistik an der Universität Paris VIII; Dr. Johannes M. Becker ist Privatdozent für Politikwissenschaften an der Universität Marburg.

Staatsanwaltschaft endlich unabhängig vom Staat machen. Selbst in der Außenpolitik, bislang nicht gerade einer der Aktivpunkte der Linksregierung, gibt es nun mit der Kritik an den US-amerikanisch-britischen Bombardements gegen den Irak sowie mit den Forderungen zur Lockerung der UN-Sanktionen gegen den Irak außerordentlich positive Initiativen. Und auch das sensible Problem der nicht registrierten Einwanderer (sans papiers) hat die Regierung angepackt; mehr als die Hälfte von ihnen wurden in einem ersten Schritt „legalisiert“, und die Diskussion hierüber ist noch nicht abgeschlossen, weil innerhalb der „pluralistischen Linken“ noch die Forderung nach einer breiteren Legalisierung gestellt wird. Auch wenn sich Innenminister Chevènement hier entschlossen gibt.

**J.M. B.:** Eine Forderung, die nach dem Gewinn der Fußballweltmeisterschaft durch die vielfarbige „Multi-Kulti-Mannschaft“ Frankreichs ja auch von breiten Kreisen der Bevölkerung getragen wird! Hier wird für mich im übrigen eine neue Qualität des Kabinetts Jospin deutlich: im Gegensatz zur Situation nach 1981, wo Staatspräsident Mitterrand die Marginalisierung der Kommunistischen Partei als ein vornehmes politisches Ziel formuliert hatte, versucht Premierminister Jospin, und dies gilt natürlich auch für die hinter ihm stehende PS-Führung, die politische Souveränität der einzelnen Teile der Linksregierung möglichst unangetastet zu lassen. Neben den Meinungsverschiedenheiten in der Einwanderungsfrage nenne ich noch das Wahlrecht: hier mußte Jospin Anfang Juli seinen Gesetzesentwurf, der die kleinen Parteien bei den bevorstehenden Europawahlen benachteiligt hätte, zurückziehen, weil die Kommunisten, die Grünen und das MDC ihre Zustimmung verweigert hatten. Unter Mitterrand ein undenkbarer Vorgang! Der hätte die Regierung sofort platzen lassen und die Kommunisten als die Schuldigen hingestellt.

Mir ist klar, daß diese Politik des Ausgleiches innerhalb der Regierungskoalition auch mit der Situation der Cohabitation zu tun hat: Keiner will heute dem Konservativen Chirac leicht Angriffsflächen bieten. Und vergessen wir nicht: Jospin ist heute in der Nationalversammlung auf die Stimmen der Kommunisten angewiesen, Mitterrand und seine verschiedenen Premiers waren dies nach den Parlamentswahlen von 1981 nicht!

**G. B.:** Dennoch: Auch ich sehe große Differenzen in der Kultur des politischen Handelns der Jospin-Regierung. Ganz im Gegensatz zum elitären Agieren der konservativen Vorgängerregierung unter Juppé versuchen Jospin und sein Kabinett seit einem Jahr eine Politik der Transparenz zu führen, den Versuch einer Konsensfindung wie auch die Korrektur von Irrtümern immer eingeschlossen. Ich erinnere an die Zurücknahme des Gesetzes von 1997 betreffend die Kinderzulage. Jospin legt auch großen Wert auf Moral und Ehrlichkeit in seiner Politik: Bis heute ist keiner seiner Ministerinnen und Minister in Skandale verwickelt - ganz im Gegenteil zur konservativen Vorgängerregierung! Vergessen wir des weiteren nicht die starke Stellung der Frauen in der Regierung. Die Ministerinnen Aubry, Trautmann, Giugou, Voynet und Buffet sind anerkannt und populär. Ein letzter Punkt: Der Wahlspruch des Premiers,

„Ich sage, was ich tue. Und ich tue, was ich sage“, wird von seiner Regierung nach wie vor sehr ernst genommen.

**J.M. B.:** Ohne Zweifel interessant, dieser Versuch einer konsensualen Politik, ohne die Ziele letztendlich aufzugeben. Für Frankreich sicherlich ein Bruch mit der Mediterranschen Tradition, in Ländern wie Italien mit der Olivenbaum-Koalition auch recht erfolgreich praktiziert. Der Fall der Berliner Mauer hat doch offenbar auch einige Mauern in den Köpfen niedergerissen.

Ich denke, Frankreich betreffend, auch noch an die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche, übrigens explizit eine Bedingung der Kommunisten für ihre Beteiligung an der Regierung. Zu Beginn der Diskussion gab es eine große Aufregung bei den Verbänden der großen und der mittleren Unternehmen. Jospin aber hatte sich die Forderung zu eigen gemacht und blieb hart. Anfang Juli las ich nun vom Einschwenken einer Reihe von mittelständischen Unternehmen auf seine Linie.

**G. B.:** Betrachten wir schließlich die Streiks der letzten Monate: hier hat die Regierung in den Verhandlungen sowohl mit den LKW-Fahrern als auch mit den Air-France-Piloten Erfolge gehabt (wobei ich diese beiden Streiks mitnichten gleichsetzen will).

**J.M. B.:** Hier sehe ich auf der anderen Seite einen Punkt, wo die Regierung an ihre Grenzen gekommen ist: Bei den Kampfmaßnahmen der Arbeitslosen zeigte man sich im Pariser Matignon in den ersten Wochen und Monaten der Bewegung doch ziemlich druckunempfindlich und unbeweglich. Dabei sind die Probleme mit der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit doch durchaus mit denen anderer EU-Länder vergleichbar: Während in der Bundesrepublik mit ihren 80 Millionen Menschen acht Millionen Menschen direkt von Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung betroffen sind, sind es in Frankreich bei 65 Millionen auch sieben Millionen! Aber nur die Kommunisten und die Grünen solidarisierten sich mit der Bewegung der „chomeurs“. Wobei man doch genau am Phänomen der Arbeitslosigkeit die fundamentalen Probleme dieser Gesellschaften aufzeigen könnte. Auch ist die Haltung gegenüber Erwerbslosigkeit in der französischen Politischen Kultur in Frankreich eine gänzlich andere als hierzulande: Wenn Arbeitslose sich demonstrativ bei Paul Bocuse zum Essen einladen, wird nicht sofort die Polizei geholt, auch beim Einkaufsbummel in den Pariser Galeries Lafayette verzichtete die Geschäftsleitung unlängst auf den Ruf nach staatlicher Ordnungsmacht.

**G. B.:** Beim – wie Du sagst „fundamentalen Problem“ – Arbeitslosigkeit wird für mich deutlich, was die heutige Lage von der zu Beginn der 70er Jahre, Du sprachst eingangs vom „programme commun“, unterscheidet. Es gibt heute in Frankreich nur noch eine kleine Minderheit innerhalb der Regierungs-Linken, die über eine grundsätzlich andere Gesellschaft nachdenkt, besser vielleicht: die an die Möglichkeit glaubt, in absehbarer Zeit eine nichtkapitalistische Weltordnung zustande zu bringen. Die Abmilderung der Folgen der Krise unseres Systems steht in deren alltäglicher Politik absolut im Vordergrund der Aktivitäten. Man darf hierbei nicht vergessen, daß sich in den vergangenen 25

Jahren die Gewichte innerhalb der französischen Linken doch grundlegend verändert haben: War nach 1945 und in den folgenden zweieinhalb Jahrzehnten die kommunistische Partei klar dominierend, so ist es seit den siebiger Jahren ebenso klar die Sozialistische Partei. Natürlich spielt bei dieser Entwicklung auch der Zusammenbruch der sozialistischen Länder eine große Rolle. Für viele politisch Interessierte in Frankreich, vielleicht für mehr als in Deutschland, sind hier doch große Illusionen zerplatzt.

**J.M. B.:** Dieser Teil der Linken, der die bürgerliche Gesellschaft, den Kapitalismus, immer noch nicht für der Geschichte letzter Schluß hält, findet sich natürlich, was die Linksregierung angeht, am konzentriertesten in der Französischen Kommunistischen Partei. Wird der denn nicht durch die Regierungsbeteiligung des PCF eher geschwächt? Schließlich wird die Partei im französischen Massenbewußtsein ja auch verantwortlich gemacht für bspw. die Nichtbeachtung der Forderungen der Arbeitslosen.

**G. B.:** In der Tat gibt es innerhalb des PCF eine intensive Diskussion über die Regierung der „pluralistischen Linken“. Ich persönlich sehe den Vorsitzenden Robert Hué mit seinem Votum für die Regierungsbeteiligung derzeit innerhalb des PCF von einer starken Mehrheit getragen, die u.a. auch durch die Popularität der kommunistischen Ministerinnen und Minister gestärkt wird. Daneben gibt es eine Minderheit, die Robert Hué vorwirft, gegenüber den Sozialisten an vielen Flanken zu weich zu sein - so in der Frage des EURO, bei der Steuerpolitik um die Verteilung des Reichtums und der Gewinne, bei der Unterstützung der Arbeitslosen, bei der Einwanderungspolitik und bei vielem mehr. Viele dieser kritischen PCF-Mitglieder sind überhaupt gegen eine Regierungsbeteiligung und betrachten die Sozialisten als ebenso „gefährlich“ wie die Konservativen.

**J.M. B.:** Das neue Klima innerhalb der „pluralistischen Linken“ beugt ohne Zweifel einem Gesichtsverlust ähnlich der Jahre 1983/84 vor, als die Kommunistische Partei alle unsozialen Aspekte der Mauroyschen Austeritätspolitik (sicherlich bei Strafe des Hinauswurfs aus der Regierung!) mitgetragen hat und hernach im Massenbewußtsein dafür mitverantwortlich gemacht worden ist. Heute kann der PCF sagen: Mit der Einwanderungspolitik sind wir ebenso wenig einverstanden wie mit der Arbeitsmarktpolitik, mit der Familienpolitik sind wir in dem oder dem Punkt nicht einverstanden, und wir stimmen dagegen, und kann so seine Identität ein großes Stück weit bewahren.

**G. B.:** Vergessen darf man bei alledem nicht, daß die Kommunisten mit nur noch zehn Prozent der Stimmen bei den Wahlen in einer Schwäche-Position sind, die sich gleichwohl im europäischen Maßstab immer noch sehen lassen kann. Und die Gegner der Politik von Robert Hué sind zwar gegen dies und gegen das, aber Vorschläge, welche Politik man heute betreiben sollte und wie eine vernünftige Utopie denn aussehen könnte, machen sie auch nicht. Dies gilt sowohl für die wenigen Fundamental-Gegner der Regierungsbeteiligung, ich nenne hier nur den Namen Gremetz, als auch für die Réfondateurs, die gleichwohl einen langsamen Demokratisierungsprozeß bei den internen

Strukturen der Partei in Gang gesetzt haben.

Die Kommunistischen Partei hat nach wie vor links von ihr, bei den verschiedenen trotzkistischen Organisationen, die traditionell stärker sind als in Deutschland und bei den nationalen Wahlen etwa fünf Prozent gewinnen, eine ernstzunehmende Konkurrenz. Hier macht man sich, unbelastet von Rücksichten auf Regierungspartner, nach wie vor Gedanken über gesellschaftliche Alternativen. Die Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) und die Lutte Ouvrière (LO) sind auch bei den verschiedenen Sozialkämpfen traditionell sehr aktiv. Das aktuellste Beispiel sind die Arbeitslosenbewegungen.

Robert Hué konnte sich übrigens für die Europawahlen nicht entschließen, ein Bündnis mit LCR und LO zu schließen; die werden nun, wiederum ihrerseits in einem gemeinsamen Bündnis, einen Teil der ehemaligen PCF-Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen.

**J.M. B.:** In der Tat, es tun sich links vom PCF auch interessante Dinge, partiell kommt es seit dem Fall der Berliner Mauer gar schon einmal zu gemeinsamen politischen Aktivitäten zwischen trotzkistischen Gruppierungen und dem PCF oder der kommunistisch orientierten Gewerkschaft CGT. Bei den vergangenen Regionalwahlen haben die KandidatInnen von LCR und LO zum ersten Mal Sitze in den Leitungen mehrerer Regionen gewonnen. Ein Beweis dafür, daß ein Teil der Wählerinnen und Wähler auf der Linken mit der Jospin-Regierung unzufrieden ist. Deshalb hat sich Robert Hué auch in letzter Zeit in verschiedenen Fragen Jospin gegenüber unbeugsamer gezeigt. Er verlangt heute, wie übrigens auch große Teile der französischen Grünen, eine Akzentuierung der Reformen, tiefgreifende Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt etc. Der KP-Chef wird aber nicht wagen, die heutige Regierung zu gefährden.

Kehren wir zurück zur Politik der „gauche plurielle“, so müssen wir auch über die Schwäche und Zerstrittenheit der „gemäßigt Konservativen“ sprechen, die ja für die derzeitige Popularität der Jospinschen Politik durchaus mitverantwortlich ist. Die Neogaullisten des RPR scheinen sich nach wie vor vom Schock des Verlustes der über 80prozentigen Parlamentsmehrheit bei den vorzeitigen Neuwahlen von 1997 nicht erholen zu haben. Die Europa-Frage spaltet die Bewegung nach wie vor, Abspaltungen drohen, Sonderbündnisse, z.B. von Ex-Innenminister Pasqua mit dem Rechtsaußen de Villiers für die Europawahlen, schwächen den RPR in der Opposition.

**G. B.:** In der Tat liegen auf der politischen Rechten derzeit die größten Unwägbarkeiten wie die größten Gefahren der französischen Politik. Die Frage des Umgangs mit dem rechtsradikalen Front National (FN) spaltet die gemäßigte Rechte derzeit noch, an vielen Stellen ist es aber bereits zu offener Zusammenarbeit gekommen. Zuletzt bei der Wahl einiger liberaler Präsidenten (UDF) von Regionalparlamenten. Im Januar 1999 erst hat sich in der Region Rhône-Alpes in einer Nachwahl die tiefe Spaltung der gemäßigt Konservativen gezeigt. Viele von ihnen hätten lieber einen übel beleumundeten Rechten von den Neofaschisten mitwählen lassen, als ihre eigene liberale Kandidatin von der Linken mitwählen lassen (was dann schließlich doch geschehen ist).

Vergessen wir bei aller Freude und allem gemäßigten Optimismus über die Politik Jospins nicht, daß die Mehrheit der Französisinnen und Franzosen bei den letzten Parlamentswahlen rechts gewählt hat! Wenn man alle konservativen Stimmen addiert, kommt man auf 58 Prozent. Und das Schlimmste ist, daß ein großer Teil der Wählerinnen und Wähler der sogenannten gemäßigten Rechten mit einer Zusammenarbeit mit den Rechtsradikalen einverstanden ist. In den vom „Figaro“ ausgewählten Leserzuschriften kann man täglich lesen: „Die Rechte soll ein Bündnis mit dem FN schließen. Nur so werden wir an die Macht kommen.“ Die neuen Führer der Negauillisten (RPR), bspw. Séguin und Sarkozy, versuchen derzeit noch, gegen diesen Strom zu schwimmen und das eigene Profil der Gaullisten zu erhalten. Bei den Liberalen (UDF) sieht die Lage schon schlechter aus: Hier spricht Madelin (Démocratie liberale) für eine (offizielle) Verständigung mit den Rechtsextremen.

Über die Frage der Zusammenarbeit mit dem Front National (FN) hinaus leidet die gemäßigte Rechte zum einen an ihrer inhaltlichen Konzeptionslosigkeit: es fallen ihnen einfach keine einleuchtenden Alternativen zur Politik der gauche plurielle ein. Zum anderen gibt es ein persönliches Hauen und Stechen in den konservativen Reihen: Chirac kann Séguin, immerhin den Chef seiner Neogaullistischen Partei!, nicht leiden. Der ehemalige Verteidigungsminister Millon, ein Verfechter der Kollaboration mit dem FN, gründet eine neue Partei und untergräbt damit den Versuch, aus dem tiefen Tal nach der Wahlniederlage hinauszukommen. Einige ehemalige konservative Minister müssen sich vor Gerichten verantworten.

Derzeit steht der institutionelle Versuch, die gemäßigte Rechte nach dem Wahldesaster vom Frühsommer 1997 wieder zusammenzubringen, hierzu hat man die neue Formation „Alliance“ gegründet, noch auf schwankenden Füßen. Staatspräsident Chirac selbst hat übrigens durch seine Politik der Parlamentsauflösung, bei der die mehr als Vier-Fünftel-Mehrheit der Konservativen verloren wurde, mächtig an Einfluß verloren. Seine Autorität ist sehr geschwächt.

**J.M. B.:** Nun ist das Klima innerhalb der „gauche plurielle“ durch die Wahl Daniel Cohn-Bendits zum Spitzenkandidaten der französischen Grünen für die anstehenden Europawahlen auch nicht gerade besser geworden. Cohn-Bendit, der übrigens in Frankreich offenbar weitaus ernster genommen wird als hierzulande, profiliert sich in vornehmer Weise als antikommunistischer Wadenbeißer. Was wieder einmal die Differenzen in der Politischen Kultur, hier im Umgang innerhalb der Linken, verdeutlicht.

**G. B.:** Ob die Wahl Cohn-Bendits eine gute Wahl war, muß sich erst noch erweisen. Ich bin skeptisch, obwohl die aktuellen Umfragen ein positives Bild für die Verts malen.

Ich möchte zurückkommen zu unserer Diskussion über die politische Rechte. Ein Wort zu den Rechtsradikalen selbst: Der Front National verfügt heute über ein offenbar stabiles Wählerpotential von 15 Prozent. Hier sehe ich die perspektivisch die Hauptgefahr für die Demokratie in Frankreich. Und obwohl

der FN derzeit aufgrund der offenen Spaltung der Partei in einer tiefen Krise steckt, denke ich, daß das Kapitel noch nicht vom Tisch ist. Innerhalb des FN wird sich auf mittlere Dauer die Taktik der Führungskreise um Mégret durchsetzen, die weniger - wie heute noch LePen - gegen die gemäßigte Rechte polternd agiert, als vielmehr sensibel das Bündnis mit ihr sucht.

**J.M. B.:** Und hier wird der FN vermutlich enorm profitieren von der derzeitigen Zersplitterung der gemäßigten Konservativen. Auch für mich ist natürlich der drohende Bruch der „republikanischen Front“, d.h. des internen Quasi-Verbots der nicht-rechtsradikalen bürgerlichen Parteien, mit dem FN zu pakieren, eine Gefahr für Frankreich. Wenn ich dann noch die Umfrageergebnisse der Nationalen Kommission für Menschenrechte in Paris lese, daß sich 38 Prozent der Französischen und Franzosen selbst als Rassisten bezeichnen (in der Bundesrepublik „nur“ 23 Prozent und bspw. 13 Prozent in Spanien), dann teile ich Deine Sorge um die Demokratie sehr wohl. Die demagogische wie falsche Rechnung LePens: „Wir haben sechs Millionen Ausländer in Frankreich. Und wir haben fünf Millionen Arbeitslose in Frankreich“ läßt die Menschen nicht unberührt.

All dies ist aber nur die halbe Wahrheit: Was den Neofaschisten des FN doch am meisten in die Hände arbeitet, ist die in ihrer Grundausrichtung unveränderte Wirtschafts- und Sozialpolitik der Jospin-Regierung. Natürlich hast Du Recht, wenn Du auf das Sinken der Arbeitslosigkeit und vor allem der Jugendarbeitslosigkeit in den vergangenen Monaten hinweist. Aber weder bei der Langzeit- noch bei der Arbeitslosigkeit der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich signifikant etwas verändert! Und hier stelle ich auch einmal in Frage, ob Jospin wirklich tut, was er angekündigt hat: Er hat nämlich, wie im übrigen auch Chirac selbst zwei Jahre zuvor bei den Präsidentschaftswahlen, die Bekämpfung der „fracture sociale“, also der sozialen Ungleichheit, des sozialen Bruchs in der französischen Gesellschaft, versprochen. Und gerade da ist bis heute nicht viel passiert. Und genau da greifen die demagogischen Rechnungen der LePen und Mégret.

Wenn Du Dir anschaust, daß Jospin bei den höheren Angestellten mit 75 Prozent populärer ist als bei den Arbeiterinnen und Arbeitern mit 65 Prozent, dann liegen die Defizite für mich klar auf der Hand. Und wenn sich die Linken in der Regierung der „gauche plurielle“ nicht bald hierauf besinnen, daß es also darum gehen muß, die soziale Spaltung der französischen Gesellschaft zu bekämpfen, dann werden die Rechtsparteien gerade hier ihre Agitation ansetzen. Neben dem Front National deklariert sich schließlich auch die gaullistische Bewegung des RPR immer als schichten- und klassenübergreifende Bewegung gegen die soziale Teilung des Landes. Die Defizite der Linksregierung werden dann dazu führen, die Rechte zu vereinen und ihrer Demagogik zum Durchbruch verhelfen. Schon die anstehenden Europawahlen könnten hier eine kleine Quittung zeitigen.

Und ich glaube auch, daß die derzeitige Euphorie, eben der Gewinn der Fußball-WM durch die „Multi-Kulti“-Mannschaft, und das sich angeblich daraus

ergebende neue Nationalgefühl mit einem angeblich in die Defensive gedrängten LePen, rasch verebbt. Chirac hat es am 14. Juli in seinem Fernsehinterview in - vermutlich ungewollter - Sensibilität ausgedrückt, als er sagte: „Ich glaube, ein Volk hat manchmal das Bedürfnis, zusammenzurücken und ein Ereignis zu feiern, auf das es stolz sein kann. Im Grunde ist dieser Sieg ein Zeichen von Solidarität und Zusammenhalt. Er hat gezeigt, daß Frankreich eine Seele hat, oder genauer gesagt, eine Seele sucht.“ Die soziale Krise wird diese Suche nach der, lasse ich mich auf das Bild Chiracs ein, einen Seele vermutlich rasch wieder erheblich komplizieren.

**G. B.:** Wir sollten - bei all Deiner Kritik - doch unbedingt noch, lassen wir Cohn-Bendit einmal außen vor, über die positive Entwicklung der vergangenen Jahre sprechen, über die Grünen. Bereits vor den Neuwahlen hatten die Verts einiges erreicht (so den Stop des Schnellen Brütters oder den Baustop für ein AKW an der Loire-Mündung). Mit ihrer Umweltministerin Voynet sind Frankreichs Ökologen aber richtig in Fahrt gekommen: Fahrverbote bei Smogbelastung, Mülltrennung und -aufbereitung, Unterstützung der 35-Stunden-Woche, Einwanderungspolitik nenne ich nur als Stichworte. Oben hast Du von denen gesprochen, die „den Kapitalismus immer noch nicht für der Geschichte letzten Schluß“ halten. Hiervon finden sich sehr viele neuerdings bei den Verts: ehemalige KPler, Trotzlisten, Anarchisten. Nur haben sie großenteils andere Vorstellungen von den derzeitigen Chancen, diese Gesellschaft gründlich zu verändern. Ich glaube allerdings nicht, daß sich die Grünen in Frankreich ähnlich wie in der Bundesrepublik verankern können. Frankreich ist nicht Deutschland! Und in einigen Fragen, in der Außenpolitik etwa, sind die Grünen zudem nicht ausreichend präsent und innerparteilich zerstritten.

**J.M. B.:** Auch ich sehe hier in der Tat große qualitative Veränderungen. Lautete der Slogan der Verts noch vor einem Jahrzehnt „Weder Links - noch Rechts“, so siedeln sie sich heute eindeutig auf der politischen Linken an. Verfaßte der ehemalige Parteivorsitzende Waechter vor langen Jahren noch eine Diplomarbeit über die Verbreitung der Biber am Oberrhein, so stellt Frau Voynet heute ökologische Fragen in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und fragt nach Ursachen und Interessen in der Politik.

Wenn ich den französischen Grünen einen Rat geben könnte, so den, in der Atompolitik radikaler und in der Sicherheitspolitik aktiver zu werden. Mit dem Schlagen des Bogens vom politischen Kampf gegen die (sogenannte) friedliche Nutzung der Atomkraft zum Kampf gegen die Stationierung von Cruise missile und Pershing II sind doch schließlich die deutschen Grünen stark geworden! Und das Gebiet der Abrüstungspolitik wird derzeit von der traditionellen Linken Frankreichs derart brach liegen gelassen, daß es sich gleichsam zur Beackerung, zum Profilerfolg für die Verts, anbietet!

## Zur Kriminalisierung Jugendlicher in US-amerikanischen Städten

Immer wieder in der US-amerikanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts treten Bürgeraufstände (riots) in den sogenannten "Krisengebieten" städtischer Ballungsräume auf. Diese Gebiete waren bis in die siebziger Jahre fast ausschließlich Wohngebiete, die von african-americans bewohnt wurden. Durch die Einwanderungswellen der nachfolgenden Jahre kamen viele Migranten aus Zentralamerika und Mexiko sowie aus Korea. Es waren meistens Einwanderer aus ärmeren Schichten, die aus ihren Ländern vertrieben wurden oder die auf der Suche nach Arbeit in die Vereinigten Staaten von Amerika kamen.

Und immer wieder ist zu beobachten, daß in den riots ethnisch und sozial unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen untereinander in einen Konkurrenzkampf geraten. Es sind Kämpfe um ihre Rangordnung in der Gesellschaft, in denen sie ihre aufgestaute Wut über die eigenen Lebensverhältnisse gegeneinander richten. So war es auch 1992 bei den letzten größeren Unruhen in Los Angeles, bei denen african-americans die Geschäfte koreanischer Einwanderer plünderten. Das erste Ziel der perspektivlosen Aktionen der african-americans waren die koreanischen Läden, doch das Besondere und, für die bessergestellten Schichten, Beängstigende an diesen Unruhen war, daß sie sich auch auf die reicheren Viertel ausweiteten (auch wenn dabei kein erwähnenswerter Sachschaden entstanden ist) und vor den Häusern der wohlhabenden Anglo-Amerikaner nicht Halt machten. Die Übergriffe gegen die privilegierten Schichten der weißen Amerikaner waren nicht gezielt, sondern vereinzelte Ausnahmen in den diffus sich ausbreitenden riots, die sich aus der Nähe zu den reicheren Vierteln von Hollywood und Beverly Hills ergaben. Nichtsdestoweniger weckten sie bei den Mitgliedern der Mittel- und Oberschicht von Los Angeles eine tiefsitzende Angst.

Richten wir den Blick auf die Vorgeschichte dieser Kämpfe: Mitte der sechziger Jahre gründeten junge Männer und Frauen aus Oakland, Kalifornien die Black Panther Party, die im Gegensatz zu anderen Bewegungen nicht religiös orientiert war und sich in Formen einer Bürgerbewegung mit unterschiedlich ausgeprägten sozialistischen Zielsetzungen organisierte. Die meisten größeren amerikanischen Städte wurden von schweren „Rassenunruhen“ heimgesucht. Auslöser dieser Aufstände waren meistens Übergriffe von Seiten der Polizei, die sich damals noch überwiegend aus Weißen rekrutierte. Vier Sommer hintereinander (1964 bis 1967) herrschten teilweise bürgerkriegsähnliche Zustände auf den Straßen von Detroit, Harlem, Los Angeles, Cleveland, Sacramento, Chicago und Newark. Die Hauptträger der Unruhen waren Jugendliche. Bis Anfang der siebziger Jahre galten jedoch alle drei Bewegungen als gescheitert, aufgelöst oder gespalten. Die nachfolgende Zeit brachte eine Phase der Ernüchterung und Resignation mit sich. Die schwarze Bevölkerung blieb bis auf

eine langsam sich bildende Mittelschicht weiterhin ökonomisch und sozial benachteiligt. Diese Frustration ließ ein weitverbreitetes Desinteresse entstehen, an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen teilzunehmen. Die schwarze community lebt bis heute weitgehend abgeschottet von der „weißen Welt“, die sie umgibt, und das Klischee, nach dem der schwarze Amerikaner nur durch Sport, Musik oder illegale Geschäfte reich werden kann, scheint auf viele african americans immer noch zuzutreffen. Rassismus in den USA manifestiert sich heute vor allem in sozialräumlicher Gettoisierung und im Rückzug des Kapitals aus den Wohngebieten, die als gefährlich, also arm und schwarz, gelten.

### Gettoisierung

„Getto Fantasy: ain't no mo' fantasy because I'm livin' in" (Getto Boys)

Die Bemerkungen des folgenden Beitrags zu der Frage, wie in sozialräumlichen Ausschließungspraktiken, die immer auch solche der Einschließung sind, ethnische und soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Kriminalisierung sozialer Randgruppen zustandekommen bzw. zur Ethnisierung sozialer Konflikte führen, beziehen sich vor allem auf die „Stadtarchäologien“ bei Marco d'Eramo<sup>1</sup> und Mike Davis<sup>2</sup>.

Zuvor macht ein kurzer Blick auf die neuere Metropolenforschung zu den sogenannten „Welt-Städten“<sup>3</sup> deutlich, daß die bei d'Eramo und Davis sich abzeichnenden neuen Frontlinien städtischer Konflikte als repräsentativ für die hier untersuchten Bedingungen von Urbanisierungsprozessen im ausgehenden 20. Jahrhundert gelten können.

Der herrschende Diskurs über ökonomische Globalisierung erfaßt, so Saskia Sassen<sup>4</sup>, nur einen Bruchteil der tatsächlichen ökonomischen Vorgänge. Es bedarf vielmehr der Erklärung, warum die Kernbereiche der am weitesten fortgeschrittenen Sektoren der Wirtschaft räumlich gebunden sind, warum die

<sup>1</sup> Marco d'Eramo, *Das Schwein und der Wolkenkratzer. Chicago, eine Geschichte unserer Zukunft*, München 1996; vgl. die Besprechung von Bernd Hüttner, *Stadtarchäologie in Chicago*, in: Z 31 (September 1997), S. 233ff.

<sup>2</sup> Mike Davis, *City of Quartz. Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles*, Berlin/Göttingen 1994.

<sup>3</sup> Vgl. Manuel Castells, *Die zweigeteilte Stadt - Arm und Reich in den Städten Lateinamerikas, der USA und Europas*, in: Tilo Schabert (Hrsg.), *Die Welt der Stadt*, München 1991, S. 199ff.; Saskia Sassen, *Wirtschaft und Kultur in der Global City. Zur Bedeutung des Ortes, des Raumes und der informellen Ökonomie*, in *Forum Wissenschaft* Nr. 2, Juni 1995, S. 6ff.; Margit Mayer, *Berlin als deutsches Los Angeles? Ein Vergleich zweier urbaner Regionen*, ebd., S. 12ff.; Klaus Ronneberger, *Die Stadt der "Wohlanständigen" und die neuen "gefährlichen Klassen". Der Umbau der Städte zu "Konsumfestungen"*, in: Wilfried Breyvogel (Hrsg.), *Stadt, Jugendkulturen und Kriminalität*, Bonn 1998, S. 16ff. u.a.

<sup>4</sup> Vgl. Saskia Sassen, a.a.O.

Räume der Unternehmenskultur als Platzhalter der Macht in der modernen Stadt „umkämpfte Räume“<sup>5</sup> sind. Denn erst die Wiedereinführung des Ortes - in erster Linie in Form der Weltstadt - erlaubt es, die Verschiedenheit der Wirtschaftsformen und Arbeitskulturen zu sehen, in die die globale Informationsökonomie eingebettet ist.

Die Stadt ist zunächst auf zwei Ebenen Ort konkreter Wirtschaftsoperationen: Sie ist strategischer Ort, an denen sich Kommandofunktionen, globale Märkte und Produktionsstätten der neuen Informationsindustrien konzentrieren, und - auf der anderen Ebene - Ort der Konzentration niedrig bezahlter und vielfach von Frauen und Immigranten geleisteter Büro- und Handarbeit sowie die „gesamte Infrastruktur von Jobs, die üblicherweise nicht als Teil des von den Großkonzernen geprägten Sektors der Wirtschaft aufgefaßt werden“: die LKW-FahrerInnen, die die Software liefern, eine Vielzahl von TechnikerInnen und ReparaturarbeiterInnen sowie alle Jobs, die mit Wartung, Anstrich, Renovierung der Gebäude zu tun haben in denen sich das alles abspielt“<sup>6</sup>. Im Effekt dieses doppelten Konzentrationsprozesses ist die Stadt sowohl von der herrschenden Unternehmenskultur als auch von einer Vielfalt anderer Kulturen und Identitäten geprägt.

„Eine neue Front“<sup>7</sup> ist nach diesen Überlegungen Sassens Resultat dreier Entwicklungen: Erstens die Verdrängung eines wachsenden Teils der ökonomischen Aktivitäten aus dem Zentrum und ihre daraus folgende Entwertung, zweitens „die Dynamik der Wertung (Polarisierung)“, die drastische Vergrößerung des Abstandes zwischen „entwerteten und wertvollen, in der Tat wohl überbewerteten, Sektoren der Ökonomie“ und drittens die wachsende Präsenz von Frauen, ImmigrantInnen und Afro-AmerikanerInnen in der Ökonomie der Großstädte sowie ihre unverhältnismäßige Konzentration in den entwerteten Sektoren, die innerhalb einer Stadt wie New York eine konkrete Form so krasser Unterschiede wie zwischen Industriestaaten und „Entwicklungs“ländern angenommen hat.

In ihrem Vergleich Berlin -Los Angeles beschreibt Margit Mayer diese Entwicklungen als „die andere Seite der Internationalisierung“<sup>8</sup>. Los Angeles hat „die größte und kulturell heterogenste ImmigrantInnen-Arbeiterschaft von allen Weltstädten“, und die „L.A. riots“ führten, so Mayer, „weltweit vor, daß die Integration von Schwarzen, Latinos und anderen Minoritäten keineswegs gelungen ist“. In der durch zunehmende Polarisierung von altem und neuem Reichtum einerseits und alter und neuer Armut andererseits „gespaltenen städtischen Geographie werden Stadtteilgrenzen zu Kampflinien potentiell gewalttätiger Auseinandersetzungen um die Rechte an der Stadt“.

<sup>5</sup> Ebd., S. 6.

<sup>6</sup> Ebd., S. 7.

<sup>7</sup> Ebd., S. 10f.

<sup>8</sup> Margit Mayer, a.a.O., S. 13f.

## Gangs

### „Police ain't nothing but a gang“ (Brand Nubian)

Unter den Bedingungen sich verschärfender Segregationsprozesse bildet sich in den „Krisenvierteln“ US-amerikanischer Großstädte eine von der legitimen Gesellschaft losgelöste Welt, die Welt der Gangs, in der andere Gesetze zu gelten scheinen. Die Gangs genannten Zusammenschlüsse von Bürgern, die in der Regel aus sozial und ökonomisch schwachen Verhältnissen kommen, haben in den Vereinigten Staaten von Amerika eine lange Tradition. Es sind Gemeinschaften, in denen es bestimmte Regeln, Gesetze und Hierarchien zu befolgen gilt. Auch wenn diese Gesetze als ungeschrieben gelten und sich schlagartig ändern können, ihre Grundprinzipien bleiben, und so können manche Familien die Mitgliedschaft in einer Gang über vier Generationen zurückverfolgen. Viele Jugendliche schließen sich einer Gang an, weil das von staatlichen Schulen vermittelte Wissen nur bedingt etwas mit ihrer sozialen Wirklichkeit zu tun hat und weil sie am Beispiel ihrer Eltern sehen können, daß sie in der Gesellschaft nicht weit kommen können. Um so mehr glauben die aus einkommensschwachen Familien kommenden Jugendlichen an den Mythos des american dreams: den risikofreudigen Kleinunternehmer, der durch seine Eigeninitiative Reichtum erlangt. Da diese jungen Menschen nicht viel an eigenem materiellem Startkapital besitzen, können sie am besten sich selbst einsetzen: ihre Geschicklichkeit, ihre Kraft, ihren Umgang mit Schußwaffen.<sup>9</sup> Der ökonomische Einsatz ist hier Gewalt, aber nicht eine sadistisch-sinnlose Gewalt nach dem von Informationsmedien verbreiteten Bild, sondern eine Gewalt, die als Zahlungsmittel und Dienstleistung fungiert.

Je effektiver ihre Hierarchiestruktur, desto einflußreicher ist eine Gang. So gibt es innerhalb einer Gang viele unterschiedlich machtgewichtete Posten. Eine führende Gangpersönlichkeit, will sie von den Mitgliedern anerkannt werden, muß sich mit gesellschaftlich anerkannten Charaktereigenschaften auszeichnen wie Diplomatie, Bedachtsamkeit, Solidarität und loyalem Führungsstil. Bemerkenswert ist, daß viele junge Leute, die ihren Schulabschluß nicht geschafft haben, innerhalb einer Gang einen sehr hohen Rang durch die Anwendung von „rationalen“ Strategien erreicht haben. Gangmitglieder reden sich gegenseitig als Brüder und Schwester an, als Zeichen gegenseitiger Verbundenheit und eines gewissen Stolzes der Zugehörigkeit zu einer die reale Marginalisierung kompensierenden „Elitegruppe“.<sup>10</sup> So verteidigen Gangs ih-

<sup>9</sup> An solchen Eigenschaften ist zu ersehen, daß diese Aufstiegschancen in erster Linie auf männliche Jugendliche zu beziehen sind und daß die Möglichkeiten einer Frau noch wesentlich eingeschränkter sind. Die vorangegangenen und nachfolgenden Ausführungen beziehen sich in erste Linie auf die Situation und Chancen von männlichen Individuen aus unterprivilegierten Verhältnissen, weil es auch der männliche schwarze Jugendliche ist, der als ein gesellschaftlich gefährliches Individuum gilt.

<sup>10</sup> Vgl. Marco D'Eramo, a.a.O., S. 360f.

re Gemeinschaft gegenüber Immobilienspekulanten, Wucherern und Mitgliedern anderer Gangs. In der Gesellschaft außerhalb des Gettos gilt der Einsatz von privaten Schutztruppen und Sicherheitsdiensten als eine legitime Strategie zur Sicherung des Privateigentums. Gangs üben im Prinzip keine andere Funktion aus.

Der Handel mit illegalen Drogen ist eine weitere wirtschaftliche Säule in den „Großstadtgettos“ und durchaus mit dem Opiumhandel der East Indian Company zu vergleichen, denn wenn es stimmt, daß in Los Angeles „schätzungsweise 10.000 Gangmitglieder sich durch den Drogenhandel ihren Lebensunterhalt verdienen, dann ist crack in der Tat der Arbeitgeber Nummer eins, das Äquivalent mehrerer großer Autofabriken und McDonald's-Ketten“.<sup>11</sup> Das Drogengeschäft verspricht verlockende Gewinne und eignet sich bestens zur Realisierung des american dream. Wenige der durch den Drogenhandel reich gewordenen Gangmitglieder haben es jedoch geschafft, in das legale Geschäft zu wechseln und so bleiben sie auf Schwarzbrennereien, gesetzlich nicht erlaubte Lotterien und Wetteinsätze als weitere mögliche Einnahmequellen fixiert. Keiner kann ernsthaft annehmen, daß Drogengeschäfte sich nur innerhalb der „Großstadtgettos“ abspielen, und daß die Nachfrage nach illegalen Genußmitteln nur innerhalb seiner Grenzen existiert. So mancher tüchtige und angesehene Geschäftsmann ist in Drogeneinkäufe verwickelt, beauftragt aus dem Gangmilieu kommende Personen, ihn zu schützen oder unliebsame Mieter loszuwerden. Durch derartige Dienstleistungen arbeiten die Gangs hinter den Kulissen mit der legalen Wirtschaft Hand in Hand.

So sehr wie die Gangmitglieder der US-amerikanischen „Großstadtgettos“ außerhalb der herrschenden Gesellschaft leben, so sehr sind sie mit ihren Staatsorganen und Staatsapparaten verflochten. Zwar herrscht zwischen den Gangs und den exekutiven Organen des Staates ein kriegsähnlicher Zustand, auf anderen Ebenen haben sich jedoch viele Beziehungen und Abhängigkeiten zu ihnen entwickelt. Marco D'Eramo beschreibt diesen Zustand als Symbiose:

„Die Polizei braucht die Gangs, um sich ihr Stück am Kuchen des kommunalen Haushalts zu sichern. Die Politiker brauchen die Gangs - zum einen, um zu demonstrieren, daß sie die Kriminalität bekämpfen, zum anderen, um Stimmen in den Vierteln zu erhalten, in denen die Gangs aktiv sind. Die Gangs wiederum brauchen die Politiker, um den Druck der Polizei abzufangen, und sie brauchen die Sozialdienste, damit das Viertel finanzielle Zuschüsse erhält. Die lokalen Politiker im Gangland stärken ihre Position, indem sie als Vermittler zwischen den Behörden und der Gang auftreten. Für die Massenmedien schließlich sind die Gangs eine Ware, die sie vermarkten können und die sich verkaufsfördernd auswirkt, und für die Filmindustrie ein phantastisches Mittel, um das Publikum zu unterhalten und Nervenkitzel zu erzeugen.“<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Mike Davis, a.a.O., S. 359.

<sup>12</sup> Ebd.

Zu einer gängigen Karriere eines Gangmitgliedes, auch im Sinne eines Aufstiegs innerhalb der Hierarchie, gehört meist ein Gefängnisaufenthalt, und das Gefängnis betritt ein Rechtsbrecher, das Gefängnis verläßt ein Krimineller. Die Strafe der Einsperrung gilt immer noch als eine abschreckende Maßnahme zur Senkung der Kriminalitätsrate.

„Dies ist eine Lösung im Sinne des Fundamentalismus, demzufolge das System nicht deshalb nicht funktioniert, weil an ihm etwas falsch ist, sondern weil seine Prinzipien nicht mit der größtmöglichen Konsequenz angewendet wurden. Etwa so, als vertrete man den Standpunkt, Terror sei deshalb wirkungslos, weil er nicht stark genug ausgeübt wird. Die mächtigste und reichste Gesellschaft ist zugleich jene, die die meisten Leute ins Gefängnis steckt.“<sup>13</sup>

Statistiken sagen, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika einer von vier jungen african americans im Alter zwischen 18 und 25 Jahren im Gefängnis landet. Anhand dieser Statistik kann man sich nur schwer vorstellen, daß bei dieser Bevölkerungsschicht das Gefängnis noch eine abschreckende Wirkung ausübt. Gefängnisaufenthalte dienen viel mehr dem Anstieg des Ansehens in der Ganghierarchie. Oft werden Minderjährige für strafbare Handlungen eingesetzt, weil bei ihnen das Strafmaß am geringsten ausfällt. Hier ist die Jugendkriminalität weniger als ein Indikator für die immer mehr gewalttätiger werdende Jugend anzusehen denn als ein Zeichen der rationalen Schadensminimierung für die Ganggemeinschaft. „Die Gangs überlassen den Drogendeal aus denselben Gründen den Kindern wie die Unternehmer des 19. Jahrhunderts die Kinder in den Bergwerken arbeiten ließen: um Kosten zu sparen.“<sup>14</sup>

Gerade durch das Aufkommen von Crack als Fast-Food-Droge wurde der Konkurrenzkampf auf der Einzelhandelsebene gnadenloser, und die ansteigende Jugendgewalt deckt sich grob mit der zunehmenden Verbreitung der Droge. Die Neuheit der Droge, ihre einfache und preiswerte Zubereitung wie ihre kurze euphorisierende Wirkung machten sie zu einen Verkaufserrenner. Wer seine Verkaufsstrategien gut zu organisieren wußte, der wurde, ganz im Sinne des american dreams, schnell reich. Wie jedes normale Geschäft, das einen anfänglichen Verkaufsboom erlebt, hat auch der Kokainhandel Probleme mit Angebot und Nachfrage. Seit Mitte der achtzigerer Jahre gibt es eine deutlich erkennbare Überproduktion auf diesem Sektor. In den letzten Jahren ist der Großhandelspreis von Kokain um die Hälfte gefallen.<sup>15</sup>

Sicherlich stecken die meisten Gangs im Drogengeschäft, nur treten sie hier nicht, wie in der gängigen Berichterstattung angenommen, als geschlossene kriminelle Konzerne oder Kartelle auf. Die Gangs sind auf dem gesamten Drogenhandelsmarkt eher als kleine Geschäftsleute anzusehen, da der Zusam-

<sup>13</sup> Ebd., S. 355.

<sup>14</sup> Ebd., S. 357.

<sup>15</sup> Mike Davis, a.a.O., S. 356.

menhalt unter den Gangs viel zu gering ist. Um so mehr leidet der Zusammenhalt in der community unter diesem immer gnadenloser werdenden Handel.

Eine neue Gruppe von Jugendlichen, die zu den schwarzen Gangs heraufschauen, bilden die Latinos. Ihre Gangs sind bestimmt nicht schlechter organisiert. Sie handeln jedoch meistens mit heimischen Drogen wie Amphetaminen und Marihuana, die nicht so viele Gewinne abwerfen wie der Handel mit Kokain. Der Reiz der ihnen von schwarzen Gangs in Form von schicken Autos, teurem Schmuck und automatischen Feuerwaffen vorgelebten Statussymbole übt seine Wirkung auch auf sie aus.

„Ihre Eltern messen ihre Lebensqualität vielleicht noch an dem Standard ihrer Herkunftsländer (...), aber das Selbstbild ihrer Kinder wird von den unablässigen Reizen der Konsumkultur (...) geformt.“<sup>16</sup>

In diesem Sinne vergeben schwarze Gangs Lizenzen zum Crack-Verkauf an sie. Auf dem legalen Arbeitsmarkt scheinen die Latinos bevorzugt zu werden. Sie besitzen als Einwanderer wesentlich weniger Arbeitsrechte, sind also leichter von der Billiglohnindustrie auszubeuten, und sie scheinen auch auf die weiße Bevölkerung einen „irgendwie“ harmloseren Eindruck zu machen: „Latinos wirken, auch wenn sie Ausländer sind, wie Einheimische und ungefährlich, während Schwarze, obwohl sie Einheimische sind, wie Ausländer und gefährlicher wirken.“<sup>17</sup>

Obwohl z.B. in Los Angeles vier mal so viele Latinos wie African Americans leben, sehen sich die Latinos als die politisch „Besitzlosen“ und die Schwarzen als politisch „Besitzende“. Die meisten sind nämlich von den Wahlen ausgeschlossen. Bleibt abzuwarten, wie sich die Stellung der Latinos innerhalb der Gangkultur und der gesamten Gesellschaft verändern wird und ob sie nicht, falls noch nicht geschehen, zu einem zusätzlichen „Pulverfaß“ innerhalb der US-amerikanischen Gesellschaft werden.

## Krieg

### „We insist“ (Max Roach)

Es wäre sicherlich falsch, die sehr real gewordene Jugendgewalt verharmlosen oder verschweigen zu wollen. Es wäre jedoch auch falsch, die Hauptursache dieser Gewalt zu verkennen: die soziale Lage Jugendlicher. Die zeitgenössischen Medienbilder lassen uns glauben, daß die „Gangs richtiggehende Stadtguerilla-Armeen [sind], die Crack verkaufen und die Polizei mit ihren Uzi- und Mac-10MPs tottrüsten wollen. Die Gangs bestehen zwar meist nur aus Zehntklässlern, aber Lokalpolitiker [in Los Angeles] vergleichen sie regelmäßig mit den ‘mörderischen Milizen von Beirut.’“<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Ebd., S. 361.

<sup>17</sup> Ebd., S. 477.

<sup>18</sup> Ebd., S. 310.

Ein großer nicht nur beim Durchschnittsbürger, sondern auch bei Politikern, Polizeibeamten und Richtern kursierender Irrtum ist die Gleichstellung jedes jugendlichen Bewohners der African-American (aber auch immer mehr der Latino) neighbourhoods mit einem Gangmitglied per se. Diese Gleichstellung läßt sich in der, uns oft vorenthaltenen oder nur am Rande erwähnten, Berichterstattung von ungezählten Polizeiübergriffen wiederfinden, die sich nicht nur gegen Jugendliche richten. Gezielte Übergriffe der Polizeibeamten diskriminieren die Bevölkerung der neighbourhoods und der barrios. Laut Berichten starben etwa 15 Personen, die in Polizeigewahrsam genommen wurden, an den Folgen der unstrittenen „Schwitzkasten“-Griffe der Beamten. Der Polizeichef des Los Angeles Police Department (LAPD), Daryl Gates, vertrat jedoch die Ansicht, daß die Beamten unschuldig an dem Tod der Betroffenen sind, weil, so die rassistische Begründung, „wenn ein [Schlagender-Würgegriff] angewendet wird, bei manchen Schwarzen die Venen oder Arterien [sich] nicht so schnell öffnen wie bei normalen Menschen“.<sup>19</sup> Das kalifornische Staatsparlament verabschiedete 1988 den „Street Terrorism Enforcement and Prevention Act“ (STEP), der die Mitgliedschaft in einer Gang zu einem Kapitalverbrechen erhebt. Jeder, der auch nur indirekt z.B. durch das Verleihen eines Autos, das bei einem Verbrechen benutzt wurde, verwickelt ist, kann mit bis zu drei Jahren Gefängnis rechnen. Das Gesetz sieht auch die Verfolgung von Eltern von Gangmitgliedern vor, wenn sie ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen, um die kriminellen Aktivitäten ihrer Kinder zu verhindern.<sup>20</sup> Das Versagen der „Getto-Familie“ gilt immer noch als das am meisten verbreitete Erklärungsmodell für das Entstehen von Jugendkriminalität in diesen Vierteln. Väter die sich ihrer Verantwortung entziehen, Mütter die ihrer Rolle als Alleinerzieherin nicht gewachsen sind, die Flucht der African-American-Mittelschicht aus den neighbourhoods und ein überforderter Sozialstaat schaffen einen verrohten und skrupellosen Jugendlichen, der in seinem Drogenwahn und seiner Drogengier jeglichen menschlichen Charakterzug zu verlieren scheint. Vergessen wird an dieser Stelle, daß in einer Stadt wie Los Angeles die Haushaltsausgaben für Armenhilfe sinken und die für die Aufrüstung der Polizeibeamten steigen, daß über 100.000 Menschen obdachlos sind und die Kindersterblichkeit fast so hoch ist wie in der „Dritten Welt“, daß Armut und Perspektivlosigkeit der Jugend die treibenden Kräfte in ihrem Kampf um die Realisierung ihrer Träume sind.

Die bloße Zugehörigkeit zu Gangs wird kriminalisiert. Die den Gerichten eingereichten Anträge, sei es von Polizeichefs oder Stadtpolitikern, reichen von Verboten öffentlicher Versammlungen von mehr als zwei Personen, Verboten, sich im öffentlichen Raum länger als fünf Minuten aufzuhalten oder zu Hause länger als zehn Minuten Besuch zu empfangen bis hin zu dem Verbot der Gangfarben (rot für die Bloods, blau für die Crips). Hinsichtlich des letzteren

<sup>19</sup> Ebd., S. 312.

<sup>20</sup> Ebd., S. 324.

wurden die Antragsteller von Juristen darauf hingewiesen, daß dann zwei Drittel der amerikanischen Flagge illegalisiert würden. Zum Glück kommt nicht jeder von solchen einfallreichen Anträgen durch. Das ändert jedoch nichts an dem immer drastischer werdenden Durchgreifen von Seiten der Polizei. Eine solche Maßnahme ist die Verhängung von Ausgangssperren über african american oder latino neighbourhoods. Damit steigen schon deswegen die oft penibel geführten „Verbrechensquoten“ bei den Angehörigen dieser communities, weil ein Verstoß gegen diese Ausgangssperren in anderen (oder besser gesagt in weißen) Vierteln gar nicht möglich ist. Diese Methoden scheinen in direkter Verbindung mit dem steigenden Sicherheitsbedürfnis der restlichen Bevölkerung zu stehen. Die US-amerikanische Mittel- und Oberschicht grenzt ihre Wohnviertel immer mehr mit Stacheldraht, Überwachungskameras und privaten Sicherheitsdiensten gegen Arme, Obdachlose und „gefährliche“ Jugendliche ab.

Ausgangssperren und eine noch strengere Überwachung der Jugendlichen scheinen die einzigen Methoden zu sein, um die Jugendkriminalität zu bekämpfen: Symptome statt Ursachen werden bekämpft. Schwarze und Chicanos werden an öffentlichen Orten wie Freizeit- und Erholungsparks besonders oft und gezielt auf Waffen- und Drogenbesitz gefilzt und müssen demütigende Rituale wie z.B. „einen Adler machen“, „den Boden küssen“ oder verbale Attacken über sich ergehen lassen.<sup>21</sup> Ähnliche Anzeichen solcher gezielter Kriminalisierung sind auch in den Strafverschärfungen der Antidrogengesetze zu sehen.

Viele Polizeibeamte und sogar LAPD-Chef Gates selbst sind der Auffassung, daß auf den Straßen von Vierteln wie South Central ein regelrechter Krieg herrscht, ja sogar noch mehr: „Das hier ist Vietnam“ sagte der Chef des Los Angeles Drogendezernats.<sup>22</sup> Somit steht der Feind fest. Da niemand genau überschauen kann, wie viele Mitglieder eine bestimmte Gang hat oder gar wie viele Gangs es überhaupt gibt, ist eine so offen ausgesprochene Kriegserklärung als eine Kriegserklärung an die Jugendlichen der african-american und latino communities schlechthin aufzufassen. Die Methoden, den Feind zu bekämpfen, werden auf Seiten der Exekutive immer drastischer und stigmatisierender, und die Polizisten werden mit einer unversöhnlich-feindlichen Ein-

<sup>21</sup> Überhaupt scheint der städtisch-öffentliche Raum immer mehr zu verschwinden. Parks werden wegen mangelnder Gelder in den städtischen Haushaltskassen geschlossen, und es wird immer öfter darüber nachgedacht, die Grünanlagen der einzelnen Viertel nur ihren Bewohnern zugänglich zu machen. Das heißt dann, daß Jugendliche aus Armenvierteln, in denen nicht genug finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um Parks und städtische Erholungsgebiete zu unterhalten, in ihren Wohngebieten eingeschlossen bleiben. Darüber hinaus geben die Betreiber der großen Freizeitparks mit ihren hohen Eintrittspreisen der ärmeren Bevölkerung keine Möglichkeit, an diesen Erholungsstätten teilzuhaben. Strände werden nachts geschlossen und tagsüber informeller Rassentrennung unterzogen. Der arme Jugendliche ist gleichzeitig ein von öffentlichen Freizeitmöglichkeiten ausgeschlossener Jugendlicher.

<sup>22</sup> Mike Davis, a.a.O., S. 308.

stellung auf die Straßen losgeschickt.<sup>23</sup> Die Medienberichterstattung scheint nicht daran interessiert zu sein, die Problematik der Jugendkriminalität von der Seite der kriminalisierten Jugendlichen her zu betrachten und sie selbst zu Wort kommen zu lassen. Eine der wenigen Gelegenheiten, ihre Beschwerden und Anliegen öffentlich vorzutragen, hatten die Gang-Jugendlichen in Los Angeles im Dezember 1972. Hier gab die Human Relations Conference 60 schwarzen Ganganführern die Möglichkeit, sich zu ihrer Situation zu äußern. Erstaunlich war, daß die Jugendlichen klar und präzise ihre Forderungen nach Arbeit, Wohnraum, besseren Schulsystemen und Freizeitmöglichkeiten deutlich machten.<sup>24</sup>

Während die Lebenssituation in den neighbourhoods immer schlechter wurde, gelang einer ansehnlichen Minderheit von african americans der Aufstieg in die Mittelschicht. Viele Handwerker, Fachleute und Angestellte konnten beim öffentlichen Dienst ihre Arbeitsplätze sichern, während die minder qualifizierten Angehörigen der community mit den Einwanderern aus Lateinamerika um unsichere Arbeitsplätze in Industrie und unteren Dienstleistungsbereichen konkurrieren müssen. Im Vergleich zu den african americans sind die Migranten aus Zentralamerika bereit, für viel schlechtere Löhne und ohne jegliche soziale Absicherung zu arbeiten. Somit hat ein junger schwarzer Mann nur die Möglichkeit durch eine Sport-, Musiker- oder Militärkarriere dem Getto zu entfliehen. Die weitgehende Ausschließung von den Arbeitsmärkten macht die Gegenökonomie des Drogenhandels um so fruchtbarer, so daß sie als eine der Hauptursachen für die steigende Jugendkriminalität anzusehen ist. Inzwischen plädieren auch alte Black Power Veteranen wie Harry Edwards, der ehemaliger Propagandaminister der Black Panther Party, für ein härteres Durchgreifen gegen kriminell gewordene Jugendliche, „so lange das Gesetz es erlaubt, und das sollte so lange sein, wie es geht. Ich bin dafür, sie einzusperren, sie von der Straße zu holen, sie alle hinter Gitter zu bringen.“<sup>25</sup>

Die Kriminalisierung traf zuerst die Gangmitglieder, dann ihre Eltern, dann ganze Familien, schließlich ganze Gang-Viertel. In Los Angeles, so Mike Davis, „spricht zu vieles dafür, daß bald alles drunter und drüber geht: Überall in der inner city (...) vermehren sich die Gangs mit beängstigender Geschwindigkeit, wird die Polizei arroganter und schießwütiger und wird eine ganze Generation in ein letztes Gefecht geschoben, daß sie nicht gewinnen können.“<sup>26</sup>

<sup>23</sup> Der LAPD-Chef Gates sagte in einem Interview: „Die Leute glauben wohl, wir hätten nur eine einzige Strategie, nämlich, eine Menge Polizeibeamte einzusetzen, die Leute zu schikanieren und wegen irgendwelcher Lappalien festzunehmen. Nun, das gehört ganz ohne Frage mit zur Strategie.“ (*Los Angeles Times* von 8. Mai 1988), in: Mike Davis, a.a.O., S. 326.

<sup>24</sup> Mike Davis, a.a.O. 345.

<sup>25</sup> Ebd., S. 335 aus dem *San Francisco Focus* von März 1984, S. 100.

<sup>26</sup> Ebd., S. 362.

## Das „Zero Tolerance“-Modell der „Inneren Sicherheit“

„This is not America.“ (David Bowie)

Auf die Frage nach der Vergleichbarkeit US-amerikanischer und europäischer Metropolenentwicklung wurde bereits oben hingewiesen. Hinsichtlich kriminalpolitischer Strategien zur Bewältigung der Probleme sozial-räumlicher Polarisierung und innerstädtischer „Sicherheit“ indessen gewinnen US-amerikanische Modelle für europäische Stadtregierungen an Attraktivität. Bill Bratton hat es z.B. während seiner Amtszeit als Leiter der New Yorker Polizei geschafft, die Kriminalitätsrate der Stadt in den letzten fünf Jahren um fast 50 Prozent zu senken. Seine Strategie zielte auf die verschärfte Verfolgung von Bagatelldelikten wie z.B. das Trinken von Alkohol an öffentlichen Plätzen, aber auch die Vertreibung von „herumlungernden“ Obdachlosen und Junkies aus dem Stadtkern.<sup>27</sup> Die Polizeibeamten sollten so den Anfängen der Unordnung vorbeugen und jede noch so banale Auffälligkeit, und sei es „öffentliches Urinieren“, mit stigmatisierenden Einsätzen und hohen Geldstrafen verfolgen. Nach fünf Jahren konnte Bratton eine Statistik vorlegen, die „schwarz auf weiß“ zeige, daß die Kriminalitätsrate gesunken sei. So jedenfalls hat man das „Gesindel“ aus der Innenstadt vertrieben. Jetzt geht der inzwischen suspendierte Polizeichef mit seiner Einsatzmethode in europäischen Stadtparlamenten hausieren und preist sie - nach dem Motto: „Wo Müll ist, kommen die Ratten. Und wo Verwahrlosung herrscht, ist auch Gesindel“<sup>28</sup> - als ein universelles Modell präventiver Sicherheitskonzepte an. Trotz gewisser Skepsis bei vielen deutschen (gerade auch Frankfurter) Stadtpolitikern ist es vorstellbar, daß in einer Stadt wie Frankfurt am Main, oft als „Mainhattan“ apostrophiert, solche Modelle durchaus Fuß fassen könnten. Im Prinzip hat die Stadt Frankfurt schon ähnliche Vorgehensmethoden eingeführt: Obdachlose dürfen nicht mehr in den Kaufhauseingängen der Zeil übernachten, die Drogenszene in der Nähe des Hauptbahnhofs wird schon seit einigen Jahren von einer Ecke in die andere verscheuht (das sogenannte „Junkiejogging“), und

<sup>27</sup> Diese Strategie basiert auf der sogenannten „Broken-Window-Theorie“, die sich auf einen „Experiment“ des US-amerikanischen Psychologen Philip Zimbardo stützt, das er an zwei Autos durchgeführt hat, die er mit abgeschraubten Nummernschildern auf offener Straße jeweils in der New Yorker Bronx und in einer kalifornischen Kleinstadt Namens Palo Alto abgestellt hat. „Das Auto in der Bronx wurde innerhalb von zehn Minuten von Vandalen heimgesucht. (...) Innerhalb von 24 Stunden war der Kreuzer zum Skelett verkommen. Dann begann die nackte Zerstörung. (...) Fast alle Täter waren ordentliche Weiße. (...) Das Auto in Palo Alto wurde eine Woche lang nicht berührt. Dann zertrümmerte Zimbardo mit dem Hammer eine Scheibe. Schon bald machten Passanten mit. Weniger Stunden später lag das Auto auf dem Dach und war völlig zerstört. Die Täter waren wieder Weiße.“ (*Der Spiegel* 28/1997, S.55) Georg L. Kelling und James W. Wilson folgerten aus seiner Beobachtung, daß es einen Zusammenhang zwischen sozialem Klima und Gewalt gibt. Diese Theorie konnte unbeschadet ihrer Fragwürdigkeit an den New Yorker Polizeichef Bratton und Bürgermeister Giuliani verkauft werden und bestimmte die neue Stadtpolitik New Yorks.

<sup>28</sup> Klaus-Rüdiger Landowsky (CDU) in: *Der Spiegel* 28/1997, S. 49.

fast alle Bahnstationen und größere Einkaufspassagen werden penibel von privaten Sicherheitskräften kontrolliert. Die Polizei soll nicht mehr tatenlos zusehen, wie Angst vor „Kriminalität“ (was immer sich dahinter verbergen mag) sich weiter ausbreitet, sondern sich genau wie ein Dienstleistungsunternehmen die Frage stellen: „Wo sind die Kunden, wo sind die Märkte?“<sup>29</sup> Die Kunden sind natürlich die Bürger, nur ist dann sinngemäß der Obdachlose und der Junkie ein Nicht-Bürger. Geschützt werden hier hingegen weniger die Bürgerrechte als die Shopping Malls, der Standort Einkaufsstraße, die Ausrichtung städtischer Zentren zu Konsumlandschaften, die es vor der sichtbaren Anwesenheit marginalisierter und als Bedrohung wahrgenommener Gruppen zu bewahren gilt.<sup>30</sup>

Wenn Frankfurter Bürger bei Straßenumfragen befragt werden, ob sie sich in der abendlichen oder nächtlichen Innenstadt oder in den U-Bahnstationen unsicher fühlen, dann können sie diese Frage meistens nur bejahen. Wenn sie jedoch gefragt werden wovor sie Angst haben, dann beziehen sich ihre Antworten meistens auf Personengruppen, denen sie in ihrem Alltag nur selten begegnen und Situationen, in die sie noch nie selbst gekommen sind.

Auch in anderen Stadtregierungen inzwischen diskutierte „Gefahrenabwehrverordnungen“ sind ein Zeichen dafür, daß US-amerikanische Modelle, wie das „Zero Tolerance“-Modell der Stadt New York, auch hierzulande Anhänger gefunden hat. Hierbei wird das typische Sozialverhalten von Randgruppen wie das Nächtigen im Freien auf Straßen und in U-Bahnstationen oder Konsum von Alkohol und anderen Drogen an öffentlichen Plätzen stigmatisiert und zu einer Gefährdung der „inneren Sicherheit“ erklärt. Der Ordnungszernent der Stadt Frankfurt, Udo Corts, findet, daß „der Staat nicht tatenlos zusehen (kann), daß 99 Prozent der Bürger Angst davor haben, von einem Prozent tyrannisiert (sic!) zu werden“.<sup>31</sup> In dieser Weise werden Ausgrenzung und Feindbilder von der „gefährlichen Armut“ produziert.

Für Georgia Kouki

<sup>29</sup> Bill Bratton in: *Der Spiegel* 28/1997, S. 51.

<sup>30</sup> Vgl. Klaus Ronneberger, a.a.O.

<sup>31</sup> Frankfurter Rundschau vom 8. 7. 1998.

## Globalisierung, Europäische Union und Nationalstaat

Das menschliche Gedächtnis ist kurz. Die Veränderungen des frühneuzeitlich-absolutistischen Staats in Europa hin zum Nationalstaat, einem Staat, der sich prinzipiell auf die „Identifizierung“ „seiner“ Bürger gründet und deren ökonomisch-militärischer Mobilisierung bedarf, liegen nicht weit zurück. Dennoch erscheint heute, kaum 200 Jahre nach der Französischen Revolution, der Nationalstaat, trotz einiger intellektueller Kritik, als die natürliche Form politischer Organisation. Als habe es jahrtausendlang nicht andere Formen gegeben; als wären nicht verschiedenartigste Formen in Zukunft denkbar, vielleicht notwendig (Narr/ Schubert 1994, S. 27).

Europa ist in verschiedenen Etappen in Nationalstaaten und Nationen aufgeteilt worden. Alle europäischen Staaten repräsentieren heute – zumindest auf offizieller Ebene – ihre jeweiligen Nationen. So scheint sich das Nationalitätsprinzip europaweit etabliert zu haben.

Die Frage, die uns hier beschäftigen soll, ist, ob aus dieser Tatsache zu schließen ist, daß der nationale Imperativ und der Nationalstaat, ähnlich wie im 19. und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, weiterhin als relevante Kräfte der historischen Entwicklung fungieren, konstitutive Elemente der gesellschaftlichen Gestaltung sind oder, im Gegenteil, als anachronistische Elemente und sterbende Überreste einer alten Gesellschaftsordnung zu betrachten sind.

Die Bildung von europäischen Nationalstaaten im 19. Jahrhundert, in deren Verlauf sich die nationalen Ökonomien mit ihren Nationalstaaten verbanden, war Ausdruck objektiver Erfordernisse eines historischen Wandels. Der moderne Staat hätte sich ohne eine neue Ökonomie nicht etablieren und sein Territorium nicht herrschaftlich durchdringen können. Und umgekehrt hätte die kapitalistische Ökonomie sich ohne den staatlichen Rahmen und ohne die staatlichen Infrastrukturleistungen ebenfalls nicht etablieren können. Beide Erscheinungen, die zum Teil aus verschiedenen Wurzeln hervorgehen, sind historisch aufeinander angewiesen.

Der Nationalstaat war den vorkapitalistischen Gesellschaften fremd, weil deren ökonomischen Systeme und die daraus hervorgehenden Sozialstrukturen eine kulturell homogene Bevölkerung und die Übereinstimmung der politischen mit kulturellen Grenzen nicht erforderten. Die moderne kapitalistische Gesellschaft hingegen hat mit ihrer Tendenz zum ökonomischen Wachstum, zur allgemeinen Alphabetisierung, zur Mobilität und zur politischen Zentralisierung Bedingungen erzwungen, unter denen die politischen Grenzen mit kulturellen Grenzen - im Rahmen der bereits entstandenen, territorial voneinander abgegrenzten Volkswirtschaften - übereinstimmen mußten. Die Natio-

nalstaaten sind das notwendige Resultat dieser Entwicklung (Jafroodi 1996, S. 24 ff.)

## Globalisierung der Ökonomie

Aufgrund größerer Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung seit Mitte dieses Jahrhunderts, deren Grundlage transnationale Unternehmen sind, ist die Bedeutung nationaler Wirtschaften zunehmend im Schrumpfen begriffen. Die internationale Arbeitsteilung hat sich qualitativ geändert. Sie trat in großem Ausmaß aus dem betrieblichen Rahmen eines in sich geschlossenen Produktionszyklus heraus und führte zu einer gravierenden Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im globalen Maßstab, die ihrerseits eine wachsende globale Verflechtung wichtiger Bereiche der Wirtschaft der entwickelten kapitalistischen Länder und damit auch eine größere wechselseitige Abhängigkeit hervorgebracht hat.

Die Zahl der transnationalen Unternehmen wird derzeit auf etwa 44.000 geschätzt. Diese Multis wickeln rund zwei Drittel des Welthandels ab. Die laufenden Direktinvestitionen außerhalb der jeweiligen Heimat wurden allein in den vergangenen Jahren auf 350 Milliarden Dollar (1996) mehr als verfünffacht. Der weltweite Bestand an ausländischen Sachanlagen erreichte zuletzt den Rekordwert von 3,2 Billionen Dollar. Etwa 85 Prozent der Kapitalströme stammten aus den 29 OECD-Staaten (Bunzenthall 1998).

Ein wichtiger qualitativer Aspekt der supranationalen Verflechtung der Industriekonzerne besteht darin, daß die Verflechtung nun vorwiegend auf die Produktionssphäre, auf die Etablierung einer supranationalen Produktion unter der Kontrolle der transnationalen Konzerne gerichtet ist. Da es sich hier nicht mehr, wie in der Vergangenheit, um Internationalisierungsprozesse vorwiegend in der Zirkulationssphäre handelt, sondern um die umfassende Globalisierung der Produktionssphäre und des gesamten Reproduktionsprozesses, sind die globalen Produktionsverhältnisse nicht mehr wie früher nur abgeleitete, sekundäre und tertiäre Verhältnisse, sondern selbst zu primären Verhältnissen geworden (Heininger/Maier 1987, S. 133). Die Globalisierung der Produktionsverhältnisse, die als die logische Erweiterung der nationalen Produktionsverhältnisse zu betrachten ist, hat sich auf die gesamten globalen Wirtschaftsbeziehungen ausgedehnt.

Die transnationalen Konzerne waren keinesfalls immer das bestimmende Element der Globalisierung. Bis zu den fünfziger Jahren hatte eher die Wirtschaftspolitik der Staaten wie auch die Bildung erster internationaler Organisationen die Internationalisierung der Wirtschaft geprägt. Heute bestimmen jedoch eindeutig die transnationalen Konzerne, vor allem die von ihnen vorangetriebene Globalisierung der Produktion, den Prozeß der Herausbildung transnationaler Produktionsverhältnisse. Wo diese Verflechtung besonders dicht vor sich geht, wie im europäischen Integrationsprozeß, erfolgt auch das Zusammenwachsen der nationalen gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse.

Die Globalisierung der Produktionsverhältnisse hat den Bewegungsspielraum

für das Kapital vergrößert, und sie ist zugleich der Ausgangspunkt für eine Vertiefung der Widersprüche des kapitalistischen Systems und erweitert die Basis für Krisenprozesse in der Weltwirtschaft. So ist es kein Zufall, daß sich Krisenprozesse in den Weltwirtschaftsbeziehungen seit dem Anfang der siebziger Jahre, im Zusammenhang mit der außerordentlich raschen Zunahme der Globalisierung häufen und mit größerer Schärfe ausprägen als in den fünfziger und sechziger Jahren. Dies gilt nicht nur für die zyklischen Krisen, sondern auch für Strukturkrisen. Nicht zuletzt gehört hierzu die Regulierungskrise. Vor allem ergeben sich aus der Globalisierung der Produktionsverhältnisse drei Momente, die für die globale Entfaltung der ökonomischen Widersprüche von Bedeutung sind:

- Erstens: der Übergang zur Globalisierung der Produktion, das heißt, daß die zentrale Phase des Kreislaufs des industriellen Kapital zum bestimmenden Moment der Globalisierung der Wirtschaft wird;
- Zweitens: die auf dieser Grundlage vor sich gehende Verstärkung der transnationalen Verflechtung mit den transnationalen Konzernen im Zentrum und die hiermit verbundene Globalisierung des Finanzkapitals mit seinen neuen Erscheinungsformen;
- Drittens: die neue Rolle des Staates und der transnationalen Institutionen im Prozeß der Globalisierung des Kapitals.

Im Prozeß der Globalisierung wurden auch die Zirkulationsverhältnisse der Weltwirtschaft verändert. Waren die Waren- und Geldbeziehungen früher allein Ausdruck und Funktion der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen, so werden sie jetzt zunehmend durch die sich aus der globalen Produktion herleitenden Zirkulationsverhältnisse geprägt. Das Zusammenwirken der transnationalen Konzerne mit internationalen Finanzinstituten und -organisationen ist ein weiterer Ausdruck dafür, welches Gewicht diese Zirkulationsprozesse mit ihren eigenständigen Mechanismen im internationalen Handels-, Währungs-, und Kreditsystem erlangt haben. Mit ihrer Lösung von den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen erhalten diese Prozesse ein größeres Eigengewicht.

Auf der Ebene der globalen Wirtschaftsbeziehungen kann der Staat nicht wie auf der nationalen Ebene direkt die Verwertung des Kapitals beeinflussen. Die Regulierung des Nationalstaates kann sich nur auf die „eigenen“ Konzerne beschränken. Zwar gibt es darüber hinaus eine Einwirkung des Staates in Gestalt von bilateralen Abkommen und Abmachungen mit anderen Nationalstaaten auf die Verwertungsbedingungen der transnationalen Monopole. Bei diesen bilateralen und multilateralen Aktivitäten ist der Staat aber von vornherein ein Partner von vielen und kann, je nach den Kräfteverhältnissen zwischen den betreffenden Nationalstaaten, nur Kompromisse schließen oder Einzelvorteile erreichen und in keinem Fall regulierend in den Reproduktionsprozeß der Wirtschaft eingreifen. Damit erhält das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Nationalstaat auf transnationaler Ebene eine völlig neue Dimension. Die transnationalen Konzerne werden im Ergebnis ihrer weiten Verflechtung, ihres

globalen Filialnetzes und ihres eigenständigen Gewichts in der globalen Produktion und Zirkulation immer stärker zu eigenständigen Subjekten der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Den daraus erwachsenden ökonomischen und politischen Erfordernissen kann der einzelne Nationalstaat nicht entsprechen (ebenda, S. 164 ff.).

Dieser Zustand hat dazu beigetragen, daß sogar die mächtigsten Staaten bereits von einer Weltwirtschaft abhängig sind, auf die sie keinen großen Einfluß mehr haben. Diese Veränderungen, die durch die technische Revolution im Transport- und Kommunikationswesen eingeleitet und durch die Verlagerung der Produktionsfaktoren über den Erdball vollzogen wurden, haben die ökonomische Basis des nationalen Imperativs weitgehend geschwächt.

### Europäische Integration - Trend zur transnationalen Gesellschaft

Allerdings verläuft der wirtschaftliche Integrationsprozeß hinsichtlich seiner Intensität zunächst noch innerhalb der regionalen Blöcke. Kernstück dieser Integration ist der freie Warenverkehr, der sich nicht als globaler Freihandelsraum entwickelt hat, sondern als regionaler, gemeinsamer Markt durchgesetzt wurde und seinen Ausdruck in der Marktöffnung nach innen und der Abschirmung nach außen findet. So ist festzustellen, daß gegenwärtig etwa drei Viertel der europäischen Exporte in den innereuropäischen Raum gehen. Die Ursache dieses partiellen Verflechtungsprozesses ist in dem Kalkül begründet, die Marktöffnung geographisch begrenzt zu halten, um gleichzeitig den außenwirtschaftlichen Schutz - insbesondere gegenüber den USA und Japan - zu gewährleisten. „Konstitutiv für die regionale Integration ist somit ihr doppelter Charakter: die regionale Aufschließung, Verflechtung und Vergemeinschaftung nach innen und eine gemeinsame Abgrenzung nach außen“ (Statz 1989, S. 17).

Dieser Zustand ist darauf zurückzuführen, daß trotz der Globalisierung der Wirtschaft und des Kapitals die Entwicklung des Kapitalismus nach wie vor ungleichmäßig verläuft. Obwohl die Verflechtung zwischen Ländern und Monopolen vorangeschritten ist, hat sich die Rivalität zwischen ihnen nicht abgeschwächt.

Dabei ist festzustellen, daß die westeuropäische Integration, die als Reaktion auf die Globalisierung der Wirtschaft begonnen und eine hohe Stufe erreicht hat, ab den 60er Jahren zu einem Hauptfaktor für die relativ schnelle Entwicklung der westeuropäischen Länder, für das Anwachsen ihrer Anteile an der globalen Industrieproduktion und am Warenexport wurde. Die Bildung des gemeinsamen Marktes und der damit verbundene Zollabbau machten es für alle Beteiligten möglich, die Märkte auszudehnen, und erschwerten die Konkurrenz Dritter im diesem Wirtschaftsraum.

Eine deutliche Kennziffer ist das schnelle Anwachsen des Handels der EU-Länder untereinander. Während dieser Intrahandel im Gründungsjahr der EG

noch knapp 35 Prozent des gesamten Außenhandels der EG-Länder ausmachte, stieg sein Anteil mittlerweile auf ca. 75 Prozent.

Aufgrund der staatlichen Zersplitterung Westeuropas und der relativen Enge der nationalen Märkte läßt sich die regionale Integration im Rahmen der EU als relative Lösung des Widerspruchs zwischen der Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und der Begrenztheit nationaler Märkte und der Schranken des Nationalstaates begreifen. „Die territoriale Inkongruenz von Ökonomie und Politik im internationalen System, die sowohl eine Ausdehnung der Märkte wie eine Internationalisierung von Staatsfunktionen erfordert, kann in regionaler Form partiell überwunden werden“ (Statz 1989, S. 16).

So hat in Westeuropa nicht nur der nationale Imperativ unter wirtschaftlichen Aspekten an Bedeutung verloren, sondern auch die politischen Funktionen des Nationalstaats wurden eingeschränkt. Elmar Altvater (1994, S. 519) sieht die augenscheinlichste Veränderung seit Anfang der 70er Jahre in dem Absterben des Nationalstaates als jene Einheit, die über territoriale Souveränität verfügt und den gesellschaftlichen Rahmen für die Handlungen seiner Staatsbürger bestimmt. Nach Altvater ist im Zuge der umfassenden Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft dem Nationalstaat die monopolistische Herrschaft über den territorialen Raum abhanden geraten, auf den sich seine Souveränität bezog.

Zwar wäre es unzutreffend, angesichts dieser Tendenz bereits von einer Überwindung des Nationalstaatsgedankens zu sprechen, weil „der Nationalstaat solange wesentlich für die Umsetzung der globalen oder systemischen Funktionen des kapitalistischen Staatstyps bleiben wird, bis supranationale Regime die Fähigkeit erworben haben, Probleme der sozialen Kohäsion in einem klassengeteilten regionalen Block oder in einem Weltsystem zu regeln“ (Jessop 1995, S. 42). Dennoch ist ein wachsender Trend zum Autonomieverlust der Nationalstaaten ersichtlich. Die gegenwärtigen Formen der Kommunikationsstrukturen und der Weltwirtschaft haben die nationalstaatlichen Grenzen durchlässiger und überwindbarer gemacht, und es ist zumindest in Ansätzen eine transnationale Gesellschaft entstanden, welche die politische, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Autarkie des Nationalstaats weitgehend aufgelöst hat.

### **Asymmetrie zwischen wirtschaftlicher Integration und politischem Überbau**

Generell ist in bezug auf die Dynamik der kapitalistischen Globalisierung bzw. Regionalisierung festzustellen, daß zwischen der wirtschaftlichen Verflechtung einerseits und der staatlichen Einigung andererseits keine eindeutige Parallelität besteht: „Es gibt einen fundamentalen, sich entlang der Entwicklung von Weltsystemen durchziehenden ökonomisch/politischen Widerspruch in dem Sinn, daß die ökonomische Organisation auf Weltebene integrierter und ausgedehnter ist als die politische Organisation des Weltsystems, die lokalisiert und regionalisiert ist“ (Gills/Frank, in: Narr/ Schubert 1994, S. 149).

Im Unterschied zu der Entstehungsphase der kapitalistischen Gesellschaft, in der der gemeinsame nationale Markt auch den gemeinsamen Staat erfordert und hervorgebracht hat, ist nun trotz des transnationalen Wesens des Kapitalismus und der Entwicklung eines übernationalen gemeinsamen Marktes kein entsprechendes politisches Dach entstanden. Im Prozeß der europäischen Integration sind einerseits die Grenzen für den Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr zwischen den EU-Staaten abgeschafft worden, und es hat sich ein freier Markt und ein gemeinsamer Wirtschaftsraum entwickelt, aber andererseits hat diese ökonomische Basis noch keinen transnationalen europäischen Staat hervorgebracht. Zwar kristallisierte sich mit der Zeit ein westeuropäisches Gesellschaftsmodell heraus, das sich vom amerikanischen wie japanischen unterschied und nationale Besonderheiten zu relativieren begann, aber andererseits blieben die Regulierung des Verhältnisses Kapital-Arbeit, die demokratische Legitimierung von Macht, die ökologische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im allgemeinen Sache des Nationalstaats.

Es ist ersichtlich, daß hier zwischen der Dynamik der kapitalistischen Entwicklung einerseits und den politischen Strukturen andererseits ein Widerspruch besteht. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären?

Das kapitalistische System kann mit der Existenz von Nationalstaaten und dem gegenwärtig stattfindenden Verlauf ihrer Aushöhlung und ihres Souveränitätsverlusts gut leben. Die transnationalen Konzerne haben sich gegen jede Stärkung internationaler staatlicher Strukturen gewandt, und sie sind die aufrechtesten Verteidiger des Nationalstaates, um politische wie ökonomische Unterschiede zwischen Staaten auszubeuten (Picciotto 1993, S. 35 f.). Aber die Interessen der transnationalen Konzerne sind nicht der einzige Grund für die Asymmetrien von ökonomischer Integration und schleppender staatlicher Integration. Nach meiner Ansicht ist eine Erklärung dieses Zustands auch in der noch vorhandenen Nationalstaatsfixiertheit der Bevölkerungen und ihrer politischen Akteure zu suchen. Nicht zuletzt ist der Charakter der nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten Staaten der europäischen Industrieländer für diese Nationalstaatsfixiertheit verantwortlich. Diese Staaten haben unter dem Druck der Arbeiterbewegung, die weitgehende soziale Errungenschaften erwarb, aber auch aufgrund der Erfahrungen der Zwischenkriegsperiode und der Zwänge der Konkurrenz mit dem sozialistischen System und im Kontext der technischen Revolution immer mehr Regulierungsfunktionen übernommen und wurden zu dem, was als keynesianischer Wohlfahrtsstaat oder Sozialstaat bezeichnet wird. Sie sind also gewissermaßen Produkt der Klassenkompromisse innerhalb der nationalen Grenzen.

Bis in die siebziger Jahre haben die westlichen Regierungen in unterschiedlicher Form eine ökonomische „Globalsteuerung“ betrieben. Es war im Kern eine keynesianistische Politik, die das wirtschaftliche Wachstum und Beschäftigungsniveau steuerte. Trotz ihrer Schwächen funktionierte diese Politik für ein paar Jahrzehnte ganz ordentlich. Sie war mit aktiver Sozialpolitik und der Schaffung eines „Netzes sozialer Sicherheit“ verknüpft, die aus der ständig

wachsenden Verteilungsmasse und steigenden Einkommen finanziert werden konnten. Das keynesianistische Politikmuster mit seiner sozialpolitischen Flankierung gestattete die Stabilisierung eines gesellschaftlichen Konsenses. Dieses wirtschafts- und sozialpolitische Erfolgsrezept beruhte auf zwei Voraussetzungen: wirtschaftlichem Wachstum und erfolgreicher staatlicher Wirtschaftspolitik.

Das Problem besteht nun darin, daß das Modell keynesianistischer Wirtschaftssteuerung seine Grundlage verloren hat. „Seit Mitte der siebziger hat sich das Wachstumspotential der Nachkriegsinnovationen und unelastischer Organisationsformen der Massenproduktion erschöpft. Die Basis des Sozialstaats, nämlich tendenzielle Vollbeschäftigung und folglich relativ geringe Belastung durch existentielle Sozialtransfers, erodiert unter diesen Umständen“ (Klein 1996, S. 10).

Seit den siebziger Jahren setzte eine Periode zunehmender ökonomischer und politischer Krisenhaftigkeit und Labilität der wirtschaftlichen Entwicklung ein. Sie trat in wichtigen Bereichen der Weltwirtschaft wie auch innerhalb der Volkswirtschaften der einzelnen Staaten zutage. Angesichts dieser neuen tiefgreifenden Konflikte erwiesen sich die bisherigen Instrumentarien und Formen der staatlichen Regulierung als unwirksam. Es entstand eine Krise des bisherigen Systems der staatlichen Regulierung. Der nationale Charakter der Regulierung geriet in Widerspruch mit der Globalisierung des Wirtschaftslebens. Die staatliche Regulierung, die sich auf den nationalen Rahmen der einzelnen Länder beschränkte, war außerstande, sich der beginnenden strukturellen Umgestaltung der kapitalistischen Weltwirtschaft, dem neuen Niveau der Globalisierung der Produktion und der immer stärker werdenden Abhängigkeit der Kapitalakkumulation von äußeren Bedingungen anzupassen. So ist zu konstatieren, daß die verstärkten Globalisierungsprozesse keine entsprechende staatliche Regulierung gefunden haben.

### Die Nationalstaaten als Gefangene der Weltökonomie

Der anscheinend unaufhaltsame Abbau des Sozialstaats als Kern des westeuropäischen Wachstumsmodells wird von den einzelnen Nationalstaaten zwar in eigener Regie vorgenommen, tendiert aber zu einer Amerikanisierung dieses Modells mitsamt der dazu gehörenden, sich weiter vertiefenden Gesellschaftsspaltung. Dabei verlieren die Nationalstaaten auf der einen Seite an Handlungsspielraum, auf der anderen Seite wachsen die Anforderungen an ihre Fähigkeit zur Regulierung innergesellschaftlicher Krisen als Folge externer Einflüsse. Das Dilemma besteht darin, daß die herrschenden Kräfte in Westeuropa die Krise zu überwinden suchen, indem sie jene neoliberalen Prinzipien anwenden, die eben diese Krise mitverursacht haben. Dadurch entsteht zunehmend der Eindruck, die nationalen Regierungen seien überfordert.

Gegenüber dieser dominanten Strategie muß eine Alternative entwickelt werden, die die Härte der Weltmarktkonkurrenz zu beachten und zu verarbeiten hat, die aber mehr noch auf das Herausfinden einer situationsgerechten neuen

Produktions- und Regulierungsweise gerichtet ist. Eine solche Strategie kommt nach meiner Ansicht nicht darum herum, sich auf eine tendenzielle Überwindung des Nationalstaates zu orientieren.

Auch die Dynamik des kapitalistischen Systems in Westeuropa erfordert diesen Staat nicht mehr unbedingt und könnte ihn theoretisch durch ein transnationales politisches Dach ersetzen. Das kapitalistische System ist auch mit einem supranationalen Staat vereinbar. Natürlich würde dieses System, seiner eigenen Logik überlassen, zu einem supranationalen Staat tendieren, der kein Wohlfahrtsstaat oder Sozialstaat mehr ist, sondern nur die traditionellen Aufgaben des bürgerlichen Staates übernimmt, d.h., die Eigentumsverhältnisse bewahrt. Dies aber steht in Widerspruch zu den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerungen der europäischen Länder, auch denen der „Kernstaaten“ der EU. Wenn man in Betracht zieht, daß die kapitalistische Tendenz zum freien Waren- und Dienstleistungsverkehr nicht bei den gegenwärtigen EU-Staaten haltmachen will, sondern schon jetzt in gewissem Maße bis zu den Grenzen Rußlands fortgeschritten ist und dementsprechend die EU erweitern möchte, wird die Lage noch komplizierter. Wie würde ein supranationaler Staat, der diesen gemeinsamen Markt verwaltet, aussehen? Ein wirtschaftsliberaler Staat würde auf Widerstand der Bevölkerungen stoßen. Ein keynesianischer Wohlfahrtsstaat aber, der auch das Gefälle zwischen den verschiedenen Ländern einebnen muß, wird auf den Widerstand der transnationalen Konzerne stoßen.

Noch hat die Entnationalisierung der Ökonomie und der Autonomieverlust der Nationalstaaten aufgrund der bereits geschilderten Komplikationen nicht dazu geführt, „daß ein völlig neuartiger supranationaler Staat entstanden ist, um institutionelle Integration und soziale Kohäsion in einer erweiterten klassengeheilten, supranationalen Gesellschaftsformation zu gewährleisten“ (Jessop 1995, S. 38). So wird den globalen Anforderungen zuerst noch dadurch begegnet, daß das eigene Land für die transnationalen Konzerne attraktiv gemacht wird. Infrastrukturmaßnahmen von der Ausbildung über die Forschung bis zu rechtlichen Sicherungen und der Stabilität des politischen Systems gehören dazu. Die einzelnen Staaten versuchen demnach, die in der Konkurrenz mit anderen erzielten „Standortvorteile“ in den eigenen Grenzen zu halten.

Aufgrund dieses Zustandes stellt die Weltökonomie, so Narr und Schubert (1994, S. 152 ff.), heute die einzige Bezugsgröße dar. Das Koordinatensystem staatlicher Einflüsse wird nicht mehr durch den nationalen Raum umschrieben, sondern durch den Weltmarkt (Altvater 1994, S. 520). Die politischen Akteure orientieren sich in wachsendem Maße an den führenden Indikatoren der Weltökonomie. Die größere internationale Mobilität des Kapitals hat die riesigen Löcher im Netzwerk der Koordination staatlicher Funktionen offengelegt. Die nationalen Staatsorgane haben sich zusehends als wirkungslos gegenüber der globalen Macht des Kapitals herausgestellt (Piciotto 1993, S. 45 f.). Da die Existenz jedes Nationalstaates von der Reproduktion des Kapitalismus innerhalb seiner Grenzen abhängt, muß er sich bemühen, Kapital anzuziehen

und, wenn dies gelungen ist, das Kapital auf seinem Gebiet festzuhalten. Der Konkurrenzkampf zwischen Nationalstaaten ist ein Kampf zwischen Staaten um die Anziehung und den Erhalt größerer Teile des Weltkapitals und des mit ihm einhergehenden globalen Mehrwerts. Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Nationalstaat versuchen, durch die Bereitstellung von Infrastruktur, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, die Erziehung und Regulation von Arbeitskräften usw., günstige Bedingungen für die Reproduktion des Kapitals innerhalb seiner Grenzen zu sichern (Holloway 1993, S. 22).

So sind alle Nationalstaaten gezwungen, mit der Herbeiführung höchstmöglicher Mobilität und Flexibilität sich dem Konkurrenzgebot zu unterwerfen. Also sind sie Gefangene der Weltökonomie. Nicht mehr die Unternehmen konkurrieren in und um Staaten, sondern Staaten konkurrieren um die Gunst der transnationalen Konzerne. Also ist die kapitalistische Ökonomie den territorial gebundenen Staaten eindeutig überlegen. Ein Staat kann seine Bevölkerung nicht auswechseln, das Kapital dagegen schon. Die führenden Unternehmen agieren weltweit. Die Staaten bleiben dagegen territorial gebunden und doch gleichermaßen auf den Weltmarkt fixiert. John Holloway drückt diesen Tatbestand folgendermaßen aus: „Der Nationalstaat kann seine Grenzen nur unter Schwierigkeiten ändern, während Kapital sich in Sekunden von einer Seite der Erde zur andern bewegen kann<sup>1</sup>. Während Nationalstaaten fest sind, ist Kapital wesentlich flüssig, und es fließt überall hin, wo die größten Profite zu machen sind. ... Das Verhältnis von Nationalstaat und Kapital ist das Verhältnis eines national fixierten Staates zu einem weltweit mobilen Kapital“ (Holloway 1993, S. 21). Also haben sich die Einflußmöglichkeiten der Staaten im Vergleich zu früheren Zeiten, als die Nationalökonomien noch in den nationalstaatlichen Grenzen eingebunden waren, drastisch reduziert. Sie können einerseits auf die Institutionen der Weltökonomie kaum noch Einfluß nehmen, sind andererseits dennoch gezwungen, in der Konkurrenz mit anderen Staaten sich als die besseren Standorte zu profilieren. Was wir nun erleben, ist die Ablösung des nach innen gerichteten Wohlfahrtsstaats durch den nach außen gerichteten Konkurrenzstaat. Aber diese Form der Anpassung an die Zwänge des Weltmarkts, der Versuch, wettbewerbsfähig zu bleiben, der die Nationen von den Investitionsentscheidungen innerhalb transnationaler Konzerne abhängig gemacht hat, verursacht tiefe ökonomische und soziale Verzerrungen. Deshalb ist diese Methode aus der Perspektive der sozialen Integration breiter Bevölkerungsschichten nicht zukunftsweisend und nicht geeignet, den globalen Herausforderungen gerecht zu werden. Und sie ist auch objektiv nicht erforderlich.

## Globalisierung ohne Alternative?

Wenn mit den gegenwärtigen Instrumenten keine wirksame Politik betrieben werden kann, weil sie ihre Funktionsfähigkeit verloren haben, dann muß vor allem darüber gesprochen werden, auf welche Art und mit welchen Mitteln sich die verlorene Steuerungsfähigkeit wiederherstellen läßt. Welche Instrumentarien können und sollen an die Stelle der unwirksam gewordenen treten? Solange diese Frage nicht geklärt ist, läßt sich die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpfen, lassen sich die Sozialsysteme nicht wirklich reformieren oder retten. Die Krise des Keynesianismus ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, daß der Weltmarkt sich gegenüber nationalstaatlichen Projekten politischer Steuerung als stärker erwiesen hat. Was kann der Staat gegenüber den transnationalen Konzernen unternehmen, wenn sie andere Standorte wählen können? Aus diesen Gründen bin ich der Auffassung, daß mit der Zeit diejenigen gesellschaftlichen Kräfte wachsen müssen, die zur Überwindung der nationalstaatlichen Strukturen tendieren. Wie so oft in der Geschichte, können neue Herausforderungen auch neue Alternativen hervorbringen. Die größte Herausforderung unserer Zeit ist der Aufbau eines neuen Internationalismus, der sich mit den Formen des internationalen Staates auseinandersetzt, um die Internationalisierung des Kapitals in den Griff zu bekommen. Dabei ist es zwingend, die Fata Morgana zu durchschauen, welche die Arbeiterbewegung seit 1914 getrogen hat, daß nämlich der einzige Weg zur menschlichen Emanzipation und zur Anpassung der produktiven Macht an die sozialen Bedürfnisse über die Erlangung der nationalstaatlichen Macht führe (Picciotto 1993, S. 47 f.).

Noch sehen eine beträchtliche Zahl linker Akteure die Gegenwart aus der Perspektive des falschen Paradigmas. Da die Linke immer diejenige war, die den Mut hatte, große neue Realitäten wahrzunehmen, ja die Fähigkeit des Darüberhinaus-Denkens, ist dieser Zustand fatal. Für alle diejenigen, die glauben, daß Demokratie und soziale Gerechtigkeit nur im Nationalstaat angesiedelt sind, ist die Situation verheerend. Sie müssen den Nationalstaat als Bastion der sozialen und demokratischen Rechte verteidigen und sehen umgekehrt mit der Bedrohung des Nationalstaats diese Rechte bedroht.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen liberalisierter Märkte und der weiteren Intention einer europäischen Währungsunion, ohne ausreichende politische Korrektur der Marktverhältnisse, werden sich die divergenten Entwicklungen sowohl auf der Ebene der hiesigen Nationalstaaten als auch zwischen den reicheren und ärmeren Regionen im europäischen Maßstab verschärfen. Diese neoliberale Orientierung reduziert das Projekt der Europäischen Union auf eine Wirtschaftsunion. So ist festzustellen, daß sich der Prozeß der ökonomischen Integration immer weiter vom Prozeß der politischen Integration entfernt. Aber ohne eine europäische politische und soziale Union wird der Integrationsprozeß seine Legitimation endgültig verlieren und zur Bankrotterklärung europäischer Integration führen. Dieser Gefahr vorzubeugen, setzt die schrittweise Überwindung der nationalstaatlichen Strukturen voraus. Nur der Ausbau politischer Instrumentarien auf EU-Ebene und damit eine Souveräni-

<sup>1</sup> Wobei hier zwischen verschiedenen Formen des Kapitals unterschieden werden muß. Während Kapital in Form von Geld in Sekunden von London nach Tokio fließen kann, ist Kapital in Form von Produktivkapital, das sich in Maschinen, Gebäuden, Arbeitskräften usw. verkörpert, geographisch weniger mobil (J. Holloway 1993, S. 26).

tätsübertragung zu Lasten der politischen Nationalstaaten kann die soziale Kohäsion und damit die Basis für einen stabilen Prozeß der europäischen Integration hervorbringen. Die Globalisierung ökonomischer und die Not ökologischer Problemlagen begründen die Notwendigkeit für einen globalen Gesellschaftsvertrag. So setzen die globalen Probleme voraus, daß Nationalstaaten über ihren nationalen Schatten springen und sich in eine globale Staatlichkeit zur Regulation der Weltwirtschaft und Weltgesellschaft verwandeln (Altwater 1994, S. 544)

Konzeptionen und Pläne zur Bildung eines supranationalen Staates waren in der Vergangenheit engstens mit dem Hegemonie- und Weltmachtstreben einzelner Großmächte verbunden. Gegen Ende des zweiten Weltkrieges und danach knüpften die USA an solche Ideen an. Sie entwarfen Pläne für eine weitgehende Übertragung nationaler Kompetenzen und Souveränitätsrechte an internationale Organisationen als einen Weg, auf dem sie durch ihre Dominanz in diesen Organisationen ihre globale Hegemonie zu verwirklichen hofften. Inzwischen haben die Realitäten und Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Länder und zwischen ihnen, vor allem aber die Veränderung der Kräfteverhältnisse im globalen Maßstab, solche Pläne zur Schaffung eines umfassenden Weltstaates vom Tisch geschoben.

Gleichzeitig jedoch entfaltete sich die Globalisierung des Wirtschaftslebens wie in keiner vorangegangenen Periode und schuf zunehmende Konflikte zwischen den vorwiegend nationalstaatlich organisierten wirtschaftspolitischen Kompetenzen und Machtstrukturen. So stehen supranationale Problemstrukturen weitgehend nationale Entscheidungsprozeduren gegenüber. Das Dilemma rührt daher, daß die Wirtschaften immer mehr gegenseitig abhängig sind, während die Entscheidungsträger miteinander nicht verbunden sind. Deshalb ist es falsch, das Scheitern der bisherigen Pläne für eine supranationale Regierung bzw. für einen umfassenden Lenkungsmechanismus der kapitalistischen Weltwirtschaft mit der Unmöglichkeit der Herausbildung einer supranationalen Wirtschaftspolitik und folgerichtig eines supranationalen Staates gleichzusetzen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß die für eine umfassende Verwirklichung einer supranationalen Staatlichkeit notwendige politische Instanz mit staatlichen Vollmachten fehlt. Das kapitalistische System als ein auf privatem Eigentum, Profit, Konkurrenz zwischen Unternehmen und Nationen beruhendes System wird wohl auch in Zukunft kaum in der Lage sein, eine solche Instanz im Weltmaßstab hervorzubringen. Dennoch vollzieht und beschleunigt sich, wie bereits dargelegt, eine umfassende Verflechtung zwischen den kapitalistischen Industrienationen auf globaler und insbesondere auf regionaler Ebene.

Diese Prozesse, die innerhalb der europäischen Union am weitesten ausgeprägt sind, können die Einzelstaaten zwingen, allmählich und oft nur unter dem Druck der Krisenprozesse zu einer supranationalen Politik überzugehen.

Zwar erfüllt der Nationalstaat noch immer wesentliche Aufgaben des politischen und gesellschaftlichen Lebens; zwar ist er für das Individuum im Grun-

de weiterhin der Bezugspunkt der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung und greift nach wie vor als Rahmen für die politische, rechtliche und soziale Grundordnung tief in das Leben seiner Bürger ein, aber auch diese Aufgaben sind prinzipiell und perspektivisch nicht als unübertragbar zu betrachten. Vielmehr deuten sie darauf hin, daß die Überwindung des Nationalstaats ein allmählicher Erosionsprozeß sein muß und nicht von heute auf morgen stattfinden kann. Aber dieser Prozeß ist unumgänglich, weil die Asymmetrie zwischen dem ökonomischen Integrationsprozeß und dem Nationalstaat auf Dauer nicht bestehen kann. „Dafür muß, im Gegensatz zum Maastricht-Vertrag, der Schaffung einer politischen Union Europas, die sich stufenweise vollziehen sollte, größeres Gewicht zukommen. Was ihre institutionelle Form anlangt, helfen die alten Leitbilder nicht weiter. Denn es geht um eine neue Artikulierung lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Regulierungsebenen, wobei die demokratischen Beteiligungsschancen auf jeder dieser Ebenen zu nutzen und auszubauen sind“ (Ziebura 1996, S. 32).

Eines der größten Hindernisse auf diesem Weg ist der Zustand, daß die europäischen Organe nicht auf eine Verfassung, sondern auf Verträge gegründet sind. Diese Institutionen entziehen sich der demokratischen Legitimation. Nicht eine supranationale Staatlichkeit mit einer innenpolitischen Orientierung ist entstanden, sondern, ein zwischenstaatlicher Verbund. So ist der Europäische Ministerrat, als Keim einer europäischen Gesamtregierung, nichts anderes als ein Zusammenschluß der nationalen Bürokratien der Mitgliedsstaaten, unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit. Es liegt nahe, daß eine so beschaffene Instanz, wie jede andere Form von unkontrollierter Bürokratie, dazu tendiert, anstelle der Interessen der Mehrheit der Bürger den gesellschaftlich mächtigen Wirtschaftsinteressen zu folgen.

Dieses Demokratiedefizit ist einer der Hauptgründe für die Legitimationskrise der EU. Um diese Krise zu überwinden, genügt nicht die Einsicht, daß die europäischen Angelegenheiten übernationaler Regelungen bedürfen, sondern es muß gesichert sein, daß die unterschiedlichen Interessen der Bevölkerungen, innerhalb der Mitgliedsstaaten und in den Regionen, bei der Entscheidungsfindung eine entscheidende Rolle spielen. Es handelt sich hier um Kontrollmechanismen. Genauso wie auf nationalstaatlicher Ebene die Staatsbürger die Möglichkeit haben, über Wahlen und Parlamente die Regierung unter Sanktionsandrohung zu kontrollieren, muß die EU ihr Entscheidungssystem einem wirksamen Sanktionszusammenhang unterwerfen. Ein ernsthafter Schritt in diese Richtung kann durch die Erweiterung der Kompetenzen des europäischen Parlaments erreicht werden, so daß sich das Europäische Parlament zum Kristallisationspunkt gemeinschaftlicher Willensbildung entwickelt und die Kompetenz erhält, Entscheidungen abzuschließen, welche die Unionsgesetzgebung prägen.

Es ist eine falsche Vorstellung, den Nationalstaat als die einzige gültige Verwirklichung des Staatsgedankens aufzufassen. Der Nationalstaat europäischer Prägung, so wie ihn in seiner heutigen Gestalt besonders das 19. Jahrhundert

unter starkem Einfluß der Französischen Revolution ausgebildet hat, ist nicht das unveränderliche Maß aller politischen Einheit. In der Geschichte hat es andere Staatstypen gegeben und auch in der Zukunft kann es andere geben. Deshalb ist das Bestreben nach einem europäischen Bundesstaat keine utopische Vorstellung. In einem Bundesstaat bestehen die Gliedstaaten weiter. Sie werden nicht durch das größere Gemeinwesen aufgehoben. Dementsprechend werden auch die Unterschiede zwischen ihnen nicht ganz beseitigt. Europa ist eine Vielfalt. Das was aufgehoben werden muß, ist nicht diese Vielfalt, sondern das Trennende und Zerstörerische im Zusammenleben der europäischen Völker.

## Literatur

- E. Altvater, Operationsfeld Weltmarkt oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaats in den nationalen Wettbewerbsstaat, in: Prokla 97, Netzwerke zwischen Markt und Staat, Berlin 1994
- R. Bunzenthäl, Multies machen Mobil, in: Frankfurter Rundschau Nr. 26/1998.
- H. Heining, L. Maier, Internationaler Kapitalismus. Tendenzen und Konflikte staatsmonopolistischer Internationalisierung, Berlin 1987
- J. Holloway, Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat, in: Prokla 90, Regionalisierung der Weltgesellschaft, Berlin 1993
- M. Jafroodi, Nation und Vernunft, Hannover 1996
- B. Jessop, Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? in FEG Studie Nr. 5, Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven, Marburg 1995
- D. Klein, Globalisierung: Unausweichlicher Handlungszwang oder Anstoß für Reformalternativen? in: Neues Deutschland Nr. 115, Berlin 1996
- W. D. Narr, A. Schubert, Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt 1994
- S. Picciotto, Die Krise des internationalen Staats, in: Prokla 90, Regionalisierung der Weltgesellschaft, Berlin 1993
- A. Statz, Die Entwicklung der westeuropäischen Integration, in: 1992- Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft, Köln 1989

Wolfgang Eichhorn

## Revolution: Begriff und Realität im 20. Jahrhundert

Eine Nachlese der wissenschaftlichen Debatten über die Russische Revolution von 1917 bringt - zumindest für den Geschichtsphilosophen - ein verbreitetes Defizit an Bewußtsein für die Historizität des begrifflichen Inhalts von „Revolution“ an den Tag, also für die Veränderlichkeit dessen, was unter Revolution zu verstehen ist. Auch im marxistischen Diskurs blieb und bleibt das Nachdenken oft befangen in den unbeweglichen Rahmen, die durch vorgefaßte Bedeutungsgehalte von „Revolution“, „sozialistische Revolution“, „bürgerliche Revolution“ usw. gezogen werden. Das aber hat sich schon häufig - und davon kann gerade der Philosoph auch aus eigens gemachten Erfahrungen ein Liedchen singen - als methodologischer Fehler erwiesen.

### I.

Vielleicht sollte man von Anbeginn daran erinnern, daß sich mit dem Wort „Revolution“ in den letzten 300 Jahren eine reichhaltige und von manchem Wandel erfüllte Begriffsgeschichte verbindet. Diese kann hier natürlich nicht weiter verfolgt werden. Für unsere Zwecke genügt ein Überblick. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts erschien das berühmte Werk des Copernicus mit dem Titel „De revolutionibus orbium coelestium“. „Revolutio“ bedeutete da also „Drehung“, „Umdrehung“ in einem ganz allgemeinen Sinn, und so wurde „Revolution“ noch bis in das 17. Jahrhundert hinein verstanden. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wird aber ein begrifflicher Wandel faßbar; „Revolution“ wird allmählich durch neue Inhalte angereichert. Ich folge jetzt dem auch heute noch lesenswerten Buch über den neuzeitlichen Revolutionsbegriff von Karl Griewank.<sup>1</sup> Der Terminus bezeichnet nun ganz allgemein große, verändernde Ereignisse - speziell auf staatlichem Gebiet -, und zwar in einem weitgehend wertneutralen Sinn. Wir erkennen in dem Inhaltswandel einen ideellen Reflex der englischen Revolution, die auch in dieser erkenntnisfördernden Wirkung diejenige der frühbürgerlichen Revolutionen des 16. Jahrhunderts weit übertraf.<sup>2</sup>

Hundert Jahre später, nachdem die Aufklärung Wirkungen getan hatte, und vor allem unter dem gewaltigen Einfluß der französischen Revolution, erlangte „Revolution“ im Resultat harter und verwickelter geistiger Auseinandersetzungen wiederum einen wesentlich gewandelten Inhalt. Ich zitiere Griewank: „Hier zuerst ist Revolution nicht nur nachträglich festgestellt, sondern bewußt erlebt und in langen Kämpfen durchgesetzt, schließlich auch wieder bestritten worden; hier wurde die 'Revolution' aus einem einzelnen Ereignis zu einer

<sup>1</sup> K. Griewank, Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Frankfurt a. M. 1969.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 148f.

Menschheitsaufgabe.<sup>3</sup> Unter dem „Anprall der Geschichte“ wird der Begriff „mutieren“, formuliert Walter Markov.<sup>4</sup> Revolution wurde nun als Staatsumwälzung verstanden, die aus der Aufklärung der Köpfe entspringt und in der es gilt, in Stellvertretung des ganzen Menschengeschlechts Dunkelheit und Despotismus zu zerschlagen und ein für allemal vernünftige Zustände zu etablieren, eine vernunftgemäße Finalgesellschaft. Allerdings beginnt sich bereits während der Revolution vor allem unter den äußersten Linken und bei scharfblickenden europäischen Denkern die Einsicht zu regen, daß sich die Revolution, wie sich Georg Forster ausdrückt, nicht nach Vernunftsregeln einschränken läßt, sondern eigene Schwungkraft entwickelt.<sup>5</sup>

Ein gutes halbes Jahrhundert später wird sich ein weiterer entscheidender Begriffswandel abzeichnen. „Revolution“ wird jetzt mehr und mehr begriffen als Moment einer übergreifenden geschichtlichen Entwicklung, als Gehalt einer geschichtlichen Epoche. Zwar wird auch da noch oft „Revolution“ in dem allgemeinen und wertneutralen Sinn von grundlegender Veränderung gebraucht. Außerdem kommt es zu begrifflichen Auffächerungen („politische“, „ideologische“ usw. Revolution), aber dabei bleiben die Bedeutungsgehalte immer auf *große geschichtliche Umgestaltungsprozesse* und deren Triebkräfte bezogen. Ich verweise auf Marx' Vorwort zu dem Werk „Zur Kritik der politischen Ökonomie“. Da wird unter Revolution (oder „Epoche sozialer Revolution“), ein komplexer struktureller Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden, eine Gesellschaftstransformation, die letztlich durch angestaute sozialökonomische Konflikte des Produktions- und Reproduktionsprozesses bedingt ist. Es ist - so Marx - zu unterscheiden zwischen der Umwälzung der ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen, philosophischen, „kurz, ideologischen Formen“, in denen sich die Menschen der Konflikte bewußt werden und sie ausfechten.<sup>6</sup> Ideologische Formen erscheinen hier als Kräfte der Durchsetzung und Formung - wie „Form“ bei Marx überhaupt nicht als äußere Hülle, sondern in der bis in die griechische Philosophie zurückreichenden Tradition als aktive, treibende, kanalisierende, formende, prägende Kraft gefaßt wird. Die entscheidenden Grundlagen eines solchen gesellschaftlichen Transformationsprozesses sind in Komponenten zu suchen, die von der Ideologie unabhängig sind, speziell in dem Konflikt zwischen der Produktivkraftentwicklung und den gesellschaftlichen Strukturen.

Damit ist ein Niveau der historischen Einsicht erreicht, das weitreichende

<sup>3</sup> Ebenda, S. 187.

<sup>4</sup> W. Markov, Aufklärung und Revolution, in: W. Markov, Weltgeschichte im Revolutionsquadrat (hrsg. von M. Kossok), Berlin 1979, S. 92.

<sup>5</sup> G. Forster, Parisische Umriss, in: Forsters Werke in zwei Bänden, Berlin/Weimar 1983, S. 218f.

<sup>6</sup> K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, in: MEW Bd. 13, S. 9 (Marx/Engels Gesamtausgabe II, 2, S. 100f).

methodologische Implikationen birgt. Einerseits wird hier die Revolution erstmalig in aller Konsequenz als Geschichtsphänomen und also auch als historisch zu fassendes Phänomen begriffen und begreifbar. Andererseits kann es auf dieser geschichtsmaterialistischen Basis eine über die *allgemeine Begriffsbestimmung* und die damit verbundenen *methodologischen Konsequenzen* hinausgehende „reine“, als rein zu wahrende und überall gültige, Allgemeinlehre von der Revolution oder der sozialistischen Revolution *nicht geben*. Gerade in diesem 20. Jahrhundert hat der „Anprall der Geschichte“ alle Vorstellungen dieser Art über den Haufen geworfen.

Das Revolutionsgeschehen seit dem 16. Jahrhundert zeigt uns die Revolution als ein sich unablässig veränderndes, widersprüchliches Phänomen, und dieser Wandel spiegelt sich eben in der *Begriffsgeschichte* von „Revolution“. Gerade in marxistischer Sicht muß die Begrifflichkeit von Revolution deren Geschichtlichkeit einzufangen versuchen. Sie muß ebenfalls eine sich inhaltlich verändernde sein, und sie sollte dem Hegelschen Satz entsprechen, wonach überall gar nichts ist, worin nicht der Widerspruch, d. i. entgegengesetzte Bestimmungen aufgezeigt werden können und müssen.<sup>7</sup> Lenin prägte das Wort von der „Elastizität der Begriffe“, die bis zur Einheit der Gegensätze geht<sup>8</sup> und die gefordert werden muß, wenn die Entwicklung in der Welt gedanklich erfaßt werden soll. Wenn das irgendwo zutrifft, dann hier. Das Festhalten an einstmals bewährten Formeln unter gewandelten Umständen hat in der Arbeiterbewegung verschiedentlich eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Darauf ist zurückzukommen.

## II.

Die eigentlichen theoretischen Schwierigkeiten, die auch erst deutlich machen, weshalb ein Festhalten an alten Formeln so verfehlt ist und an der Realität vorbeigeht und zu verhängnisvollen politischen Folgen führen muß, liegen jedoch in der Sache selbst. Zwei Aspekte sind da besonders wichtig.

*Erstens* sind soziale Revolutionen im Sinne Marx' - vor allem, wenn wir den Terminus „Epoche sozialer Revolution“ im Blick haben - hochkomplexe und irreversible Systemumwandlungen, in denen zusammen mit Kontinuitäten Kontinuitätsbrüche, Verzweigungen, Zufallsereignisse und Imponderabilien aller Art eine wesentliche Rolle spielen. In solchen komplexen und stochastischen Prozessen können kleine und unwesentliche Ursachen zu dramatischen Großveränderungen führen. Eine Vorausschau, die mehr bietet, als einigermaßen begründete Vermutungen, ist da nicht möglich. Ein „Vorwegbescheidwissen“ (ein Terminus von Horkheimer und Adorno) liefe auf pures Wunschdenken und Voluntarismus hinaus. Das hindert nicht daran, daß

<sup>7</sup> G.W.F. Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, § 89. Gesammelte Werke 20, Düsseldorf 1992, S. 129.

<sup>8</sup> W.I. Lenin, Konspekt zur "Wissenschaft der Logik", in: LW, Bd. 38, S. 100.

Machtpolitiker aller Couleur, wie Daniela Dahn sagt, so tun, „als hätten sie alles im Griff.“<sup>9</sup> In Wahrheit ist das entscheidende, was prävisionell vermittelt werden kann, die *Einsicht in die Vielfalt und Offenheit möglicher Wandlungen und Resultate*, in die *Vorläufigkeit aller Vorstellungen von Weg und Ziel*, in die *unabdingbare Notwendigkeit der ständigen kritischen Überprüfung* aller dieser Vorstellungen.

Zweitens muß auf die Problematik der Geschichtsergebnisse verwiesen werden. Geschichtliche Prozesse resultieren immer aus dem Zusammenwirken unendlich vieler Bestrebungen und Einflüsse, wobei Absichten und Aktionen einander überlagern, aufheben, verstärken usw. Das schließt notwendigerweise ein, daß die geschichtlichen Folgen des Handelns von den Absichten der Beteiligten mehr oder weniger weit abweichen. Was in der bisherigen Geschichte in gesellschaftlichen Wandlungen an Neuem - neue gesellschaftliche Formationen eingeschlossen - entstand, war immer das Resultat höchst widerspruchsvoller Synthesen und Vermittlungen; es lag daher auch in wesentlichen Teilen in niemandes Absichten oder, wie Engels sagt, „was herauskommt, ist etwas, das keiner gewollt hat.“<sup>10</sup> Die Geburt von Neuem schließt eben das Nicht-Notwendige, das Unerwartbare ein, und zwar an wesentlicher Stelle, nicht nur am Rande (es wäre sonst nicht neu). Nach meiner Meinung spricht nichts dafür - weder theoretische Überlegungen noch gar praktische Erfahrungen -, daß sich daran künftighin etwas ändern wird. Die Frage kann da nur sein, welches Ausmaß an Friktionen damit verbunden ist und welche Qualität sie annehmen. Zu betonen ist, daß sich eine solche Sicht der Dinge *unausweichlich* aus der materialistischen Auffassung der Geschichte ergibt, wenn man mit dieser Ernst macht. Der Historiker Reinhart Koselleck war im Recht mit seiner interessanten These, Marx' geschichtliche Analysen zehrten von einer „fundamentalen Differenzbestimmung, die unterscheidet zwischen menschlichem Tun und dem, was sich langfristig tatsächlich ereignet.“<sup>11</sup> Die Inkongruenz von Intention und geschichtlichem Resultat ist Revolutionären wie Gegenrevolutionären wie Reformern noch allemal widerfahren, und vor allem die eingebildeten „Sieger der Geschichte“ haben es zu allen Zeiten immer wieder erfahren müssen, auch die von 1989/90. Auch das beste und für gewisse Zeit erfolgreichste Konzept muß unter dem „Anprall der Geschichte“ scheitern, wenn es nicht mutiert, wenn es unflexibel wird, wenn es nicht der bis in die Krise der Grundansichten gehenden kritischen Prüfung unterworfen wird.

### III.

Die sozialistische Arbeiterbewegung hatte, wie bereits angedeutet, mit dem Verhältnis von Begrifflichkeit und Realität mehrfach ihre Schwierigkeiten.

<sup>9</sup> D. Dahn, *Vertreibung ins Paradies*, Reinbeck 1998, S. 126.

<sup>10</sup> F. Engels, Brief an J. Bloch vom 21./22. September 1890, in: MEW, Bd. 37, S. 464.

<sup>11</sup> R. Koselleck, *Über die Verfügbarkeit der Geschichte*, zitiert nach W. Oelmüller/R. Dölle-Oelmüller/R. Piepmeyer, *Diskurs: Geschichte*, Paderborn u.a. 1983, S. 326.

Schon zu Anfang des Jahrhunderts paßten die Vorstellungen von der bevorstehenden sozialistischen Umgestaltung, die in der Hauptsache durch das Erfurter Programm (1891) der deutschen Sozialdemokratie geprägt waren, nicht mehr recht auf das, was da realgeschichtlich passierte. Damit ist nicht gesagt, das Erfurter Programm sei überhaupt obsolet geworden. Nur veränderten sich seine geschichtlichen Voraussetzungen, so daß sowohl seine geschichtstheoretischen als auch seine politisch-strategischen Aussagen revisionsbedürftig waren.

Nun denke ich hier gar nicht an das, was sich mit dem Terminus „Reformismus“ verbindet. Mir geht es um etwas anderes. Die herrschenden Imperialkräfte der industriell entwickelten Staaten, die im Laufe der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts die ganze Welt in kapitalistische Kolonial- und Einflußsphären verwandelt hatten, hatten gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine ganze Reihe von Raubkriegen vom Zaun gebrochen und die Atmosphäre durch Kriegsprovokationen und Kriegsrüstungsprogramme auf hochtechnologischer Grundlage angeheizt. Das war eine neue Qualität sozialökonomischer, sozialpolitischer, diplomatischer und ideologischer Entwicklung, die schließlich direkt einmündete in das fürchterliche Gemetzel des ersten Weltkrieges, diese Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Und was damals kaum bemerkt wurde: Es kündigte sich seit der Jahrhundertwende eine heranwachsende Rebellion der unterjochten Völker kolonialer und abhängiger Länder gegen die imperialen Metropolen an. Damit zeichnete sich in den Bewegungsrichtungen der Geschichte eine Verschiebung größten Stils ab. All das sollte die wesentlichen Züge der kommenden Jahrzehnte bestimmen. Kurz, es hatten strukturelle Wandlungen eingesetzt, welche die sozialökonomischen und politischen Konfliktfelder und überhaupt die formationsgeschichtlichen Bedingungen des Ringens um Demokratie und Sozialismus einschneidend veränderten. Beispielsweise zeichnete sich bereits in der Vorkriegszeit und noch mehr im Verlauf des Krieges ab, daß sich die Zentren revolutionärer Umbrüche nicht in den damaligen Zivilisationszentren ausbildeten, sondern - und das hatten Marx und Engels bereits 1850 erahnt und auch später mehrfach angenommen -, an deren Peripherie<sup>12</sup> oder auch Semiperipherie.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Peripherie meint hier nicht einfach Randgebiet sich ausbildender kapitalistischer Verhältnisse, sondern vor allem Randgebiet der ökonomischen Entwicklung, insbesondere der Produktivkraftentwicklung, wobei Randgebiet nicht absolute Rückständigkeit bedeutet, sondern Schnittpunkt und Konflikt entwickelter Verhältnisse und Rückständigkeit (was sowohl für Rußland wie für China charakteristisch war). Hier gibt es einen Unterschied zwischen den Revolutionen des 20. Jahrhunderts und den bürgerlichen Revolutionen vor 1789, die zwar auch am Rand der Feudalgesellschaft einsetzten, jedoch in den am weitesten fortgeschrittenen Produktionsgebieten (Florenz, Flandern, England).

<sup>13</sup> I. Wallerstein, *The Modern World System*, 3 Bde, New York u.a. 1980-1989; M. Kossok, *Fragen der Revolutionstheorie. Das 20. Jahrhundert - eine Epoche der peripheren Revolution*, in: *75 Jahre Oktoberrevolution in Rußland*, Frankfurt a.M.; W. Küttler, 1789, 1917, 2000 - Gedanken zum Verhältnis von Moderne und Revolution, in: Z 20 (Dezember 1994). Siehe auch E. Nyikos, „Periphere Revolutionen“ im Globalsystem, in: Z 20 (Dezember 1994), und P.

All das prägte das Heranreifen und die Triebfedern der Russischen Revolution. Und ähnliches gilt von der Chinesischen Revolution. Beide rücken ja als weltgeschichtliche Umwälzungen aus der Sicht des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts immer enger aneinander. Diese beiden Revolutionen formten die Grundzüge der revolutionären Geschichte in der ersten Jahrhunderthälfte. Wenn wir danach fragen, was für diese Revolutionen und für ihre weltgeschichtlichen Wirkungen kennzeichnend ist, so kommen wir nicht um die Antwort herum, daß es sich vor allem um den *Ausbruch eines großen Teils der Menschheit aus dem Imperialkrieg und seinen Verkettungen und aus dem System der kolonialen und halbkolonialen Unterdrückung* handelte. Das ist es, was - bei aller Widersprüchlichkeit des Verlaufs und der Wirkungsgeschichte im einzelnen - an weltgeschichtlichen Zusammenhängen, Charakterzügen und Wirkungen am klarsten faßbar ist.

Diesem Verlauf des revolutionären Geschehens - speziell seiner Verlagerung an die Peripherie oder Semiperipherie mit ihren multiformationellen und multikulturellen Einflußfaktoren<sup>14</sup> - war beispielsweise mit den theoretischen Instrumentarien des Erfurter Programms und mit seiner sehr eurozentral orientierten theoretischen Sicht nicht beizukommen.<sup>15</sup> Daran änderte sich erst unter dem Einfluß Lenins etwas Wesentliches. Er folgte beispielsweise 1919 mit Blick auf die Erfahrungen seit Jahrhundertbeginn, die sozialistische Revolution werde nicht nur und nicht hauptsächlich ein Kampf der revolutionären Proletarier eines jeden Landes gegen die eigene Bourgeoisie sein, sondern ein Kampf aller vom Imperialismus unterdrückten Kolonien und Länder, aller abhängigen Länder gegen den Imperialismus.<sup>16</sup> Hier soll nicht diskutiert werden, inwieweit diese und ähnliche Fragestellungen Lenins aus heutiger Sicht auf-

Scherer, Der große Aufstand, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/1993; ferner N. Chomsky, Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung, Lüneburg 1993, S. 116.

<sup>14</sup> Daß manche Vorstellungen über Prozesse der Formationsentwicklung, die an Hand der Geschichte und der Erfahrungen des Klassenkampfes in Europa gewonnen wurden, auf außereuropäische Verhältnisse oft nicht passen, hatte Marx bereits sehr klar gesehen, sobald ihm dazu historisches Material vorlag. Siehe dazu vor allem: Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion. Hrsg. und eingeleitet von H.-P. Harstick, Frankfurt/New York 1977; ferner: The Ethnological Notebooks of Karl Marx (Hrsg.: L. Krader), Assen 1974. Vergleiche auch B. Brentjes, Exzerpte von Karl Marx zu Grundeigentumsformen bei den Pathanen und einige Bemerkungen zu diesem Problem anhand neuer Studien, in: Wiss. Zeitschrift der Universität Halle XXXII '83 G, H. 2.

<sup>15</sup> Das darf nicht falsch verstanden werden. Zu den Konsequenzen des Erfurter Programms gehörte nichtsdestoweniger eine antimilitaristische und antikolonialistische Politik. Und aus heutiger Sicht waren die Auseinandersetzungen um die Frage, ob die Arbeiterbewegung den Kampf gegen Militarismus, gegen die Hochrüstungspolitik, gegen die Kriegsvorbereitung, gegen die imperialistische Kolonialpolitik führen muß oder ob das ein falsches Unterfangen sei, viel wichtiger als die Frage, ob man auf revolutionärem oder reformerischem Wege zum Sozialismus gelangen wird.

<sup>16</sup> W.I. Lenin, Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens, in: LW Bd. 30, S. 144.

rechterhalten werden können. In unserem Zusammenhang interessiert vor allem das Bestreben, der weltgeschichtlichen Tragweite, die dem Ringen der unterdrückten und abhängigen Völker zukommt, auf die Spur zu kommen und hervorzuheben, was sich daraus für die Geschicke der Menschheit ergibt. Und das ist auch aus heutiger Sicht berechtigt. Denn auch künftighin werden die Länder der „Peripherie“ wachsenden Einfluß auf die Weltentwicklung nehmen, aber natürlich in anderen Formen, und in diesem Sinne ist die Wirkungsgeschichte der Russischen und der Chinesischen Revolution nicht beendet.

#### IV.

Klar ist, daß diesen Vorgängen mit schematischen begrifflichen Instrumentarien von „sozialistischer Revolution“ nicht beizukommen war. Wahr ist natürlich, daß der Sozialismus als Programm zur mächtigsten ideologischen Antriebskraft für die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsprozesse dieses Jahrhunderts bis in die 70er Jahre wurde.<sup>17</sup> Und offenkundig konnten jene geschichtlichen Durchbruchsaufgaben, von denen ich vorhin sprach, zumindest in bezug auf die Situation im damaligen Rußland, wo dieser Durchbruch nun einmal einsetzte, nur mit einem Programm der sozialistischen Arbeiter- und Bauernrevolution adäquat formuliert und angegangen werden. Wer die in dem Buch „Die Russische Revolution 1917 - Wegweiser oder Sackgasse?“<sup>18</sup> zusammengestellten Dokumente im Zusammenhang liest und mit dem Gang der Dinge zwischen Februar und Oktober 1917 konfrontiert, der wird kaum zu einem anderen Urteil kommen. Das gilt auch für die Aprilthesen Lenins, die ja anfangs selbst führenden Bolschewiki als Leninsche „Fieberphantasien“ erschienen.<sup>19</sup>

Wahr ist aber auch, daß Inhalt und Charakter von Revolutionen nicht durch Programme bestimmt werden, sondern durch die Verflechtung sehr unterschiedlicher und gegensätzlicher Wirkungslinien, darunter natürlich auch jener Wirkungslinien, die von politischen Programmen und Organisationen ausgehen. Wahr ist, daß unter sozialistischer Programmatik bedeutende gesellschaftliche Errungenschaften in materieller wie kultureller Hinsicht hervorgebracht wurden, die echte Alternativen zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft waren und als solche fungierten, nicht nur als Wegweiser einer alternativen Gesellschaftsentwicklung, sondern auch indirekt, indem sie tiefgreifende soziale Reformen in der kapitalistischen Welt erzwangen. Als wahr erwies sich aber auch, was Marx um die Mitte des 19. Jahrhunderts sagte: Die Traditionen

<sup>17</sup> F. Deppe, Politik am Ende des 20. Jahrhunderts. Bilanz und Perspektiven, in: Sozialismus. Supplement, 1995, H. 10, S. 3.

<sup>18</sup> Die Russische Revolution 1917 - Wegweiser oder Sackgasse?, hrsg. von W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz, Berlin 1997.

<sup>19</sup> Vgl. den Symposiumsbericht von H. Bock, Die Russische Revolution 1917. Weltereignis — Widerstreit — Wirkungen, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 19, Jahrgang 1997, Heft 4. Vor allem die Bemerkungen W. Küttlers, S. 165f.

aller toten Geschlechter lasten wie ein Alp auf den Hirnen der Lebenden<sup>20</sup>; die von Stalinschen Herrschaftsstrukturen ausgehenden Repressionsexzesse sprechen darüber eine ebenso beredte Sprache wie diejenigen der Maoschen „Kulturrevolution“. Wahr war schließlich, daß eine neue, zur kapitalistischen Produktionsweise alternative und ihr auf Dauer überlegene Produktionsweise nicht geschaffen, eine neue „progressive Epoche ökonomischer Gesellschaftsformation“ nicht eingeleitet werden konnte. Die Klippe, an der dies scheiterte, war gerade die Produktivkraftentwicklung, genauer die in den 60er und 70er Jahren einsetzende informations- und kommunikationstechnologische Revolution der Produktions- und Lebensweise. Aber daraus kann man nur den Schluß ziehen, daß man bei der Verwendung von „Sozialismus“, „sozialistisch“ usw. Vorsicht üben sollte.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf Lenins revolutionstheoretische Äußerungen zurückkommen. Einerseits fällt da ein ausgesprochenes Gefühl für den „Anprall der Geschichte“, ein erstaunlicher historische Weitblick und schonungsloser Realismus auf, andererseits sind Perspektivenverkürzungen, Fehleinschätzungen und -entscheidungen und Illusionen unverkennbar; und das eine ist vom anderen durchaus nicht säuberlich getrennt. Mir geht es vor allem um die Lebendigkeit, Widersprüchlichkeit und Ideenvielfalt, die uns bei Lenin entgegentritt. Da wird noch manches zu heben sein - vorausgesetzt, man hält sich abseits von Heiligsprechung und Verteufelung, was vom geistigen Niveau her gleich niedrig ist.

Die weitestreichende Idee dieser Art verbindet sich ohne Zweifel mit der NÖP. Sie ist das erste Konzept einer auf die Entwicklung der Produktivkräfte für soziale und sozialistische Zielsetzungen gerichteten Marktwirtschaft mit einer Pluralität von Eigentumsformen, darunter auch kapitalistischen und staatskapitalistischen Wirtschaftsformen. Hier wird das Konzept einer Gesellschaftstransformation entworfen, die auf sozialistische *und* bürgerliche Organisationsprinzipien unter Führung der Arbeiterklasse setzt (was übrigens bereits in „Staat und Revolution“ anklingt<sup>21</sup>). Auch Lenins Bemerkung, für den Anfang sollte eine wirklich bürgerliche Kultur genügen<sup>22</sup>, gehört hierher, wobei zu beachten ist, daß Lenin unter Kultur das gesamte Herangehen an den Staats- und Gesellschaftsaufbau und insbesondere die ständige Hebung des zivilisatorischen Niveaus der gesamten politischen Arbeit verstand. Man wird vielleicht sagen, daß Lenin bei alledem zeitweilige Übergangsmaßnahmen im Auge hatte. Das ist auch wahr, aber es tut wenig zur Sache. Mir geht es, wie gesagt, um das Lebendige, das Widersprüchliche, die Gedankenvielfalt. Die Grundtendenz seiner Äußerungen aus den letzten Schaffensjahren spricht für die Annahme, daß Lenin in diese Richtung weitergedacht hätte. Jedenfalls

<sup>20</sup> K. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW Bd. 8, S. 115 (Marx/Engels Gesamtausgabe I, 11, S. 96/97).

<sup>21</sup> W.I. Lenin, Staat und Revolution, in: LW Bd. 25, S. 485f.

<sup>22</sup> W.I. Lenin, Lieber weniger, aber besser, in: LW Bd. 33, S. 474.

sollte man den Satz aus dem Artikel über das Genossenschaftswesen, man müsse zugeben, „daß sich unsere ganze Auffassung vom Sozialismus grundlegend geändert hat“<sup>23</sup>, gerade in dieser Hinsicht ernst nehmen.

## V.

Tatsache ist nun, daß derartige Denkansätze seit Mitte der 20er Jahre radikal zurückgenommen und durch starre, unbewegliche, konzeptionell weit hinter Lenin zurückfallende Vorstellungen ersetzt wurden, die sich mehr und mehr auf das reduzierten, was in Stalins Vorlesungen über den Leninismus (1924) stand. Alternative Denkansätze, die es auch in der kommunistischen Bewegung oder in der linken Sozialdemokratie in der Zeit nach der Revolution von 1917 bis in die 30er Jahre in bedeutendem Umfang gab (ich nenne hier nur Luxemburg, Gramsci, die „Austromarxisten“), wurden abgeblockt. Der VI. Kominternkongreß (1928) beschloß eine weitgehend sektiererische und lebensfremde Programmatik.

Unterdessen wuchs in Gestalt des massiven Vormarschs des Faschismus in der Welt eine neue geschichtliche Situation heran, mit der dieses strategische Reservoir entschieden kontrastierte. Die daraus folgenden Unsicherheiten, Orientierungsschwierigkeiten, Fehler (vor allem in der Bündnispolitik) und die Tiefe der Niederlage vor allem in Deutschland sind bekannt. Die Korrektur des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Sommer 1935) kam zu spät, und sie ging, wie wir heute sehen, nicht weit genug. Zudem wurde die Durchführung der gegen Faschismus und Krieg gerichteten strategischen Linie des Kongresses auf vielfältige Weise untergraben (zu denken ist vor allem an das Münchener Abkommen und den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt). Aber sie lag „auf der richtigen Linie“, und so ging von ihr im antifaschistischen Kampf enorme Kraftentfaltung aus, die sich auf den Kampf der Sowjetunion und die antifaschistische Staatenallianz stützen konnte. Ich berufe mich auf Hobsbawm, der den Nagel offenbar auf den Kopf trifft: „Nur die temporäre und bizarre Allianz von liberalem Kapitalismus und Kommunismus, zur Selbstverteidigung gegen den faschistischen Herausforderer, rettete die Demokratie; denn Hitlers Deutschland wurde und konnte im wesentlichen nur durch die Rote Armee besiegt werden. In vieler Hinsicht war diese Periode der kapitalistisch-kommunistischen Allianz gegen den Faschismus - vor allem in den dreißiger und vierziger Jahren - der Dreh- und Angelpunkt und das entscheidende Moment in der Geschichte des 20. Jahrhunderts ... Der Sieg der Sowjetunion über Hitler war die Leistung jenes Regimes, das mit der Oktoberrevolution etabliert worden war ... Ohne die Oktoberrevolution bestünde die Welt (außerhalb der USA) heute wahrscheinlich eher aus einer Reihe von autoritären und faschistischen Varianten als aus einem Ensemble unterschiedlicher liberaler, parlamentarischer Demokratien.“<sup>24</sup>

<sup>23</sup> W.I. Lenin, Über das Genossenschaftswesen, in: LW Bd. 33, S. 460.

<sup>24</sup> E. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Mün-

Wieder waren geschichtliche Veränderungen über die Bühne gegangen und hatten neue Erfahrung erbracht. Ernsthafte theoretische und konzeptionelle Konsequenzen wurden jedoch bestenfalls partiell gezogen, und zumindest im dominierenden Parteikalkül wurde wieder auf Positionen zurückgegriffen, die durch Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes und der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen nach 1945, wie auch durch den vor sich gehenden Umbruch in den kolonialen und abhängigen Gebieten der Welt, überholt waren. Man kehrte zurück zu der starren Bipolarität von Kapitalismus und Sozialismus, vor der Lenin bereits gewarnt hatte, wobei in der Tendenz die unterschiedlichsten Erscheinungen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften und Kräfte - von bürgerlich-humanistischen Bestrebungen bis hin zum Faschismus und zur Kriegstreiberei - zu einem Block „Kapitalismus“ zusammengehauen und „Sozialismus“ mit den in der Sowjetunion realisierten Gesellschaftsstrukturen gleichgesetzt wurde. Natürlich war dieses Schema in hohem Maße bedingt durch den unseligen kalten Krieg, den nun allerdings die Westmächte vom Zaun gebrochen hatten, und durch die völlig sinnlose - und im Vergleich mit der vorangegangenen antifaschistischen Allianz sozialistischer und demokratisch-kapitalistischer Staaten sinnwidrige - Konfrontation unterschiedlicher sozialpolitischer Systeme. Das erklärt vieles, aber das kann die Fehlentwicklung auf theoretischem Gebiet nicht rechtfertigen.

## VI.

In dieses Kapitel gehört auch die 1957 durch eine Tagung kommunistischer und Arbeiterparteien proklamierte Definition des Inhalts der Gegenwarts-epoche als „Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland eingeleitet wurde“.<sup>25</sup> In späteren Tagungen wurden zu dieser Bestimmung andere, erweiternde hinzugefügt, und zugleich wurde sie verengt, speziell mit der Formel „Übergang immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus“.<sup>26</sup> Damit ergab sich eine ganze Reihe von Problemen. Ich möchte hier nur auf zwei von ihnen eingehen.<sup>27</sup> Erstens die angeblich „allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten“ der sozialistischen Umgestaltung<sup>28</sup>, die im Zusammenhang mit dieser Definition formuliert wurden. Damit wurde genau das proklamiert, was wir weiter oben (Abschnitt II)

chen/Wien 1995, S. 22. Mitte der 50er Jahre stellte Lukács die Frage auf ähnliche Weise (G. Lukács, Der Kampf des Fortschritts und der Reaktion in der heutigen Kultur, in: Aufbau, 12. Jg. Heft 9, 1956), was ihm sehr verübelt wurde.

<sup>25</sup> Dokumente der Beratungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1957, S. 5.

<sup>26</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Berlin o. J., S. 10.

<sup>27</sup> Vgl. dazu W. Eichhorn, Wege und Irrwege einer Transformation, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Beiheft 44, 1991, S. 69ff.

<sup>28</sup> Dokumente der Beratungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1957, S. 15/16.

als unmöglich erkannten: Man erhob den Anspruch, über ein nomologisches Vorauswissen zu einem komplexen Umgestaltungsprozeß zu verfügen, der sich in Wahrheit bestenfalls in seinen ersten, ganz unreifen Anfängen befand und so außerhalb des Erfahrungs- und Wissenshorizonts lag. Tatsächlich wurden lediglich politische Programmpunkte, die überdies aus einer Verabsolutierung des seit Ende der 20er Jahre in der Sowjetunion beschrittenen Weges resultierten, zu grundlegenden Gesetzesaussagen umgetauft.

Zweitens muß betont werden, daß diese Bestimmung der sozialistischen Revolution den Blick regelrecht verstellte für die Umwälzungen, die sich in den zwei bis drei Jahrzehnten seit Mitte des Jahrhunderts abspielten. In dieser Zeit vollzog sich nämlich inmitten des kalten Krieges, durch die Systemkonfrontation weitgehend verdeckt, von schwerwiegenden Widersprüchen begleitet, weitgehend systemübergreifend und zunehmend in globalen Dimensionen eine tiefgreifende sozialökonomische, institutionelle und geistig-kulturelle Veränderungen in der ganzen Welt.

Wir können auch hier wieder weitgehend Hobsbawm folgen.<sup>29</sup> In dieser Zeit vervierfachte sich die industrielle Weltproduktion und verzehnfachte sich der Handel mit Industriegütern. Die Anfänge der informations- und kommunikationstechnologischen Revolution der produktiven menschlichen Wesenskräfte setzte ein. Regional sehr ungleichmäßig vollzog sich ein rapides Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion („grüne Revolution“). In den entwickelten Ländern begann die Auflösung der traditionellen Industriearbeiterklasse, und zugleich nahm - regional ungleichmäßig - die Bauernschaft rapide ab. Erstmals traten massiv ökologische Negativfolgen unkontrollierter industrieller Entwicklung hervor. Explosionsartig wuchs die Bevölkerung an. Zugleich stieg die Lebenserwartung und vergrößerte sich die Kluft zwischen armen und reichen Ländern, nahm die soziale Verelendung in weniger entwickelten Gebieten dramatisch zu. Die Welt erlebte eine urbane Revolution; immer größere Bevölkerungsmassen konzentrierten sich in Groß- und Megastädten. Rasch - wenn auch wiederum ungleichmäßig - wuchsen das Bildungsniveau und die Ausbildung hochqualifizierter Berufe. Eine technische Revolutionierung der alltäglichen Lebensweise setzte ein. Bedeutende Veränderungen vollzogen sich in der gesellschaftlichen Stellung und in den Formen selbständiger Interessenvertretung der Frauen.

All das dürfte für unsere Betrachtungen über die Historizität des Phänomens wie des Begriffs der Revolution von Interesse sein. Sollte man in diesem Zusammenhang von Revolution sprechen? Gegenfrage: Warum sollte man das nicht tun? Daß der Begriff der sozialen Revolution, wie er durch die genannte Epochen- und Epochen-Definition bestimmt wurde, mit der soeben beschriebenen Realität der Geschehnisse kontrastiert, kann nicht bestritten werden. Die Frage ist nur, ob man aus geschichtsmaterialistischer Sicht verlangen muß, daß die Realität dem Begriff oder daß der Begriff der Realität adäquat sein soll. Und immerhin

<sup>29</sup> Das Zeitalter der Extreme..., S. 363ff.

handelt es sich um eine Umwälzung in der Produktions- und Lebensweise großer Menschenmassen, ja der ganzen Menschheit. Die Gesellschaft wurde gründlicher verändert als in jeder anderen Umwälzung zuvor in ähnlich kurzer Zeit. Manche der Veränderungen wären vor einiger Zeit der sozialistischen oder gar kommunistischen Umgestaltung zugeordnet worden. Aber sie vollzogen sich eben auch unter Bedingungen einer sich weiter differenzierenden und mit nichtkapitalistischen Einflußfaktoren wechselwirkenden kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung. Die Antagonismen sind dabei nicht verschwunden. Vielmehr erweitern sich ungelöste Widersprüche aller Art, neue werden erzeugt, verschärft, gebündelt. Im Ergebnis haben wir jene allgemeine Atmosphäre der Instabilität, der Unsicherheit, der „Unübersichtlichkeit“ (Habermas) und Ratlosigkeit, an der alle politischen Kräfte teilhaben.

## VII.

Wenn wir das Thema „Revolution“ im allgemeinen Sinn grundlegender, struktureller, gesellschaftsumfassender und weltgeschichtlich bedeutsamer Wandlungen verstehen, so ist es natürlich auch heute nicht vom Tisch. Aber da wir es mit einem sich ständig verändernden Phänomen des Geschichtsprozesses zu tun haben, bedarf es offenkundig neuer theoretischer Paradigmen, denn die Voraussetzungen gesellschaftlicher Umwälzungen verändern sich weiter.

Ein Grundzug des revolutionären Geschehens der ersten Jahrhundertwende - so stellten wir fest - war das Aufbegehren und die wachsende Einflußnahme der Peripherie auf die Weltentwicklung. Diese Prozesse sind natürlich nicht zu Ende - und in diesem Sinne ist auch die Wirkungsgeschichte der Russischen und der Chinesischen Revolution nicht beendet -, aber sie nimmt andere Formen an. Man könnte in diesem Zusammenhang auf die *Revolution im Iran* Ende der 70er Jahre verweisen. Sie zeitigte Triebkräfte und Charakterzüge, die unerwartet waren und denen künftighin in einem bedeutenden Gebiet der Erde große Bedeutung zukommen dürfte. Zu denken ist an den wachsenden *Migrationsdruck*, dem auf Dauer ausländerfeindliche Erfindungen von Innenministern nicht gewachsen sein werden. Ich erwähne diese beiden Fakten unserer Zeit, ohne über sie ein Werturteil abzugeben. Man sollte sich nichts vormachen, denn hier treten Konflikte ins Gesichtsfeld, die in Jahrzehnten und Jahrhunderten wuchsen und für die gedeihliche Lösungen momentan nirgends in Sicht sind. Vorerst deutet keine einzige ernstzunehmende Aktivität darauf hin, daß man nach Wegen suchen - und diese dann auch beschreiten würde -, die reale Chancengleichheit für die Teilnahme an der Nutzung und Produktion der materiellen und kulturellen Reichtümer dieser Welt eröffnen würde. Also nehmen die Konflikte bedrohlich zu, wobei sie je länger je mehr die Möglichkeit sehr gefährlicher, destruktiver, katastrophischer Entwicklungen in sich bergen.

Es kann aber auch auf transformatorische Prozesse hingewiesen werden, die in *Ostasien* im Gange sind. Die schweren ökonomischen Erschütterungen, die in

der letzten Zeit Teile dieser Region heimsuchten, sollten nicht den Blick dafür verstellen, daß dieser Raum mit seinen riesigen Bevölkerungsmassen sich heute bereits als innovatorische Wachstumsregion darstellt. Was sich in diesem Schmelztiegel der unterschiedlichsten geschichtlichen Einflußfaktoren, Traditionen, Kulturen und Strukturen an *Konfliktbewältigungsformen, unerwarteten Synthesen und formationellen Prozessen* ausbilden wird, ist noch nicht abzusehen. Mit unseren heutigen theoretischen Instrumentarien jedenfalls dürften sie schwerlich faßbar sein. Man wird - auch nach dem letzten Parteitag der KP Chinas - gut daran tun, aufmerksam zu verfolgen, was sich dort abspielt.

Vor mehr als einem halben Jahrzehnt definierte der Club of Rome die heutige Situation treffend als „globale Revolution“. Grundtendenz des Berichts war die Enthüllung des Transformationsdrucks, der letztlich von der informations- und kommunikationstechnologischen Revolution und den sozialökonomischen Konflikten auf die gesellschaftlichen Strukturen, auf die Bildung, die Moral, die Politik ausgeht. Die törichten, damals noch freudetrunkenen „Sieger“ im kalten Krieg wurden darauf hingewiesen, daß das Ende der Systembipolarität kein Problem gelöst habe, es habe nur „den Deckel vom Hochdruckkocher der Weltprobleme weggerissen.“<sup>30</sup>

Nun kann aber das, was heutzutage durch den Transformationsdruck auf die Tagesordnung gesetzt wird, mit der Revolutionelle vergangener Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte nicht mehr gemessen werden. Die für bisherige Vorstellungen ungeheure Dynamik, die anwachsenden und sich verdichtenden globalen Interdependenzen, die zugleich mit regionalen Zentrenbildungen und mit sozialstruktureller und soziokultureller Multiversalität einhergehen, stecken einen anderen Bezugsrahmen ab. Diese dynamische und global vernetzte Welt ist voller Instabilitäten, so daß, wie bemerkt, kleine Veränderungen und geringfügige Störungen Erschütterungen und Katastrophen großen und globalen Ausmaßes nach sich ziehen können, die noch allemal auf Kosten der armen Völker und der Armen und Subalternen in aller Welt und auf Kosten künftiger Generationen gehen. All das weist darauf hin, daß heute anstehende oder zu bewerkstellende Transformationen in vieler Hinsicht anderer Natur sein müssen als es die politisch-sozialen Umwälzungen seit dem 16. Jahrhundert waren. Ich habe an anderer Stelle die These formuliert, daß die Kette ineinander verschlungener Revolutionszyklen, die von den frühbürgerlichen Umwälzungen in Europa bis zu den großen Volksrevolutionen des 20. Jahrhunderts in Rußland und China reicht und deren Glieder weltgeschichtlich bedeutsame Knotenpunkte waren, an denen dem Fortschritt Bahn gebrochen wurde, offenbar zu Ende geht.<sup>31</sup> Ob man das so formulieren kann, mag dahinstehen.

<sup>30</sup> A. King/B. Schneider, Die erste globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Frankfurt a.M. 1992, S. 21 ff.

<sup>31</sup> W. Eichhorn, Wege und Irrwege..., S. 89/90.

Demokratische Politikwissenschaft – oder einfach, was dasselbe ist, exakte – zeichnet sich durch das inhaltliche Begreifen der politischen Erscheinungen aus, d.h. durch das Wahrnehmen der in ihnen sich zur Geltung bringenden Klasseninteressen.

Reinhard Opitz

## Reinhard Opitz

war marxistischer Politikwissenschaftler, Faschismustheoretiker, politischer Polemiker und Musik- und Kunstliebhaber mit enzyklopädischen Interessen. **Die großen Themen der politischen Linien**, welcher er sich zurechnete, beschäftigten ihn sein Leben lang: der Faschismus, liberale und monopolkapitalistische, kolonialistische und imperialistische Herrschaftsstrategien, die Europastrategien des deutschen Kapitals, politische Theorien wie die Totalitarismustheorie, Ideologiekritik. Dazu kam die Tagespolitik seit den 50er Jahren: Neofaschismus und Notstandsgesetzgebung, Berufsverbotspraxis und Friedenspolitik. Sein veröffentlichtes Werk umfaßt über 100 Titel. Nach seinem Tod 1986 fanden sich **über 6000 nachgelassene Manuskriptseiten**, von denen ein großer Teil jetzt – nach einem vielbeachteten und vielfach unterstützten Aufruf zur Subskription – in drei Bänden mit ca. 3000 Seiten im BdWi-Verlag veröffentlicht wird.



### Edition Reinhard Opitz

#### Nachlaß in drei Bänden

Band 1: Liberalismus und Integration

Band 2: Faschismus

Band 3: Die Röhm-Affäre

Hardcover, zus. ca. 3000 Seiten

geb. Preis: 298 DM

erscheint im April 1999

Bitte jetzt direkt beim Verlag bestellen. Nach Erscheinen wird das Werk auch über den Buchhandel zu beziehen sein.

Die drei Bände enthalten weitgehend unveröffentlichtes Material:

#### 1 Liberalismus

und Integration Phasen der kapitalistischen Integration und Formierung: Der Liberalismus Lorenz von Steins

••• Liberale Integration, monopolkapitalistische Integration und Formierung

••• Über den Zusammenhang von ökonomischem System und politischem Regime (Freiheit, Gleichheit, Eigentum)

••• Liberale Integration

••• Frühe Phasen monopolkapitalistischer Integration

••• Das kapitalistische Integrationsproblem

••• Die vier Hauptzerfallslinien des Liberalismus in der deutschen Geschichte (Geschichte der liberalen Ideologie)

••• Der Liberalismus in der Weimarer Republik

••• Der deutsche Liberalismus und sein Verhältnis zur Gewalt

2 Faschismus Die Formierte Gesellschaft: Rückkehr zum autoritären Staat?

••• Sozialer Abbau in der BRD: Die Monopole planen die Errichtung einer Formierten Gesellschaft

••• Formierung und Faschismus

••• Faschismustheorien

••• Faschismus: Entstehung, Ursachen und Funktion

••• Faschismus und Wirtschaft

••• Arbeitsbedingungen unter dem Faschismus

••• Faschismus und Wissenschaft

••• Neofaschismus/ Hintergründe und Aktualität des Faschismus/ Neofaschismus und Krise in Wirtschaft und Wertesystem

••• Expansionsstrategien des Neofaschismus

••• Faschismus und Rassismus

3 Die Röhm – Affäre Ernst Röhm und der Ludendorff-Kreis

••• Die Umstrukturierung der politischen Kapitalgruppenfronten ab 1925/26

••• Röhm als Stabschef der SA

1930–30.1.1933

••• Das Hitler-Papen-Kabinett, der Machtkampf der Kapitalgruppen und die Rolle der SA

••• Notizen und Aufzeichnungen

••• Gesamtbibliographie

## Das Phänomen Rosa Luxemburg

Aus Anlaß des 80. Jahrestages der Ermordung Rosa Luxemburgs tagte am 9. Januar 1999 in Berlin die Internationale Rosa Luxemburg-Gesellschaft<sup>1</sup> in Topbesetzung: Sieben Wissenschaftler aus sechs Ländern demonstrierten, daß Rosa Luxemburg nach wie vor nicht nur eine der wichtigsten Personen des 20. Jahrhunderts, sondern eine äußerst beachtenswerte, ja brandaktuelle Theoretikerin ist.

Daß sie obendrein noch enorme Reibungsflächen bietet, bewiesen gleich zu Anfang die beiden großen alten Männer der Luxemburg-Forschung *Jakov Drabkin* (Rußland) und *Feliks Tych* (Polen). Während Drabkin, dessen Gesamtdarstellung der „Novemberrevolution“ Ende der 60er Jahre einen Meilenstein der Forschung darstellt, sich zu der Äußerung verstieg, Rosa Luxemburg sei, entgegen der landläufigen wissenschaftlichen Meinung, keine Gegnerin der Kommunistischen Internationale gewesen, korrigierte ihn Tych stantepepe mit der Bemerkung, sie sei eine Gegnerin der Internationale unter bolschewistischer Vorherrschaft gewesen, womit er zweifellos den Kern der Sache traf. Auch im weiteren Verlauf der Tagung gerieten die nebeneinandersitzenden, allein von ihrer physischen Präsenz her Weisheit verströmenden Herren noch mehrmals aneinander, was durchaus zur Lebendigkeit der Tagung beitrug.

Tychs Vortrag selbst wirkte dadurch provokant, daß er nicht nur den Theoretiker Leo Jogiches als weitaus wichtiger als bislang von der Forschung angenommen ansieht, die ihn hauptsächlich als Agitator und Lebensgefährten Rosa Luxemburgs kennt, sondern weil Tych Jogiches wesentlichen Einfluß auf zwei wichtige theoretische Werke Rosa Luxemburgs („Organisationsfragen der Russischen Sozialdemokratie“ [1904] und „Zur russischen Revolution“ [1918]) nachsagte. Er ging dabei sogar soweit, Jogiches als eine Art ‚Diktator‘ der Theorie Luxemburgs darzustellen. Was selbstverständlich zu Widerspruch aus dem Publikum führte. Ein Frau stellte die Frage, warum Jogiches das Ganze dann nicht selber geschrieben hätte. Was Tych mit der fast paranoiden konspirativen Lebensweise Jogiches‘ zu erklären suchte, der wohl eine panische Angst hatte, irgendetwas Schriftliches zu hinterlassen. Da Jogiches nicht nur in der BRD, sondern auch in der DDR total mißachtet wurde, ist da - im Gefolge von Feliks Tych - noch ein weites Forschungsfeld.

Einen weiteren interessanten Vortrag lieferte dann *Frigga Haug*. Obzwar der Anfang ihres Vortrages etwas verwirrte - sie sprach von „Gerüchten“ über die Duldung der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts durch die SPD, wo doch die Aussagen Pabsts dazu alles andere als Gerüchte sind - zeigte sie dann im weiteren Verlauf, wie brennend aktuell Luxemburgs Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“ ist, die sie unter dem Pseudonym „Junius“ 1914 verfaßt

<sup>1</sup> Über deren bisherige Tagungen informiert das neue Buch von Annelies Laschitzka, Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs, Rosa Luxemburg Stiftung, Leipzig 1998.

BdWi  
BdWi  
BdWi  
BdWi

Bestellungen bitte direkt an:  
**bdWi-Verlag**  
**ostfach 543**  
**35017 Marburg**  
**ax 06421/24654**  
**Mail bdwi@bdwi.org**

hatte. Luxemburg habe die Welt globalisierter dargestellt als sie damals war, aber eben dadurch sei ihre Schrift heute, da die Weltwirtschaft tatsächlich 'globalisiert' ist, so aktuell. Aktuell ist sie auch deswegen, weil das von Luxemburg angeklagte 'Bündnis der SPD mit dem Kapital' heutzutage stärker denn je erscheint. Insgesamt war die Tagung, obwohl auch einige Vorträge enttäuschten, durchaus ein Erfolg. Ein Erfolg auch deswegen, weil FAZ und TAZ ihre Kundschafter schickten und diese sich bemühtig sahen, über ein Thema, das ihnen schon seit Jahren zum Halse heraushängt, berichten zu müssen. Christian Semler, Maoist A.D., einer jener Leute, die sich dafür nicht oft genug selbst geißeln können und deswegen von Rechtsauslegern wie Gauweiler zurecht als „kreuzbrave“ Buben stigmatisiert werden, schrieb eine launige ganze Seite, in der er - selbst nicht mehr der Jüngste - von einer „seltsamen Schar älterer Damen und Herren“ sprach. Bei allem Lob für die - wie haben wir als Ex-Stalinist doch Angst vor dem Matriarchat - „thronende“ *Annelies Laschitzka* wegen ihrer Aufnahme des Bolschewiki-kritischen Luxemburg-Textes über die Russische Revolution in die Werkausgabe der DDR verlangte doch Semler („schön, wenn wir letzten Samstag auch erfahren hätten...“) von ihr, sie solle in Sack und Asche gehen und - das schwang eindeutig mit - fortan, wie er, als Stiefellecker der „Zivilgesellschaft“ dienen. Erwähnenswert ist auch noch ein Beitrag von *Fritz Weber*, der - leider in etwas langweiligem Ton - die Anwendbarkeit von Luxemburgs Imperialismusanalyse auf die heutigen Zustände bzw. Krisen in den „Tigerstaaten“ Südostasiens belegte. *Ottokar Luban* - der kompetente Hermann Weber war leider erkrankt - dozierte über die SED und Rosa Luxemburg.

Was fehlte war ein Vortrag über die SPD und Rosa Luxemburg. Doch der wurde mehrfach einige Tage später, nämlich in der Nacht vom 14. auf den 15. Januar, im Willy-Brandt-Haus nachgeliefert, wo sich maßgebliche ältere Damen und Herren der SPD, darunter der Ex-Fallschirmjäger und jetzige Bundesgeschäftsführer Otmar Schreiner, endlich zur Verantwortung für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts bekannten. Einschränkende Floskeln, wie die, daß „Rosa“ ja auch in der Presse gehetzt hätte (hieß die Konsequenz daraus doch wohl: „tötet Bertelsmann, Burda und Kirch!“), retteten den Panzerkreuzer SPD an diesem Abend auch nicht mehr vor dem Steckenbleiben im Sumpf der eigenen Geschichte. Doch zurück zur „Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“. Allgemein ließ die Disziplin der Vortragenden, was die Länge ihrer Ausführungen anging, wie so oft zu wünschen übrig. Dadurch kam die Diskussion über die wohl wichtigste Frau des 20. Jahrhunderts zu kurz. Herauszuheben wäre noch der unermüdete *Narihiko Ito*, „Chef“ der Gesellschaft, der nicht nur auf Tagungen in der ganzen Welt verweisen konnte, sondern bekundete, daß es in Japan, Südkorea und China lebhaftes Interesse an Rosa Luxemburg gäbe. Hingegen die Herren Wissenschaftler aus Polen, Rußland, USA und Österreich zugeben mußten, daß es in ihren Ländern mit dem öffentlichen Interesse an der „Roten Rosa“ schlecht bestellt sei.

Klaus Gietinger

## Vernetzung linker Wirtschaftspolitik in der EU

### European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe

Die „European Economists for an Alternative Economic Policy“ gehören zu den wenigen linken europaweiten Initiativen, die mittlerweile über einen längeren Zeitraum (4 Jahre) Bestand haben. Nachdem sich die Aktivitäten zunächst auf jährliche Konferenzen beschränkten, hat die Gruppe im Vorfeld des Wiener EU-Gipfels im Dezember 1998 zum zweiten Mal ein Europäisches MEMORANDUM mit dem Titel: „*Full Employment, Solidarity and Sustainability in Europe - Old Challenges, New Opportunities for Economic Policy*“ vorgelegt, das mittlerweile von über 500 UnterstützerInnen (überwiegend WirtschaftswissenschaftlerInnen) unterzeichnet<sup>1</sup> und zeitgleich in mehreren europäischen Hauptstädten veröffentlicht wurde. Anders als beim ersten Memorandum (1997) wurde auch in der deutschen Presse mehr oder minder ausführlich darüber berichtet.

### Absehbare Grenzen des „rosarot(-grünen)“ Politikmodells in der EU

Die neoliberale Hegemonie bröckelt, insbesondere in der EU. Bröckeln zieht allerdings keineswegs automatisch einen Zusammenbruch nach sich. Das Konzept des schumpeterianischen Workfare-State der „Neuen Mitte“ oder von New Labour erscheint zur Zeit bestenfalls als sozialere, im Kern eher machtpolitisch intelligentere Variante neoliberaler Politik. Ob es diesem Modell bzw. seinen ProtagonistInnen gelingen wird, den in den vergangenen Jahren wachsenden Widerstand gegen soziale Polarisierung zu befrieden, ist jedoch fraglich. Mit der ökonomischen Krise, die nach Süd-Ost-Asien und Rußland nun auch Brasilien erfaßt hat, schmelzen die recycelten Träume einer weltwirtschaftlichen Stabilisierung mit stabilem Wachstum und mehr Beschäftigung wie Alpenglitzer im globalen Treibhaus. Umverteilungs- und Beschäftigungsprogramme auf bescheidenem Niveau, die seit einiger Zeit in Frankreich und neuerdings auch in der Bundesrepublik angegangen werden, haben zweifellos eine symbolische Bedeutung, strukturell bewirken sie indes nur wenig. Der Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensräume wird bislang auch bei Regierungsbeteiligungen grüner Parteien<sup>2</sup> dem Primat

<sup>1</sup> Die deutsche Fassung ist vollständig im MEMO-FORUM Nr. 26 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (PF 33 04 47, 28334 Bremen, e-mail: memorandum@t-online.de) erschienen. Dieser Text ist in mehreren Sprachen verfügbar auf der Internet-Homepage: <http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/europe/euromemo/indexmem.htm>. Dort findet sich auch die Liste der UnterzeichnerInnen.

<sup>2</sup> Siehe z.B. die Atompolitik in Frankreich oder die Öko-Steuer in Deutschland, die von einem umweltpolitischen zu einem finanzpolitischen Instrument zur Finanzierung verringerter Lohnnebenkosten degeneriert scheint.

der Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet. Anders als die Rechte stehen die sozialdemokratischen/sozialistischen und Mitte-Links-Regierungen unter einem stärkeren Legitimationsdruck bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, sozialer Polarisierung und von Umweltzerstörung.

### Defizite linker europäischer Politik

Die Linke hat in der Vergangenheit den Prozeß der europäischen Integration konzeptionell, vor allem aber organisatorisch, hinsichtlich des Aufbaus handlungsfähiger Strukturen vernachlässigt. Die Vielzahl polit-ökonomischer EG-/EU-Analysen zeigt zwar eine ganze Reihe guter Ansatzpunkte einer alternativen Europapolitik auf, doch ein kohärentes Modell bezüglich der Konstituierung eines europäischen Sozialstaats oder der Frage der demokratischen Steuerung existiert allenfalls in Ansätzen. Die Ursache zeigt sich bei den verschiedenen integrationspolitischen Debatten auch innerhalb der „European Economists“ immer wieder, z.B. wenn es um das Verhältnis der Kompetenzverteilung zwischen Nationalstaaten und EU geht.

Mit Ausnahme der Amsterdamer Regierungskonferenz erfreuen sich jeddoch die EU-Regierungen bei ihren halbjährlichen Gipfelkonferenzen (anders übrigens als diverse G7/G8-Gipfel) nach wie vor eines weitgehenden Desinteresses linker Gegenöffentlichkeit. Dabei haben die zahlreichen Initiativen vor und während der Amsterdamer Regierungskonferenz im Juni 1997 durchaus Spuren hinterlassen. Die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl stand wegen ihrer beschäftigungspolitischen Blockadehaltung am Pranger einer breiten Öffentlichkeit - das Image des „Großen Europäers“ war dahin. Trotzdem mußte die deutsche Regierung ihre totale Verweigerungshaltung gegen die Aufnahme eines Beschäftigungskapitels in den EU-Vertrag aufgeben, wenn auch den vertraglichen Regelungen nahezu jede Substanz fehlt.

Zudem demonstrierten 50.000 Menschen - mehr als jemals zuvor anlässlich einer EU-Konferenz - im Anschluß an zahlreiche lokale Protestaktionen gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Prekarisierung und damit gegen das neoliberale Politikmodell. Neben der Deklaration und dem Memorandum der „European Economists“ gab es eine Reihe ähnlicher Initiativen - u.a. von den Niederländern Robert Went und Geert Reuten von der University of Amsterdam oder dem European Appeal for Full Employment der Europaabgeordneten Ken Coates (vormals SPE, jetzt Vereinigte Linke - GUE), Frieder O. Wolf (DIE GRÜNEN) und Luigi Vinci (GUE)<sup>3</sup>. Immerhin ist es gelungen, diese Initiativen am Leben zu erhalten und ansatzweise untereinander zu vernetzen.

<sup>3</sup> Nach dem Übertritt von Ken Coates zur GUE vertritt Anne van Lancker die SPE. Der European Appeal dient in erster Linie der Koordination von Organisationen und Initiativen, um über gemeinsame Aktionen eine größere Öffentlichkeit zumindest in die entsprechenden Organisationen hinein zu erreichen. An der Auftaktveranstaltung im Mai 1997 nahmen über 800 VertreterInnen von Parteien, Gewerkschaften, Umweltverbänden und anderen Organisationen teil. Nachdem im vergangenen Jahr Konferenzen auf nationaler Ebene stattfanden, fand am 4. und 5. 2. 1999 eine weitere europäische Konferenz statt.

### Die Initialwirkung von Maastricht

Die Amsterdamer Initiativen des Widerstands waren die Kulmination einer Entwicklung, die sich bereits zu Beginn der 90-er Jahre abzeichnete. Wurde in den 80er Jahren das Binnenmarktprojekt, „das größte Deregulierungsprogramm in der Wirtschaftsgeschichte“ (so 1988 der damalige EG-Kommissar Narjes) mehr oder minder widerstandslos hingenommen, so waren die Beschlüsse von Maastricht im Dezember 1991, insbesondere die Ausgestaltung der Europäischen Währungsunion (EWU) auf der Grundlage neoliberaler Paradigmen, gewissermaßen das Startsignal für massive Proteste gegen das herrschende Modell der europäischen Integration. In Dänemark wurden die Maastricht-Verträge 1992 im ersten Volksentscheid abgelehnt, in Frankreich votierte im September 1992 nur eine denkbar knappe Mehrheit (50,5 Prozent) für Maastricht. Die sozialistische Regierung in Paris, die den Vertrag mit ausgehandelt hatte, verlor 1993 die nationalen Wahlen mit Pauken und Trompeten. Der unerwartet heftige Widerstand gegen das EWU-Projekt und die Hochzinspolitik der Bundesbank waren Auslöser für den faktischen Zusammenbruch des Europäischen Währungssystems 1992/93. Doch im Gegensatz zum EWU-Projekt der siebziger Jahre wurde an den Maastricht-Plänen festgehalten. Die zweite Stufe der EWU trat 1994 in Kraft, als ob nichts geschehen wäre. Hinzu kam, daß der Protest in den nationalen Grenzen fragmentiert blieb, was zum einen seine Wirkung bremste und es zum anderen der Linken schwer machte, sich in der Öffentlichkeit von der Maastrichtkritik der extremen Rechte abzusetzen. Zumal nach 20 Jahren neoliberaler Hegemonie kontinuierliche Arbeitszusammenhänge kritischer ÖkonomInnen nur noch in wenigen EU-Staaten<sup>4</sup> existierten, von Strukturen auf der europäischen Ebene ganz zu schweigen. Diese Konstellation dürfte mit dazu beigetragen haben, daß der erste „Workshop for an Alternative Economic Policy“, der 1995 in Straßburg stattfand, keine singuläre Veranstaltung blieb. Die »European Economists for an Alternative Economic Policy« organisieren seitdem jedes Jahr im September/Oktobre einen Workshop mit ReferentInnen aus der EU und darüberhinaus und können einen stetig wachsenden Zuspruch registrieren. An der jüngsten Konferenz, die vom 2. bis 4. Oktober 1998 in Wien stattfand, die sich u.a. schwerpunktmäßig mit dem Thema Ost-Erweiterung der EU befaßte, nahmen rund 50 überwiegend ÖkonomInnen aus EU-Staaten und aus Mittel-Ost-Europa teil. Offenkundig besteht ein Bedürfnis, den Austausch zwischen WirtschaftswissenschaftlerInnen aus dem linken Spektrum auf europäischer Ebene zu intensivieren.

Beschränkte sich der Output des ersten Workshops auf die Publikation der vorgetragenen Referate<sup>5</sup>, die gemeinsam von der MEMORANDUM-Gruppe und der PROKLA herausgegeben wurden, so konnte bereits auf der zweiten

<sup>4</sup> Beispielfhaft wären zu nennen: MEMORANDUM-Gruppe in der BRD, BEIGEWUM in Österreich und *Appelle contre la pensée unique* in Frankreich.

<sup>5</sup> Die Publikation wurde im Eigendruck herausgegeben und ist mittlerweile vergriffen.

Konferenz in Brüssel 1996 die Zusammenarbeit intensiviert werden. Auf der Basis der Diskussionen der beiden Workshops erarbeitete eine Gruppe aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Spanien eine Deklaration und ein ausführlicheres Memorandum mit dem Titel: „Full Employment, Social Cohesion and Equity for Europe - Alternatives to Competitive Austerity“<sup>6</sup>. Unterstützt von ca. 300 UnterzeichnerInnen wurde beides im Mai 1997, im Vorfeld der Amsterdamer Regierungskonferenz, parallel auf Pressekonferenzen in europäischen Hauptstädten veröffentlicht. Während die deutschen Medien kaum berichteten, war das Presseecho in Frankreich, Spanien und Österreich beachtlich. Eine besondere Form der Anerkennung erhielten die AutorInnen im Herbst 1998, als ihnen für das MEMORANDUM 1997 der Lelio-Basso-Preis zugesprochen wurde.

## Die Memoranden

Beide Memoranden beziehen sich zum einen auf die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte in der EU. Zum anderen markieren sie Eckpunkte einer alternativen Konzeption für ein grundsätzliches wirtschaftspolitisches Umsteuern. Im folgenden soll dies durch einen kurzen Überblick über die jeweiligen Schwerpunkte der beiden Publikationen verdeutlicht werden. Das MEMORANDUM 1997: „Full Employment, Social Cohesion and Equity for Europe“ liefert - im Vorfeld der Maastricht-Revisionskonferenz in Amsterdam - eine scharfe Kritik an der neoliberalen Konzeption der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage von Maastricht, der Konvergenzpolitik und deren Zuspitzung durch den Stabilitätspakt von Dublin, die als „... ernsthafte Gefahren für die Beschäftigung und die wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union“<sup>7</sup>, angesehen wurden. Ausführlich wurden die „Hauptelemente der neoliberalen Strategie in der EU“ sowie ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen analysiert und kritisiert. Herausgestellt wurde die Kontinuität des Vertrages von Maastricht (VM) zur strategischen Wende hin zu den „Doktrin der freien Marktwirtschaft“. Die Hauptelemente der neoliberalen Strategie, eine fast vollständige Beschränkung der makroökonomischen Politik auf Inflationskontrolle, ein entsprechender Ausschluß aktiver Beschäftigungspolitik und die strikte Begrenzung öffentlicher Ausgaben und Neuverschuldung einerseits sowie eine verschärfte Privatisierungs- und Deregulierungspolitik andererseits werden in dem MEMORANDUM für den dramatischen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, die steigende Polarisierung bei der Einkommens- und der Regionalentwicklung verantwortlich gemacht. Steigende Arbeitslosigkeit und die Aushöhlung des Sozialstaats werde „... eine Aushöhlung des gesellschaftlichen Lebens insgesamt bewirken.“ (ebd.: 20).

<sup>6</sup> Die deutschen Fassungen sind vollständig im MEMO-FORUM Nr. 25 erschienen (s. Anm. 1), sowie ebenfalls über die o.g. Homepage verfügbar.

<sup>7</sup> Memorandum europäischer Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftlerinnen: Vollbeschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Gerechtigkeit für Europa, in: MEMO-FORUM Nr. 25, Bremen 1997.

Arbeitslosigkeit wird als das dringendste soziale Problem in der EU charakterisiert, das durch herrschende Makropolitik noch verschärft werde, das zu „einem wachstumshemmenden Regime“ geführt habe, indem es die „Stabilisierung des produktiven Systems verhindert“ (ebd.: 15).

Die überwiegend keynesianische Theoriebasis des Memorandums zeigt sich auch im Kapitel: „Alternative Wirtschaftspolitik für Vollbeschäftigung – Hauptelemente und Vorschläge“ (ebd.: 24ff). Zur Erreichung der allgemeinen Ziele: Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit, werden kurzfristige Maßnahmen vorgeschlagen und längerfristige Perspektiven u.a. in den Bereichen der Geld-, Fiskal- und Strukturpolitik entwickelt. Im wesentlichen beinhalten die Vorschläge die Umkehrung des Maastrichter Modells hin zu einer expansiven aber durch öffentliche Investitionen gezielten Ausrichtung der genannten Politikfelder, um den sozial-ökologischen Umbau auf europäischer Ebene vorantreiben zu können, statt ihn zu blockieren. Hinzu kommen Vorschläge für eine radikale Arbeitszeitverkürzung sowie für die Re-Regulierung des Arbeitsmarkts als ein Kernelement der Revitalisierung des europäischen Sozialmodells, wobei Veränderungen als notwendig angesehen, aber im Sinne einer Weiterentwicklung statt einer Aushöhlung sozialer Absicherung verstanden werden.

Mit der Kritik des Maastrichter Modells wurde zum damaligen Zeitpunkt für eine Verschiebung der Währungsunion plädiert und als Alternative die Neuaufgabe des Europäischen Währungssystems (EWS II) favorisiert, die jedoch - nach dem Zusammenbruch des EWS - grundlegende Reformen des Systems sowie die Integration der assoziierten Länder in Mittel- und Osteuropa umfassen sollte. Dementsprechend plädieren die AutorInnen für eine neue Rolle der EU in der Weltwirtschaft im Sinne einer verstärkten Kooperation. Letzteres war und ist ein deutlicher Kontrapunkt zur aktuellen „EURO-phorie“ in der sich abzeichnenden verschärften Währungskonkurrenz zum US-Dollar. Im aktuellen MEMORANDUM: „Full Employment, Solidarity and Sustainability in Europe - Old Challenges, New Opportunities for Economic Policy“ hat es zwangsläufig einige Akzentverschiebungen gegeben, ohne daß der Grundtenor verändert worden wäre. Die oben angesprochene veränderte politische Konstellation und ihre noch nicht klar absehbaren Konsequenzen einerseits und die sich zuspitzende Krise der Weltwirtschaft, insbesondere der Finanzmärkte andererseits, sind auch in das neue Memorandum eingeflossen. Gleich zu Beginn erfolgt eine Einschätzung dieser beiden sehr unterschiedlichen Entwicklungen, um im weiteren die bereits im MEMORANDUM 1997 vorgestellten kurzfristigen Maßnahmen und längerfristigen Perspektiven zu vertiefen, unter Berücksichtigung neuer Fakten (u.a. Einführung der EWU, Beschlüsse von Amsterdam und Luxemburg) zu aktualisieren und weitere Probleme, wie die anstehende Erweiterung der EU auf der Grundlage der Agenda 2000, zu integrieren.

Das in Amsterdam beschlossene Beschäftigungskapitel und die beschäftigungspolitischen Leitlinien von Luxemburg werden zwar grundsätzlich be-

grüßt, jedoch en detail als viel zu zaghaft kritisiert<sup>8</sup>. Als wichtigste Maßnahme soll eine umfassende Beschäftigungspolitik mit klaren quantitativen Zielen verfolgt werden: Vorgeschlagen wird die Halbierung der Arbeitslosigkeit binnen drei Jahren. Dazu müsse die europäische Binnennachfrage in der EU angekurbelt werden, was auf europäischer Ebene leichter ist, da die Exportabhängigkeit der EU insgesamt wesentlich geringer ist als die der einzelnen Mitgliedstaaten. Die notwendigen Maßnahmen für den sozial-ökologischen Umbau werden spezifiziert. Auch wird - bemerkenswert für einen europaweiten Aufruf - die Forderung nach einem Atomausstieg erhoben (ebd.: 5f.; 13f). Außerdem werden die Instrumente für einen wirksamen Schutz gegen finanzielle Erschütterungen durch das internationale Finanzsystem (u.a. Kapitalverkehrskontrollen und -beschränkungen, die im übrigen auch im Amsterdamer Vertrag optional enthalten sind) konkretisiert (ebd.: 7f). Auch in den Abschnitten: „Eine Sozialverfassung für Europa“ (ebd.: 12ff) und in den Passagen über die EU-Erweiterung als Bestandteil einer neuen europäischen Friedensordnung und über die notwendige Demokratisierung (ebd.: 15f) sind Akzente gesetzt worden, die bei den „European Economists“ und den UnterstützerInnen eine stärkere Gewichtung der europäischen Ebene erkennen lassen. Ob diese Tendenz eher durch die aktuelle Entwicklung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen hervorgerufen wird oder eher dem Diskussionsprozeß im Rahmen der Vernetzung entspringt, läßt sich schwer sagen.

Trotz ihrer organisatorischen und inhaltlichen Kontinuität sehen sich die »European Economists« - wie viele andere Initiativen auch - immer wieder mit Problemen konfrontiert, die Zusammenarbeit in der EU ohne eine gesicherte finanzielle und organisatorische Basis aufrecht zu erhalten oder gar auszubauen. Es ist daher von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß eine Gruppe von 14 ÖkonomInnen (aus 10 EU-Staaten) aus dem Kreis der „European Economists“ seit Dezember 1997 Fördermittel der EU-Kommission aus dem TSER-Programm (Targeted Socio-Economic Research) des 4. Forschungsrahmenprogramms erhält. Die Gelder für das Projekt „Thematic Network: Full Employment in Europe“ dienen der weiteren Vernetzung. In drei Arbeitsgruppen sollen zudem während des Förderzeitraums Analysen zu den Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und Vorschläge entwickelt werden, mit denen das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht werden kann. Ohne großen Illusionen über die Konsequenzen anzuhängen, kann es sicherlich nicht schaden, daß auf diesem Wege linke polit-ökonomische Analysen und Konzepte in die Debatten der EU-Kommission eingespist werden<sup>9</sup>.

<sup>8</sup> Europäische Ökonominnen und Ökonomen für eine alternative Wirtschaftspolitik: Vollbeschäftigung, Solidarität und nachhaltige Entwicklung in Europa - Alte Herausforderungen, neue Chancen für Wirtschaftspolitik, in: MEMO-FORUM Nr. 26, Bremen 1998, S.3.

<sup>9</sup> Weitere Informationen über das Netzwerk, die Arbeitsgruppen und die bisher vorliegenden Papiere, die überwiegend verfügbar sind, gibt es auf besagter o.g. Internetseite (Stichwort: TSER).

Realität spricht eine andere Sprache. Zum einen wurde durch Trennung von englischen, französischen, belgischen, spanischen und portugiesischen Kolonien bereits ein Flickenteppich geschaffen, der in die Unabhängigkeit übernommen wurde, zum anderen wurden regionale Eliten in den einzelnen französischen Verwaltungsbezirken bestärkt, eben jene Verwaltungsbezirke zum Nationalstaat zu erheben. Die Bevölkerung wurde nicht gefragt, und wenn, blieb ihnen nur die Wahl zwischen dem einen oder anderen Übel. So wurde z.B. die Unabhängigkeitsbewegung im westlichen Kamerun, welches nach der am Ende des ersten Weltkrieges zwischen Frankreich und Großbritannien vorgenommenen Aufteilung der vormals deutschen Kolonie dem britischen Nigeria angegliedert worden war, vor die Wahl gestellt: Anschluß an Nigeria oder an das französische Kamerun. Die Mehrheitsmeinung in dieser Region - Selbständigkeit - wurde von der UNO genauso untergebugelt, wie separatistische Tendenzen im Tschad etc.

Goldberg weist zu recht darauf hin, daß die ab 1959 in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten keine gemeinsame Geschichte hatten (81). Dies ist für den politisch-administrativen Bereich sicher richtig. Für den wirtschaftlichen Bereich ist sie insoweit falsch, als die meisten Gesellschaften, trotz der regionalen Begrenztheit ihrer Ansiedlung und Kultur, Warentausch über Tausende von Kilometern unterhielten. Die Forschung belegt, daß vor dem Auftauchen der Kolonialmächte das gesamte Kongo-Bassin von 5' Nord bis 5' Süd und von 10' Ost bis 30' Ost, eine einzige, fast ausschließlich von Bantus bewohnte Wirtschaftszone bildete, die obendrein regen Austausch mit den Haussa- und Fulani-Reichen am Niger, dem südlichen Afrika sowie den Anrainern des Nil aufgebaut hatte.<sup>1</sup> Die Großreiche am Niger versetzten Mungo Park und andere europäische Westafrikareisende genauso in Erstaunen wie die arabischen Reisenden vor ihnen.

Die Ideologie der geschichtslosen Völker ist einer der Gründungsmythen des Kolonialismus. Die Zerstückelung dieser Kulturräume wurde durch die Etablierung von Nationalstaaten nach europäischem Gusto verlängert und vertieft. Die sklavische Nachahmung der europäischen Staatsgebilde, die Goldberg emphatisch mit Inhalt füllen und zum funktionieren bringen will (84), waren von Anfang an nichts anderes als Entwicklungshemmnisse, die, einmal von außen eingesetzt, zwar in den meisten Fällen dank dem Herrschaftswillen regionaler Eliten und der Hilfe von außen überlebten, jedoch nie als Realität von der Bevölkerung anerkannt wurden, nicht zuletzt, da die meisten Grenzen nur auf dem Papier existieren. Als Nation verstehen und erkennen sich die Bewohner der als Staat gekennzeichneten Gebiete allenfalls beim Fußball. Wahlen oder ähnliche Spektakel finden aufgrund der Vorhersehbarkeit ihrer Ergebnisse nur wenig Interesse. Warum sollten also Menschen, die regional im

<sup>1</sup> Vgl. z.B. das Standardwerk: Jan Vansina, Paths in the Rainforests - Towards a History of Political Tradition in Equatorial Africa, Madison 1990; Hans-Peter Wotzka, Studien zur Archäologie des zentralafrikanischen Regenwaldes, Köln 1995.

engeren Sinne denken und transnational handeln, „integrierte Nationalökonomien und funktionierende Territorialstaaten“ (84) als Perspektive ihrer Entwicklung betrachten? Keine Region auf der Welt ist von ihrem Bewußtsein und ihrer Einstellung so bereit für eine Globalisierung wie West- und Zentralafrika.

Raum, das ist in Afrika immer auch Wirtschaftsraum, und so findet man in jenem Afrika südlich der Sahara und nördlich der südafrikanischen Zollunion fast alle global existierenden Wirtschaftssysteme: Relativ „entwickelte Industriestaaten“ mit Produktions- und Konsumtionsmittelexporten (Elfenbeinküste, Nigeria), Rohstofflieferanten mit Konsumtionsmittelproduktion (Kamerun, Ghana), reine Rohstofflieferanten (die beiden Kongos), „Ölscheichtümer“ (Gabun, Äquatorial-Guinea, Cabinda) und reine Subsistenzwirtschaften mit ausländischen Importen (Sao Tomé und Príncipe) und ohne (Tschad).

Die Nennung von Staaten dient hier nur der groben Lokalisierung, denn zumeist treffen die Charakterisierungen nur für einen Teil des Staatsterritoriums zu. Daraus resultieren natürlich auch unterschiedliche Perspektiven in Bezug auf den Weltmarkt und die Globalisierung. Weder der Nationalstaat noch regionale Grenzen sind dabei die Partner zur Sicherung der eigenen Einkommensquellen, sondern Anbieter der gleichen Waren. Omar Bongo, der Präsident von Gabun, ist zwar politisch und sozial ein übler Despot, wirtschaftspolitisch jedoch auf der Höhe der Zeit. So engagiert er sich seit einigen Jahren in der OPEC, um dem Absinken des Rohölpreises entgegenzuwirken, und beschwört seine Nachbarn, die Preise für Holzeinschlags-Lizenzen kräftig anzuziehen. Beides ist zur Zeit allenfalls von mäßigem Erfolg gekrönt, da zu viele seiner Nachbarn im nationalstaatlichen Denken gefangen bleiben.

Der Aufbau einer Nationalökonomie erscheint auch sinnlos, wenn man bedenkt, daß es fast nichts zum Austausch gibt. Abgesehen von den zwei „Industriestaaten“ produziert kein einziges Land etwas, das ein anderes nicht selbst herstellen kann. In Kamerun, dem wirtschaftlichen Motor Zentralafrikas, wo Goldberg mir unbekannte Industrieruinen à la DDR gesehen haben will (73/74), gibt und gab es genau drei größere Fabriken, die nicht die gängigen Konsumgüter wie Bier, Kaffee und Schokolade herstellen: Eine Aluminiumhütte in Edea, ein Zementwerk in Figuil und eine kleine veraltete Raffinerie in Limbe. Warum sollte eine Palmöl-Plantage in Ekonda-Titi mit einer Palmöl-Plantage irgendwo sonst in Handel treten? Die Bevölkerung selbst nimmt am nationalen Handel nur in begrenztem Rahmen teil. Wenn jemand Palmöl will, geht er in seinen Garten oder fragt einen Verwandten. Der einzige sinnvolle Absatzmarkt für afrikanische Produkte ist der Weltmarkt.

Die Entwicklung einer lokalen Industrie wäre in der Regel ebenfalls unsinnig. Nicht zuletzt der Kollaps der „Tigerstaaten“ zeigt doch, daß eine forcierte Industrialisierung keine nachhaltige Entwicklung schafft, sondern nur auf Kosten der Bevölkerung den Wettbewerb sucht, wo kaum Siegeschancen bestehen. Die Schaffung z.B. einer eigenen Automobilindustrie in Afrika würde zwar den Weltmarktpreis für Autos erneut senken, aber weder für die Bevölkerung

noch für die regionale Wirtschaft etwas verändern. Natürlich ist es vom hehren Standpunkt der Vernunft unsinnig, daß Rohöl von Afrika nach Europa geschafft wird, um anschließend aufbereitet als Benzin, Diesel und Teer wieder zurück transportiert zu werden. Der Weltmarkt ist jedoch kein umfassend rationales Unternehmen, sondern nur in Bezug auf eine einzige Qualität rational: Der Billigste kriegt den Zuschlag.

Genau diese Rationalität untergräbt die Errichtung funktionsfähiger Volkswirtschaften und erschwert eine Abkopplung vom Weltmarkt. Selbst auf der Weltkarte große Staaten wie die Demokratische Republik Kongo können keine Volkswirtschaft nach eigenen Vorstellungen aufbauen, da alle Produkte, die Einkommen produzieren, nur auf dem Weltmarkt abgesetzt werden können. Der viel beschworene informelle Sektor bringt nicht nur keine „schumpeterschen Unternehmerpersönlichkeiten“ (77) hervor, er produziert - und das ist das entscheidende - keine Werte. Er ist reines Handelskapital. Die einzige Möglichkeit, die individuellen Einkommen anzuheben, ist die Vernetzung der Anbieter einer Ware. Während Goldberg behauptet, daß „die Masse der aus Afrika kommenden 'cash crops' noch heute kleinbäuerlich und meist im Rahmen rudimentärer Produktionsverfahren erzeugt werden“ (73), ist es in der Realität zumeist so, daß internationale Qualitätsstandards nur in großen (über 100 km<sup>2</sup>) und mittleren (über 10 km<sup>2</sup>) Plantagen erzeugt werden können. Zwar ist es Politik der Weltbank und des IWF, im Rahmen einer verordneten Privatisierung diese zumeist in staatlicher Hand befindlichen und von den Kolonialmächten geerbten Produktionsstätten zu zerschlagen, aber damit wird ja gerade die Notwendigkeit ihrer Vernetzung im Rahmen einer Gegenstrategie unterstrichen. Zwar wird gegen eine Kartellbildung in der Regel das Kautschukbeispiel ins Spiel gebracht, jedoch sollten auch hier Niederlagen in der Vergangenheit nicht in die Zukunft verlängert werden. Wer einmal die Chance hatte, die Relikte des Kautschukbooms in Brasilien zu besichtigen oder dem Persischen Golf einen Besuch abgestattet hat, weiß die Möglichkeiten eines Naturalienkartells zu schätzen. Natürlich ist es zur Zeit so, daß die wirtschaftlichen und staatlichen Eliten in fast allen Ländern der Region dem Augenblicksvorteil den Vorrang einräumen und heute lieber 10 US-Dollar pro Barrel Öl in die Schweiz überweisen als langfristig die Preise im Einklang mit anderen auf 20 oder 30 Dollar anzuheben. Ähnliches gilt für Holz, Palmöl, Bananen etc. Nicht zuletzt das Jubiläum des Ölschocks letztes Jahr sollte den LeserInnen vergegenwärtigen, daß zur gleichen Zeit, als in der alten BRD ein sonntägliches Fahrverbot ausgesprochen wurde, in einigen Golfstaaten soziale Projekte in Angriff genommen wurden, die bis heute nachwirken, auch wenn heute Rohöl billiger ist als je zuvor. Ob eine bewußte Globalisierung von unten eine unmittelbare und umfassende Verbesserung der sozialen und politischen Situation der Menschen in Afrika herbeiführt, steht auf einem anderen Blatt, sie schafft jedoch insoweit die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Entwicklung, als Reichtum produziert wird, der einer Expropriation harrt.

Kai Schmidt-Soltau

## Eine neue Lesart der Geschichte?<sup>1</sup>

Auf die mögliche Gefahr hin, daß alles folgende verfehlt sein mag: Ja, es ist gut und recht daran getan, sich von ungeklärten oder gar verklärenden theoretischen Konzepten des Marxismus zu trennen, sich davon zu entlasten. Es ist gut und erfrischend, von sparsamer Theorie geleitet, zur Empirie zurückzukehren. Der Zugang zum Gegenstand unter der Form des traditionellen Marxismus mag nämlich in einem Ausmaß verstellt worden sein, das denjenigen, die sich den Zugang auf solche Weise verstellen, nicht einmal ansatzweise deutlich werden kann. Gesellschaftsgeschichte erscheint damit durch überkommene theoretische Auffassungen in ein Licht der Verkenntnis getaucht, Gesellschaftsgeschichte scheint so in ein Kaleidoskop von fehlleitenden Unbegriffen gebrochen und undeutlich. Das heißt aber auch: Es scheint darin der Gegenstand nach wie vor in einem Licht. Auch das mögliche Verkennen selbst mag man als eine bestimmte, an sich selbst noch unerkannte Form von Erkennen festhalten müssen: es ist bei aller Unseligkeit des gläubigen Hinnehmens von dogmatisierten Konzepten ein Wahres daran, das scheint und blendet.

Ist also mit einem solchen produktiven Trennungsakt die abgetrennte Theorieauffassung selbst erledigt? Ist damit große Theorie überhaupt obsolet geworden? Weit gefehlt. Revision erfolgt vernünftigerweise mit dem Ziel, zu revidieren, d.h. den Gegenstand und die Struktur des Aufbaus seiner Theorie neuerlich zu klären und neu zu bestimmen. Jedoch ist hier der erste Schritt vor dem zweiten zu gehen. Es mögen also frank und frei fehlleitende theoretische Konstruktionen aus dem Gegenstand entladen werden, man löse und erlöse sich also ruhig und gelassen von geherrscht habenden Urteilen und Vorteilen. Man bewege sich also mit einem Prinzip der theoretischen Sparsamkeit eigenständig in das historisch-empirische Material hinein, mit all den damit verbundenen Möglichkeiten. Nichts aber wird mit diesem revidierenden Tun ausgespart sein oder ausgespart bleiben, weder der Gegenstand, noch auch sein theoretischer Begriff. Nichts an Theorie wird vergessen sein. Aber und eben deshalb: Es wird neu und von vorn angefangen.

Treten wir also in das Tier-Mensch-Übergangsfeld ein, treten wir ein in das Projekt von Lambrecht/Tjaden/Tjaden-Steinhauer: Ein Reichtum an produktiv verarbeitetem Material erwartet uns. Das in Aussicht gestellte Projekt der „Erarbeitung einer materialistischen Gesellschaftstheorie“ (vgl. die Rezension des Buches in Z 36, S. 216, Spalte 1) ist unter solchen Vorzeichen vielleicht zunächst und in erster Linie ein solches, das in das empirische Material eintritt und sich darin in auffassendem Darstellen umsichtig, kenntnisreich und vorurteilsfrei zu bewegen versteht. Auch der Terminus „Materialismus“ wäre damit, so wie er traditionalistisch behandelt wurde, in eine Prozeduralität der

Revision einzubeziehen. Es ist vor diesem Hintergrund beruhigend, von den Autoren zu erfahren, daß „die Soziologen bis heute nicht zu sagen wissen, was eine Gesellschaft überhaupt ist“ (vgl. ebd).

Folgende Punkte an der Rezension fallen besonders auf:

1. Die in polemischer Absicht und aus dem Bedürfnis der Selbstverständigung heraus geschriebene „Deutsche Ideologie“ bzw. deren traditionale Interpretation mag in der Tat zu kurz greifen, wenn die Kategorie von Produktion darin verkürzend auf das Herstellen von Arbeitsprodukten eingeschränkt wird (vgl. 218/Spalte 2). Vielmehr wäre hier kritisch an einem weiten Begriff von Produktion anzuknüpfen: Natur ist Produktion, Natur führt zu etwas. Gesellschaftliche Produktionsweise ist damit zunächst als die gesellschaftliche Weise der Produktion von aufrechtem Gang und als Produktion einer Sprachlichkeit von Bedeutungen zu fassen (vgl. Holzkamp, Grundlegung der Psychologie, 1983). Es wäre also mit einem erweiterten, philosophisch angeleiteten Begriff von Produktion anzusetzen, ein Begriff, mit dem auf den frühen Schelling verwiesen ist, und sei dieser Begriff dort noch so 'verkehrt' festgehalten.

2. Der Ansatz der Autoren von „Gesellschaft als Mittel“ verweist deutlich auf die Kategorie der Vermittlung, verweist damit aber notwendig auf Hegelsche Philosophie. Das letzte Wort über dieses Mittel ist daher noch längst nicht gesprochen. Die Erhaltung des Lebensraums (217/1) mag sich unter solchen Vorzeichen als artspezifische Produktion von Lebensraum überhaupt zeigen können: Für den homo sapiens sapiens zeigt sich Lebensraum als bestimmte, nämlich bewußte Form eines äußeren Sinns, als der formale In-Begriff einer praktischen Syn-Chronizität zeitlicher organischer Individuen. Sätze wie der folgende von Guy Debord (Die Gesellschaft des Spektakels, 1967) zielen möglicherweise in dieses Zentrum: „Der Mensch, 'das negative Wesen, welches nur ist, insofern es Sein aufhebt' (Marx), ist mit der Zeit identisch.“ Alle tragenden Begriffe, die hier auftreten, sind dem traditionellen Marxisten unklar, all diese Begriffe müssen also theoretisch geklärt werden.

3. Lebensraum stellt sich damit konkret als Gattungsraum dar, als Mitte und als Mittel von unsereinem. Syn-Chronizität stellt sich dar als konkrete, in sich komplexe Vermittlung von individuellen Organismuszeiten in einem und demselben intersubjektiv produzierten Raum. Natur ist Produktion, Natur führt zu etwas. Das Gattungswesen des Menschen wäre damit als artspezifisches Raum-Zeit-Geschehen zu fassen, als ein Tun (vgl. H. Marcuse, Über die philosophischen Grundlagen des wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsbegriffs, 1933). Man wird dann schon noch sehen, welche Folgen ein solcher Ansatz für eine Theorie der Arbeitszeit als Substanz von Wert haben kann und für einen revidierten Fetischbegriff. Nein, die Autoren liegen richtig: Auch Marx ist nicht zu verschonen (vgl. 217/2). Die Erhaltung, mehr noch die Schaffung des Lebensraums, von den Autoren als Politik aufgefaßt (218/1), zeigt zudem einen weiten Begriff des Politischen an. Anzusetzen ist dabei in der Tat an Politikformen innerhalb von Gesellungeinheiten pongider Primaten: Analysis des Primatenpolitizismus.

<sup>1</sup> Bemerkungen zu einem Buch anlässlich seiner Rezension in Z 36 (Dezember 1998) durch Franz Giglewicz: Lars Lambrecht/Karl Hermann Tjaden/Margarete Tjaden-Steinhauer, Gesellschaft von Olduvai bis Uruk. Soziologische Exkursionen, Erster Band, Kassel 1998

4. Außermenschliche Natur? 'Der Mensch' selbst gründet in außermenschlicher Natur, die sich an ihm selbst vermenschlicht und die damit das Andere seiner selbst ist. Natur ist Produktion, Natur führt zu etwas. Was im traditionellen Marxismus als außermenschliche Natur bezeichnet wurde, ist vielmehr nach allen Seiten innergesellschaftlich vermittelte Natur, Bedeutungshaftigkeit für uns. Damit aber ist das Für-sich-sein menschlicher Gesellungeinheiten als ein theoretischer Gegenstand jedoch bereits vorausgesetzt. Homo erectus ist der sich am anderen Individuum seiner Art selbst aufgerichtet habende für sich seiende Primat. Homo habilis ist der sich mit seinesgleichen sprachlich kommunikationsfähig machende Frühmensch (vgl. Leakey/Lewin, Der Ursprung der Menschheit, 1993, 1998). Die Werkzeugherstellung, gegen deren traditionale Überbewertung sich die Autoren abgrenzen, mag damit als ein Geschehen innerhalb eines längst schon bestehenden kommunikativen Zusammenhangs der aufrecht gehenden Spezies aufzufassen sein: Kommunikatives Handeln und dessen sachliche Qualifizierung in der verallgemeinernden Werkzeugherstellung (vgl. dazu erneut Holzkamp, Grundlegung der Psychologie, 1983).

5. Der Terminus „gesellschaftliches Bewußtsein“ (vgl. 219/1) verweist damit grundlegend auf eine Theorie des Bewußtseins, die von einem 'Standpunkt innerhalb' gefaßt ist: Dieser Standpunkt erlaubt eine Rückbesinnung innerhalb desjenigen Zusammenhangs, in dem wir uns immer schon bewegen; denn stets gehen wir am menschlichen Zusammenhang in die Tiefe. Gesellschaftliches Bewußtsein verweist damit auf einen Grund seiner selbst, der nicht empirisch, sondern nur philosophisch - und zwar durch das empirische Material hindurch - anzugeben ist. Der traditionale Marxismus ist philosophisch an einem dogmatischen Naturalismus gescheitert, an einem pseudoradikalen Standpunkt außerhalb, an einer bloß äußerlichen Gegenstandsauffassung.

6. Jagdgeräte und neue Naturreichtümer (219/2). Was ist Natur-Reichtum? Naturreichtum kann nunmehr gefaßt werden: a) als Reichtum einer gesellschaftlichen Innerlichkeit von Gebrauchsgegenständen, b) als Reichtum der Spezies selbst, d.h. die Entfaltung ihres inneren, potentialen Reichtums an Natur, den diese Spezies der Möglichkeit nach an sich hat; ein Reichtum, der durch das „gesellschaftliche Mittel“ hindurch erschlossen werden kann, das an sich selbst zugleich Zweck ist; c) als Reichtum der Beziehungen und Bezogenheiten innerhalb des gesellschaftlichen, d.h. denkenden Sozialverbandes, ein reicher in sich stabiler Reflexionszusammenhang von menschlicher Sozialität und Institutionalität, ein materialer gesellschaftlicher Denkprozeß. Dieser gesellschaftliche Denkprozeß ist Bedingung der Möglichkeit für jeden großen Sprung, für jeden nur gesellschaftlichen Umbruch.

7. Schließlich die „Falle der Agrikultur“ (220/1) als Übergang von Besitz zu Eigentum, damit als das Ende einer Vorgeschichte des Eigentums. Beginn einer Geschichte des Privateigentums und Beginn von bürgerlicher Produktion - man höre und staune - bereits im antiken Bürger-Staat: Griechenland, Rom (vgl. hier etwa Hannah Arendt, Vita activa, 1958). Diese abendländische Geschichte des Privateigentums kommt nun in unseren Tagen als Globalisierung

zu ihrem Ende, d.h. sie verendet in explosiver Weise. Denn es mag in der Tat zutreffen, daß die kapitalistische Produktionsweise die letzte nur mögliche antagonistische Form überhaupt, eine „dynamis“ von gesellschaftlicher Produktproduktion überhaupt ist (vgl. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort). Auch in bezug auf das Verständnis dieses Satzes ist also zu revidieren und zu reinterpreten.

Zuviel Philosophie? Zuviel Hegelei? In eine materialistische Theorie von Gesellschaft wird noch manches mehr an Philosophie von Leibniz, von Kant, von Fichte, von Schelling, von Hegel usw. hineinzustecken sein. Hony soit qui mal y pense! Die Philosophiekritik der „Deutschen Ideologie“ muß nicht der Weisheit letzter Schluß gewesen sein. Der begründete Abschied von verblasenen Theoremen des traditionellen Marxismus leitet in eine Überfülle von philosophischer Theorieproduktion zurück, die sachlich anzueignen ist und in deren Widersprüchlichkeiten man sich produktiv zu bewegen hat. Weder Marx noch Engels können den Zeitgenossen die Anstrengung abnehmen, sich neuerlich in die Philosophie hinein- und sich neuerlich aus der Philosophie herauszuarbeiten. Wohl aber können nach wie vor besonders bei Marx eine Vielfalt von 'hints' gefunden werden, um eine solche Prozedur systematisiert und kritisch reflektiert durchführen zu können.

Man mag es nicht für möglich halten und doch spricht vieles dafür: Die Philosophien von Leibniz, Kant und Hegel selbst sind - mehr oder weniger abstrakte - Formen einer materialistischen Theorie von Gesellschaft. Eine Theorie von Gesellschaft aber wäre so gesehen ohne einen wohlverstandenen und sie tragenden Idealismus gar nicht möglich. Damit ist schweres Gerät gegen die Grundfeste der geherrscht habenden marxistischen Theorie aufgefahren. In der Tat hat das Herrschen diese Theorie verdorben. Der Marxismus ist philosophisch an einer Dichotomisierung zugrunde gegangen: an jener Zusammenhangszerreißung des einen Gegenstandes von Wissenschaft in Materialismus und Idealismus. Eben darin ging der traditionale Marxismus an sich selbst aber auch zu Grunde: im Licht der Verkenntnis wurde dabei zum Grund der Sache selbst hingelangt und ebensosehr die Sache praktisch und theoretisch verfehlt, wie sie erreicht wurde.

Wortspiele? Man wird sehen. Revisionismus? Ja, durch und durch. Die arché, das Prinzip wird neu im wohlaufbereiteten Material zu fassen sein. Behauptet sei hier in Abwandlung eines berühmten Satz des Parmenides nicht weniger als dies: Ein und dasselbe aber sind für die Spezies homo sapiens sapiens Denken und Sein. Das hier besprochene Buch liefert gut aufbereitetes Material zur Begründung einer solchen „hypothesis“, zur Begründung einer solchen substantiellen Setzung, die jedoch weit jenseits der Absicht jenes Buches und weit jenseits dieser Anmerkungen zu seiner Rezension liegt.

Jürgen Hilbers

## Detlef Hensche zum 60. Geburtstag

Rudolf Dreßler/ Oskar Negt/ Henner Wolter (Hrg.), *Jenseits falscher Sachzwänge. Detlef Hensche zum 60. Geburtstag, VSA, Hamburg 1998, 270 Seiten, 29,80 DM.*

Solche Bücher haben's schwer. Gar mancher winkt ab, bevor er auch nur den Umschlag geöffnet hat: Noch so ein Jubelband für einen Gewerkschaftsführer! Verständlich, aber zu kurz gegriffen. In diesem Fall nämlich lohnt es sich, genauer hinzuschauen. Und zwar nicht nur, weil Detlef Hensche, zu dessen Ehren dieser Band erschienen ist, sich im Kreis der Führungsriege der DGB-Gewerkschaften als eigenwilliger politischer Kopf abhebt, sondern auch, weil das Themenfeld der Beiträge breit ist. Wobei das zweite sicher mit dem ersten zusammenhängt.

Das Spektrum der Autoren reicht von Friedhelm Hengsbach bis Elmar Altvater, von Rudolf Dreßler bis Jörg Huffs Schmid, von Oskar Negt bis Walter Riester. Dazwischen finden sich noch 14 weitere Autorinnen und Autoren: ein Überblick zu dem, was derzeit in dem Milieu von linker Sozialdemokratie, Gewerkschaften sowie sozial bis sozialistisch orientierter Wissenschaft diskutiert wird. Ausgeblendet bleibt allerdings der Bereich der Grünen (was verwundert), der PDS sowie dessen, was links davon steht (was nicht so verwundert). Gegliedert ist der Band in sechs Abschnitte:

### 1. *Jenseits von Marktversagen und Globalisierungsfallen*

Friedhelm Hengsbach fragt, wie,

„Kapitalistische Marktwirtschaften demokratieverträglich“ gestaltet werden können. Was voraussetzt, daß sie es derzeit nicht sind. Er postuliert neben den bürgerlichen Freiheitsrechten gleichwertige wirtschaftliche und soziale Grundrechte. Diese seien allerdings ohne Strukturveränderungen in der Wirtschaft nicht durchsetzbar. Hengsbach schlägt z.B. eine gesetzlich verfügte Unternehmensverfassung vor, die das Handeln des Managements zu legitimieren hätte. Auch die Notenbank dürfe nicht unabhängig von politisch-gesellschaftlichen Prioritätensetzungen handeln.

Elmar Altvater untersucht, welche Bedeutung die weltweite Ausdehnung des Kapitalismus (Globalisierung) für Nicht-Regierungsorganisationen - insbesondere die Gewerkschaften - hat. Es wäre fatal, die veränderten Bedingungen, wie sie sich nach 1989 entwickelt haben, zu ignorieren. Es sei nicht „passives Anpassen des 'Standorts' an die Bedingungen des 'globalen Raums'“ erforderlich, sondern „das Aufgreifen aller Ansätze der aktiven Gestaltung der Regeln für die globalen Märkte“.

Jörg Huffs Schmid fragt, ob die Regierungswechsel in England und Frankreich (der in Deutschland hatte bei Manuskriptabschluß noch nicht stattgefunden) einen neuen Schub in Richtung auf eine europäische Beschäftigungspolitik bringen können. Bei aller Vorsicht beantwortet er sie positiv. Vorschläge gebe es genug, entscheidend sei die politische Entschlossenheit. Deutschland komme dabei eine wesentliche Rolle zu.

### 2. *Gegenmacht - Gestaltungsmacht*

Dieser Abschnitt enthält u.a. zwei

Beiträge zu arbeitsrechtlichen Themen. Wolfgang Däubler gibt einen Rückblick auf die Entwicklung des Arbeitsrechts seit 1945, einschließlich der jeweils zur Rechtfertigung der Urteile entwickelten Theorien. Henner Wolter analysiert die jüngste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Koalitionsfreiheit. Interessant dabei: Das BVG weigert sich zunehmend, sich als Ersatz-Gesetzgeber mißbrauchen zu lassen. Mehrere Klagen (auch von Gewerkschaften) wurden mit dem Argument abgewiesen, daß die angegriffene Regelung Sache der Politik und nicht der Justiz sei. Wolter sieht darin eine Reformchance: Wenn unter geänderten politischen Bedingungen überfällige Reformen erfolgen, werde das BVG „dieselbe Zurückhaltung walten lassen“ und Verfassungsklagen von rechts abweisen. Hoffentlich, kann man nur sagen ...

Mit dem „Preis der neuen Sozialpartnerschaft“ befaßt sich Frank Deppe. Darunter versteht er die völlige Negierung eines Interessengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital, stattdessen die Anerkennung von „Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Kooperation“ als Basis eines klassenübergreifenden Konsenses. Deppe zeigt, wie sich diese Ideologie in den neunziger Jahren in den europäischen sozialdemokratischen Parteien und in vielen Gewerkschaften durchgesetzt hat.

### 3. *Aktualität der Gesellschaftsreform*

Rudolf Dreßler plädiert für den „Sozialstaat deutscher Prägung“: Er sichere nicht nur Lebens- und Überlebenschancen, er sei auch Produktivkraft und eine Voraussetzung für ge-

sellschaftliche Stabilität.

Ursula Engelen-Kefer argumentiert für eine „Revitalisierung der Politik“ - d.h. für einen Primat des Politischen gegenüber der Wirtschaft. Michael Müller („Vom New Deal zur Zukunftsfähigkeit“) vertritt ein Bündnis von „Arbeit und Umwelt“: Zukunftsfähigkeit erfordere, der Kapitalexpansion ökologische und soziale Grenzen zu setzen. Mechtild Jansen untersucht in ihrem Beitrag „Die Zukunft der Arbeit ist weiblich“, wie die Geschlechterverhältnisse die Strukturen der Arbeitswelt geprägt haben, und versucht, einen neuen Arbeits- und Produktivitätsbegriff (Arbeit, Zeit, Geld) zu entwickeln.

Oskar Negts „Überlegungen zur Gesellschaftsreform“ sind allein schon wegen der originellen Gedanken lesenswert: „Eine Gesellschaft, die stolz darauf ist, daß die Utopien verschwinden, und daß das, was wahr und falsch ist, von den Eltern nicht mehr gesagt wird, sondern über wahr und falsch nur noch diskutiert wird, befindet sich im Irrtum.“

### 4. *Tarifpolitik - Strukturpolitik - Internationalismus*

Hier geht es um Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln heute. Walter Riester (damals noch Zweiter IG-Metall-Vorsitzender) fragt nach Wegen, wie der Flächentarifvertrag als zentrales gewerkschaftliches Instrument gesichert und erneuert werden kann. Die von ihm bevorzugte Variante sind Tarifbausteine: Zusätzlich zum Tarifvertrag bisheriger Prägung wären begrenzte Wahlmöglichkeiten auszuhandeln und verbindlich festzuschreiben.

# BAHAMAS

Nr. 27 Winter 1998

## Wir sind alle Individuen

Kosovo: Ethnien im deutschen Völkerrecht - Wölsers Mahnmal-Bashing - Kritik deutscher Mentalitäts-geschichtsschreibung - Antideutsche Ressentiments und Jean Améry - Mißlungene Kritik am Schwarzbuch - Was Fakt ist, bestimmt die Theorie - Arbeit, Ehre, Dienst und Zwang, u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorkasse / Briefmarken)  
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;  
**BAHAMAS**, Postfach 620628, 10796 Berlin  
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

## Solidarisch in Wort und Tat!

# CUBA LIBRE

### Für das Recht Cubas auf seinen selbstbestimmten Weg! Gegen die US-Blockade und EU-Einmischung!

Trotz verschärfter US-Blockade und EU-Einmischung hält das sozialistische Cuba an seinem selbstbestimmten Weg fest.

Obwohl von 1990 bis 1993 das Bruttoinlandsprodukt um 34,8% gesunken ist, wurde nicht eine Schule, nicht ein Krankenhaus geschlossen. So konnte im Gesundheitsbereich die Kindersterblichkeit auf 7,2 pro Tausend gesenkt werden - Cuba gehört damit zu den 20 Ländern der Welt, die einen Index von unter 8 pro Tausend erreicht haben!

Cuba - seine Bedeutung in der Welt heute, seine Entwicklung im Kontext zu Lateinamerika, seine existenziellen Probleme, seine politischen und ökonomischen Lösungsansätze, seine Erfolge - das sind zentrale Themen der **CUBA LIBRE**.

**CUBA LIBRE** erscheint 4mal jährlich.

Einzelpreis DM 6,- zzgl. Versandkosten, Jahresabo DM 20,-.

Kostenloses Probeexemplar anfordern!

Internationalismus  
Solidarität  
Projekte  
Politik, Wirtschaft  
Kultur

### CUBA LIBRE

Zeitschrift der  
Freundschaftsgesellschaft BRD - Cuba  
Zölpiher Straße 7, 50674 Köln  
Telefon 0221/2405120

Franziska Wiethold analysiert die Wirkungsbedingungen der Gewerkschaften im Dienstleistungsbereich. Sie plädiert für die grundlegende Neustrukturierung im DGB und für eine Stärkung gemeinsamer Kampagnen aller Gewerkschaften. Die derzeitige „Fusionitis“ (auch bei ihrer eigenen Gewerkschaft HBV) sei allenfalls die zweitbeste Lösung, weil sie die Konkurrenz um die interessanten Sparten (z.B. Telekommunikation) nicht aufhebe. Mehr sei angesichts der zementierten Strukturen im DGB aber vermutlich nicht drin. René van Tilborg schildert die „Mühen eines gewerkschaftlichen Internationalismus“. Sein Beitrag ist eine interessante Zusammenfassung der Geschichte europäischer Gewerkschaftspolitik.

Zur Sache geht es im Protokoll einer Gesprächsrunde mit Betriebs- und Personalräten: Gisela Kessler, Werner Weber, Christine Bränzel und Axel Becker diskutieren über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Betriebspolitik heute. Das Fazit ist ermutigend, aber nicht resignativ: Die Bedingungen sind ungleich schwerer als früher geworden, aber Erfolge sind auch heutzutage möglich. Dieses Gesprächsprotokoll ist einer der Höhepunkte des Sammelbandes.

### 5. Kultur - Medien - Macht

Dieter Lattmann blickt auf die Entstehung und Entwicklung des Verbands deutscher Schriftsteller (VS) zurück. Klaus Staeck schildert seine Zusammenarbeit als Künstler mit Betriebsräten: Gemeinsam hatten sie eine Ausstellung im Mannheimer Museum für Technik und Arbeit vor-

bereitet, die Bestandteil des Kampfes zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei Boehringer war. Ernst Elitz plädiert für eine Sicherung der öffentlich-rechtlichen Sender, weil nur so ein Mindestniveau an Seriosität und Wahrhaftigkeit bei Rundfunk und Fernsehen (auch bei den Privaten) erhalten werden könne. Zugleich warnt er davor, daß die öffentlich-rechtlichen Sender sich zu sehr dem Quotendenken anpassen.

Der Sammelband wird abgeschlossen durch einige persönlich gehaltene Beiträge von Georg Benz („Vom aufrechten Gang in den Gewerkschaften“), von Franz Kersjes („Kampfgefahrten“) und von Erika Martens („Der Blick der Medien auf Detlef Hensche“), ergänzt um eine Biografie Hensches.

Durchgängiges Merkmal aller Beiträge ist eine illusionslose und nüchterne Sicht der Dinge. Vom großsprecherischen Pathos, wie man es bei solchen Anlässen oft findet, keine Spur. Der Reiz des Bandes liegt auch in der Vielfalt der Themen und dem breiten Spektrum der Verfassern, sowie darin, daß die Texte vor dem Regierungswechsel im Herbst 1998 geschrieben worden sind. Einige Autoren üben inzwischen verantwortliche politische Funktionen aus, und etliche Beiträge lesen sich vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklung interessant.

Da kann man dann auch darüber hinwegsehen, daß der Anlaß für das Buch - Detlef Hensches 60. Geburtstag - eigentlich keiner ist bzw. keiner sein sollte. So, wie man Denkmäler aus Stein frühestens nach dem Tod des oder der Geehrten

(wenn überhaupt!) aufstellen sollte, wäre das auch bei solchen aus Papier wünschenswert. Und Detlef Hensche ist ja nun noch sehr lebendig.

Gert Hautsch

## Zur Genese des Fordismus

Volker Wittke, *Wie entstand industrielle Massenproduktion? Die diskontinuierliche Entwicklung der deutschen Elektroindustrie von den Anfängen der „großen Industrie“ bis zur Entfaltung des Fordismus (1880-1975)*, Edition Sigma, Berlin 1996, 212 Seiten, 27,80 DM.

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis einer mehrjährigen Beschäftigung des Autors mit dem industriellen Strukturwandel der deutschen Elektroindustrie am bekannten Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). Was seinerzeit als ganz „normales“ Dissertationsvorhaben begann, das nach neuen Rationalisierungsstrategien, Produktions- und Arbeitseinsatzkonzepten bei der Entstehung der fordistischen Massenproduktion fragte, entwickelte sich schließlich zu einer grundlegenden wissenschaftlichen Kritik an den bisher vorliegenden Interpretationen umbruchartiger industrieller Restrukturierungen. Der umfassende Veränderungsprozess der 90er Jahre habe schlagartig zum Bewusstsein gebracht, dass „nicht allein Rationalisierungsstrategien in Bewegung geraten sind, sondern sich zugleich auch die - vormalig als konstant unterstellten - Rahmenbedingungen für Produktions- und Arbeitseinsatz-

konzepte verflüssigt haben“ (13). In der Tat liegen mittlerweile eine Reihe von Beiträgen vor (aus dem SOFI selbst, aber z.B. auch aus dem Münchner Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung-ISF), die ihren Zugriff auf den Prozess industrieller Restrukturierung von der einseitig auf den Betrieb und den shop floor konzentrierten Betrachtungsweise ab- und verstärkt den zwischenbetrieblichen Austauschbeziehungen, den Innovationsprozessen und gesellschaftlichen Außenanforderungen zugewandt haben. Was für die heutige Krise des Modells tayloristisch-fordistisch organisierter Massenproduktion gilt, müsste, so die zentrale These des Autors, auch für die Phase der Herausbildung und Durchsetzung des Massenproduktionsmodells gelten. Dieser Strukturwandel sei bislang hauptsächlich als mehr oder weniger kontinuierliche „Umgestaltung von Vorhandenem“, eben als „Rationalisierung“ im traditionellen Sinn, verstanden worden. Es ging stets um das „Wie“ der Produktion, während es darauf ankäme danach zu fragen, „wo, wann und unter welchen Bedingungen ein neues ‚Was‘ der Produktion entstanden“ sei (16).

Dass Wittke den hohen Anspruch erhebt, den Strukturwandel der industriellen Produktion hin zur Massenproduktion erstmals „plausibel zu erklären“ (17), unterstreicht er gleich in den ersten Abschnitten seines Buches. Hier wird zunächst der Rationalisierungsdiskussion der 20er und 30er Jahre vorgeworfen, sie habe mit

ihrer Fixierung auf Standardisierung und Normierung sich im wesentlichen nur um die „Vereinheitlichung innerhalb bestehender Produktspektren“ gekümmert, nicht aber um die „Umformung existierender Produktspektren durch neue Produkte“ (19). Indem ausschliesslich Technisierung als zentraler Hebel für Rationalisierung erschien, stellte sich die zeitgenössische Diskussion ganz in die Tradition des 19. Jahrhunderts und wurde des „entwicklungsgeschichtlichen Bruchs“ mit dem alten Kapitalismus nicht gewahr (22). Erst neuere sozialwissenschaftliche Konzepte haben in der Durchsetzung der Massenproduktion nicht einfach eine Fortführung der „Logik“ des Kapitals gesehen, sondern betonen die Diskontinuitäten in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die der Produktionsweise ein qualitativ neues Gesicht gegeben hätten. Genannt werden erstens die französischen Regulationisten, die wenigstens auf das Komplementärverhältnis von Massenproduktion und Massenkonsum hingewiesen hätten (23 ff), zweitens Alfred D. Chandler, der in der Entstehung des modernen, manageriell geführten, hierarchisch aufgebauten und sowohl horizontal als auch vertikal integrierten (Groß-)Unternehmens den entscheidenden Hebel für die Überwindung des „archaischen“ Konkurrenzkapitalismus sah (25 f), und drittens Michael J. Piore und Charles F. Sabel, die in ihrem viel beachteten Werk „Das Ende der Massenproduktion“ die folgenreiche Behauptung aufstellten, dass es keine

universalistische Logik kapitalistischer Entwicklung gebe, sondern immer auch systemimmanente Alternativen möglich seien (26 ff). Die Durchsetzung der fordistischen Massenproduktion sei im wesentlichen auf regulierende staatliche Eingriffe zurückzuführen gewesen. Als Alternative zum Fordismus und dessen Betonung der „economics of scale“ käme z.B. das Modell der „flexiblen Spezialisierung“ regional agglomerierter kleiner Industriebetriebe in Betracht, das angeblich im „Dritten Italien“, in Baden-Württemberg oder im Silicon Valley seine ökonomische Vitalität unter Beweis stellt. Für Wittke ist damit zwar der Beweis erbracht, dass unterschiedliche Produktionsmodelle nicht nur im Zeitablauf vorstellbar seien, sondern auch gleichzeitig auftreten können („Dualität der Ökonomie“, „Gleichzeitigkeit von Differentem“, 27), er bemängelt aber, dass damit noch nichts Neues über den Mechanismus ausgesagt ist, nach dem die tayloristisch-fordistisch organisierte Massenproduktion dort entstanden ist, wo sie sich zum dominierenden Modell entwickelt hat. Alle drei genannten Konzepte bleiben in einer entscheidenden Frage dem traditionellen Rationalisierungsdiskurs verhaftet: Die Entstehung der Massenproduktion ist an Großunternehmen und -betriebe gebunden, die möglichst viel Kapital und Arbeit an einem Ort/in einem Unternehmen konzentrieren. Und Massenproduktion selbst wird vornehmlich „in Verbindung mit Fließband und Spezialma-

schine gedacht und thematisiert“ (29)

Wittke macht nun die Probe aufs Exempel und stellt fest, dass diese Annahmen in wesentlichen Punkten nicht der Wirklichkeit entsprechen. In der deutschen Elektroindustrie habe es seit der Jahrhundertwende mit den „Großunternehmen von Welt-rang“ Siemens und AEG geradezu eine „Idealkonstellation“ für die Entstehung von Massenproduktion gegeben. Neuere Forschungen insbesondere über den Siemens-Konzern zeigen allerdings, dass es bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs allenfalls zaghafte Ansätze zur Herausbildung des tayloristisch-fordistischen Produktionsmodells gegeben habe. Weder sei die traditionelle, auf qualifizierter, eher handwerklich geprägter Arbeit basierende Produktions- und Arbeitsorganisation verschwunden, noch könne von einem großflächigen Einsatz von Fließarbeit und von Spezialmaschinen die Rede sein, noch hätten an- und ungelernete weibliche Arbeitskräfte die - qualifizierten - männlichen Arbeiter verdrängen können (31). Der Strukturwandel hin zur Massenproduktion, der die Elektroindustrie ganz nachhaltig geprägt hat, fand also nicht innerhalb des vor dem Ersten Weltkrieg etablierten Bedingungsrahmens, „sondern im Bruch damit statt“ (32). Daraus ergeben sich fünf Konsequenzen für Wittkes Argumentation:

1) Das neue „Wie“ der Produktion (also die tayloristisch-fordistische Massenproduktion) setzt sich nicht

als Umformung bestehender Produktionsprozesse und Produktspektren durch, sondern auf der Grundlage eines veränderten „Was“ der Produktion, auf der Grundlage neuer Produkte für neue Märkte. Diese neuen Produkte - Massenkongsumgüter wie elektrische Hausgeräte und Unterhaltungselektronik - haben einerseits die gesellschaftliche Lebensweise revolutioniert (z.B. hat die elektrische Waschmaschine zu einer weitreichenden Veränderung der Bekleidungs- und Reinigungsstandards der Bevölkerung geführt, 73 f.), und haben andererseits das neue Produktionsmodell etablieren können.

2) Neue Produkte für neue Märkte bedeuteten eine „weitreichende Verschiebung der etablierten Geschäftsfelder“ (33). Nicht die etablierten Großunternehmen, sondern neue Unternehmen, „Quereinsteiger und Start ups“, wurden die Protagonisten dieser Entwicklung zur Massenproduktion. In der Unterhaltungselektronik waren das etwa Grundig, Saba oder Nordmende, bei den Hausgeräten Braun, Bauknecht, Miele oder - nach dem Zweiten Weltkrieg - Constructa (109 ff). Allerdings muss Wittke selbst einräumen, dass die meisten „newcomers“ nicht vom Nullpunkt aus starteten, sondern in der Regel bereits vorher in verwandten Geschäftsfeldern tätig waren und über beachtliche Ressourcen verfügten (112 ff). Außerdem tummelten sich auch die Universalhersteller Siemens und AEG auf dem Feld elektrotechnischer Konsumgüter, z.B. über die gemeinsamen Töchter OSRAM

(Glühlampen) und Telefunken (Rundfunktechnik) oder über eigene Aktivitäten (z.B. AEG mit einer breiten Palette von Haushaltskleingeräten). Ihr Schwerpunkt blieb aber die Herstellung von Investitionsgütern (im Stark- und Schwachstrombereich), mithin die Produktion von Kleinserien und Sonderanfertigungen (Kraftwerksbau, Lokomotiven, Turbinen usw.). Und dies aus gutem Grund, denn diese Bereiche hatten weiterhin ein enormes Wachstum zu verzeichnen und waren höchst profitabel.

3) Die Massenproduktion von Konsumgütern fand nicht in Großbetrieben der Ballungsgebiete statt, sondern in Klein- und Mittelbetrieben in der Provinz. Diese Beobachtung bezieht sich insbesondere auf die Nachkriegszeit, als es zu einer größeren regionalen Streuung der Elektroindustrie, zu einer „Diffusion der Standorte“ und dem „sukzessiven Vorstoßen in ländlich strukturierte Räume“ kam (133). „Deglomeration“ gilt Wittke demnach als „Rahmenbedingung“ für die Durchsetzung tayloristischer Produktions- und Arbeitskonzepte. Es sei nämlich viel leichter, in „unstrukturiertem Feld“ neue Rationalisierungsmuster rasch und radikal durchzusetzen als vorhandene Strukturen zu reorganisieren (137). Dass hier aber auch politische Entwicklungen gehörig nachhalfen (z.B. der politisch motivierte Rückzug von AEG und Siemens aus Berlin oder die finanziell geförderte Ansiedlung von Industrie in - weitgehend ländlichen - Gebieten entlang der Grenze

zur damaligen DDR), bleibt ausgeblendet.

4) Dass die „Wiege des Taylorismus“ in „ausgesprochen arbeitsintensiven Produktionen“ stand (33) und die kapitalintensive Großserienfertigung, Mechanisierung und Automatisierung erst „im zweiten Zug und sehr viel später“ eine Rolle spielten, scheint kein neuer Gedanke zu sein. Wittke betont ihn wohl auch nur deswegen, weil damit ein zusätzliches Argument gegen die These vorgebracht wird, der Taylorismus habe sich aus den tradierten Großbetrieben heraus entwickelt. Er erklärt aber auch den Zugriff der Massenproduzenten auf wenig qualifizierte weibliche Arbeitskräfte (141 ff).

5) Damit fehlt es in der unmittelbaren Produktion natürlich an kompetenten Ansprechpartnern für den Innovationsprozess. So sei es gerade in den Massenproduktionsbereichen der Elektroindustrie zu einer „weitgehenden Entkopplung von Produktions- und Innovationsprozess“ gekommen (157). Dabei handelte es sich nicht nur um eine „funktionale Differenzierung“ der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Unternehmen, sondern auch um eine räumliche Trennung dieser Funktionen von der Produktion. Während die Produktion auf's Land ging, konzentrierten sich die Innovationsstandorte auf städtische Verdichtungsräume mit zentraler Verkehrsanbindung und „urbaner Lebensqualität“ (178). Diese Polarisierung in „zwei Welten“ sei in der Elektroindustrie deshalb so aus-

geprägt gewesen, weil diese Branche besonders stark von Innovationen abhängt (z.B. ständige Abfolge neuer Produkte).

Insgesamt enthält die Arbeit von Wittke viele interessante Hinweise auf die Entwicklung der deutschen Elektroindustrie seit dem Ersten Weltkrieg. Einigen seiner zentralen Thesen kann im wesentlichen zugestimmt werden. So vor allem der These vom „doppelten Strukturwandel“, die davon ausgeht, dass industrieller Strukturwandel in Umbruchphasen keinem einheitlichen Muster folgt. Im Fall der Elektroindustrie habe es vielmehr eine Koexistenz von Reorganisation innerhalb der bestehenden großindustriellen Strukturen und Genese eines neuen Produktionsmodells außerhalb dieser Strukturen gegeben (182 f). Hinzuzufügen wäre, dass in den alten Strukturen durchaus auch Platz war für das neue Produktionsmodell. Zwischen beiden Bereichen gab es darüber hinaus vielfältige Rückkopplungen: Beispielsweise erhöhte die wachsende Zahl elektrischer Hausgeräte den Strombedarf, der wiederum die Nachfrage nach Starkstrominvestitionsgütern stimulierte. (190 f) Wittke hat auch Recht, wenn er sein differenziertes Konzept des diskontinuierlichen Strukturwandels jenen soziologischen Interpretationen entgegenstellt, welche die Entstehung des Fordismus/Taylorismus vorwiegend aus der tradierten Produktions- und Arbeitsorganisation ableiten, also rein technisch argumentieren. Und er hat ebenso Recht, wenn er den

Schumpeterschen Ansatz verwirft, wonach wirtschaftliche Strukturbrüche, in Gang gesetzt durch besonders innovative Unternehmerpersönlichkeiten, zu einer „schöpferischen Zerstörung“ bestehender Strukturen führten (189 f). Denn erstens blieben die alten Strukturen ja erhalten, und zweitens sind es weniger die „Persönlichkeiten“ als die „Kontextbedingungen“ und spezifischen historischen „Konstellationen“, in denen sich der Umbruch einer Produktionsweise vollziehen kann. (187) Warum der heutige Strukturwandel, der auch als „doppelter“ konzeptualisiert wird, trotzdem eher der Schumpeterschen Metapher von der „Schaffung und Zerstörung“ folgen soll (194), bleibt Wittkes Geheimnis.

Mein Haupteinwand betrifft einen anderen Punkt: Im ganzen Buch werden die Termini Fordismus und Taylorismus entweder zusammen oder synonym gebraucht. Dies kann zu dem Missverständnis verleiten, als hätte die Produktion kleiner Lose, also das Gegenteil von „fordistischer“ Massenproduktion, überhaupt nichts mit tayloristischer Arbeitsorganisation und Rationalisierung zu tun. Doch auch in der Investitionsgüterproduktion existieren Arbeitssegmente, die tayloristisch durchorganisiert sind (Fließproduktion, repetitive Teilarbeiten, entqualifizierte Arbeit), so wie umgekehrt in der industriellen Massenfertigung auch Produktionsinseln existieren, die dem Taylorismus entzogen sind. Gerade in jüngster Zeit gibt es in den stärksten Bastio-

nen der fordistischen Massenproduktion, der Automobilindustrie, zahlreiche Versuche, Taylor zu überwinden (z.B. durch Gruppenarbeit). Von einer Überwindung des Fordismus kann dabei allerdings nicht die Rede sein.

Peter Strutynski

## Arbeit in Japan

Roderich Wahsner (Hrsg.), *Japans Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht in Geschichte und Gegenwart. Soziale Schattenseiten eines Modells, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1996, 166 S., 42,- DM.*

Gegenwärtig sind in Japan drei Millionen Menschen und damit mehr als vier Prozent der Erwerbstätigen arbeitslos. Das sind für japanische Verhältnisse beängstigend hohe Zahlen, galten doch Vollbeschäftigung und sichere, oft lebenslang garantierte Arbeitsplätze und stabile Stammbeschaften als Gütesiegel des japanischen Kapitalismus. Aber längst werfen Krisenerscheinungen und monetäre Turbulenzen düstere Schatten auf das Land der aufgehenden Sonne, das noch vor wenigen Jahren mit seinem Modell des „lean production“ und der Unternehmensphilosophie des Toyotismus den nordamerikanischen und westeuropäischen Firmen als Paradebeispiel für extrem profitable Rationalisierungsstrategien galt. Der Mythos des „japanischen Wunders“ verliert nun seinen Glanz.

Während über dieses angebliche Wunder eine wahre Flut von Literatur erschienen ist, sind Darstellungen der industriellen Beziehungen, zumal seiner Widersprüche und Probleme,

eher rar. Zwar gibt es auch hierzu einige gute Veröffentlichungen über die japanischen Arbeitsbeziehungen (so z.B. von U. Jürgens, C. Deutschmann, J. Bergmann), aber sie haben vergleichsweise wenig Resonanz gefunden.

Mit dem von Roderich Wahsner, Professor für Arbeitsrecht an der Universität Bremen, herausgegebenen Band wird der kritischen Betrachtung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in Japan eine Publikation hinzugefügt, die den Akzent auf die für die abhängig Beschäftigten und ihre Interessenverbände nachteiligen Folgen des japanischen Modells setzt. Die Beiträge des Bandes sind das Ergebnis einer Zusammenarbeit von japanischen und deutschen Wissenschaftlern, die institutionell vom Kooperationsbereich Universität-Arbeiterkammer in Bremen getragen wurde.

Die beiden einleitenden Beiträge beschäftigen sich mit der historischen Entwicklung der japanischen Arbeitsbeziehungen bis zur Gegenwart. Ihnen zufolge ist für die heutige Situation charakteristisch, daß das quasi-feudale System der kapitalistischen Arbeitsverhältnisse im Betrieb, das den Arbeitsplatz bis zur Rente garantiert, dem Senioritätsprinzip verpflichtet und durch eine familienähnliche Bindung der Belegschaften an den Betrieb geprägt ist, zwar - vor allem in Großbetrieben - noch fortbesteht, aber inzwischen erhebliche Veränderungen erfahren hat. Das führte jedoch bisher noch nicht zu einer Überwindung der seit dem Ende des 2. Weltkrieges andauernden Spaltung der Gewerkschaftsbewe-

gung. Heute tritt diese Spaltung vor allem im Gegensatz zwischen einerseits einer sozialpartnerschaftlich-betriebsgewerkschaftlichen Tendenz und einer eher konfliktuellen industriengewerkschaftlich orientierten Tendenz andererseits in Erscheinung. Die erste Tendenz wird durch den majoritären Dachverband RENGO, die zweite durch den wesentlich kleineren Dachverband ZENROREN repräsentiert. Während RENGO offensichtlich eine Politik der Modernisierungs- und Produktivitätspakte mit den Unternehmen bevorzugt, setzt sich ZENROREN für eine stärkere Mobilisierung der Mitgliedschaft und die Durchführung von Arbeitskämpfen ein.

In dem folgenden Beitrag über die Krise der japanischen Wirtschaft arbeitet A. Matsumoto (S. 47 ff.) heraus, daß die Erschütterung der japanischen Ökonomie nicht unvermittelt erfolgte, sondern die kumulative Wirkung eines schon Mitte der achtziger Jahre beginnenden Prozesses darstellt, dessen zentrale Ursache in der sogenannten „Bubble Economy“ liege. „Bubble Economy“ meint hier eine wirtschaftliche Entwicklung, die sich im Ungleichgewicht von Aktienkursen und dem Niveau der Aktienwerte sowie einer Überbewertung des Yen ausdrückte und in der Folge eine umfassende Wachstumsschwäche auslöste. Auf das geringere Wachstum reagierten die japanischen Unternehmen mit rigorosen Kostensenkungsprogrammen, die auf der betrieblichen Ebene durch eine Doppelstrategie sowohl technologischer Modernisierung als auch betrieblicher Reorganisation mit Hilfe von Kaizen (das entspricht etwa dem Be-

griff „Kontinuierlicher Verbesserungsprozeß“) und Kanban (das bedeutet etwa Just-in-time-Produktion) umgesetzt wurde.

An den Überblick über die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen schließen sich Beiträge über die Reorganisation des industriellen Produktionsprozesses und ihre Auswirkungen auf die subjektiven Einstellungen der Beschäftigten sowie die Politik der Gewerkschaften an. Ihnen folgen Beiträge über Themen wie „Gesundheitspolitik am Arbeitsplatz“, über das japanische Arbeitsrecht und die gesetzlichen Regelungen der Arbeitszeit usw. Der Band wird mit einem vom Herausgeber verfaßten und sehr lesenswerten Vergleich tarifvertraglicher Regulierung in Japan und Deutschland abgeschlossen.

Obwohl die japanischen Autoren eine Fülle interessanter Daten und Informationen liefern und es gewiß als Verdienst des Buches anzusehen ist, zur Desillusionierung beschönigender Klischees des japanischen Kapitalismus beizutragen, fällt der wissenschaftliche Ertrag insgesamt betrachtet doch relativ bescheiden aus. Die Ursache dafür liegt vor allem in methodischen Defiziten.

Die Darstellung ist durchweg sehr deskriptiv und additiv. Daß die Realität der industriellen Beziehungen nicht nur durch formelle Institutionalisierung und politische Machtverhältnisse auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene, sondern auch von komplexen sozialen, kulturellen und sinnhaft-symbolischen Faktoren, durch informelle Momente des custom and practice, durch Traditionen

und moralische Normen, kurz durch all das, was man die „relative Autonomie des Sozialen“ nennen kann, beeinflusst wird, bleibt den meisten Beiträgen weitgehend verschlossen. Wo vom Bewußtsein, den Interessen und subjektiven Verhaltensorientierungen der Beschäftigten die Rede ist, fühlt man sich unwillkürlich an jene holzschnitthaften und zu gesinnungsethischen Vereinfachungen neigenden Veröffentlichungen erinnert, wie sie bis Anfang der achtziger Jahre auch im linken deutschen Spektrum recht zahlreich gewesen sind. Ansatzweise wird dieses methodische Muster unterbrochen. So zum Beispiel in dem Beitrag von Eishi Fujita über Zusammenhänge zwischen dem neotayloristischen „A-Produktionssystem“, der Arbeitseinstellung und dem Lebensstil der Arbeiter. Ist es ein Zufall, daß dieser Beitrag nur fünf Seiten lang ist?

Es scheint, als sei die japanische Forschung auf dem Gebiet der industriellen Beziehungen vom internationalen Diskurs abgekoppelt. Das macht sich methodisch in Reibungsverlusten und einem Mangel an inhaltlicher Erklärungskraft bemerkbar. So erfährt man nur sehr wenig darüber, warum sich die Beschäftigten dieser oder jener Gewerkschaft anschließen bzw. dies nicht tun, welchen Einfluß berufliche Qualifikation und Branchenkulturen auf die gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen ausüben und ob der japanische Betriebssyndikalismus im wesentlichen mit einem prokapitalistischen Korporatismus identisch ist oder ob es auch nennenswerte Tendenzen konfliktuell ausgerichteter Betriebsgewerkschaften gibt usw.

Für spezifische Informationsbedarfe, etwa den nach arbeitsrechtlichen Daten und Institutionalisierungen, mag der Band nützlich sein. Insgesamt hinterläßt er jedoch trotz seiner begrüßenswerten kritischen Intention eher ein Gefühl der Enttäuschung.

Lothar Peter

### Betriebliche Gesundheitsförderung

*Klaus Priester, Betriebliche Gesundheitsförderung. Voraussetzungen - Konzepte - Erfahrungen, Frankfurt a.M. 1998, 458 Seiten, 58,- DM.*

Vor mehr als zehn Jahren veröffentlichte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ihre Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung. Anlaß für die Entwicklung dieses Konzepts waren die offenkundigen Mängel und die geringe Reichweite traditioneller Präventionsinstrumente. Entsprechend geht der WHO-Ansatz der Gesundheitsförderung weit über den klassischen Präventionsansatz hinaus. Er begreift Gesundheit als ein positives Konzept, das nur durch die Mobilisierung sozialer und individueller Ressourcen zu realisieren ist. Selbstbestimmung und Handlungskompetenz sind für jeden Menschen unabdingbare Voraussetzungen, um sein individuelles Gesundheitspotential optimal entfalten zu können. Zugleich müssen die gesellschaftlichen Bedingungen so gestaltet sein, daß sie den Individuen die Entwicklung einer gesundheitsbezogenen Handlungskompetenz ermöglichen. Gesundheit kann nicht von anderen gesellschaftlichen Zielen getrennt werden. Sie ist nicht nur Angelegenheit medizinischer Experten, sondern Er-

gebnis eines koordinierten Zusammenwirkens unter Beteiligung der Verantwortlichen in allen Lebensbereichen. Der Begriff der Gesundheitsförderung fand auch Eingang in das deutsche Krankenversicherungsrecht. Mit dem Gesundheitsreformgesetz des Jahres 1989 wurde die Kompetenz der Krankenkassen von der Krankheitsbehandlung auf die Gesundheitsförderung erweitert. Gleichzeitig nahmen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz solche Aktivitäten einen beachtlichen Aufschwung, die zumindest den Anspruch erhoben, Gesundheit zu fördern und nicht nur Krankheit zu vermeiden bzw. zu heilen.

Klaus Priester, Professor für Sozialmedizin an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialwesen in Ludwigshafen, hat nun eine umfangreiche Studie vorgelegt, in der er eine Zwischenbilanz der bisherigen Aktivitäten zieht. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, inwieweit es seitdem gelungen ist, die klassischen Strategien der betrieblichen Präventionspolitik um Aspekte der Gesundheitsförderung zu erweitern. Den Abschluß des Bandes bildet ein dokumentarischer Anhang, der die Positionen wichtiger Akteure zur Gesundheitsförderung enthält.

Die Studie beginnt mit einer Analyse des Zusammenhangs von Arbeitswelt und Gesundheit. Zwar sind die sozialepidemiologische Forschungsergebnisse in Deutschland - verglichen mit anderen Ländern - durchaus lückenhaft, da aber Priester fast das gesamte verfügbare Datenmaterial ausgewertet, entsteht ein facettenreiches Bild über Ausmaß und Entwicklung

arbeitsbedingter Gesundheitsschäden. Im Zentrum steht die These, daß wir es in der Gesamtbetrachtung nicht mit einem Abbau, sondern mit einer Verschiebung arbeitsbedingter Gesundheitsbelastungen zu tun haben. Insbesondere psychosoziale und unspezifische, nicht mehr nur ganz bestimmten Tätigkeiten zuzuordnende Belastungsfaktoren gewinnen gegenüber den Risiken der klassischen Industriearbeit an Bedeutung. Sie erwachsen vor allem aus den Veränderungen in der Arbeitsorganisation, aus neuen sich wandelnden Arbeitsanforderungen und aus der fortschreitenden Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Die betrieblichen und überbetrieblichen Akteure des Arbeitsschutzes stehen angesichts dieser Entwicklung vor der Herausforderung, ihr Rollenverständnis und ihr Handlungsprofil, das noch stark von traditionellen Mustern geprägt ist, an die neuen Probleme anzupassen.

Im zweiten Hauptkapitel erörtert der Autor die Besonderheiten des Konzepts der Gesundheitsförderung und geht seiner kurzen, aber wechselvollen Geschichte im deutschen Krankenversicherungsrecht nach. Mit dem Beitragsentlastungsgesetz von 1996 wurde die Gesundheitsförderung nur wenige Jahre nach ihrer Aufnahme (§ 20 SGB V) wieder aus dem Sozialgesetzbuch gestrichen. Übrig blieb ein schwindstüchtiger Paragraph „Krankheitsverhütung“, der die bisherigen Kompetenzen der Krankenkassen im wesentlichen auf die Pflicht reduzierte, mit den Berufsgenossenschaften beim Verdacht auf Vorliegen einer arbeitsbedingten Erkrankung zu kooperieren. Die Möglichkeit zur Unterstützung primär-

präventiver Maßnahmen auf der betrieblichen Ebene wurde den Krankenkassen damit weitestgehend wieder entzogen. Zur Legitimation dieser Maßnahme verwies Gesundheitsminister Seehofer auf eine Reihe von medizinisch unsinnigen Präventionsangeboten der Krankenkassen, die diese aus Gründen der Mitgliederwerbung angeboten hätten. Priester verweist hingegen darauf, daß die GKV-Ausgaben für die Gesundheitsförderung verschwindend gering seien und dementsprechend die Streichung des § 20 keine finanzielle Entlastung für die GKV mit sich gebracht hat.

Das dritte Hauptkapitel analysiert zunächst die konzeptionellen Vorstellungen von Krankenkassen, Gewerkschaften und Arbeitgebern zur Gesundheitsförderung. Schon hier werden bisweilen große Diskrepanzen zwischen den jeweiligen Ansätzen deutlich. Insbesondere fällt auf, daß die Arbeitgeberverbände im Hinblick auf die verhältnispräventiven Aspekte der Gesundheitsförderung durchaus zurückhaltend sind. Von gewerkschaftlicher Seite wird hingegen weit stärker die Notwendigkeit betont, auch arbeitsgestaltende Maßnahmen zu ergreifen. Gleichzeitig halten sie es für erforderlich, die Belegschaften mit ihrem Sachverstand und Expertenwissen zu aktivieren. Daran anknüpfend stellt Priester eine Reihe von Beispielen aus der betrieblichen Praxis vor. Sie sind sehr verschiedenen Wirtschaftsbereichen mit unterschiedlichen betrieblichen Gesundheitsproblemen entnommen. Die Beispiele illustrieren die Vielfalt der Aktivitäten, die sich unter dem Dach der „Gesund-

heitsförderung“ versammeln: Die Instrumente der Gesundheitsförderung reichen von finanziellen Anreizen zur Senkung des Krankenstandes und Reihen-Vorsorgeuntersuchungen über Bewegungs- und Raucherentwöhnungskurse bis hin zu Gefahrstoffaktionen und Projekten zur Arbeitsgestaltung.

Das vierte Hauptkapitel enthält insgesamt zwanzig thesenartig formulierte Eckpunkte, die die bisherigen Erfahrungen zusammenfassen und wichtige Probleme der betrieblichen Umsetzung von Gesundheitsförderungsmaßnahmen reflektieren. Soll die Effektivität der betrieblichen Gesundheitsförderung nachhaltig erhöht werden, so hält Priester eine Reihe von Umorientierungen für erforderlich. Von besonderer Bedeutung ist für ihn die Erweiterung bzw. Neuformulierung der bisher handlungsorientierenden Leitbilder. Demzufolge müßten zum einen die vorwiegend technikzentrierten und individualisierenden Handlungsmuster „in ein umfassenderes, ‚ganzheitliches‘ Konzept der gesundheitsförderlichen Gestaltung von Arbeitsbedingungen unter Einschluß arbeitsstruktureller und -organisatorischer Aspekte“ erweitert werden; zum anderen müßten die Programme und Einzelmaßnahmen weit stärker auf die „Stabilisierung und Förderung individueller und kollektiver Gesundheitsressourcen im Betrieb“ gerichtet sein (328). Gleichzeitig muß betriebliche Gesundheitsförderung als ein systematischer Prozeß aufeinander aufbauender Einzelschritte konzipiert werden. Ausgangspunkt und Handlungsgrundlage müssen die tatsächlichen Gesundheitsprobleme im Unterneh-

men sein, die von einer kontinuierlichen betrieblichen Gesundheitsberichterstattung zu ermitteln sind. Die präzise Identifizierung und Bewertung von gesundheitlichen Problemlagen im Unternehmen ist nur unter aktiver Einbeziehung der Beschäftigten möglich. Allzu oft mangelt es an einem systematischen Herangehen und werden die betrieblichen Gesundheitsförderungsmaßnahmen von den wirtschaftlichen Zielen des Unternehmens, z.B. der Senkung des Krankenstandes, bestimmt.

Insgesamt zieht Priester eine eher skeptische Bilanz der bisherigen bundesdeutschen Praxis betrieblicher Gesundheitsförderung. Insbesondere die Verzahnung von verhältnis- und verhaltenspräventiven Maßnahmen bleibt demzufolge weit hinter den konzeptionellen Eckpfeilern des WHO-Ansatzes zurück. Mit Blick auf die Zukunft stimmt gerade das Schicksal des § 20 SGB V alles andere als optimistisch. Zugleich stellt der Autor heraus, daß dessen Streichung keineswegs das Ende der betrieblichen Gesundheitsförderung bedeutet. Denn in den vergangenen Jahren haben sich eine Reihe von Entwicklungen vollzogen, die neue Ansatzpunkte für eine innovative Präventionspolitik bieten. Dazu zählt Priester die Ausweitung des berufsgenossenschaftlichen Präventionsauftrages auf die Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen (§§ 1 und 14 SGB VII). Nicht zuletzt hat auch die innovative Arbeitsschutzpolitik der EU positive Auswirkungen auf den Arbeitsschutz in Deutschland. Das Arbeitsschutzgesetz und eine Reihe von Verordnungen zu Teilaspekten des Gesundheitsschutzes eröffnen

Spielräume, den Arbeitsschutz zumindest teilweise in Richtung auf Gesundheitsförderung und einen umfassenden Präventionsansatz zu erweitern. Priester betont allerdings auch, daß sich derartige Entwicklungen keineswegs im Selbstlauf durchsetzen. Vielmehr müssen sie durch die unmittelbar Beteiligten auch genutzt werden. Dies setzt die Veränderung des jeweiligen Rollenverständnisses und die Inangriffnahme entsprechender Aktivitäten voraus.

Daß eine derartige Entwicklung forciert wird - dazu leistet die vorliegende Studie einen wichtigen Beitrag. Sie ist nicht nur ungemein informativ, anschaulich und praxisnah, sondern zugleich analytisch gehaltvoll und überzeugt durch eine differenzierte Betrachtung. Sie sollte sowohl für betriebliche Praktiker, für

Experten in Organisationen und Verbänden als auch für Gesundheitswissenschaftler von großem Interesse sein.

Thomas Gerlinger

## Deutsche Agrargeschichte im 20. Jahrhundert

Karl Eckart, *Agrargeographie Deutschlands. Agrarraum und Agrarwirtschaft Deutschlands im 20. Jahrhundert*, Verlag Klett-Perthes, Gotha/Stuttgart 1998, 275 Abbildungen und 109 Tabellen sowie 32 Übersichten, 439 Seiten, 78,- DM.

Vorliegendes Buch gibt erstmalig in der Literatur eine zusammenfassende Darstellung der regionalen und strukturellen Wandlungsprozesse der deutschen Landwirtschaft während des gesamten 20. Jahrhunderts. Agrargeographie erfaßt nach Eckart, Ordinarius an der Gerhard-Mercator Universität/Gesamthochschule Duisburg, nicht nur die natürlichen Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft, sondern auch den Einfluß ihrer inneren Verfaßtheit hinsichtlich Betriebsgrößen und Besitzverhältnissen auf die durch sie gestaltete Erdoberfläche. Deshalb schließt sie die Untersuchung ökonomischer und sozialer Entwicklungen sowie die Auswirkungen der Agrarpolitik ausdrücklich ein.

Bei der Untersuchung der einzelnen Zeitabschnitte bedient sich Eckart desselben Verfahrens, was dem Lehrbuch auch den Charakter eines Nachschlagewerkes verleiht. Am Anfang stehen die räumlichen Grundlagen und die agrarpolitischen Zielsetzungen. Logisch aufgebaut folgen die

Angaben über die Bodennutzung durch die Pflanzenproduktion, die Viehwirtschaft, über Betriebsgrößen, Arbeitsverfassung einschließlich Mechanisierung, Düngung und Meliorationen bis zur Vermarktung der Agrarprodukte, wobei explizit Molkereien, Mühlen, Schlachthöfe und Zuckerfabriken untersucht werden. Abgeschlossen wird jeder Zeitabschnitt mit der Analyse des Versorgungsniveaus der Bevölkerung und dem Agraraußenhandel. So ist ein Kompendium der Agrargeschichte von der Jahrhundertwende über die Kriegswirtschaften des Ersten und Zweiten Weltkrieges einschließlich des zivilen Zwischenspiels in der Weimarer Republik bis zum Auseinanderdriften in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen beider deutscher Staaten sowie der durch die europäische Integration bestimmten Entwicklung im vereinigten Deutschland entstanden. Bisher wenig Bekanntes über das Reichssiedlungsgesetz von 1919, über die Unterstützung für ostelbische Junker seit 1929 und das Reichserbhofgesetz von 1933 werden vor allem junge Leute interessieren. Gestützt auf das umfangreiche Faktenmaterial versteht man besser, warum so viele in den neuen Bundesländern die Ergebnisse der Bodenreform verteidigen, warum Sozialisten aus Ost und West das Schicksal der dort aus den LPG hervorgegangenen Agrargenossenschaften und Agrar-GmbH nicht gleichgültig sein kann, zumal es, wie Eckart nachweist, noch niemals in Deutschland eine einheitlich strukturierte Landwirtschaft gab.

Zu würdigen ist abschließend die wohlthuende Sachlichkeit der Dar-

stellung. Eckart, zugleich Vorsitzender der Gesellschaft für Deutschlandforschung, die über jeden Verdacht einer ideologischen Nähe zur DDR oder zu sozialistischen Denkmustern erhaben ist, schreibt ohne Anti-DDR-Komplex. Das ist heutzutage eine Seltenheit, kommt aber der Überzeugungskraft kritischer Wertungen der Landwirtschaft in den ehemals zwei deutschen Staaten zugute.

Hans Luft

## Einblicke in Genossenschaftstheorie und -management

Zerche/Schmale/Blome-Drees, *Einführung in die Genossenschaftslehre*, R. Oldenbourg Verlag München/Wien, 1998, 280 Seiten, 49,80 DM.

Gerade die Genossenschaften haben oft die Selbstimplosion der sozialistischen Gesellschaftsordnungen in Mittel- und Osteuropa überlebt. Ganz besonders trifft das auf Ostdeutschland zu. Um zu verstehen, daß Genossenschaften in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung Effizienz, Sozialpflicht des Eigentums und demokratische Mitbestimmung gelungen verbinden können, ist vorliegendes Buch über Genossenschaftstheorie und Genossenschaftsmanagement zu empfehlen.

Die Verfasser von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln haben das Buch in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil behandeln sie wissenschaftstheoretische Fragen einer Genossenschaftswissenschaft, im zweiten Teil wird die Rolle der Genossenschaften in verschiedenen ord-

## WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

36

### Zeit

Weltzeit, Mobilitätskultur, mythologische Zeit; Geoökonomie, Arbitragekapitalismus, Kurzfristigkeit, Prognostik und globale Finanzkrise; nachhaltige Zukunft - jenseits von Beschleunigung? Ökologie der Zeit und öko-soziale Zeitpolitik; Zeitwohlstand versus Güterwohlstand; Zeitmanagement, Flexibilität oder Politik der Eigenzeit

A.J. Obrecht, E. Altvater, M. Madörin, M. Held, M. Müller, L.A. Reisch, K. A. Geißler, M. Spitzner, F. Rehels, U. Mückenberger, J.P. Rinderapacher

### Diskussion

G. Notz: Frauenzeiten - Männerzeiten  
H. Schäppi: Neue Wege in der Arbeitszeitpolitik  
H.-H. von Wining: Zeit, Geschwindigkeit, Verkehr

200 Seiten, Fr./DM 21,- (Abonnement 36,-/38,-) zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich  
Tel./Fax 01 - 273 03 02 widerspruch@access.ch  
<http://www.access.ch/widerspruch>

nungstheoretischen Entwürfen betrachtet. Der dritte Teil - es ist zugleich der umfangreichste - ist der Besonderen Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften als Managementlehre gewidmet.

Für meine Begriffe wird am Anfang zu breit die mehr akademische Frage nach einer interdisziplinär orientierten Genossenschaftswissenschaft oder einer speziellen Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften behandelt, um auf S. 38 zu der richtigen Schlußfolgerung zu kommen, daß Genossenschaften Erkenntnisobjekte verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen sind. Viel wichtiger scheint mir die spätere Begründung (S. 123 ff.), daß die Genossenschaften als „demokratisch-strukturierte Gebilde mit Förderungswirtschaftlicher Zielsetzung“ einer besonderen Betriebswirtschaftslehre als Managementlehre bedürfen. Die diesbezüglichen Abhandlungen im dritten Teil bestechen besonders ab S. 143 ff. Über die Mitglieder als herausragende Bezugsgruppe der Genossenschaften, ihre Motivation und ihr Verhalten, über Menschenbilder und Mitgliedertypen oder über die Redemokratisierung der Genossenschaften. Den Verfassern ist voll zuzustimmen, wenn sie ihre ausführliche und ausgewogene Betrachtung über Demokratie und Produktivität auf S. 205 darin münden lassen, daß „die aktive Beteiligung der Mitglieder auch betriebswirtschaftlich durchaus rational (ist), da sich ohne eine Verständigung mit den Mitgliedern auf Dauer auch keine wirtschaftlichen Erfolge aufbauen lassen“.

Zurück zum Theoriegebäude des Buches. Hier sind die Darlegungen über den Platz der neoklassischen Theoriebildung und der empirischen Genossenschaftsforschung hervorzuheben. Es ist ein Vorzug des Buches, daß auf alle relevanten Lehrmeinungen eingegangen wird: Anreiz-Beitrags-Theorie, Koalitionstheorie, Kooperationstheorie, Neue Institutionenökonomie mit Property-Rights- und Transaktionskostenansatz<sup>1</sup> sowie das Principal-Agent-Problem. Dabei wie auch bei der morphologisch-typologischen und geschichtswissenschaftlichen Genossenschaftsforschung wird im Text immer auf deren hauptsächliche Vertreter verwiesen. So erhält der Leser zugleich einen informativen dogmengeschichtlichen Überblick.

Allerdings gilt das nur für die Alt-BRD. Im gesamten Buch taucht kein Autor aus der früheren DDR auf, obwohl doch schon in den 50er Jahren Otto Rosenkranz, heute der Nestor der landwirtschaftlichen Betriebslehre im Osten, und Kurt Vieweg im Deutschen Bauernverlag Berlin-Ost das Handbuch des Genossenschaftsbauern herausbrachten, das sich in seinen drei Teilen sowohl mit der Organisation und Planung als auch mit den spezifischen Problemen der pflanzlichen und tierischen Produktion in den damals gerade entstehenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beschäftigte. Auch von heute noch in den neuen Bundesländern lehrenden Wissenschaftlern mit DDR-Biographie fehlt jeder Hinweis, obwohl sich z.B. Rolf Steding, Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam, durch zahlreiche bis in jüngste Zeit

erschienene Bücher und Artikel zu Genossenschaftsfragen ausgewiesen hat. So nimmt es denn auch nicht wunder, daß bis auf zwei kurze Absätze auf S. 28 über die Genossenschaften in Osteuropa im gesamten Buch weder die LPG der DDR noch die aus ihnen nach der Wende hervorgegangenen Agrargenossenschaften Erwähnung finden, obwohl diese Neulinge unter den Unternehmen der Bundesrepublik in der jüngeren Literatur, sei es in Gestalt von Fallbeispielen zu Umstrukturierungen von ehemaligen LPGen<sup>2</sup> oder bei der Analyse der Besonderheiten des Transformationsprozesses der ostdeutschen Agrarstrukturen schon eine Rolle spielen. Mag sein, daß dieser Mangel auch aus der stiefmütterlichen Behandlung der Landwirtschaft resultiert. Andererseits ist die ordnungstheoretische Betrachtung der Genossenschaften aus Geschichte und Gegenwart z.B. hinsichtlich des Verhältnisses von Genossenschaften und Gemeinwirtschaft (S. 111) nicht nur für die Theorie<sup>3</sup>, sondern auch für die genossenschaftliche Praxis in den neuen Bundesländern hochaktuell. Die Verfasser betonen den Vorrang der Mitgliederförderung vor der Gewinnmaximierung, weshalb die Genossenschaften in Frankreich der „Economie Sociale“, der Solidarwirtschaft als drittem Sektor, zugeordnet sind (S. 108). Allerdings dürfte die auf S. 122 vorgenommene Unterscheidung in Förderungs- und Produktivgenossenschaften nicht gerechtfertigt sein, da auch letztere einem Förderungsauftrag verpflichtet sind, nämlich der Förderung ihrer Mitglieder durch Teilnahme am Arbeits- und Verwertungsprozeß in ei-

nem gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb.

Hans Luft

- 1 Die Verfasser begründen ausführlich, warum die genossenschaftlichen Wesensprinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstorganisation transaktionskostensenkende Institutionen darstellen (S. 63).
- 2 Hier soll nur auf Band 5 der Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank Frankfurt/Main hingewiesen werden.
- 3 Darüber hinaus dient die von den Verfassern vorgenommene Charakterisierung der französischen *Economie Sociale* als Versuch, innerhalb der Wirtschaftsordnung Planung mit Marktwirtschaft zu verbinden, dem Verständnis der aktuellen französisch-deutschen Zusammenarbeit für einen Beschäftigungspakt (S. 110 ff.).

## Sozialismus zwischen System und Politik

Siegfried Wenzel, *Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie, Dokumentation und Erinnerungen, Scripta Mercaturae Verlag, St. Katharinen, 1998, 195 Seiten, 36,- DM;*

Günter Krause, *Wirtschaftstheorie in der DDR, Metropolis-Verlag, Marburg, 1998, 339 Seiten, 48,- DM;*

*Ansichten zur Geschichte der DDR / Wirtschaft, Band VI, herausgegeben von Ludwig Elm, Dietmar Keller, Reinhard Mocek, Verlag Mathias Kirchner, Eggersdorf, 1996, 416 Seiten, 14,80 DM.*

Wegen der Einheit der Thematik bietet es sich an, die drei Titel en bloc zu behandeln. Zudem sei noch einmal auf zwei thematisch gleiche und in „Z“ schon besprochenen Büchern verwiesen.<sup>1</sup> Es ist kein zweites adäquates Angebot wirtschaftswissenschaftlicher Literatur bisheriger sozialistischer Länder bekannt. Inso-

fern ist von einer Einzigartigkeit zu sprechen - und darum einem besonderen Wert: Wer sich überhaupt über den realen Sozialismus kundig machen will - mein Rat geht nicht nur an deutsche Leser, sondern des Deutschen weltweit kundige Leser -, sollte nicht zögern zuzugreifen - en bloc. Mein Vorschlag wird den Beifall der Verlage (wie gewiss der Autoren) finden, aber der eigentliche mich bewegende Anlaß ist ein anderer: Die allgemeine Kritik, die der reale Sozialismus findet, ist viel zu abstrakt, noch viel zu sehr des Konkreten unkundig und daher von Klischees durchsetzbar, darunter auch bürgerlichen (was hier nicht als Vorwurf gemeint ist; „bürgerlich zu sein“, d.h. bürgerlich an ökonomische Verhältnisse/Formen im Denken heranzugehen, ist auch historisch bedingt, so wächst der Mensch - noch - auf), als daß wir nicht einen unbefriedigenden politischen Zustand überwinden müssen, statt „nur“ unser Wissen um einen historischen Gegenstand zu erweitern. Sich „ins Bild zu setzen“, ermöglichen eben unsere Autoren.

Was die Bücher im allgemeinen betrifft, sollte man mit *einem* Lob nicht sparen: Die deutsche Arbeiterbewegung wird ihrem Ruf wie ihrer Tradition gerecht. Sie leistet einen maßgebenden Beitrag zur Theorie des Sozialismus/Kommunismus, das gilt nun mehr und mehr für den realen Sozialismus bzw. seinen Aufbau in der DDR selbst, oder gilt hier, was von besonderem Wert ist, für sein ökonomisches System - und es ist für die Sache völlig egal, daß dieser Beitrag erst im nachhinein in solcher Gründlichkeit erfolgt. Der Aufbau

des Sozialismus, die innere Problematik, ist nicht länger - so kann jedenfalls für die DDR gesagt werden - ein Geheimnis.

Die DDR, oder der Aufbau des Sozialismus in diesem Lande, wird in den drei zu besprechenden Büchern betrachtet unter den beiden wesentlichen Punkten *Wirtschaftsverhältnis* (oder *-system*) und *Wirtschaftspolitik*, das tritt besonders bei Wenzel, leitender Planungsfachmann vieler Jahre, hervor. Diese Trennung ist für die Analyse und schließlich Wertung des Sozialismus konstitutionell; nicht nur, weil wir zu verschiedenen Zeiten der Entwicklung der DDR mal den einen, mal den anderen Gesichtspunkt in unterschiedlicher Gewichtung hervortreten sehen, so daß dem Leser klarer wird, in welchem Zusammenhang Produktion und Produktionsverhältnisse in der DDR diskutiert wurden resp. real entstanden, sondern auch, weil wir erfahren, warum die Sicherung der Produktion und damit die Erfordernisse der Wirtschaftspolitik letztlich jede Debatte um eine weitere Gestaltung der Produktionsverhältnisse ausschlossen, zumindest aber marginalisierten. D.h. warum es zu keinen Reformen kam noch kommen konnte - außer der „großen“, der Wende, deren Bedeutung für die DDR derem Ende gleichkam. Gegen das also lief die Verteidigung, oder der Kampf um Produktion.

Ich weiß, das hinzunehmen, daß die DDR nicht mehr konnte (als sie machte), der Fatalismus, der ein Auslaufen einer Produktivkraftentwicklung begleitet, die auf nationale Ressourcen gründet, wird natürlich

auf Widerspruch stoßen - da waren ja noch die Reformen in den Verhältnissen. Alle Reformer sehen ihre Reformen zu gerne als Motoren, die die Produktivkräfte anstoßen: „Wäre es zu den Reformen gekommen, wäre es nicht zum Desaster des Sozialismus gekommen“. Eine richtige Fragestellung ... Oder ein Ersatz, der die Notwendigkeit einer Reform begründen helfen soll, die sonst, wäre sie dem Systemischen des Sozialismus gegenübergestellt, so nicht durchzusetzen gewesen wäre? Das reine Subjekt, selbst wenn in andere ökonomische Verhältnisse gefaßt, bewegt auch nichts; aber es kann doch - im Rahmen anderer Verhältnisse - umverteilen! Und Umverteilung kann zur Effektivität der Stagnation, selbst eines produktiven Rückfalls, erhoben werden - und wurde erhoben; so gibt es inzwischen (in Osteuropa) arme Marktwirtschaften, viel ärmere als sozialistische Planwirtschaften, aber reiche Marktwirtschaftler. Was war/ist also die Reform? Und: Was löst(e) sie für ein Problem: Das Wertverhältnis für Preise? - Nur? Aber das ist eine heutige Frage, nicht eine, die die reale DDR berührt.

Die Reformen der Verhältnisse - nach ihrer Geburt in den 50er Jahren - lagen mehr oder weniger in den 60er Jahren. Danach ging es eigentlich nur noch um Wirtschaftspolitik, und was hier im Vordergrund stand, schildert *Siegfried Wenzel* in seinen Analysen: Genaugenommen gab es - ab Mitte der 60er - nicht mehr Rohstoffe aus der UdSSR, sondern teilweise sogar weniger, jedenfalls selbst bei äußerem Zufluß im Grunde so wenig, daß sich eine ökonomische quantitative Expansion für die DDR

letztlich auf die eigenen Vorkommen reduzierte, oder eben auf Materialeinsparung. Alle diese rein praktischen Schwierigkeiten, ein System am Leben zu erhalten, werden im Detail geschildert: Man kann das Buch von Wenzel als das erste Standardwerk der Realökonomie der DDR einschätzen, es ist ein kritisches, aber kein anklagendes Buch - also entschuldigt es? Ja, ich betone das (oder lese Wenzel auch so) - weil es wichtig ist, das politische System der DDR, seine Träger (in allen Ebenen), auch von dem Vorwurf einer Schuld am sogenannten Ende der DDR (oder dem „ökonomischen Desaster“, das ihm vorausging) freizusprechen, einfach, weil das eine ungemäße Schuldzuweisung ist. Wir müssen in der Bewertung wirkliche Schuld und falsche Schuldzuweisung trennen, aber das hat keine andere als die Form, die zwischen der Wirtschaftstheorie und der Wirtschaftspolitik *unterscheidet*. Das Zusammenwerfen der Theorie und der Politik, die Erklärung der Misere der Wirtschaftspolitik aus einer Misere der ökonomischen Verhältnisse, erleichtert, ja, ermöglicht sie nicht erst eine Anklage im Allgemeinen? Durch Zusammenwerfen, Erklären der Politik aus den Verhältnissen (statt Erkennen der Schwierigkeit, Verhältnissen unter besonderen praktischen Bedingungen noch gerecht werden zu können), wird eine qualitative und selbständige Analyse der Produktionsverhältnisse des Sozialismus illusorisch, es sei, unser Anspruch an Verhältnisse wäre ein überirdischer (aber müßten Marktwirtschaften ihm nicht auch unterliegen, oder überhaupt Systeme, wo

*Arme/Armut* das Maß sind?). Trennen wir, könnten wir in der Theorie noch heute entwickeln, historisieren - unsere Autoren tun das zur Genüge, wenn auch in bestimmter (durch das NÖS geprägter) Weise. Und in der anderen Frage, der möglichen Politik der Ökonomie, müssen wir uns der Zwänge bewußt werden, auf die ein realer Sozialismus (der ein erster in der Geschichte ist) stößt. Das befreit uns davon, in der weiteren Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung zu ungemäßen Träumen und Illusionen über ein soziales Wunderland, was der Kommunismus sein soll, zurückzukehren. Es wird eng im Sozialismus - wenn alle (mehr als nur den Wert) bekommen sollen, und das kriegt man konkret mit, wenn man Wenzel liest.

Also ich wage, auf diese zwei Seiten im Buch von Siegfried Wenzel aufmerksam zu machen. Selbst ein Buch, welches man wegen seiner Fähigkeit, in das Thema (Realität des Sozialismus) einzuführen, lobt, muß nicht gleich den letzten Anspruch erfüllen. auch schon das theoretische Fazit zu sein.

Spannender ist vielleicht noch - und darum geht es ja bei der Frage nach dem Letzten, noch Offenen - die Frage nach dem System. Hier bietet *Günter Krause* einen vortrefflichen Überblick an; er geht nach immer gleichem thematischen Schema vor: Allgemeine Verhältnisse, Rolle der Wirtschaftswissenschaft, Institutionalisierung, die Frage der Planung, monetäre Kategorien, Frage von Leistung und Einkommen. Er periodisiert: Jahre von 1945 bis 1949, 1949 bis 1962, 1963 bis 1971, 1971 bis

Herbst 1989. Das sind die markanten Zäsuren im Leben der DDR: Geburt und Entwicklung, Einhalt und innere Kritik, Beharren (oder was?) und Auslaufen. So daß ein vortrefflicher Überblick über einen Verlauf von Debatten als auch Praktiken entsteht. Verhältnisse, Institutionalisierung stehen zunächst im Vordergrund, ab den 60er Jahren treten die praktischen Formen - Preis, Selbstkosten, Rentabilität, eben Neues im ökonomischen System des Sozialismus - hervor, wenn auch nicht in der vollen Widersprüchlichkeit widergegeben (darüber weiter unten). Wer wissenschaftliche Studien über die DDR betreiben will, erspart sich die Mühe des Sondierens, er greife auf diese Zusammenstellung zurück und lese nun nur noch nach. Was Rang und Namen in der DDR hatte, wird - wenn auch in Stichworten, aber das muß reichen in diesem Fall - mit seinem Beitrag, und im Kontext zu anderen zum gleichen Thema sich Äußernden, vorgestellt. Der Überblick widerspiegelt zum Teil 40jährige Prozesse wie Kampf um die selben Fragen. Am Schluß wird klar, daß es in bestimmten Fragen, explizit der der Preise, zu keiner Lösung kommt, es scheint, jedenfalls für die DDR, daß sie sich nicht von ihrer ersten Erscheinung und damit Voraussetzung für alles, was Reform sein will, zu lösen vermag (im ausgewählten Beispiel sind es die Festpreise). Man kann, und manche sagen das auch so, vom Versagen (der DDR-Wissenschaftler) sprechen. Günter Krause gibt auch eine Orientierung. Er läßt keinen Zweifel daran, daß seine Sympathie einer wertökonomischen Reform der Produktionsverhältnisse

der DDR gilt. Die einzelnen Schritte der Wissenschaftler stellt er in diesen Zusammenhang. Seine Darstellung der Debatten ist die einer Verhinderung - wessen? Des „Dritten“?

Man muß hier darauf verweisen, daß die nachholende DDR-Wissenschaft - sie ist ein existentieller Faktor der Wende resp. BRD (die sich daran interessiert zeigt, siehe die westberliner Befragung von DDR-Wissenschaftlern: „Der Plan als Befehl und Fiktion“) - von diesem „Dritten“ sich überzeugt zeigt. Es hat den konkreten Namen NÖS - Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft; es ist die Ulbricht-Reform der DDR in den 60er Jahren.

Wenn es um das System, das Produktionsverhältnis (des Sozialismus) in der DDR geht, geht es eigentlich nur um das NÖS. D.h. es geht nicht um seine Voraussetzung! Nicht um das, was ihm historisch (sozialistisch) vorausgesetzt war. Es geht also nie (noch) um das „Stalinsche sozialistische ökonomische System“ - der zentralen Planung und Leitung der Volkswirtschaft, der zentralen Form auch der Rentabilität, von der die betrieblichen Gewinne (weil Preise vom Wert) im einzelnen, und auf unterschiedlichste, ja gegensätzliche Weise „abweichen“ können, der gesellschaftlich gesteuerten Materialbilanzierung wie -zuweisung, schließlich keiner Lohnbeteiligung am direkten, betrieblichen Gewinn usw. Also das ist in der Kritik - bei allen unseren Autoren. Das System existierte, hat aber keine Verteidiger mehr. (Insofern fehlt natürlich *das andere Buch* vom Sozialismus). Es gibt - in den Reformen oder der so-

zialistischen Selbstkritik - nur eine einzige Verteidigung noch des ersten „originären“ (?) sozialistischen „Systems“: die perspektivische oder strategische Planung der Produktion resp. gesellschaftlichen Entwicklung. Das ist der Rest von Stalin.

Aber ich betone: In der *heutigen* Verteidigung ist dies der Rest noch des Sozialismus, und hier durch unsere Autoren. Und insofern stellt sich die Frage: Gewiss, die innere Kritik insistiert systemisch gesehen auf einer Abkehr vom „Ursprung“, gemeinhin stalinsches resp. zentralistisches System des Sozialismus genannt, aber die Hinwendung zur marktwirtschaftlichen Reform bleibt eine sogenannte, und im NÖS nicht ganz klar werdende, daher ungeklärte. *Herbert Wolf*, Theoretiker des NÖS, verneint (in seinem Beitrag zur Rolle der Bürokratie im Sozialismus in „Ansichten VI“) - aber auch jetzt noch in seinem Beitrag im ND vom 14. Juli 1998 aus Anlaß des 35. Jahrestages der Ausrufung des NÖS durch Walter Ulbricht - explizit reine Marktwirtschaft (mit spontaner Bildung der Preise „auf dem Markt“, in der Art ökonomischer Konkurrenz der Betriebe gegeneinander, wie das z.B. Ota Šik, also die marktwirtschaftliche Restauration wollte). Also doch das „Dritte“? Kontrollierte Marktwirtschaft - oder wertökonomische Reform -, d.h. *kontrollierter* Wertpreis? Aber dann reduziert sich die Konkurrenz auf die Konkurrenz der Selbstkosten, und der Gewinn verliert eine *gesellschaftlich* bestimmte Form (wie Größe). Er ist also kein Anspruch eines einzelnen Arbeitens/Betriebes auf die gesellschaftliche Gesamtheit.

Es fehlt, bei Wenzel, aber auch bei Krause (aber dieser hat eine Übersicht über einen Gang der Theorie geschrieben, keine Theorie), der Hinweis, daß das NÖS, letztlich, soweit es Preisreform war, Preise nur soweit reformierte, als sie als Selbstkosten in Preise eingingen. D.h. es wird ein Verhältnis von *Preisen* zu *Preisen* reformiert. Bei einer wirklichen wertökonomischen Reform, wie das NÖS theoretisch vorgab eine zu sein, geht es aber um die Reform des Verhältnisses von *Wert* und *Preis* - höhere Werte höhere Preise, niedrigere Werte niedrigere Preise. 1963-66 mochte es den Reform-Ökonomen der DDR noch so scheinen, als würde erst mal das eine Verhältnis (der Kosten) „in Ordnung“ gebracht, und danach dann das andere, d.h. die Reform, die mit dem Wert den Preis bestimmt (mit seiner Veränderung deren Veränderung), würde natürlich auch einen, nämlich ganz anderen, eigentlichen wertökonomischen Prozess der Veränderung von Selbstkosten auslösen. Die Selbstkosten würden - dann - als Preise sinken!... nicht aber, um Kosten zu übersteigen, erst erhöhen müssen, wie das in der Preisreform real vor sich ging. Mit einer Preisreform, wo der Preis mit dem Wert verändert - und das kann ja, statt spontan auf dem Markt, geplant in der Plankommission (mit Einspruchsrecht der Betriebe) „festgelegt“ werden (am Anfang stehen hier immer die neuen Werte/Zeiten der Betriebe) -, entfällt natürlich die Möglichkeit einer Lohnerhöhung mit der steigenden Arbeitsproduktivität (Arbeitserträgen); die Preise sinken ja mit der Steigerung der Produktivität, und Löhne hätten sich auf sin-

kende Preise zu beziehen. Das ganze NÖS, oder dieses als Reform, holt letztlich nur Kosten an Preise heran resp. in sie hinein. Sobald dieser Punkt erreicht ist, endete der Reformwille des NÖS. Daher die merkwürdig scheinende Verweigerung Honeckers nach weiterer Reform! (Die bei allen unseren Autoren zu einem Gegenstand der Kritik an Honecker, der unwilligen „SED-Führung“, wird, statt zum Ansatzpunkt einer handanlegenden Selbstkritik zu werden). An ihm hätte es liegen müssen, den Rubikon zu überschreiten; also erst Preise senken (wenn der Wert sinkt), dann Selbstkosten senken, und so (!) den Gewinn erhöhen. Das NÖS arbeitete mit einem anderen Selbstkosten-Gewinn-Mechanismus als die Wertökonomie - erstaunlich, daß die NÖS-Reformer das nicht sehen.

Heute sollten die Ökonomen der DDR das natürlich erkennen ... Sie würden das aber nur erkennen, wenn a priori von diesem Widerspruch des NÖS ausgegangen würde. Wenzel sieht zwar, daß in der DDR die ökonomische Konkurrenz fehlt, folglich Preise nicht entsprechend dem Wert gebildet werden können (sie können eben nur in der Konkurrenz gebildet werden); spricht also auch von einem Widerspruch des NÖS (ebda. Seite 43), meint aber, gelöst sei das Problem, indem auf die Weltmarktpreise, oder Preise des realen Kapitalismus ausgewichen worden sei.

Nun gab es Ökonomen, die sich mit den inneren Widersprüchen des NÖS befasst haben. Sie fanden auch bereits Formen, in denen das diskreditierte Festpreissystem wie ein daraus

sich ableitendes Geldsystem definitiv erfasst wurde - da gibt es Gedankeneinträge bei Behrens, G. Richter, Hans Luft, aber auch J. W. Jakowez usw. -, aber das erscheint nicht bei Krause und nicht bei Wenzel (und auch nicht bei Meyer im Kapitel „Preise“ in „Ansichten VI“). Insofern fehlt ein ganz bestimmter - noch sehr zaghafter, sehr suchender, sich noch nicht vertrauender - Teil der DDR-Ökonomietheorie. (Dieser meinte nämlich, in einem Festpreissystem würde statt des Wertes - dem Prozess nach - der naturale Prozess, und im Geld der Menge nach, ausgedrückt; statt Verletzung der Wertform wäre das ein ganz anderer Prozess!). Sein Wert ist solange nicht sichtbar, als die Aufmerksamkeit auf wertökonomische Reform konzentriert ist, also die Hinnahme des Festpreissystems, des sowohl ersten als auch letzten Preissystems der DDR, nicht zu ihrem Recht kommt. Käme auch diese Sicht zu ihrem Recht, würde es erst recht spannend. Begnügen wir uns also zunächst mit dem ersten, offiziellen Teil der DDR-Ökonomie, inklusive Kritik. Auch wenn ich jetzt sage, dies ist der Spatz in der Hand, noch nicht die Taube, die noch auf dem Dach sitzt - denn in jeder Reanimation von marktwirtschaftlichen Verhältnissen kann mit innerer sozialistischer Kritik am ... Kapitalismus aufgewartet werden, aber noch nicht ein Sozialismus, und als eigenes ökonomisches System, wiederbegründet werden -, soll das nichts von der Wertschätzung nehmen, die eingangs gegeben wurde. Es ist ein Wiederanfangen, das sich eben der Voraussetzung besser versichert.

Generelle Lücke: Bisher hat sich noch keine Analyse der DDR mit deren Lohnsystem befaßt, insbesondere soweit es im NÖS zum Anteil der Löhne im einzelnen an dem betrieblich sich bildenden Gewinn führen sollte, so daß es scheint, im Sozialismus ginge es im wesentlichen um Preisverhältnis (resp. Wert- bzw. Arbeitszeitverhältnis) resp. Preisreform, nie aber um Lohnverhältnis resp. Lohnreform.

Hermann Jacobs

<sup>1</sup> Autorenkollektiv unter Leitung von Theo Pirker, *Der Plan als Befehl und Fiktion*, Opladen, 1995; Gerhard Schürer, *Gewagt und verloren*, Frankfurt/Oder 1996 (Rezension vom Verf. in Z 25, März 1996).

### Dialektik kennt keine Niederlage

Hans Heinz Holz, *Einheit und Widerspruch. Problemgeschichte der Dialektik in der Neuzeit*, 3 Bände, J.B. Metzler, Stuttgart/Weimar 1997, 1555 S., 252,- DM.

Das Erscheinen dieses Werkes des dem Leser dieser Zeitschrift bestens bekannten marxistischen Theoretikers Hans Heinz Holz stellt zweifellos ein herausragendes Ereignis auf dem philosophischen Büchermarkt dar. Nun sind philosophische Abhandlungen, zumal diejenigen, die sich nicht in Stil und Aufmachung in die Belletristik der Tagesmode hineinbegeben, eher auf Langzeitwirkung aus; ihre Rezeption erfordert die Bereitschaft zur Reflexion und - wie im vorliegenden Falle - ein gutes Stück zeitgeschichtliche Aufarbeitung. Denn Dialektik hat ihre politische Unschuld längst verloren und

lieferte schon zu Marxens Zeiten den Rohstoff für proletarische Umsturzlosungen. Als die Algebra der Revolution hat sie der bürgerliche Demokrat Alexander Herzen bezeichnet - und man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Abstinenz der etablierten Seminarphilosophie gegenüber der Dialektik vor allem darin eine ihrer Wurzeln hat.

Aber auch der Strom der philosophischen Selbstverständigungen des 20. Jahrhunderts hat sich mit wenigen Ausnahmen über die Dialektik hinwegbewegt. Sie wurde gleichzeitig geschmäht und geplündert, als metaphysisches Relikt des älteren Denkens in die hinteren Regale verbannt, aber auch respektvoll auf die geistige Größe eines Leibniz und Hegel projiziert. Gänzlich abzulegen war sie allein wegen dieser ihrer Geschichtsgestalt nicht; und deshalb lag es nahe, die Wiederbesinnung auf die Kraft dialektischen Denkens historisch-philosophisch zu begründen. Eine Titanenarbeit, der sich Holz gestellt hat. Er beginnt mit dem zwischen 1500 und 1650 abgesteckten „Aufgang der Neuzeit“ (von Petrarca über Bruno, Kepler und Galilei) und widmet sich ausführlich Descartes und Spinoza, um dann den Leser in die den ersten Band beherrschende Leibnizwelt zu führen. Der zweite Band beinhaltet die französische und deutsche Aufklärung, wobei hier neben Fichte und Schelling das Gewicht auf Kant gelegt wird. Der dritte Band konzentriert sich auf die mit Hegel einsetzende und von Marx - sowie Engels und Lenin (dessen Elemente der Dialektik ausführlich diskutiert werden) vollendete - „Ausarbeitung der Dialektik“.

Schaut man auf die vorliegende philosophiehistorische Literatur, wird der große Gewinn dieser konzentrierten Sicht auf die dialektische Kultur des Denkens überdeutlich, ist sie doch in diesem Schrifttum mehr als stiefmütterlich behandelt. Der philosophiehistorischen Fachkritik will ich allerdings nicht vorgreifen; was mir auffiel, war die sehr zurückhaltende Rezeption der einschlägigen Schriften aus der UdSSR (erwähnt sei nur die vierbändige Geschichte der Dialektik von Oiserman und anderen, die zwischen 1975 und 1980 im Dietz Verlag erschienen ist) und aus der DDR (Dietzsch, Irlitz, Seidel, M. Thom u.a.), was nicht nur für den philosophiehistorischen Teil des Holzschen Werkes gilt, sondern auch für die vor allem im Einleitungskapitel und im letzten Teil des dritten Bandes vorgelegten Diskussionen zur aktuellen Gestalt der Dialektik als Theorie und Methode der marxistischen Bewegung.

Gerade diese letztgenannten Abschnitte erfordern zumindest die gleiche Aufmerksamkeit wie die kompendiale Historie, denn ein Kompendium allein ist es nicht geworden, wenngleich man künftighin stets dann zu Holz' Dreibänder greifen wird, wenn man sich über die Dialektik Leibnizens etwa oder über die großen Antithetiker der Vernunft im Anbeginn der Neuzeit kundig machen will. Aber im Grunde genommen ist es ein Diskussionsbuch! Wie auch anders, denn mit dem weitgehenden Scheitern des Realsozialismus ist ja auch der dialektische Materialismus in arge Bedrängnis geraten, gilt er doch als das gemeinhin für diesen Niedergang mitverantwortlich

gemachte geistige Bezugssystem des Sozialismus. Und hier erlebt man die erste Überraschung beim Lesen - denn für diesen Niedergang hat Holz keine Antenne; oder, genauer, dieser Niedergang als theoretisch-philosophischer hat für Holz nicht stattgefunden! Eine geistige Mitschuld am Versagen des Realsozialismus - und eine solche wäre nicht nur geschichtsphilosophisch und ökonomietheoretisch aufzuweisen, sondern auch in der Dialektik als Ontologie, stehe diese doch „in Verbindung mit praktischen Fragen des politischen Kampfes“ (I, S.20) - wird bei Holz nicht thematisiert!

Natürlich erwartet man von einem philosophiegeschichtlichen Standardwerk keine politologische Analyse, aber eine in ihren Ansprüchen gescheiterte Revolution, die sich als Verwirklichung der dialektischen Philosophie verstanden hat, sollte in diesem zeitgeschichtlichen Sachverhalt doch so etwas wie ein Korrektiv empfinden. Ich habe lange überlegt, warum wohl für Holz dieser Aspekt von Dialektik heute keine Rolle spielt; es gibt im Grunde genommen nur eine Antwort: Genauso wenig, wie man die Dialektik für das letztendliche Scheitern des Hegelschen Systemanspruchs verantwortlich machen kann, für die „kolossale Fehlgeburt“, die er zuwege brachte, kann man einer politischen Bewegung Absolution erteilen mit Blick auf ihre theoretischen Mittel. Die Methode der Analyse ist allemal etwas anderes als der Erfolg des Analysators! Was Lenin souverän handzuhaben wußte, geriet bei Stalin zum Formelwerk. Was der sozialistischen Bewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts

das Bewußtsein vermittelte, in einem großen geistigen Weltzusammenhang zu stehen, verkam im Weltbild des dialektischen Materialismus zu einem Schulbild der Räume und Zeiten. Zudem war der Weg des Realsozialismus das Abbild politischer Handlungszwänge. Dialektik taugte dann nur noch zur Interpretation im Nachhinein.

Mit Hilfe der Dialektik das Wesen von wirklichen Zusammenhängen zu ermitteln, so wie dereinst Lenin überzeugt war, daß nur mittels der Dialektik „der imperialistische Charakter des Krieges aufgedeckt werden“ könne (I., S.20), versagte entweder mangels theoretischer Kraft der Akteure oder aber, weil das Wesen der sozialen Sachverhalte komplizierter geworden war und andere, neue Methoden erforderte. Und das ist fraglos ein kritischer Punkt: Mit der Universalisierung einer Methode kauft man sich neue Ungelegenheiten ein. Das ist einmal der gefährliche Verzicht auf andere Methoden und Sichtweisen auf die Welt; das ist zum zweiten die Versuchung, ein Stück von der Theorie, die eine solche Methode trägt, verwirklichen zu wollen.

Nicht von ungefähr hat schon Marx die deutschen Sozialisten davor gewarnt, Theorien verwirklichen zu wollen. Die Theorie ist niemals die bessere Realität, sondern allemal „nur“ (im Glücksfalle) besseres Denken. In diesem Punkte nun scheiden sich die Geister der Dialektiker. Während die einen unbeirrt davon ausgehen, daß weltverändernde Politik eine geschichtstheoretische Grundlegung haben müsse, die letztlich „im

Entwurf eines universellen Weltmodells“ (III., S.313) verankert sei, meinen die anderen, daß dialektisches Denken Bestandteil des menschlichen Erkenntnisvermögens ist, von einer Dialektik der Dingwelt aber nicht gesprochen werden könne. In diesem Zwist zwischen Dialektik als Erkenntnistheorie und/oder als Ontologie entscheidet sich Holz für die ontologisch/erkenntnistheoretische Gestalt der Dialektik.

Man könnte das als eine fachphilosophische Frage betrachten, wenn nicht gerade in der Ontologisierung die Verführung zum Verwirklichen von Theorien bestünde. Ein Blick in die Lehrbücher des dialektischen Materialismus zeigt, daß es nicht nur bei der Verführung geblieben ist. Nun mag man einwenden, daß Politik seit jeher der Versuch gewesen ist, bestimmte Leitgedanken und Wunschbilder, auch erkenntnisfundierte Ideale zu verwirklichen. Eine gerechte Gesellschaft aufzubauen konnte man sich bislang nicht anders vorstellen, als Korrekturen an den bestehenden Eigentumsverhältnissen vorzunehmen. Das ist nichts anderes als der Versuch, Theorien in die Wirklichkeit umzusetzen und das geschah und geschieht in der Politik allenthalben. Der Kernpunkt des Streites muß also anderswo liegen, und Holz gibt zu dieser hochwichtigen Frage des Selbstverständnisses der marxistischen Bewegung heute eine bemerkenswerte Antwort. Denn Holz versteht unter der geschichtsphilosophischen Verankerung marxistischer Politik eben nicht das erneute Hervorholen von Zukunftsbildern, sondern das Wiedervermitteln eines philosophischen Weltbewußtseins!

Der Unterschied ist immens. Zukunftsbilder haben es an sich, auf eine praktische Umsetzung aus zu sein, eben Theorien zu verwirklichen. Die ganze alte Scheiße beginnt dann von Neuem, hat Marx in einem anderen Zusammenhang ein solches Dilemma, vor dem dann auch die Marxisten heute stehen würden, charakterisiert. Im Bewußtsein eines umfassenden philosophisch begründeten Weltzusammenhangs zu stehen jedoch bedeutet für eine politische Bewegung nicht mehr und nicht weniger als die metaphysische Begründung ihres Anliegens. Dieses in der Geschichte des Marxismus höchst ungeliebte Wort verwendet Holz des öfteren - auch im Wissen um die in der alten Metaphysik wurzelnden dialektischen Momente. Dort, wo Dialektik auf den Urgrund der Dinge verweist - als Einheit des Gegensätzlichen, als die Produktion des Möglichen, als ewige Bewegtheit, als universelle Wechselwirkung, als die alte aristotelische Einheit des Passiven und des Aktiven - verliert sie den oberflächlichen Anschein des Flüchtigen, Ungewissen, Unsteten.

Daß sich Holz damit auch etliche theoretische Flanken öffnet, soll hier nur angemerkt werden - jeder dieser Punkte verdiente eine eigene Abhandlung. Auch bei Holz beginnt das System des dialektischen Materialismus mit der Grundfrage der Philosophie, die in einem großen widerspiegelungstheoretischen Zusammenhang gestellt wird - ohne daß Holz auf die Gegenargumente eingehen würde, die weißgott Legion sind. Seine Vorschläge zum (Neu)Aufbau des dialektischen Materialismus unterscheiden sich kaum von den bisherigen

Lehrbuchdarstellungen. Auf die Frage, wie die Dialektik seit Marx und Lenin weitergebildet wurde, wie vor allem der Fortschritt der Wissenschaften ihre Gestalt und die Reichweite ihrer Begrifflichkeit beeinflusst hat, tritt für meine Begriffe zu weit hinter den Anspruch zurück, die Dialektik in ihrer historischen Begrifflichkeit, ja fast Idealgestalt vorzuzeigen. Ich kann mich irren und auf rund 1500 Seiten ist manches auch zu übersehen - aber zur Dialektik der menschlichen Erkenntnismethoden selbst habe ich nichts gefunden. Doch wo ist das Buch, das sich keiner Kritik zu öffnen vermag?

Insgesamt muß man sich vorbeugen vor einer gigantischen wissenschaftlichen Leistung. Ein Lebenswerk liegt vor uns, eine geistige, eine Charaktertat! Für Holz war und bleibt der dialektische Materialismus eine epochale Leistung in der Geschichte des philosophischen Denkens, die alles Wahre, Humane, Menschengerechte aus dieser Geschichte in sich aufbewahrt und nach wie vor dem handelnden Subjekt, das auf Freiheit und souveräne Entfaltung der eigenen wie der Persönlichkeitswerte der anderen zielt, als geistige Wegleitung zu dienen hat. Ein zur Zeit geschmähtes und von der philosophischen Profession der Gegenwart weitgehend verurteiltes Denken greift Holz fürsorglich auf, blickt auf dessen geschichtlichen Werdegang, auf Hochzeiten und Glanzpunkte am philosophischen Firmament, die sämtlich im Zeichen der dialektischen Begrifflichkeit geschrieben sind. Das ist das zeitbezogene, insofern das Hauptverdienst dieses Dreibänders. Ob es die Debatten unter den Marxisten wieder

auf philosophische Geleise bringt, bleibt abzuwarten. Zu wünschen wäre es, denn eine bewußtlose, weil im eigenen Selbstverständnis herkunftsgebrochene Politik ist letztendlich eine verlorene Sache.

Reinhard Mocek

### Neoliberalismus - Konservative Revolution ohne Schwarzwaldpastorale

Pierre Bourdieu, *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion*, Universitätsverlag Konstanz 1998, 118 S., 18,- DM.

„Ich habe mich zur Publikation der... Texte entschlossen, weil... die Gefahren, derentwegen die *Gegenfeuer* entfacht wurden..., nicht nur punktuell und zufällig auftreten. Diese Argumente... (können) denen als nützliche Waffe dienen, die es auf sich nehmen, sich der neoliberalen Heimsuchung entgegenzustellen.“

Mit diesen Worten leitet der Soziologe Pierre Bourdieu sein *Gegenfeuer* ein, eine Kritik an der neoliberalen Politik und ihren (journalistischen) Propagandisten.

Den Neoliberalismus kennzeichnet Bourdieu als konservative Revolution, die zwar, anders als ihre Vorfahren, nichts „mit der alten Schwarzwaldpastorale... der dreißiger Jahre“ gemein hat, zu der es aber ebenso gehört, „Restaurationen mit dem Schein des Revolutionären zu umgeben“ und sich mit den „Insignien der Modernität“ zu schmücken (44f). „Überhaupt bedient der Neoliberalismus... uralteste Vorstellungen des Unternehmertums... Nacharbeit,

Wochenendarbeit, Überstunden...“ Die soziale Ungleichheit nehme zu - „die Kapitaleinkünfte sind weltweit um 60% gestiegen, während die Einkünfte aus bezahlter Arbeit gleichgeblieben sind“ (73). Die Globalisierung, so Bourdieu, sei ein Mythos angesichts der Tatsache, daß 70% des europäischen Warenverkehrs zwischen den EU-Staaten stattfindet. Der Mythos aber sei „die entscheidende Waffe gegen die Errungenschaften des *welfare state*...“ Es finde eine ungeheure politische Arbeit statt, um die „Betriebsbedingungen“ der neoliberalen Theorie abzuschwächen; ihr Programm sei die planmäßige „Zerstörung der Kollektive (die neoklassische Ökonomie kennt nur Individuen, ob es sich nun um Unternehmen, Gewerkschaften oder Familien handelt).“ Die allgemeine Konkurrenz werde angestachelt durch die „nie dagewesene Kapitalmobilität“ auf den Finanzmärkten. Diese führe letztlich zu einer „Herrschaft der Flexibilität...“, der befristeten Arbeitsverhältnisse, der Leiharbeit, der ‘Sozialpläne’...“ Ihr Merkmal sei die Individualisierung: „individuelle Zielvorgaben, individuelle Bewertungsverfahren, individuelle Lohnerhöhungen..., individuelle Beförderungen“ (112). Die strukturelle Gewalt der Erwerbslosigkeit präge den Arbeitsvertrag. „Nie zuvor hat der unternehmerische Diskurs so oft von Vertrauen, Zusammenarbeit... und Unternehmenskultur gesprochen wie in einer Zeit, in der das kurzfristige Einvernehmen einer jeden Arbeitskraft durch die Austilgung aller Sicherheiten erreicht wird...“

Bourdieu analysiert die beschönigenden Redensarten („Diskurse“) der

neoliberalen Ideologen, also der direkten Kapitalvertreter (z.B. Bundesbankpräsident Tietmeyer), Politiker und Journalisten. Die Worte des Neoliberalismus „gehen durch aller Munde, werden weitergereicht wie eine gängige Währung und überall akzeptiert...: ‘dauerhaftes Wachstum’, ‘Vertrauen der Investoren’, ‘öffentliche Haushalte’, ‘soziales Sicherungssystem’, ‘Starrheit’, ‘Arbeitsmarkt’, ‘Flexibilität’... ‘Steuersenkung’ - ohne genau zu sagen, um welche Steuern es sich handeln soll - ‘Wettbewerbsfähigkeit’, ‘Produktivität’ etc.“ (57)

Unter den Neoliberalen befänden sich angebliche „Experten“, die ihre „Autorität“ geltend machten. Die Gründe für deren Macht lägen darin, daß „sie sich in den Händen von Leuten befindet, die sich scheinbar alle vollkommen einig sind. Und Konsens gilt ja im allgemeinen als ein Zeichen von Wahrheit... Diese Leute führen hier kollektiv... einen Diskurs, der sich darin auszeichnet, wirtschaftliche Tendenzen in Schicksal zu verwandeln. Nun können jedoch die... ökonomischen Gesetze usw. nur dann wirksam werden, wenn man sie gewähren läßt. Und daß die Konservativen für das *Laissez-faire* eintreten, liegt daran, daß diese Gesetze mit Tendenzcharakter... konservativ sind und das *Laissez-faire* benötigen, um das Bestehende bewahren zu können“ (62f). Der Zugriff der Herrschenden auf den Journalismus erfolge entweder direkt - Bourdieu nennt die vom CIA finanzierte Zeitschrift *Preuves* - oder indirekt: Es sei die gesellschaftliche Kraft der Theorie die dem Diskurs Geltung verleihe, „also keine Anein-

anderkennung von Beweisen, sondern... von Autoritäten, die vom Mathematiker zum Bankier, vom Bankier zum Journalisten-Philosophen und vom Essayisten zum Journalisten führt. Und außerdem ein Kanal, in dem Geld und alle Arten von... Vergünstigungen, internationale Einladungen und Ansehen hin- und herfließen.“ Es lasse sich aufzeigen, daß „dem Zirkulieren von Gedanken... eine Zirkulation von Macht zugrunde liegt. Es gibt Leute, die ideologische Dienstleistungen gegen Machtpositionen eintauschen.“- „Ich erinnere nur an die sogenannten... postmodernen Philosophen, die sich entweder nur mit ihren scholastischen Spielchen beschäftigen..., oder den ‘radical chic’ eine Ideologie des Endes der Ideologien feilbieten“ (50f) bzw. den „Kult risikoloser Tabuverletzungen“ (23) pflegen.

Bourdieu kritisiert außerdem die rassistische Gewalt, die täglich in den Medien über „verbale Automatismen, banalisierte Bilder und in Gestalt gängiger Ausdrucksweisen ausgeübt wird.“ Rassistische Demagogen tischten ihre Ideologie unter dem Vorwand auf, dies entspreche den Erwartungen der „einfachen Leute“. „Sie berufen sich auf das Gesetz des Marktes..., das durch Zuschauerquoten und Meinungsfragen verkörpert und zynischerweise mit dem demokratischen Mehrheitsentscheid gleichgesetzt wird, um allen anderen ihre eigene... Unterwürfigkeit aufzuzwingen“ (31). Die Medien arbeiteten insbesondere mit der „sprachlichen Assoziation“. Wie könne man, fragt Bourdieu, „Menschen als ‘Immigranten’ bezeichnen, die von nirgendwo

‘emigriert’ sind und von denen man zudem sagt, sie gehörten der ‘zweiten Generation’ an? Und besteht nicht eine der Hauptfunktionen des Adjektivs ‘illegal’, das die... besorgten Schöngeister mit dem Begriff ‘Einwanderer’ verbinden, darin, eine... Identifikation zwischen illegalem Grenzübertritt von Menschen und mit dem per se betrügerischen und deshalb illegalen Grenzschnuggel verbotener... Drogen oder Waffen herzustellen?“ (26)

Zur neoliberalen Politik gehöre, so Bourdieu, ein Imperialismus, der manchmal vorgeblich als bewaffneter Arm des Marktes (109) agiere, meist jedoch schon ideologisch und ökonomisch wirke. „Die Ausübung ökonomischen Zwangs kommt häufig unter dem Deckmantel juristischer Vernunft daher, und auch der Imperialismus versteckt sich hinter der Legitimität internationaler Instanzen. Durch die Verlogenheit der Rationalisierungen zur Maskierung seiner *double standards* erzeugt... er bei den arabischen, südamerikanischen und afrikanischen Völkern ein... Aufbegehren gegen die Vernunft als solche... Man kann auch dadurch für die... Vernunft eintreten, daß man diejenigen bekämpft, die... ihren Machtmißbrauch kaschieren... oder sich der Waffen der Vernunft einzig zur Begründung... ihrer Willkürherrschaft bedienen“ (29f).

Bourdieu's Gegenfeuer ist kräftig und kämpferisch; es sagt auch manches schon Bekannte in einer treffenden, verdichteten und zugleich allgemein verständlichen Sprache. Derart scharfe Kritik am Kapitalismus war von außerhalb der radikalen Linken bis-

her noch nicht zu hören. Ärgerlich sind allerdings zwei Dinge - erstens die allzu billigen Seitenhiebe gegen „den“ Marxismus (den Bourdieu ohne jedes Argument in die Nähe des Neoliberalismus rückt); zweitens den häufigen Aufruf zur Schaffung eines „europäischen Sozialstaats“, der den Kapitalismus bändigen und Mindestlöhne, Grundsicherung und Kapitalbesteuerung durchsetzen soll. Zwar ist der Hinweis auf den Doppelcharakter des Staates (als Handlanger der Herrschenden und als Verteidiger sozialer Rechte der Beherrschten) richtig; es ist jedoch ganz falsch, zu mißachten, daß der Staat trotz allem bisher stets ein Klassenstaat war, der vorübergehend, aber nicht endgültig akzeptabel ist. Und gelänge es sozialen Bewegungen, Macht zu entwickeln, um die Bildung eines europäischen Staates zu beeinflussen, so hätten sie damit auch die Macht, sehr viel weiter zu gehen und das Kapital das Fürchten zu lehren.

*Michael Zander*

## Neue Sozialdemokraten

*Frank Unger, Andreas Wehr, Karen Schönwälder, New Democrats - New Labour - Neue Sozialdemokraten, Elefant Press, Berlin 1998, 192 S., 29,90 DM.*

In ihrem Vorwort stellt Karen Schönwälder die Aufgabe des Bandes vor: Die Politikmodelle Clinton, Blair und Schröder/Lafontaine sollen nebeneinandergestellt werden. Dabei soll beantwortet werden, ob es sich tatsächlich um eine „sozialdemokratische Wende handelt“, ob überhaupt „politische und gesellschaftliche Richtungsentscheidun-

gen“ infrage gestellt werden und inwieweit sozialdemokratische Parteien (oder im Falle der Demokratischen Partei der USA solche mit ehemals keynesianisch-sozialstaatlicher Programmatik) adäquate Antworten auf die aktuellen Probleme haben.

In kenntnisreichen und detaillierten Aufsätzen zeigen Frank Unger für die Demokraten unter Clinton und Karen Schönwälder für die Labour-Partei unter Blair auf, daß diese tatsächlich kein Alternativmodell zu ihren konservativen Vorgängern bieten können. Ungers Fazit der Clinton-Jahre - wenn auch vor der Lewinsky-Affäre und dem laufenden Amtsenthebungsverfahren geschrieben - fällt vernichtend aus. „Daß er (Clinton, J.C.) als ‚Demokrat‘ den Neoliberalismus in allen seinen Formen national und international besser vertritt, als sein ‚republikanischer‘ Vorgänger Georg Bush es hätte tun können, liegt weniger an einem gezielten politischen Richtungswechsel seiner Partei, den ‚Demokraten‘, sondern eher daran, daß der von den wahren Hegemonialkräften des Landes seit nunmehr zwei Jahrzehnten durchgeführte reale Richtungswechsel in der Politik vom strukturellen Sozialdemokratismus zum Neoliberalismus einer neuen politischen Legitimation und Absicherung bedurfte.“ Die Demokraten vollendeten - „mit Hilfe des Images kultureller und lebensweltlicher ‚Modernität‘“ - nur die Überwindung des von ihnen selbst eingeleiteten „new deal“ von 1932.

Karen Schönwälder charakterisiert Tony Blairs „new Labour“ als eine „stramm zentralistisch geführte, wirtschaftsliberal-kommunitaristisch

ausgerichtete Volkspartei“. Sozialabbau und Wirtschaftspolitik der Thatcher-Jahre würden nicht infrage gestellt, allenfalls zaghafte Korrekturmaßnahmen in der Gesundheits- und Bildungspolitik vorgenommen. Sehe man einmal von versprochenen Reformen des politischen Systems (Wahlrechtsreform, Reform des „House of Lords“, regionale parlamentarische Strukturen in Schottland und Wales) ab, „dann ist das großspurig angekündigte ‚New Britain‘ zu weiten Teilen ein moralisches Projekt. Während der Thatcherismus Strukturen von Staat und Gesellschaft anging und Sozialisten einmal die Ökonomie und mit ihr die Gesellschaft transformieren wollten, geht es New Labour um einen Wandel der Werte. Wesentliche Probleme werden in kulturellen Defiziten verortet, Lösungen in einem neuen Ethos gesucht. New Labours Aufruf zur Erneuerung ist ein Appell an die Briten, sich selbst zu ändern - und die Ankündigung, daß der ‚große Bruder‘ Staat sie an ihre Pflichten erinnern wird.“

Andreas Wehr liefert eine Geschichte der SPD seit dem Ende der Ära Schmidt und eine Untersuchung der unterschiedlichen Akzente, die Lafontaine und Schröder setzen. Als Ziel dieser von ihm als „Arbeitsteilung“ gekennzeichneten Unterschiede in der Führung der Partei sieht er „[d]ie Moderation eines vorsichtigen Anpassungskurses der SPD an als gegeben angenommene Realitäten.“ Nun fällt es schwer zu erkennen, welche weiteren Anpassungen an den Neoliberalismus vollzogen werden sollen - wenn man unter Neoliberalismus nicht nur die

brachiale Form des Thatcherismus verstehen will. Trotzdem - eine solche Position verwischt m.E. den durchaus unterschiedlichen Ansatzpunkt zwischen einer auf weitere Regulierung und Privatisierung setzenden „linken Angebotspolitik“ á la Bodo Hombach und einer zwar neoliberal „geläuterten“, aber immerhin auf staatliche Regulierung nicht verzichtenden „rechten Nachfragesteuerung“ im Sinne Lafontaines. Letzterer ist kein Weg aus der gegenwärtigen Krise, aber im Gegensatz zu seinen innerparteilichen Gegenspielern verstellt er wenigstens nicht vollständig den Blick auf wirkliche Alternativen.

Enttäuschend bleibt der Versuch von Unger und Wehr, in einem abschließenden Text unter dem Titel „Links neu durchdenken“ erste Erfahrungen der Regierung Clinton und Blair für die Zukunft der deutschen Sozialdemokraten zu ziehen. Ihre Kernthese ist, daß die heutigen sozialdemokratischen Führer der 68er Generation mit einem Verständnis von „links“ aufgewachsen sind, daß Antiautoritarismus und persönliche Emanzipation von staatlichen Zwängen (was von den Autoren nicht ganz überzeugend unter dem Stichwort Demokratisierung zusammengeführt wird) umfaßt, aber nicht Klassengegensatz, Umverteilung und soziale Sicherheit. Dies werde verstärkt durch eine lebenslange Tätigkeit im Parteiapparat und die Akademisierung der Politik. Auch eine gewisse „Torschlußpanik“ der fünfzigjährigen 68er, ihre historische Chance auf Regierungsmacht zu verpassen, stehe hinter inhaltlichen Korrekturen und Rücksichtnahmen auf den Zeitgeist. Dies ist zwar si-

cherlich nicht falsch, aber eine für eine Kritik politischer Positionen unzureichende Grundlage. Ihrem Fazit - „Wirkliche Modernisierung umfaßt vielmehr eine Rückbesinnung auf alte Traditionen: Im Mittelpunkt der Politik einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung muß die nachhaltige Sicherung der Lebensbedingungen der übergroßen Mehrheit der Lohnabhängigen stehen“ - ist ohne Zweifel zuzustimmen. Um neu zu durchdenken, was „links“ heute bedeutet, ist das aber zu kurz gegriffen und bleibt hinter der (sicherlich noch unbefriedigenden) Diskussion um Alternativen zum Neoliberalismus zurück.

Jörg Cézanne

## Rechtsdrift

*Christoph Butterwege/FH Potsdam (Hrsg.), NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland - Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung, Nomos-Verlag, Baden-Baden 1997, 239 S., 38,-DM.*

Im Wintersemester 1996/97 beschäftigten sich Sozialwissenschaftler, Politologen und Historiker im Rahmen von zwei Veranstaltungsreihen an der Fachhochschule Potsdam mit den Themen „NS-Vergangenheit und Rechtsextremismus heute: Kontinuitäten und Brüche“ sowie „Rechtsextremismus und Politische Kultur im vereinten Deutschland“.

Inhaltlicher und geistiger Ausgangspunkt der meisten Redebeiträge der Referentinnen und Referenten,

die in diesem von Christoph Butterwege herausgegebenen Sammelband zusammengefaßt und so einem breiten Publikum zugänglich gemacht wurden, war der 50. Jahrestag des 8. Mai 1945, der von vielen Gruppen der sogenannten neuen Rechten zum Anlaß einer Geschichtskampagne unter dem Motto „Wider das Vergessen“ genommen wurde, mit der nationalsozialistische bzw. faschistische Gewalt und Gegengewalt gleichgesetzt, die Differenzen zwischen den politisch-ideologischen Extrempositionen eingegeben und die Täter des NS-Regimes rehabilitiert werden sollten.

Gemeinsam ist fast allen Beiträgen, die empirische Tatsache, daß Antisemitismus und andere Varianten des Rassismus im neuen, vereinten Deutschland auf dem Vormarsch sind. Die neue Rechte, konstatiert Butterwege in der Einleitung, kultiviere einen Nationalismus, der der Aufklärung neue-alte Formen „deutscher Innerlichkeit“ entgegenstelle, die parlamentarische Demokratie verächtlich mache und „nationales Selbstbewußtsein“ und globalpolitische Verantwortung mit Großmachtambitionen verwechsle.

Die Ursachen für diese *Rechtsdrift* in der Gesellschaft, die sich nicht nur in gewaltsamen Übergriffen gegen Ausländer manifestiert, sondern oft in subtiler Verkleidung daherkommt, ist nach Auffassung fast aller Autorinnen und Autoren nicht nur das Ergebnis und das Werk von Extremisten am Rande der Gesellschaft, sondern gleichermaßen Ausdruck von

Weichenstellungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur durch die bundesrepublikanischen Eliten.

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, spricht in seinem Vorwort sehr zurückhaltend vom Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Nationalismus der NS-Vergangenheit und der bundesrepublikanischen Gegenwart. Er betont, daß zwar der historische Antisemitismus mit dem Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit nicht unmittelbar zusammenhänge, aber latent doch die Angst, der Vernichtungswille gegenüber „dem Fremden“, auch gegen Juden, als Fremde in Kultur, Politik und Religion virulent sein könne. „So kam es neben brutalen Übergriffen gegenüber bestimmten Gruppen von Ausländern und Asylbewerbern zu Schändungen jüdischer Friedhöfe und zum Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck.“

Christoph Butterwege thematisiert in seinem Beitrag die Ethnisierungsprozesse in der Bundesrepublik. Ethnisierung, so die (plausible) These, ist kein naturgesetzlicher Prozeß, vielmehr ein kunstvoll inszenierter gesellschaftlicher Vorgang. Bei der Ethnisierung gehe es nur vordergründig um „kulturelle Identitäten“; letztinstanzlich geht es - um mehr oder weniger offen ausgetragene - Konflikte und Kämpfe um die Verteilung knapper werdender gesellschaftlicher Ressourcen.

Am Ende einer langen Reihe von Beiträgen von Autorinnen und Autoren aus dem (Fach-)Hochschulbereich, wie z.B. Arno Klönne aus Paderborn, Renate Nestvogel aus Essen, Wolfgang Gessenharter aus Hamburg und dem inzwischen verstorbenen Urgestein des Sozialismus, dem Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski von der Berliner Humboldt-Universität, versucht der Politikwissenschaftler Axel Schulte aus Hannover einen Lösungsansatz, eine Perspektive zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen: Die multikulturelle Demokratie, in der politisches, soziales und interkulturelles Lernen zur Tagesordnung gehört. Schulte unterstreicht, daß gesellschaftliche „Integration“ ebenso wie „Demokratie“ nicht nur auf bestimmten rechtlich-politischen Rahmenbedingungen und strukturellen Grundlagen, sondern auch auf bestimmten subjektiven Voraussetzungen basiere. Hindernisse für Integrations- und Demokratisierungsprozesse liegen im wesentlichen in Vorurteilen, Intoleranz, Abwertungen oder Aggressionen gegenüber „Ausländern“ und „Schwarzen“. Hieraus zieht Schulte folgerichtig die Konsequenzen: „Sollen stattdessen Reflexions-, Handlungs-, und Kommunikationsfähigkeiten entwickelt werden, so sind Prozesse des politischen, sozialen und interkulturellen Lernens von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im schulischen und außerschulischen Bereich erforderlich.“ Diese Lernprozesse, so Schulte, könnten durch Massenmedien, aber

auch durch Formen interkulturellen Lernens gefördert werden. Jedoch: „Antirassistische bzw. interkulturelle Lernprozesse sollten nicht in Form einer 'Bindungspädagogik' erfolgen, d.h. auf eine Anpassung der Lernenden an vorgegebene und nicht mehr hinterfragbare Zielsetzungen und Wertungen gerichtet, sondern 'offen' sein und den Lernenden Möglichkeiten der Partizipation, der eigenständigen Reflexion und Beurteilung sowie des praktischen Verhaltens einräumen.“

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Beiträge „Zur politischen Kultur der Bundesrepublik“ in der Gesamtheit ein Beispiel intellektueller Redlichkeit darstellen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung, da sie sich kritisch mit den Erscheinungsformen und den Ursachen von Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus auseinandersetzen. Ob sie dieser bedrohlichen Realität etwas entgegenzusetzen vermögen, darüber können wir gegenwärtig nur spekulieren. Es ist dem kleinen Buch zu wünschen, daß es nicht nur von Hochschullehrern, Studentinnen und Studenten, die sich ohnehin mit dieser Problematik auseinandersetzen, gelesen wird.

*Klaus Störch*

## Politische Justiz

*Heinrich Hannover, Die Republik vor Gericht 1954 - 1974. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts, Aufbau-Verlag, Berlin 1998, 495 S., 49,90 DM.*

Das Buch ist eine besondere Biographie, weil ein Stück Geschichte hier über Prozesserlebnisse erzählt wird, und zwar von dem „über Jahrzehnte hin renommiertesten Strafverteidiger Deutschlands“ (Frankfurter Rundschau). Daß Prozeßsituationen fesselnd sein können, weiß jeder, der gerne Krimis liest oder entsprechende Filme sieht. So ist es auch hier. In einer für Nicht-Juristen verständlichen Sprache wird wiedergegeben, was sich in dieser Zeit in bundesdeutschen Gerichtssälen, auf Polizeirevierern, in Gefängnissen und bei Demonstrationen auf der Straße tatsächlich abgespielt hat, meist anders als die offizielle Sprachregelung war und noch heute ist.

Da wurde z.B. Arbeitslose vor Gericht gezerrt, die mit dem Arbeitslosenausschuß, „einer kommunistischen Tarnorganisation“, zu Weihnachten für eine Beihilfe in Form von Kohle- und Kartoffelgeld demonstriert und dabei mit der Polizei in ein Gerangel gekommen waren. Obwohl die KPD damals noch legal war, wurde dies in der Anklage als „kommunistische Wühlarbeit“ eingestuft.

Nach dem Verbot der KPD wurde es dann noch gefährlicher, politisch oppositionell zu sein, weil eine eigentlich legale Betätigung von der Staatsanwaltschaft als „systematische Verächtlichmachung der Bundesregierung“ gewertet werden konnte. So geschah es mit dem Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland. Aus der „Gesamtrendenz“ seiner Veröffentlichungen wurde auf eine verfassungsfeindliche Zielsetzung geschlossen, vor allem wenn einer der

Angeklagten „seit Jahren durch staatsfeindliche Tätigkeit in Erscheinung getreten war.“ Diese Justizpraxis war kein Ausrutscher besonders antikommunistischer Richter oder Staatsanwälte, nein sie wurde vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet, wonach jede eigentlich durch Grundrechte erlaubte Meinungsäußerung oder Betätigung (Organisation von Ost-West-Kontakten oder Kinderferienaufenthalte in der DDR) abgestraft werden durfte, wenn damit zugleich Ziele der verbotenen KPD verfolgt wurden, egal ob diese Ziele im Einzelfall legal oder illegal waren. Die bundesdeutsche Justiz war teilweise noch personalidentisch mit Juristen, die in der Nazi-Zeit ihr menschenverachtendes Werk vollzogen hatten. So wurde einem Angeklagten auch mal strafmildernd angerechnet, daß er „im Kriege seine Pflicht erfüllt“ habe. Umgekehrt wurde es sehr übel genommen, wenn einer - Lorenz Knorr - die Bundeswehrgeneräle Heusinger, Speidel u.a., die schon in der Nazi-Zeit in verantwortlichen Funktionen tätig waren, als „Nazi-Generäle“ oder „Massenmörder“ bezeichnet hatte, so etwas galt als „Beleidigung“, wobei es die Gerichte geschafft hatten, eine Beweisaufnahme z. B. über die Beteiligung Speidels an einer Erschießung von 500 Geiseln in Frankreich zu hintertreiben.

Als „Apo-Anwalt“ von Daniel Cohn-Bendit (als er noch rebellisch war) oder Günter Wallraff und anderen war Heinrich Hannover dabei, als die bundesdeutsche Justiz vergeblich versucht hatte, der außerparlamentarischen Bewegung mit juristischen

Sanktionen u.a. mit dem § 125 StGB (Landfriedensbruch) beizukommen.

Der Vorteil des Buches ist, daß die Beteiligten -furchtbaren- Juristen namentlich genannt werden, so auch die, die sich von der Bader-Meinhof-Hysterie anstecken ließen und es sich in Urteilen auch erlauben konnten, in einer Beweiswürdigung die Einlassung eines Angeklagten, er habe mit seinem Schuß seine Freundin verteidigen wollen, mit den Worten abzutun: „Das traf indessen nach Überzeugung des Gerichts nicht zu.“ Der Schuß des Angeklagten hatte niemanden getroffen. Die Freundin war von der Polizei erschossen worden. Der „Terrorist“ Werner Hoppe bekam 10 Jahre wegen versuchtem Totschlag.

Heinrich Hannover hat auch eine Zeit lang Ulrike Meinhof verteidigt und sich vergeblich über ihre Haftbedingungen im sog. Toten Trakt der JVA Köln-Ossendorf beschwert. Ihre Isolationshaft war total. Insgesamt 11 Monate in weiß gestrichenem Raum ohne jeden visuellen oder akustischen Reiz, nachts sogar bei Neon-Beleuchtung - das ist verfassungswidrige Folter. Das durfte man aber so nicht sagen, jedenfalls nicht als Anwalt. So bekam Heinrich Hannover dann auch noch ein Standesverfahren wegen dieser Bewertung.

Das Buch erscheint zu einer Zeit, in der deutsche Gerichte sog. kommunistische Staats- und Regierungskriminalität in der ehemaligen DDR abzuurteilen beginnen. Dazu Heinrich Hannover: „Und doch würde ein bißchen weniger Selbstgerechtigkeit den Westdeutschen ganz gut zu Gesicht stehen“. Wie wahr auch sein Verweis

auf die bekannte Bibel-Stelle mit dem Splitter im Auge des Bruders und dem Balken im eigenen Auge.

Wer dieses Buch gelesen hat, wird sicher wissen wollen, wann der zweite Band erscheint. Er soll im Laufe des Jahres 1999 herauskommen.

Hans-Henning Adler

## Militarismus-Analysen

Lorenz Knorr, *Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Deutsches Militär – von Massenmördern geprägt? VAS – Verlag für Akademische Schriften, Frankfurt a.M. 1998, 269 S., 29,50 DM.*

Auf die Frage, ob das deutsche Militär von Massenmördern geprägt ist, hat Lorenz Knorr, wie manche LeserInnen dieser Zeitschrift noch wissen, vor 35 Jahren eine gerichtliche Antwort erzwungen. Der Autor erinnert (S. 108f.) an diesen spektakulären Prozeß: „Im Juni 1961 beschuldigte ein Redner während einer großen Jugendveranstaltung in Solingen die damaligen Spitzenmilitärs Heusinger, Speidel, Foertsch, Kammhuber und Ruge der Teilnahme am Massenmord in der Zeit von 1939 bis 1945. Sie gehörten auf die Anklagebank! Ohne Polemik, sachbezogen, auch unter Berufung auf das Nürnberger Urteil gegen die Kriegsverbrecher, vor allem auf Passagen gegen Oberkommando und Generalstab, wurde die Forderung abgeleitet, diese Herren sofort von ihren Spitzenämtern zu entfernen: Sie nahmen in maßgeblichen Ämtern an einem verbrecherischen Angriffskrieg teil und seien auch persönlich beteiligt am Massenmord. Ihnen könnte man die jun-

gen Deutschen, die Kriegsdienst leisteten, nicht anvertrauen. Die Gefahr sei gegeben, daß sie erneut dazu beitrügen, eine Katastrophe heraufzubeschwören. Nicht die Verteidigung des Vaterlandes, sondern die ‚Gewinnung neuen Lebensraumes‘ sowie die Unterjochung und Ausplünderung anderer Völker war damals das Ziel. Es gäbe keine Belege dafür, daß sie ihre militärische Einstellung revidiert hätten; im Gegenteil. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß sie darauf drängten, die Gesellschaft auf einen neuen Krieg vorzubereiten und daß auch in der Bundeswehr nicht der Staatsbürger in Uniform, sondern unkritische Untertanen erzogen werden. Trotz veränderter innenpolitischer und internationaler Voraussetzungen könne man in wirtschaftlicher, politischer und propagandistischer Hinsicht wichtige Parallelen zur Zeit vor 1914 und vor 1939 feststellen“ (S. 108/109).

Jener Redner war Lorenz Knorr, und dieses Zitat belegt nicht nur seinen Mut, sondern auch die brennende Aktualität der Aussage. Der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß strengte 1963 gegen den Autor des hier besprochenen Buches ein Gerichtsverfahren an, weil er seine führenden Generale und Admirale – Heusinger, Speidel, Foertsch, Kammhuber und Ruge – in ihrer Ehre verletzt glaubte.

Dieser Prozeß war ein Schlüsselereignis nicht nur im Leben Lorenz Knorrs. Vor dem Gericht hatte Knorr den Wahrheitsbeweis zu erbringen: Heusinger, Speidel und Co. waren schuldig an Kriegsverbrechen. Bekannte Juristen, Politiker und Pazifi-

sten standen an seiner Seite: Prof. Maihofer, Rektor in Saarbrücken und späterer Bundesinnenminister, SPD-Abgeordnete wie Adolf Arndt und Kurt Mattick, der britische Kronanwalt J. Platt-Mills, die Nobelpreisträger Bertrand Russel und Linus Pauling, der stellvertretende USA-Chefankläger in Nürnberg, Robert Kempner und viele andere. Das internationale Echo und die Solidarität mit Lorenz Knorr waren überwältigend. Vor Beginn des Prozesses schieden Kammhuber und Ruge aus dem Dienst, die NATO-Generale Heusinger und Speidel gaben auf, als ein internationales Militärtribunal ins Gespräch kam. Zur gleichen Zeit scheiterte Strauß an der Spiegel-Affäre. Moralischer Sieger im Prozeß der Generale blieb Lorenz Knorr. Er blieb der unermüdliche Warner und Mahner, was ich gerade erst wieder auf einer Konferenz der tschechischen Friedensgesellschaft am 7./8. November 1998 in Mariánske Lázně bewundern durfte. Er warnte leidenschaftlich und überzeugend vor einer NATO-Erweiterung nach Ostmitteleuropa.

In seinem Buch zieht Lorenz Knorr Bilanz. Sie soll und muß Alarm auslösen. Am Ende seines Buches listet er auf: Eine „deutsche“ Politik, die unter „Normalität“ versteht, wieder Großmachtsansprüche mit militärischen Mitteln durchzusetzen; eine Bundeswehr, die gegen andere Völker und Staaten eingesetzt wird; eine Generalität, die sich über Völker- und Verfassungsrecht brutal hinwegsetzt. Knorr fragt, wie diese Bilanz angesichts der Ausgangslage für die Deutschen, die es 1945/1948 gab, entstehen konnte. Dabei beachtet er

die Komplexität und Widersprüchlichkeit des Geschehens, die Einbettung der Militärpolitik und -strategie in die Auseinandersetzung der Großmächte, die jeweiligen Chancen für eine deutsche Entspannungs- und Abrüstungspolitik, die Aktivitäten der Bewegung gegen die Remilitarisierung, „deutsche“ Atomwaffen und Raketenstationierung, die friedensfeindliche Rolle der Bundeswehrgenerale (einige wie Bastian ausgenommen) von der „Himmeroder Denkschrift“ 1950 bis zu den Rühedirektiven zum weltweiten Einsatz der Bundeswehr. Insofern geht es um weit mehr als der Buchtitel verspricht. Für mich als Ostdeutscher waren einige Fakten in der Analyse des Traditionsverständnisses der Bundeswehr besonders schmerzlich. Es war nicht ein Verteidigungsminister in Bonn, sondern Pfarrer Eppelmann, der letzte Verteidigungsminister der DDR, der den Vormarsch des Rechtsextremismus in ostdeutschen Kasernen begünstigte.

Er tilgte alle 299 Traditionsnamen der NVA-Kasernen. Darunter fielen Kasernennamen, mit denen die bekannten Antifaschisten der Arbeiterbewegung R.Breitscheid und W. Leuschner geehrt wurden. Auch Widerständler des 20.7.1944 fielen unter das Verdikt: G. Groscurth, A. Harnack und H. Schulze-Boysen.

Knorr wählte einen guten Zeitpunkt für die Herausgabe seines Buches. Im Vorwort, das er unmittelbar nach dem Wahlerfolg von SPD und Grünen im September 1998 schrieb, macht er auf die historische Chance aufmerksam, die bisherige Militärpolitik im wohlverstandenen „deut-

schen“ Interesse, im Interesse des Friedens zu korrigieren. „Auszuschöpfen wäre die Möglichkeit, bei zwischenstaatlichen oder inneren Konflikten mit gewaltfreien Mitteln vorbeugend, deeskalierend sowie mit vernünftiger Zielsetzung auch nachbereitend zu wirken zu Lasten militärischen Zuschlagens, das noch nie politische Probleme löste, aber meist neue schuf. Die neue Bundesregierung sollte in der NATO – solange diese besteht – auf völkerrechtskonformes Verhalten drängen und gegen potentiellen Staatsterror zur Bekämpfung des selbstgeschaffenen Gegenterrors wirken. So wäre dem Rechts-Extremismus entgegenzuwirken“ (S. 4/5).

Auf der SPD und den Grünen lastet eine große Verantwortung. Die Sozialdemokratie müßte die Weichen neu stellen, die seit 1914 die Richtung zur Unterstützung von Militarismus und Krieg vorprogrammiert hatten. Sinngemäß könnte wieder ihre Wahllosung von 1928 gelten, als Hermann Müller dann das Gegenteil tat: Kindergärten statt Panzerkreuzer (für den bereits anvisierten Krieg). Die Grünen müßten zu ihren ursprünglichen Zielen zurückkehren. Werden jetzt die Weichen für ein Jahrhundert des Friedens gestellt? Wann sonst?

*Horst Schneider*

### Gegen den Zeitgeist ...

*Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte. Herausgegeben von Gerhard Fischer, Hans-Joachim Krusch, Hans Modrow, Wolfgang Richter, Robert*

*Steigerwald, GNN-Verlag, Schkeuditz 1999, 492 S., 29,80 DM.*

„Gegen den Zeitgeist“ erscheint zum richtigen Zeitpunkt. Denn gerade im Zusammenhang mit dem fünfzigjährigen Bestehen von BRD und DDR wird die Geschichte der beiden deutschen Staaten nicht nur von unterschiedlichen Interessenstandpunkten dargestellt, sondern auch grob entstellt. Dazu schreiben die Herausgeber: „Die meisten der diesem Anlaß gewidmeten zahlreichen Vorhaben – das zeichnet sich schon jetzt ab – werden dem von den Interessen der Herrschenden, des großen Kapitals geprägten Zeitgeist verpflichtet sein und den Weg der Bundesrepublik als alternativlos, ja als Krönung deutscher Geschichte präsentieren.“ (9) Nur – die Wirklichkeit sah anders aus. Zu Recht schreibt Ernst Engelberg in seinem Geleitwort: „Es wird nicht angehen, dem ökonomisch effektiveren Staat einfach das Prädikat richtig anzuheften wie den wirtschaftlich gescheiterten Versuch mit dem Verdikt falsch zu versehen. So einfach verläuft Geschichte nicht.“ (11)

Das Anliegen der 39 Autoren aus Ost- und Westdeutschland ist es, „die deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit und ihrer Widersprüchlichkeit seit der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus und insonderheit ab 1949 zu betrachten, ohne auf erforderliche Rückblenden in die Zeit vor 1945 zu verzichten. Der gesamtdeutsche Horizont soll realistische Rückblicke auf das Entstehen der beiden deutschen Staaten und die 41 Jahre Zweistaatlichkeit ermöglichen sowie zum kritischen Vergleich der

beiden so gegensätzlichen Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden herausfordern. Es soll zugleich zur weiteren Analyse der gesellschaftlichen Veränderungen seit 1990, der Entwicklung in der größer gewordenen BRD beitragen und an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend das Nachdenken über Potentiale und Wege des Kampfes um ein anderes, ein neues Deutschland in einem neuen Europa befördern.“ (9)

Der Band gliedert sich in drei große Abschnitte: „Die Herausbildung der BRD und der DDR und Einbindung in gegensätzliche Bindungen. Fragen an die deutsche Geschichte“ (13-120); „Zwei deutsche Staaten. Tatsachen und Vergleiche“ (121-322); „Nach dem Ende der Zweistaatlichkeit. Quo vadis Deutschland?“ (323-491).

Zunächst steht die Ausgangslage nach 1945 im Mittelpunkt der Betrachtungen: die Zielsetzungen der verschiedenen politischen Kräfte und Parteien auf dem Weg zu einem neuen Deutschland. Es sollte antifaschistisch-demokratisch sein. Dafür gab es unter den aktiven politischen Gruppierungen durchaus Konsens, wie Fritz Selbmann („Tat und Ziel. Nachdenken über den Antifaschismus in beiden deutschen Staaten“) belegt. Vor dem Hintergrund der Gesetze und Verordnungen der Besatzungsmächte – speziell des Potsdamer Abkommens – gab es jedoch von Anfang an unterschiedliche Auffassungen über den einzuschlagenden Weg. Ekkehard Lieberam („Der Sozialstaatskompromiß und dessen Erosion. Das politische System der Bonner Republik“) schreibt zu Recht:

„Konsens bestand auch darin, nach dem Ende des Nazifaschismus eine demokratische Verfassungsordnung zu etablieren, die eine Wiederholung der nazifaschistischen Machtergreifung ausschließt.“ (161) Die gegensätzlichen Zielsetzungen nahmen jedoch mit Ausbruch des kalten Krieges und zugespitzter Konfrontation zwischen Ost und West festere Gestalt an. Die Beiträge von Hans-Joachim Krusch („Um ein neues Deutschland. Zwischen Befreiung und kaltem Krieg“) und auch von Georg Polikeit („Von der Anti-Hitler-Koalition zum kalten Krieg“) enthalten dazu konkrete Tatsachen und zusammenfassende Einschätzungen.

Allerdings war der Spielraum der deutschen Kräfte eng begrenzt. Darüber sind sich mehr oder weniger alle Autoren einig. Die eigentliche Macht lag in den Händen der Besatzungsmächte. Wolfgang Triebel („Die deutsche Verfassungsdiskussion 1946 bis 1949. Politische Aspekte der Länderverfassungen, Berlins und der gesamtdeutschen Verfassungsentwürfe in Ost und West“) meint mit Blick auf die deutsche Spaltung und den entstehenden Kalten Krieg: „Die deutschen Parteien waren zu willfährigen Erfüllungsgehilfen der jeweiligen Siegermacht geworden. Insofern wurden besonders die Weichen für die Konfrontation im beginnenden Kalten Krieg gestellt.“ (36 f) Das trifft, was die großen Linien der Politik angeht, im Kern sicherlich zu. Doch waren „die deutschen Parteien“ wirklich nur „willfähige Erfüllungsgehilfen der jeweiligen Siegermacht“? Nach meiner Meinung nicht. Denn der Kalte Krieg und die

Ost/West-Konfrontation schufen doch für die bürgerlichen Kräfte um Konrad Adenauer günstige Bedingungen für die Restauration des Kapitalismus in den Westzonen/BRD. Und die 'Politik der Stärke' bzw. des 'roll back' mit ihrer Zielsetzung der 'Befreiung der Sowjetzone' war auch ihre Politik - vornehmlich der CDU/CSU. Auch stimmten die politischen Vorstellungen und Richtlinien der sowjetischen Besatzungsmacht weitgehend mit Zielen und Politik der SED überein - hier seien nur die Bodenreform und die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher erwähnt (dazu auch Gerhard Neumann, 135 ff).

Wie das im einzelnen geschah, das skizzieren mehrere Beiträge. Hervorzuheben ist der Aufsatz von Günter Judick und dem ehemaligen Mitglied der KPD-Fraktion im ersten Deutschen Bundestag, Fritz Rische („Ein Staat, auf Befehl geschaffen, aber akzeptiert“). Es wird hier vor allem auch sichtbar, was nicht zu vergessen ist: der in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik eingeschlagene Weg, vor allem ihre Militarisierung und Einbeziehung in die NATO (dazu auch Gerd Deumlich: „NATO - der Erfolgsweg der Remilitarisierung“), stieß auf teils heftigen und breiten Widerstand - so in der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages 1950/51 und später in der Ostermarschbewegung - und zwar vor allem seitens der Kommunisten in Westdeutschland. In diesen Kontext gehört auch der Beitrag von Horst Schneider („Die Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden - letzte Chance zur

Erhaltung der deutschen Einheit?“). Aber zugleich trifft zu, was Judick/Rische zu den Integrationsmechanismen der frühen Bundesrepublik sagen: „... für die Massen auch der Arbeiter, bis in die Reihen der Kommunisten hinein, zählte nach Jahren der Not, des Hungers und der Entbehrung vor allem, daß das Warenangebot sofort stieg, lange zurückgestellte Wünsche, wenn auch mit härtester Arbeit und hohen Preisen erfüllt werden konnten.“ (77)

Der zweite Abschnitt „Zwei deutsche Staaten. Tatsachen und Vergleiche“ skizziert in erster Linie die Entwicklung von BRD und DDR. Manfred Sohn („Eigentum verpflichtet - zu noch mehr Eigentum, Sozialverpflichtung und Vermögen in der DDR“) vertritt im Zusammenhang mit einem Rückblick auf den Zweiten Weltkrieg und das sogenannte Wirtschaftswunder die Auffassung: „Das imperialistische Deutschland war 1945 militärisch besiegt. Ökonomisch und politisch war es angeschlagen, aber weit davon entfernt, besiegt zu sein.“ Gut - Kapitalismus gab es als ökonomisches System trotz der militärischen Niederlage nach wie vor. Die Macht lag aber zunächst fast uneingeschränkt in den Händen der Besatzungsmächte. Doch das politische System des Faschismus - das sogenannte Dritte Reich - war mehr als „angeschlagen“ (123). Es existierte nicht mehr! Zum anderen verlor der deutsche Imperialismus ein Drittel seines ehemaligen Einflußgebietes - zunächst in der sowjetischen Besatzungszonen und dann der DDR. Auch über andere Einschätzungen in diesem Beitrag kann man streiten. So

war es - sicher vor dem Hintergrund der Systemauseinandersetzung - nach meiner Meinung doch in erster Linie der *innere* soziale Druck und Kampf besonders der Gewerkschaften, der den deutschen Imperialismus „nach 1945 zum Lavieren vor allem in sozialen Fragen“ zwang.

Anregend ist der Beitrag von Gerhard Naumann über „Etappen des Weges zum sozialistischen Eigentum in der DDR“ (135 ff). Dies gilt sowohl für seine Ausführungen zur Verordnung über die Bodenreform vom 3. September 1945 - die Bodenreform war 1945 Zielsetzung in Ost- und Westdeutschland, aber nur in der sowjetischen Besatzungszone nahm sie reale Gestalt an - , wie für seine Bemerkungen zur Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie der DDR. Er setzt sich vor allem mit Fehlentscheidungen der SED-Führung auseinander - zum Beispiel im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 und dem Jahr 1972.

Nicht alle Beiträge können hier gestreift werden (ich erwähne nur: Gerhard Fischer, Zur Entwicklung des politischen Systems in der DDR; Detlef Joseph, Zur Rechtsordnung der DDR; Horst Bednarek und Fritz Rösel, Gewerkschaften und Sozialpolitik in den beiden deutschen Staaten; Heinz Karl, Die DDR - Versuch einer sozialistischen Alternative oder Sackgasse von Anfang an?)

Hans Modrow („Die politische Wende in der DDR 1989/90 und ihr Anschluß an die BRD“) verurteilt scharf die heute von Gorbatschow in der Bodenreformfrage zugunsten der Großgrundbesitzer eingenommene Position. Gorbatschow habe sich

„von den Großgrundbesitzern und ihren Erben zum Sprecher ihrer Kampagne gegen die Bodenreform auf dem Gebiet der DDR machen lassen und ist zum Vertreter ihrer Interessen geworden“ (304). Modrow konstatiert, es sei bis heute „nicht realisiert, wie von mir am 1. Februar 1990 verkündet: 'Deutschland einig Vaterland'. Helmut Kohl hat mit seiner Politik auch im Jahre 1999 ein 'Deutschland uneinig Vaterland' zu verantworten.“ (308)

Im Abschnitt „Nach dem Ende der Zweistaatlichkeit. Quo vadis Deutschland?“ untersuchen die Autoren die Entwicklung der letzten zehn Jahre und versuchen einen Ausblick auf die politische Zukunft der 'Berliner Republik'. Auch hier messen die Autoren die Geschichte an ihren wirklichen Abläufen - und das im Vergleich BRD/DDR. Harri Czepuck thematisiert als ehemaliger Korrespondent in Bonn „Die westdeutschen Wiedervereinigungspläne und ihre Verwirklichung nach vierzig Jahren“; Gregor Schirmer setzt sich u.a. qualifiziert mit der These vom „Unrechtsstaat“ oder „SED-Unrechtsregime“ auseinander. Nach seinem Urteil ist diese Formel „eine Erfindung post festum. Niemals vor dem Ende der DDR wurde ihr ein solcher Stempel aufgedrückt. ... Es handelt sich um eine ideologische Keule, mit der auf den toten Erzfeind eingeschlagen wird, um die Diskriminierung von Bürgern der DDR im Arbeits-, Dienst- und Rentenrecht und bei der Regelung von Vermögensfragen sowie die strafrechtliche Verfolgung von Amtsträgern der DDR zu rechtfertigen.“ (349) Andere Beiträge in diesem Abschnitt analy-

sieren die gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Strukturen der BRD. Uwe-Jens Heuer unternimmt auf der Grundlage seiner Erfahrungen als Bundestagsabgeordneter der PDS-Fraktion einen Exkurs über die „repräsentative Demokratie“. Lorenz Knorr untersucht die gegenwärtige Großmachtspolitik des deutschen Finanzkapitals (430 ff) - vor allem nach dem Wahlsieg von SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN. Er konstatiert einen Variantenwechsel „finanzkapitalistischer Machtausübung“ und die Bereitschaft „jene(r) Kräfte des deutschen Finanzkapitals, die an einer längerfristigen Stabilisierung ihrer Herrschaft contra kurzfristige Vorteile und an demokratischen Verhältnissen interessiert sind, mit der SPD-geführten Regierung erforderliche Kompromisse ein(zu)gehen.“ (445). Erich Hahn („1989 und die Folgen. Fußnoten zur Ideologie der 'Berliner Republik'“) betont das Auftreten der „Neuen Rechten“ in der heutigen Bundesrepublik und deren Hauptanliegen, „auf lange Sicht Breitenwirkung im geistigen Leben der Gesellschaft insgesamt zu erzielen und nicht nur die Formierung rechter Flügel oder Ränder zu befördern“ (451) - von einer 'intellektuellen Neuen Rechten' ist hier die Rede.

Harald Neubert und Robert Steigerwald plädieren „Für einen anderen Fortschritt, für einen neuen Sozialismus“ (472 ff). Aus ihrer Sicht ist „heute für sozialen Fortschritt und Sozialismus zu kämpfen dringlicher und zugleich komplizierter denn je“ (472). Sozialisten dürften sich nicht, „wie das in der Vergangenheit nicht selten der Fall war, durch vom Leben

abgewandte Debatten, die sich auf auswendig gelerntes Schulbuchwissen stützen, von der aktuellen Realität ablenken lassen“ (472). Das dürfte selbstkritisch zu verstehen sein. Sie sehen die aktuelle Aufgabe der Linken in einem „kämpferischen Beitrag zur Lösung anstehender Widersprüche und Probleme unter den gegebenen Bedingungen im Sinne von Emanzipation und sozialer Gerechtigkeit, für Lösungen, für die alle vorhandenen demokratischen Wirkungsmöglichkeiten genutzt werden müssen“ (489).

„Gegen den Zeitgeist“ gibt keine durchgängige Darstellung der letzten fünfzig Jahre deutscher Geschichte. Das war auch nicht die Absicht der Herausgeber. Es geht nicht um neue Forschungsergebnisse, sondern um die Darstellung politischer Grundtrends. Und trotzdem ist der Bogen des Buches weit gespannt. Es gibt durch seine Beiträge viele gute Argumente für die Auseinandersetzungen mit dem heutigen „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik Deutschland. Ernst Engelberg mahnte zu Recht im Geleitwort: „Die über dreißig Beiträge dieses Bandes, die verschiedene Aspekte der Entwicklung nach 1945 behandeln, sind 'gegen den Zeitgeist' gerichtet, aber sie wollen und dürfen dabei nicht verharren. In der Negation muß auch erkennbar werden, wofür sie stehen.“ (11) Das wird durchaus deutlich.

*Fritz Krause*

## Autoren

**Hans-Henning Adler** - Oldenburg, Rechtsanwalt

**Prof. Gilbert Badia** - Paris, Germanist

**Dr. John M. Becker** - Marburg, Politikwissenschaftler, Privatdozent

**Prof. Dr. Heinz Bierbaum** - Saarbrücken, Soziologe, INFO-Institut an der THW Saarbrücken

**Dr. Joachim Bischoff** - Hamburg, Soziologe, Redakteur von „sozialismus“, Z-Beirat

**Jörg Cézanne** - Oxted/Surrey, Großbritannien, Soziologe, Doktorand

**Prof. Dr. Wolfgang Eichhorn** - Berlin, Philosoph

**Dr. Thomas Gerlinger** - Frankfurt/M., Medizinsoziologie

**Klaus Gietinger** - Frankfurt/M., Filmemacher

**Heiko Glawe** - Bremen, Dipl. Politologe, Mitarbeiter der MEMORANDUM-Gruppe

**Prof. Dr. Erich Hahn** - Berlin, Philosoph

**Dr. Gert Hautsch** - Frankfurt/M., Dipl. Volkswirt, Redakteur und BR-Vors.

**Jürgen Hilbers** - Duisburg, Dipl. Sozialwissenschaftler

**Prof. Dr. Wulf D. Hund** - Hamburg, Soziologe, Hochschullehrer

**Prof. Dr. Martin Hundt** - Potsdam, Historiker und Editor

**Hermann Jacobs** - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

**Maziar Jafroodi** - Marburg, Dipl. Politikwissenschaftler

**Dr. Fritz Krause** - Frankfurt/M., Historiker

**Prof. Dr. Hans Luft** - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

**Sebastian Meissner** - Frankfurt/M., Student der Pädagogik

**Prof. Dr. Reinhard Mocek** - Halle, Philosoph

**Prof. Dr. Lothar Peter** - Bremen, Soziologe, Hochschullehrer

**Dr. Bernd Röttger** - Braunschweig, Politikwissenschaftler

**Prof. Dr. Horst Schneider** - Dresden, Historiker

**Dr. Kai Schmidt-Soltan** - Buea/Kamerun, Philosoph

**Klaus Störch** - Flörsheim, Dipl. Politologe

**Dr. Peter Strutynski** - Kassel, Sozialwissenschaftler, Mitherausgeber der „Marxistischen Blätter“

**Dr. Hans-Jürgen Urban** - Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall

**Dr. Harald Werner** - Bremen, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der PDS, Z-Beiratsmitglied

**Michael Zander** - Berlin, Student der Psychologie, Hochschulreferent des ASTA der FU Berlin

Soeben erschienen:

2-99

Sozialismus C 12212 E



Supplement:  
Kim Moody, Das neue  
Proletariat – Gewerk-  
schaften im »globali-  
sierten« Kapitalismus

Bernhard Müller: CDU/  
CSU – Herr Jedermann  
und die Brandstifter  
Wolfram Burkhardt:  
Walser-Debatte –  
Hinsehen, sonst droht  
Verwilderung Ulrich  
Cremer: Die ersten  
Monate rot-grüner  
Außenpolitik  
Joachim Bischoff/  
Richard Detje:  
Risikogemeinschaft  
Euro-Club  
Klaus-Dieter Lühn:  
Sozialpakt in Italien  
Theodor Bergmann:  
Israel vor der Wahl  
Joachim Bischoff:  
Krise der  
Weltwirtschaft?

Robert Brenner: Die langfristigen Ursachen der Depression  
Frank Teichmüller: Über die Kunst, die Arbeitslosigkeit zu halbieren  
Jürgen Glaubitz: Einzelhandel zwischen Uncle Sam und Tante Emma  
Claudia Dammann: DGB-Mitgliedschaft – keine Barriere gegen Rechts  
J. Bürgin/M. Körner: Gewerkschaften, Rassismus und Jugendarbeit  
Debatte: Kommunismus – Was bleibt vom großen Experiment?  
Theodor Bergmann: China – Postrevolutionärer Kommunismus  
J. Gerster/W. Hajek: China – Ausbruch aus der historischen Sackgasse?  
Weitere Beiträge von Hans-Georg Draheim, Wal Buchenberg  
und Wladislaw Hedeler

Einzelheft: DM 9,50; Abo: DM 95,-

Probeheft: Redaktion Sozialismus  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Fax 040/280 505 68  
e-mail: vsa-verlag@t-online.de

Robert J. Stoller

## Perversion

Die erotische Form  
von Haß

290 Seiten

DM 34,-, öS 248,-, Sfr 31,50

ISBN 3-932133-51-X



In diesem Buch setzt sich Stoller mit den psychischen Energien auseinander, die Männer und Frauen in sexuelle Erregung versetzen.

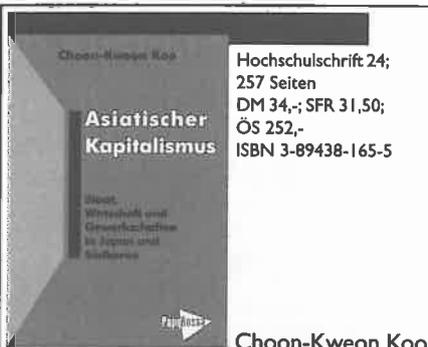
Die Dynamik einer »normalen« geschlechtlichen Entwicklung wird erst durch die von Stoller beschriebenen sexuellen Störungen voll verständlich.

Er unterscheidet Perversion von anderen Formen der sexuellen Abweichung und stellt fest, daß der Haß das entscheidende Merkmal der Perversion ist.

An faszinierenden Beispielen und Fallstudien weist Stoller nach, daß Versagungen, Traumata und Konflikte, deren Wurzeln in der Kindheit liegen, sich durch ein prozeßhaftes Geschehen, das sich der Phantasie bedient, in sexuelle Erregung verwandeln.

PSV

Psychosozial-Verlag · Friedrichstraße 35 · 35392 Gießen  
Telefon: 06 41/ 7 78 19 · Telefax: 06 41/ 7 77 42



Hochschulschrift 24;  
257 Seiten  
DM 34,-; SFR 31,50;  
ÖS 252,-  
ISBN 3-89438-165-5

Choon-Kweon Koo

### Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften in Japan und Südkorea

Choon-Kweon Koo korrigiert das kulturalistisch geprägte Bild des „asiatischen Kapitalismus“, das die hiesige Diskussion noch immer prägt. Für Japan und Südkorea arbeitet er die politischen Aspekte der kapitalistischen Entwicklung heraus.



Hochschulschrift 26,  
140 Seiten, DM 28,-;  
SFR 26,-; ÖS 213,-  
ISBN 3-89438-177-9

Eberhard  
Frommann

### Untersuchungen zur nationalsozialistischen Liedpropaganda von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg



## Neues aus dem PapyRossa Verlag

Hochschulschrift 27  
146 Seiten, DM 28,-;  
SFR 26,-; ÖS 213,-  
ISBN 3-89438-178-7

Stephan Peters

### Die Auswirkungen des Arbeitsbegriffs auf die Diskussion ökologischer Reformprojekte

Hochschulschrift 25,  
437 Seiten, DM 48,-;  
SFR 44,50; ÖS 355,-  
ISBN 3-89438-176-0

Christian  
Girschner

### Allgemeine Weltmarktdynamik in der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie

Als Analytiker der "Globalisierung" wurde Marx bislang wenig ernst genommen. Wie falsch dies ist, belegt Girschner durch eine detaillierte Darstellung der Marx'schen Kritik an der Außenhandelstheorie von Ricardo.

Gesamtverzeichnis anfordern bei:

PapyRossa Verlag - Petersbergstr. 4 - 50939 Köln

Tel.: 0221/44 85 45 - Fax: 0221/44 43 05 - [www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de)

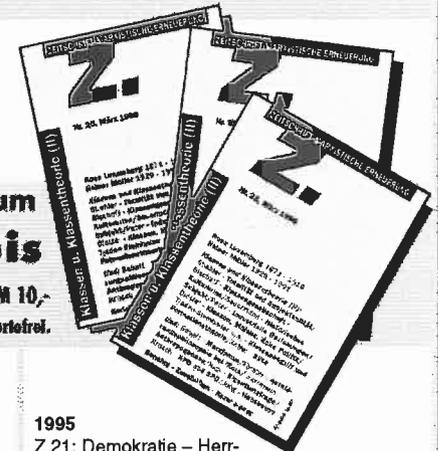
# Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift

Z wurde im Herbst '89 gegründet. Z versteht sich als eine Stimme der marxistischen Linken, als pluralistisches marxistisches Diskussions- und Publikationsorgan. Z wird vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. und dem IMSF e.V., Frankfurt/M. herausgegeben.

## Zurückliegende Hefte zum reduzierten Preis

Z 1-20 je Heft DM 7,-; Z 21-28 je Heft DM 10,-  
Ab H. 29 regulärer Preis DM 18,-; Bestellung ab 50,- portofrei.



### 1990

- Z 1: Sozialismus, DDR
- Z 2: Marxismus und linke Politik
- Z 3: Reformalternative?
- Z 4: Deutschland, die neue Hegemonialmacht?

### 1991

- Z 5: Marxismus-Diskussion
- Z 6: Postsozialistischer Kapitalismus – Analyse und Kritik
- Z 7: Zivilgesellschaft
- Z 8: Neue Weltordnung – globale Probleme

### 1992

- Z 9: Marxismus international
- Z 10: Das 500jährige Reich
- Z 11: Terrainvermessung: Gewerkschaftspolitik
- Z 12: Realsozialismus, Zusammenbruch

### 1993

- Z 13: Gewerkschaften: Orientierungen / Realsozialismus (II)
- Z 14: Realsozialismus, Zusammenbruch (III) / Nationalismus und Linke
- Z 15: Macht, Herrschaft, Metropolenkapitalismus / Nationalismus und Linke (II)
- Z 16: Sozialismus – Neuansätze nach dem Crash (I)

### 1994

- Z 17: Sozialismus – Utopien, Theorie, Perspektiven (II)
- Z 18: Anthropologische Lücke? Menschenbild im Marxismus
- Z 19: Gewerkschaften in der Krise?
- Z 20: Geschichte und Restaurationsperiode

### 1995

- Z 21: Demokratie – Herrschaft und Grenzen der Emanzipation
- Z 22: Historischer Materialismus/Engels
- Z 23: Kapitalismus und Medien
- Z 24: Klassen und Klassentheorie heute (I)

### 1996

- Z 25: Klassen und Klassentheorie heute (II)
- Z 26: Asozialer Kapitalismus
- Z 27: Dialektik des Ganzen
- Z 28: Ökologie-Aspekte

### 1997

- Z 29: Der rechte Rechtsstaat
- Z 30: Marxismus – Bilanz und Perspektive
- Z 31: Kapitalismus – Ökonomie
- Z 32: EU und die Linke

### 1998

- Z 33: Kommunistisches Manifest
- Z 34: Staatsverschuldung
- Z 35: Jugend ohne Perspektive?
- Z 36: Globalisierung und Peripherie

Jedes Heft enthält neben Beiträgen zum Schwerpunktthema Aufsätze zu theoretischen Problemen der Linken, sowie Tagungsberichte, Diskussion / Kritik / Zusehriften und einen ausführlichen Rezensionsteil.

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo 60,- DM, Auslandsabo 70,- DM (4 Hefte / Jahr incl. Versand), Bezug über Buchhandel ISSN 0940-0648, oder direkt:

Z: Kölner Straße 66 · 60327 Frankfurt a.M. · Telefon: 069 / 7 39 29 34